

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: G. Beckmann,
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Delitzsch, W. Goetz, R. Holtzmann,
P. Joachimsen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philipp, H. Reinke-Bloch,
R. Sternfeld, F. Vigener, A. Wahl, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.

herausgegeben von Dr. E. Ebering.

Heft 171

Christian Wolff als Staatsdenker

Von

Dr. Werner Frauendienst

BERLIN

1927

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz

1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Herrn Geheimrat Prof. Dr. Erich Marcks

in Verehrung und Dankbarkeit zugeeignet

Vorwort.

Das Haupt der deutschen Aufklärung, Christian Wolff, als Staatsdenker zu betrachten, setzt sich diese Arbeit zur Aufgabe. Sie gibt aber keine Sammlung dessen, was Staatsrechtler, Verwaltungs- und Wirtschaftshistoriker über Wolffs Staatslehre festgestellt haben, als sie deren Rolle in der Entwicklung ihrer Wissenschaften bestimmten; denn sie geht nicht eigentlich darauf aus, den ideengeschichtlichen Zusammenhang von Wolffs Theorien zu erörtern. Es schwebt ihr vielmehr ein aus den Fragestellungen des politischen Historikers entnommenes Ziel vor. Sie untersucht das Verhältnis von Wirklichkeit und Lehre bei Wolff, indem sie sein Verhältnis zum Staate seiner Zeit entwickelt. Statt die Theorie um ihrer selbst willen, als philosophische Konstruktion, darzustellen, sucht sie in ihrem Spiegel das Bild zu erkennen, das Wolff von dem zur Zeit ihrer Formulierung tatsächlich existierenden Staate und der Staatenwelt in sich aufgenommen hatte, d. h. den Zusammenhang aufzuzeigen von Wolffs Prinzipien mit den staatlichen Zuständen und Verhältnissen des beginnenden 18. Jahrhunderts. Diese will sie kritisch aus der Umrangung der reinen Theorie herauslösen und ihren Wert vor allem durch Vergleich mit dem preußischen Staatswesen dartun. Nicht Abstraktionen, sondern Realitäten sollen gegeben werden.

Zu diesem Versuch, der meines Wissens mit dieser ausdrücklichen Zielsetzung an diesem spröden Objekt zum erstenmal unternommen wird, ist ein wesentlicher Teil des ungeheuerlich umfangreichen Lebenswerkes Christian Wolffs von neuem durchgearbeitet worden. Von dem neuen Standpunkt her galt es, Sätze als wichtig herauszuheben, an denen man bisher achtlos vorbeigegangen war. Bisher stets Zitiertes und darum Bekanntes konnte dagegen oft ohne Schaden fortbleiben oder mußte in anderem Lichte geschaut werden.

Aber aus den staats-theoretischen Schriften allein läßt sich nur eine Seite des von uns angestrebten Bildes gewinnen. Sie bedarf der Ergänzung aus dem Leben Wolffs und schließlich des Hintergrundes aus dem Geist der Aufklärungszeit. Denn Wolff hat die Praxis einiger Staaten gesehen. Das wirkte in die Staatsanschauung hinein. Aber auch als Staatsdenker ist er Aufklärungsphilosoph, wie denn seine Staatslehre nur ein Teil seiner Weltweisheitslehre, seiner Naturrechtslehre ist, fast untrennbar in ihren Zusammenhang gehört. Das Erlebnismoment und die Aufklärungstendenz sind gerade für diese Arbeit unausschaltbar.

Eine größere modernen Anforderungen genügende Biographie Wolffs fehlt.¹ Kleine vorhandene Hinweise auf Wolffs Leben sind lediglich Ansätze.² Es war daher nötig, für diese Untersuchung einen eigenen biographischen Abriß herzustellen. Er bildet den ersten Teil der Arbeit. Ein vertieftes Eindringen in Wolffs Beziehungen zu den realen Staaten wird durch das an sich schon kärgliche, hierfür aber fast ganz unergiebiges Quellenmaterial außerordentlich erschwert. Leider müssen daher oft Zeitverhältnisse und Zeitgeschehnisse um die Gestalt Wolffs herum aufgereiht werden, ohne daß sich seine direkte Beziehung dazu in jedem Falle nachweisen läßt. Es war schon von Bedeutung, daß der Stoff für das innere und äußere Verhältnis Wolffs zum preußischen Staat, zu Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen eine gewisse Bereicherung aus dem Bestande des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem erfahren hat. Dort befindet sich der zwischen den preußischen Behörden und Wolff geführte Schriftenwechsel. Es

1. Wilhelm Schrader, Allg. Deu. Biographie Band 44, S. 23 ff. — Joh. Chr. Gottsched, Historische Lobschrift des weiland hoch- und wohlgeborenen Herrn Christians des Heil. Röm. Reiches Freyherrn von Wolff 1755, — Heinrich Wuttke, Christian Wolffs eigene Lebensbeschreibung 1841.

2. Karl Biedermann, Deutschland im 18. Jahrhdt. Bd. II, 1880 — J. E. Erdmann, Grundriß der Geschichte d. Philosophie, 4. Aufl. 1896 — Kuno Fischer, Geschichte der neueren Philosophie Band III, 4. Aufl. 1902 — Hermann Hettner, Geschichte d. deu. Literatur i. 18. Jahrhdt. Band I, 7. Aufl. 1913—25 — Georges Pariset, L'Etat et les Eglises en Prusse sous Frédéric-Guillaume I er, Paris 1897, S. 651 ff. — Julian Schmidt, Geschichte d. geistigen Lebens in Deutschland von Leibniz bis auf Lessings Tod, Band I, 1862 — Wilh. Schrader, Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle, 1894 — Eduard Zeller, Geschichte d. deu. Philosophie seit Leibniz, 1873.

handelt sich um zahlreiche Eingaben Wolffs, Konzepte königlicher Kabinettsorders, dann vor allem aus dem Kampfsjahr 1723 und nach 1733, bei den Versuchen der Rückberufung Wolffs durch Friedrich Wilhelm I., um Streitschriften, Gutachten und Briefe. Der Direktion des Preußischen Geheimen Staatsarchivs sage ich Dank für die Erlaubnis zur Benutzung, vor allem Herrn Staatsarchivrat Dr. Posner für die mir freundlichst erteilte Einführung, den Herren Archivbeamten für ihre Hilfe, z. B. bei der Entzifferung manches Schriftstückes.

In ihrer ersten Gestalt hat die nachstehende Arbeit im Sommer-Semester 1925 der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin als Doktordissertation vorgelegen. Bei ihrem Zustandekommen hatte ich mich vor allem der steten Förderung meiner beiden Herren Referenten zu erfreuen, des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Marcks und des Herrn Prof. Dr. Hartung, als deren Schüler ich mich im Bewußtsein ihrer weitgehenden Anregungen verehrungsvoll bekenne. Dank sage ich ferner der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und ihrem Präsidenten Sr. Exzellenz Herrn Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Ott für die großzügige, hochherzige Unterstützung, durch die allein die Arbeit gedruckt werden konnte.

I. Teil.

Christian Wolff und seine Zeit.

1. Christian Wolff 1679 bis 1706.

Am 2. November 1706 fertigte König Friedrich I. von Preußen die Bestallungsurkunde³ aus, die Christian Wolff „wegen seiner Erudition, Capazität in Mathematicis und guten Qualitäten“ mit einem Gehalt von 200 Talern zum ordentlichen Professor der Mathematik und „den andern dazugehörigen Wissenschaften“ an der Universität Halle erhob. Mit dieser auf Leibniz' Empfehlung⁴ ergangenen Berufung bewies der König aufs neue sein Interesse für die Wissenschaft und tat wiederum einen Schritt auf dem Wege, an dem die 1692 gegründete Universität Halle und die 1701 gestiftete Akademie der Wissenschaften als Marksteine standen. Denn dadurch, daß nun Wolff neben August Hermann Francke, dem Führer des Pietismus, und Christian Thomasius, dem kühnen Verfechter der naturrechtlichen, ganz weltlich gerichteten Staatsauffassung, in Halle die typisch deutsche Aufklärungsphilosophie ausbildete, wurde diese junge preußische Hochschule zum Mittelpunkt des wirklich fruchtbaren deutschen Geisteslebens, verkörperte aber auch zugleich die für den preußischen Staat besonders charakteristische Grundstimmung. Zwar haftet der kulturellen Förderung Friedrichs I. zweifellos etwas Künstliches, Gewaltames, durch die Nachahmung Frankreichs Spielerisches an. Trotzdem war sie die einzige wirklich bedeutsame Leistung dieser Regierung, was grell hervortritt, wenn man diese Blüte von Kunst und Wissenschaft mit dem Brachliegen der Staatsregierung vergleicht, wo eine schöpferische neue Betätigung fast ganz ausblieb und nur die kräftigen Impulse des Großen Kurfürsten noch lebendiger weiterwirkten. Aber in den kurzen Jahren der kulturellen

3. Gottsched, a. a. O. Beilage D, S. 6.

4. Ebenda, Beilage C2, S. 5 vom 9. X. 1706.

Bemühungen Friedrichs I., die beinahe wesensfremd wie ein heller farbenfreudiger Lichthof inmitten des strengen, ernsten, fast düsteren Baues des Preußenstaates liegen, und die von einer zwar echt preußischen, aber jedes Verständnisses für höhere geistige Regungen baren Regierung abgelöst und dadurch in ihrer Bedeutung noch gehoben wurden, ist doch das 18. Jahrhundert mit all seinen tiefbefruchtenden neuen Bewegungen und Antrieben für Deutschland zum Durchbruch gekommen. Gerade hierfür aber ist die Berufung Christian Wolffs symbolisch. An ihn sollte sich stärker noch als an Leibniz und Thomasius der Beginn der deutschen Aufklärung knüpfen. Da darf man es doch nicht vergessen, daß es Preußen war, das Christian Wolff das Katheder geboten hat, von dem herab er seine erste Wirksamkeit entfalten konnte.

Wer war dieser neue Mann? Woher kam er? Welche Einflüsse hatte er erfahren? Diese Fragen gilt es zuerst zu beantworten.

Christian Wolff entstammte dem deutschen protestantischen Mittelstand. Als Gerberssohn war er am 24. Januar 1679 zu Breslau geboren. Geistige Interessen waren seinem Vaterhause nicht fremd. Was dem Vater aus Mittellosigkeit versagt war, sollte dem Sohn in vollem Maße zuteil werden. Vor der Geburt schon wurde er zum geistlichen Beruf bestimmt. Die Voraussetzungen schienen bei dem Knaben vorhanden zu sein. Ein früherer Lerneifer und Bildungshunger beflügelten den Fortschritt auf der Schule, drängten ihn bald über den üblichen Lehrstoff hinaus zu größerer Weite und Vertiefung. Schon auf dem Gymnasium führten ihn tüchtige Lehrer in die scholastische Philosophie ein, übten ihn in der Mathematik, vor allem aber dialektisch in jeder Art von Theologie, lutherischer und reformierter und katholischer. Das war im besonderen auch der Boden, auf den ihn seine Vaterstadt, ja, seine schlesische Heimat überhaupt hinwiesen.⁵ Einst das östliche Einfallstor der Frührenaissance, wurde Schlesien nach dem hier besonders verheerend sich auswirkenden Dreißigjährigen Krieg bis ins beginnende 18. Jahrhundert hinein von der furchtbaren Wucht der Gegenreformation getroffen, in der sich die in den Kronlanden nach Glaubenseinheit

5. Vgl. zum folgenden Colmar Grünhagen, Geschichte Schlesiens, Bd. II. 1886, S. 305 ff.

trachtende Staatsräson der Habsburger austobte. Unerhörte Gewaltsamkeiten gegen die protestantische Mehrheit der Bevölkerung hatten schließlich den Jesuiten Eingang verschafft. Sie waren selbst in die stolze Oderstadt Breslau eingedrungen und hatten dort am Ende des 17. Jahrhunderts, gerade als Wolff anfang, bewußt zu erleben, eine Hochschule gegründet. Da wollten die Reibungen zwischen den Zöglingen der Jesuiten und den Schülern der städtischen höheren Schulen kein Ende nehmen, und der junge Wolff hat sich eifrig daran beteiligt. So lebendig standen ihm noch im Alter die damaligen heißen Disputationen und wilden Redeschlachten vor der Seele, daß er ihrer Erwähnung tat, als er 1743/44 die kargen Notizen über sein Leben machte, die wir heute als seine „Eigene Lebensbeschreibung“⁶ kennen. Ständig von diesen religiös-konfessionellen Kämpfen umtobt, selbst aktiv mit hineingezogen, wuchs der junge Theologe auf. Die Nachwehen des Zeitalters der Religionskriege gingen noch über seine Jugend hinweg.

Aber noch in anderer Hinsicht mußte es für Wolff von Bedeutung werden, daß er aus Breslau stammte. Er war damit, wenn man das Wort nicht allzu modern fassen will, Großstädter. Das weitete von selbst den Blick, brachte Beziehung zu rühriger Wirtschaftsbetätigung. Als wichtiger Umschlagplatz auf dem Wege nach dem Osten, seit dem Bau des Mülrose-Kanals auch nach Hamburg, bewahrte Breslau, mit Stapelrecht, Freiheiten und Privilegien ausgerüstet, unerschüttert eine große Stellung, die umso fester war, als sie Rückhalt an einem großen Hinterlande hatte. Hier war eine alte Garn- und Leinenindustrie beheimatet, die jetzt von Leopold I. bewußt merkantilistische Förderung erfuhr. Mochte auch die antiprotestantische Kirchenpolitik diesen natürlichen Wohlstand bedrohen, mochte sich auch die Lage der Bauern durch harten Steuerdruck verschlechtern, die kommerzielle Blüte Schlesiens, die sich in der Hauptstadt konzentrierte, konnte keinem verborgen bleiben. Hier wird sich Wolff bei dem wachen Geist, der ihm immer eigen, manche Anschauung erworben haben, die unverloren an seiner Gedankenrichtung teilhatte. Die geistigen Schichten seiner Vaterstadt pflegten und liebten Künste und Wissenschaften. Hier wie überall in der Welt standen die Naturwissenschaften obenan.

6. Heinrich Wuttkes oben zitierte Ausgabe.

Breslau bevorzugte praktische Botanik und die durch Ludwig XIV. zur Zeitmode gewordene Gartenkunst. Breslau und Schlesien waren Heimat der schlesischen Dichterschulen, deren Schwulst und gespreiztes Pathos in Deutschland tonangebend waren. Die Jesuiten hatten in Breslau wuchtige Barock- und zierliche Rokokokirchen errichtet, ihr Inneres mit Werken herrlichster Pracht geschmückt. Wolff hat sie gesehen; denn bei seinen täglichen Kirchgängen besuchte er auch katholische Gottesdienste. Zeugnisse von Kunstsinn haben wir in seinem Leben nicht entdecken können. Aus der Jugend fehlen Aeüßerungen gänzlich. Später ist Wolffs Begriff vom Schönen, soweit er hervortritt, mit dem des Praktischen und Nützlichen verbunden.

Von der Heimat erzählt in der „Eigenen Lebensbeschreibung“ zwar kein Wort, aber als Wurzelboden und erste Umwelt hat sie unser Interesse wie später Leipzig und Halle, Marburg und der preußische Staat. Aeüßerst dürftig sind die Nachrichten, die von Wolffs Jugend Kunde geben. Es gelingt uns kaum, ein einigermaßen plastisches Bild zu gewinnen. Das einzige uns deutlich Faßbare ist das leidenschaftliche Interesse an den konfessionellen Streitigkeiten, die ihm allerdings sein künftiger Beruf nahe legte. Sie ließen ihm keine Ruhe, sie mögen dem Jüngling den Stachel gegeben haben, genauer dem Unterschied der Konfessionen nachzuforschen. Herzenssache ist ihm offenbar auch sein lutherischer Glaube nicht gewesen. Denn wenn man auch zugibt, daß auf dem alten Kampfboden streitender Bekenntnisse die Theologie gleichsam gepanzerte und starre Formen annehmen kann, so muß, zumal bei dem Jüngling, die Gefühlskälte auffallen, mit der er Luthertum wie Katholizismus als Forschungsfelder zu verstandesmäßiger Durchdringung betrachtet. Für sie fordert er zuerst, was später wie eine Losung über seinem Leben steht: Klarheit. Nach der Angabe seiner „Lebensbeschreibung“¹⁷ bediente er sich dabei der Methode, die er durch seine Lehrer als einzige meisterte, die diese ihm an seinen Lieblingsgegenständen demonstriert hatten, der mathematischen. Die Theologie mißt er an den Gesetzen der härtesten Logik, prüft ihre Stichhaltigkeit mit dem Verfahren des genauen Beweises. Auf diesen Pfaden ist er auch ferner geblieben.

7. Wuttke, a. a. O. S. 120 ff.

Die umständliche Pedanterie, die pädagogisch in der Schule heilsam gewesen sein mochte, hat er nie abgeschüttelt und überwunden, sie hat sich in zunehmendem Alter sogar noch gesteigert. Die Erkenntnisse, zu denen er vordrang, fand er kraft der Denkart, die er, nach seiner Selbstbiographie, schon in der Jugend festgelegt hat.

Gerade für die Entwicklungsjahre genügen aber die Notizen der „Lebensbeschreibung“ recht wenig. Vieles verlegt Wolff bei ihrer Abfassung in die Jugend, was sich sicher erst ganz allmählich herausbildete und zu Teilen seines Wesens festigte. Außere Daten fehlen fast vollständig. Nur beiläufig setzt Wolff einmal das Leben seiner Jugend zu einem Zeitereignis in Beziehung, wenn er erwähnt, daß die Nöte des Türkenkrieges und die damit zusammenhängende Teuerung es seinen Eltern sehr erschwerten, ihm eine sorgfältige Erziehung zu geben.⁸ Das bleibt die einzige Nachricht vom Leben außerhalb seiner Person, vom Dasein des Staates, in dessen Krone seine Heimat eine der wertvollsten Perlen war. Sicher selbst bei dem notorisch schlechten Gedächtnis Wolffs⁹ schier unbegreiflich, selbst wenn man annimmt, daß er die Notizen so kurz wie möglich machen wollte. Gerade im Jahre des Siegesfriedens von Karlowitz 1699 verließ Wolff Breslau und ging über Leipzig zum Studium auf die Universität Jena.

Noch war seine „Hauptabsicht auf die Theologie gerichtet“.¹⁰ Er hat sie studiert und nie aus dem Auge verloren. Mit Beifall hat er in Leipzig bisweilen gepredigt und späterhin in großen Werken die Theologie seinem System der Wissenschaften eingegliedert. Aber sein Interesse hat sich schon auf der Universität sehr wesentlich verschoben. Die von ihm zur Hilfswissenschaft erhobene Mathematik zog ihn in zunehmendem Maße von der Theologie ab in den Kreis der ihr verwandten Disziplinen. Von der Mathematik gelangte er zur Physik und zu den Naturwissenschaften. Auf diesen Gebieten hat er zuerst selbständig wissenschaftlich gearbeitet. Für diese Fächer hat er sich auch 1703 in Leipzig habilitiert. Aber er begnügte sich mit ihnen

8. Ebenda, S. 111.

9. Gottsched, a. a. O. S. 148.

10. Wuttke, a. a. O. S. 127.

nicht. In Jena rang er nach der Aneignung einer umfassenden philosophischen Allgemeinbildung, die nichts Wissenswertes übersieht, sondern alles aufnimmt und es zu gegebener Zeit nutzbringend anwendet, das eigentliche Fundament seiner Aufklärungsphilosophie. Zum Erlebnis war ihm Tschirnhausens Werk „*Medicina mentis*“ geworden. Wegweisend hat es gewirkt. Uns interessiert hier nur, daß Wolff im Verlauf philosophischer und im Zusammenhang mit juristischen Studien, die ihm wohl zuerst zur Ergänzung seiner theologischen Kenntnisse dienen sollten, auch das moderne Naturrecht ergriff und sich darum lebhaft bemühte. Das führte ihn zur Staatstheorie. „Ich wollte, heißt es in der „*Lebensbeschreibung*“, zwar auch in *Jure Naturae* den Prof. Müller über den Grotium hören, allein da er nur in großer Geschwindigkeit recensirte was im Buche stund, so that er mir kein Genüge und ich gieng vor mich den Puffendorf durch, excerpirte mir daraus theses und suchte, so gut ich konnte, die rationes derselben, denn es mißfiel, daß an tüchtigen definitionibus öfters ein großer Mangel war, hingegen noch mehr an den Beweisen, und sein *Principium Juris naturae*, nemlich *socialitatem*, hielt ich vor einen unvollkommenen Maaßstab, daher die Sachen anders einzurichten suchte.“¹¹ An kompetenter Quelle hat er sich also seine Kenntniss des Naturrechts geholt. Grotius und Pufendorf blieben seine Wegweiser. Ihr Einfluß ist von der ersten eigenen schriftstellerischen Beschäftigung mit dem staatlichen Gebiet offen zu erkennen. Beide sind die Säulen, auf denen später sein eigenes Werk über das Naturrecht ruht. Beide werden da zitiert, aus beiden Grundsätze übernommen, mit beiden setzt sich Wolff auseinander. Er hat das Buch „*De jure belli ac pacis*“ nach der Art der Zeit oft seinen eigenen Vorlesungen zugrunde gelegt und sich dazu selbst eine eigene Ausgabe hergestellt. Aus dem Naturrecht hat er den neuen Geist in sich aufgenommen, der damals Rechts- und Staatswissenschaft durchdrang und von Grund auf umzugestalten begonnen hatte. Auf den Schultern der Begründer des Naturrechts steht er trotz seiner Kritik an Pufendorf, aber auch die ist für ihn bezeichnend. Sein Geist verlangte überall nach Klarheit und Folgerichtigkeit. Diese Grundbegriffe galten ihm als die Leitsterne seiner wissenschaftlichen Arbeit. Was er dem Gemeinschaftsprinzip als dem

11. Ebenda S. 132.

staatsgründenden des Pufendorf in seiner eigenen Staatstheorie entgegengesetzte, wird uns später zu beschäftigen haben.

Reich an Anregungen und fleißiger Verarbeitung war die Jenaer Studienzeit gewesen. Sie fand ihren Abschluß in der Magisterprüfung, die er 1702 in Leipzig bestand, wo er sich im folgenden Jahr auch habilitierte. Der junge Dozent hat vornehmlich die Mathematik gelehrt als Selbstzweck und als Mittel, „den Verstand dadurch zu schärfen und davon Regeln zu Leitung desselben in richtiger Erkenntnis der Wahrheit zu abstrahieren“.¹² Dann aber hat er kühn über sein Spezialfach hinausgegriffen und zum erstenmal mit seinen Vorlesungen über „Weltweisheit“ begonnen, d. h. über seine auf jenen Studien gegründete Aufklärungsphilosophie. In einem Zyklus wollte er Logik, Metaphysik, Sittenlehre, Staatskunst nacheinander behandeln. Hier wird unter den philosophischen Disziplinen auch die Staatskunst, oder wie sie Wolff später nannte, die „Politik“ geplant. Sie war wohl von Anbeginn naturrechtlich eingestellt. Aus den auf der Universität gesammelten Exzerpten hat er seine Kolleghefte aufgebaut. Dabei hielt er nichts von dem alten scholastischen Wissensschatz, sagt er doch: „In Methaphysicis, Moraliibus und Politicis fragte ich nicht viel nach Büchern, sondern ich machte vor mich in jeder Disciplin einen Aufsatz“.¹³ Ob der für die „Politik“ damals schon fertig wurde, läßt sich nicht feststellen. Die Vorlesung darüber hat Wolff aller Wahrscheinlichkeit nach in Leipzig nicht gehalten. Die kurze Zeit seiner dortigen Tätigkeit hätte dazu nicht mehr gereicht.

Wolff konnte an der sächsischen Landesuniversität nicht recht Fuß fassen. In seiner Nation, der polnischen, war kein Lehrstuhl frei. Neue Gedankenrichtungen hatten zudem hier wenig Raum, wo die lutherische Orthodoxie die alte Starrheit, die Rechtsgelehrsamkeit ihre trockene Scholastik fest bewahrten und Vorflechter freieren Geisteslebens aus ihren Reihen verbannt hatten. Wolff war daher auf Gelderwerb außerhalb seiner Lehrtätigkeit angewiesen. Seit 1705 wurde er Mitarbeiter der ersten gelehrten Zeitschrift Deutschlands, allerdings noch in lateinischer Sprache, der „Acta Eruditorum Lipsiensium“, die seit 1682 der Leipziger Professor der Moral und Politik Otto Mencke her-

12. Ebenda, S. 128.

13. Ebenda, S. 140.

ausgab. Diese namentlich in seinem mathematischen Fache gepflegte Rezensententätigkeit hat ihm aber die Bekanntschaft von Leibniz eingetragen, die für ihn von so entscheidender Wichtigkeit wurde. Vom mathematischen Gebiet, als dessen begabten Vertreter Leibniz den jüngeren Fachgenossen bald hochschätzte, hat sich Leibniz' Einfluß auch auf Wolffs philosophische Einstellung ausgedehnt. Gedankengut des Größeren nahm Wolff auf, verarbeitete es auf seine Art und reichte es dann schön systematisiert und popularisiert seiner Zeit dar. Für den Denker Wolff brachte die Beziehung zu Leibniz den großen Gewinn der Leipziger Jahre.

War auch sonst die wissenschaftliche Welt um ihn herum von beklemmender Enge, so gewährte doch die Universitätsstadt einen Ersatz, der namentlich einem jungen Dozenten diesen Mangel aufwiegen konnte. Leider lassen uns für Wolff die Quellen in dieser Hinsicht wieder vollkommen im Stich. Aber er stünde im damaligen Deutschland ganz allein, wenn er sich den Eindrücken Leipzigs entzogen hätte. Leipzig,¹⁴ mitten im Herzen Deutschlands, die wichtigste Stadt des Kurfürstentums Sachsen, das die Renaissancepersönlichkeit Augusts des Starken in dynastischem Machtehrgeiz durch die Verbindung mit Polen in das entwurzelnde Treiben der Weltpolitik riß, war um 1700 die anerkannt erste deutsche Stadt. Hier strömte ein für die Zeit gewaltiger Handel und Verkehr zusammen und brachte Reichtum mit. Auf den drei großen jährlichen Messen, die noch keine Mustermessen wie heute, sondern „die großen Vereinigungen von Käufern und Verkäufern zum zwischenstaatlichen Warenaustausch“¹⁵ waren, trafen sich Kaufleute aus ganz Europa. Ein weit ausschauender Unternehmungsgeist, ein starker Erfindetrieb, ein regsamer Gewerbefleiß, durchpulsten die Stadt. Die hier in einem höher gebildeten weltbürgerlichen Mittelstand erwachsende weltkluge städtische Kultur wurde der Anziehungspunkt für eine erste bürgerliche, allem Marinismus abholde deutsche Literatur. Das stark entwickelte Zeitungswesen und das aufblühende Buchgewerbe machten Leipzig zum

14. Vgl. zum folgenden Paul Haake, König August der Starke. 1902; vor allem aber die neuste Apologie des Königs, fast ausschließlich für seine innere Wirksamkeit von Cornelius Gurlitt, August der Starke. 1924.

15. Gurlitt, a. a. O. Bd. II, S. 187.

Umschlagplatz für alle gelehrte Bildung. Wolffs Selbstbiographie und alle seine Zeitgenossen berichten von der Bedeutung, die die Buchmessen für das Leben der Gebildeten hatten. Nur durch die Leipziger Bücher- und Messeverzeichnisse erfuhren sie von Neuerscheinungen. Zur Messe fuhren die Gelehrten, gewiß, dort Kollegen zu treffen und das Neuste ihres Faches zu verhandeln. Erstaunlich nur, daß dem allen die Universität so wenig Rechnung trug. Aber es ist kaum anzunehmen, daß Wolff in ihre Beschränktheit mit hineingezogen wurde; denn er hatte außer dem wissenschaftlichen Gedankenaustausch mit Leibniz Beziehungen zu einem der rührigsten Köpfe Sachsens, die fernab der Universität für Fortschritt und Leben wirkten und vor allem im Dienste des Staates. Dies war der schon oben in anderem Zusammenhang erwähnte Ehrenfried Walther von Tschirnhausen, dessen Philosophie dem Logiker in Wolff erst ganz zum Durchbruch verhalf. Wolff suchte persönliche Fühlungnahme mit diesem hochberühmten Manne, ohne daß aber ein näherer Verkehr zustande kam. Tschirnhausen war ein Mann des modernen Wirtschaftsbetriebes, ein naturwissenschaftlich fundierter praktischer Merkantilist. Mit Leibniz betrieb er die Gründung einer technischen Akademie, vor allem aber leitete er große Untersuchungen des sächsischen Bodens nach Porzellanerde. Wenn sie auch schließlich ein anderer fand und der bekannte Böttger verarbeitete, so hat Tschirnhausen doch im Anschluß daran nach eigenen Experimenten mit König Augusts Hilfe die Glasindustrie in Sachsen eingebürgert. Auf großen Reisen durch Holland und Frankreich hat er für die sächsischen Industrieerzeugnisse um Absatz geworben. Sollte dies alles gerade Wolff unbekannt geblieben sein? Gerade den Mathematiker mußte ferner König Augusts Sinn für alles Technische und die Baukunst interessieren, dessen noch Friedrich der Große als Kronprinz Erwähnung tat.¹⁶ Durch den gut organisierten Postverkehr konnte Wolff in kurzer Zeit nach Dresden gelangen, auf das der König allen Glanz zu sammeln begann. Er selbst aber wie die ganze Universität bekam es zu spüren, daß der innere Bau des sächsischen Staates nicht fest genug war, auf die Dauer die alle

16. Brief an Voltaire vom 6. 3. 1737. Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven, Bd. 81, S. 42, Briefwechsel Friedrichs d. Großen mit Voltaire, herausg. von Reinhold Koser und Hans Droysen.

Kräfte des Landes gewaltig überspannende Außenpolitik zu tragen. Denn ihren Abschluß fand die Leipziger Zeit Wolffs durch ein kriegeres Ereignis. Durch Polen war August in den Nordischen Krieg gezogen. Unglück folgte seinen Waffen. In unaufhaltsamem Siegeslauf überrannte der junge Karl XII. seine zahlreichen Gegner. August verlor die polnische Krone. Seine Truppen konnten nicht einmal das eigene Land schützen. Karl brach durch Schlesien in Sachsen ein. Panischer Schrecken eilte ihm voraus, als er sich über Bautzen, Meißen, Grimma Leipzig näherte. Die Universität zerstob in alle Winde, die Professoren flüchteten. Wolff wandte sich nach Gießen. Er hatte schon vorher eine Berufung an die dortige Universität erhalten, die er nun annahm. Aber durch die Abwesenheit des Landgrafen verzögerte sich die Ausfertigung der Bestallung. Die Pause benutzte Wolff, um seine Eltern zu besuchen. Er reiste der Sicherheit wegen über Kassel und Halle. Hier hielt ihn der Jurist Stryck fest, um ihn für die Universität Halle, der noch ein Mathematiker fehlte, zu gewinnen. Erst weigerte er sich, dann verwandte sich Leibniz für ihn bei Daniel Ludwig von Danckelmann, dem Oberkurator der preußischen Universitäten. Wolff machte ihm in Berlin seine Aufwartung, löste die Beziehungen mit Gießen und erhielt am 6. November 1706 seine Bestallung für Halle. So trat Wolff in den Dienst des preußischen Staates. Hier fand er die Stätte, wo er sein Lebenswerk errichten, wo er für seine Staatstheorie das große Vorbild finden konnte.

II. Christian Wolff in Halle 1706 bis 1723.

Rein äußerlich betrachtet, konnte Wolffs Schritt aus dem großen, von stärkstem Leben erfüllten Leipzig in die kleine preußische Provinzialstadt Halle als eine empfindliche Einbuße erscheinen. Aber tatsächlich war die noch traditionslose preußische Universität bei weitem moderner als die hochberühmte, aber damals verknöcherte Universität Leipzig. Halle hat dem erst 27jährigen Gelehrten nicht nur die Professur geboten, die er trotz eifrigster Bemühungen in Leipzig nicht erhalten konnte und vorläufig auch nicht erlangt hätte, sondern auch die geistige Basis, von der aus er zwar die Aufklärung für Deutschland nicht erst geschaffen,¹⁷ wohl aber ihre Idee in deutscher Eigenart er-

17. Vgl. zur allgemeinen Orientierung über das Wesen der Aufklärung

neut durchdacht hat, so daß von ihm alle die Quellen ihren Ausgang nehmen konnten, die das deutsche Geistesleben einheitlich berieselten. Das Preußen Friedrichs I. hat das Verdienst, in Wolff den Mann an sich gezogen zu haben, dessen Denken einen so glücklichen Bund mit dem Wesen dieses Staates schließen sollte, dessen Richtung auf das Verständige, Zweckmäßige, Nützliche damals so sehr der preußischen Staatsstruktur gemäß war, daß man ihn um 1740 als deren vollendetsten Ausdruck betrachten konnte. Als des ersten Königs andersgearteter Nachfolger, dessen Handeln schon ganz unter dem Gesetz einer praktischen Aufklärung stand, den gedanklichen Verkörperer der Aufklärung, dem er selbst in mehr als einem Zuge glich, aus seinem Lande jagte, da waren die Saatkörner schon so weit hin ausgestreut, daß kein gewaltsames Austreten die zureifende Ernte mehr gefährden konnte.

Wolff war zwar in die Saalestadt nicht berufen, um hier eine neue Philosophie zu verkünden. Wie schon seine Bestallung es von ihm verlangte, begann er vielmehr mit Vorlesungen über Mathematik und Naturwissenschaften, die hier noch kaum angebaut waren. Jahrelang hat er ausschließlich sich diesen Gebieten gewidmet. Ihnen galten auch seine ersten größeren Werke. Aber er behielt doch die Philosophie stets im Auge, mochte ihn auch fürs erste noch die allmächtige Stellung des Thomasius, den er ablehnte, von eigenen philosophischen Vorlesungen abhalten. Noch aus den Notizen des alten Wolff klingt die Unzufriedenheit, die der junge Dozent über seinen in den ersten Jahren nur kleinen Hörerkreis empfand. Zwar konnte er durch die „Acta Eruditorum“, deren Mitarbeiter er auch weiterhin blieb, zu einer größeren Menge von Gebildeten sprechen. Aber dies entschädigte kaum für den schwachen Widerhall an der Universität. Halle war doch eben erst im Werden.

Furchtbar hart hatte sich hier der Dreißigjährige Krieg lange Zeit fühlbar gemacht. Geistig, sittlich und materiell lag die Stadt noch darnieder, als sie 1680 an das brandenburgische Haus kam und nun Provinzialstadt des Herzogtums Magdeburg wurde. Mit dem ganzen Herzogtum hat sich auch Halle nur

die Abhandlung von Ernst Troeltsch, „Die Aufklärung“, jetzt erweitert abgedruckt in E. Troeltschs Gesammelten Schriften, Bd. IV. „Aufsätze zur Geistesgeschichte und Religionssoziologie“, herausg. v. Hans Baron. Tübingen 1925. S. 338—374.

widerstrebend in den strengen, harten, unbequemen Staat des Großen Kurfürsten eingefügt.¹⁸ Und doch sind es auch hier die Hohenzollern gewesen, die im Kampf gegen die arg mißbrauchte städtische Autonomie, gegen eine verrottete oligarchische Ratsverfassung,¹⁹ gegen Nachkriegsnöte wie die Pest die Stadt neuem Leben entgegengeführt haben. Seit 1686 brachten Refugiés auch nach Halle ihre Betriebsamkeit und stachelten den nur schlummernden Gewerbefleiß der Einwohner an. 1695/98 hat der Führer des Pietismus August Hermann Francke hier sein Waisenhaus errichtet. Dieses und die ihm angeschlossenen Anstalten, die bis 1712 immer an Umfang wuchsen und auf Hunderte ihre Anziehungskraft übten, brachten der Stadt beträchtlichen materiellen Gewinn. Das Wiederaufblühen Halles findet einen Ausdruck im Wachsen der Bevölkerung, die Schmoller nach Süßmilchs Werk „Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts“ II, S. 475/6 (3. Aufl. 1765) für 1700 auf 14 000, für 1740 auf 28 000 angibt, die er aber als „fast etwas zu hoch“ veranschlagt hält.²⁰ Das bedeutet in nicht ganz einem halben Jahrhundert eine Verdoppelung. Mit Recht aber wurde es von der Zeit als beispiellose Kühnheit empfunden, als Kurfürst Friedrich III. den Plan seines Vaters ausführte und hier, ganz in der Nähe der alten lutherischen Hochburgen Leipzig und Wittenberg, auf den Grundlagen, die eine Ritterakademie gelegt hatte, ein eigene Universität stiftete. 1690 wurde Christian Thomasius hierher berufen und seine zähe Tatkraft und seltene organisatorische Begabung haben 1692 die Universität zustande gebracht, die 1694 in feierlicher Weise eingeweiht wurde. Ueber ein Jahrzehnt hatte sie schon überraschend fruchtbar gewirkt, als Wolff 1706 in ihren Lehrkörper eintrat. Vergewegenwärtigen wir uns die Geistesmächte, die Wolff in Halle antraf, und lenken wir unsern Blick dabei auch gleich etwas über 1723 hinaus.

Die Universität Halle²¹ hat bald nach ihrer Gründung für den Beginn des 18. Jahrhunderts etwa dieselbe Bedeutung er-

18. Vgl. Julius Opel, Die Vereinigung des Herzogtums Magdeburg mit Kurbrandenburg. 1880; zum ganzen W. Kawerau, Aus Halles Literaturleben. 1888.

19. Gustav Schmoller, Deutsches Städtewesen in älterer Zeit, Bonner Staatswissenschaftliche Untersuchungen, Heft 5, 1922, S. 268 ff.

20. Ebenda, S. 285.

21. Vgl. W. Schrader, Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle.

langt, die die Universitäten Königsberg und Berlin für den des 19. Jahrhunderts für sich beanspruchen dürfen. Die Pflanzung des ersten preußischen Königs hat vor allem den beiden folgenden ihre Früchte in reichem Maße dargeboten. Halle in den preußischen Mittellanden war von seinem Stifter aus bewußter Staatsräson der Toleranz geweiht worden. Wie einerseits der moderne weltliche Staat über allen Bekenntnissen seines Landes seine Kirchenhoheit errichtete und mittels dieses ihm von der naturrechtlichen Staatslehre gewährten staatlichen Hoheitsrechtes seine noch mannigfach getrennten Landesteile zusammenzubinden strebte,²² so versicherte er sich auch der neuen versöhnenden kirchlichen Richtung, des Pietismus. Francke hielt in Halle seinen Einzug und machte die theologische Fakultät nach und nach ganz pietistisch. Mochte auch der Pietismus, zur unbestrittenen Alleinherrschaft gelangt, ebenso unduldsam werden wie früher sein Feind, die lutherische Orthodoxie, so hat er doch namentlich in seiner Frühzeit alles religiöse Leben mit praktischem Christentum auftauend befruchtet, mit seiner Bindung des Individuums an den persönlichen Gott die geistige Freiheit befördert und durch Ueberwindung des alten starren Konfessionalismus im Staate manche Schranken heben helfen. Er stärkte dadurch die neue territorialistische kirchenrechtliche Lehre. Diese vertrat schroff die vorzügliche Juristenfakultät,²³ voran der hitzige Neuerer Thomasius. Er hat der modernen naturrechtlichen Strömung zum Durchbruch verholfen, die für die theoretische Begründung der deutschen Auffassung vom Staate auf lange noch entscheidend blieb. Die meisten seiner Kollegen zog er auf seine realistischen Bahnen. Das ist die höhere Einheit, die den nur kleinen²⁴ und nie wesentlich vermehrten Lehrkörper verband, die später selbst der Streit

1894. — Georges Pariset, *L'Etat et les Eglises en Prusse sous Frédéric Guillaume Ier.* 1897. S. 655—664. — W. Kawerau, a. a. O. — O. Hintze, *Die Hohenzollern und ihr Werk.* 1915. S. 268—71.

22. Vgl. Otto Hintze, *Staat und Gesellschaft unter dem ersten König.* Historische und politische Aufsätze: 1908. Bd. 1, S. 152 ff.

23. Vgl. Ernst Landsberg, *Geschichte der Wissenschaft in Deutschland.* Neuere Zeit, 18. Bd.: *Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft*, III. Abt., 1. Halbband, 1898. — Ueber Thomasius, S. 70—111. Ueber die Hallische Schule, S. 112—129.

24. G. Pariset, a. a. O. S. 656 berechnet ihn 1713 auf 25, 1740 auf 31 Professoren.

zwischen den Pietisten und Wolff nicht gestört hat, daß alle Disziplinen den verstaubten Formelkram, den eine Väterzeit für Wissenschaft hatte ausgeben können, über Bord warfen und Natur, Vernunft und praktisch nüchterne Nützlichkeit zu ihren Leitideen erhoben. Mit dem ganzen jugendfrischen Wagemut, der dieser frühen Aufklärung eigen ist, mit mutigem Selbstvertrauen kämpften sie ihre Reformen durch und haben damit, ihnen selbst vielleicht oft unbewußt, dem preußischen Staate gedient. Dieser hat alsbald die Stütze erkannt, die ihm hier erwuchs. Er billigte die nüchterne realistische Reform auf moralischem, geistigem und staatlichem Gebiet, war doch Friedrich Wilhelm I. ihre vollendetste Verkörperung von der praktischen Seite her. Ein gegenseitiges Befruchten fand hier statt, dem Schmoller²⁵ liebevoll nachgegangen ist. Friedrich Wilhelm I. hat sich oft bei seinen gelehrten Juristen, deren Grundsätze die seinen waren, Rat geholt, hat mit Francke bis zu dessen Tode korrespondiert. Halle hat für Preußen die Beamten für die Staatsämter, die Pfarrer für die Kanzeln herangebildet. Hallischer Reformgeist drang in die zivile Verwaltung ein, bestimmte maßgebend die Gesetzgebung und stellte recht eigentlich die Grundsätze der preußischen Regierungspraxis fest. In Halle waren schließlich auch die hervorragenden Männer geschult, die Friedrich der Große dazu brauchen konnte, seinem Volke in noch höherem Maße die Gaben der Aufklärung zuzuführen. Preußengeist und Geist der Hallischen Schule gingen konform.

In den Kreis dieser Hochschule war Wolff jetzt eingetreten. Seine späteren Werke spiegeln es wieder, daß auch er sich der in Halle vorherrschenden Strömung angeschlossen, ja daß er sie in mehr als einer Hinsicht bereichert hat. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß er vornehmlich als Mathematiker nach Halle berufen war. Nur als Mathematiker und Physiker ist er hier bis zu seiner Vertreibung in weiteren Kreisen bekannt und berühmt geworden. Pariset hat es überzeugend an der Hand einer — zwar nicht ganz vollständigen — bibliographischen Tabelle von Wolffs Schriften dargetan,²⁶ daß bis 1723 von 71 Pu-

25. G. Schmoller, Die innere Verwaltung des preußischen Staates unter Friedrich Wilhelm I. Pr. Jhrb. 25, 1869. S. 579 ff. — Der preußische Beamtenstand unter Friedrich Wilhelm I. Pr. Jhrb. 26, 1870. S. 148 ff.

26. Pariset, a. a. O. S. 666—68.

blikationen Wolffs, nicht weniger als 63 mathematischen und naturwissenschaftlichen Inhalts waren. Aber auch er kann es nicht bestreiten, daß die alte Liebe zur Philosophie nicht erloschen war. Trotz mancherlei mißgünstiger, eifersüchtiger Anfeindungen²⁷ hat Wolff sein Recht, darüber zu lesen, sich erkämpft. Endlich fand er auch den lange vergeblich ersehnten Beifall. Wie er es in Leipzig begonnen, hat er die verschiedenen Teile der Weltweisheit zyklisch gelehrt. In deutscher Sprache und freiem Vortrag, den er mit Scherzen und praktischen Beispielen würzte, baute er aus seinen präzise formulierten Gedanken, die er in zahllosen Paragraphen korrekt einen aus dem andern folgerte, sein Lehrgebäude auf. 1718 in der „Ratio Praelectionum Wolfianarum in Mathesin et Philosophiam universam“ hat er zum ersten Mal den Plan seines ganzen Systems entwickelt. Auf der Grundlage seiner Kolleghefte, als „einem Auszug“ daraus²⁸ ging er in den folgenden Jahren an die Ausarbeitung seiner deutschen Schriften. Diese Bücher, an deren Titel eingang die später berühmten Worte „Vernünfftige Gedanken“ prangten, dachte er ursprünglich vor allem als Kompendien für seine Hörer, erst in zweiter Linie als Offenbarungen neuer Ideen für einen weiteren Hörerkreis. So haben sie auch gewirkt. Nichts läßt sich als Beweis anführen, daß Wolffs Philosophie bis 1723 über die Reihen seiner Hörer, die allerdings immer größer wurden, Eindruck gemacht, vor allem nicht, daß sie die Orthodoxie oder die Pietisten in Harnisch gebracht hätte. Nur die deutsche „Logik“ erlebte zwei Auflagen. Aber bei den Studierenden erfreute er sich wachsenden Beifalls. Den Grund dafür sah er darin, daß sie nach Verarbeitung seiner Lehren „in Gesellschaften, wenn von philosophischen und andern gelehrten Sachen die Rede war, den andern überlegen waren.“²⁹ Das ist mehr als eine beiläufige Bemerkung. Sie enthüllt das Ideal des Aufklärers Wolff, das auch schon seinem genialen Lehrer Leibniz vorschwebte.³⁰ Seine Philosophie soll sich in der Praxis bewähren, wird der „Neugestaltung des Lebens“ dienstbar gemacht.

27. Wuttke, a. a. O. S. 146/7.

28. Ebenda, S. 140.

29. Ebenda, S. 147.

30. Vgl. dazu Adolf v. Harnack, Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1900, I. Band, 1. Hälfte, S. 10.

Es ist nicht unsere Aufgabe, diese darzustellen, aber bei Wolffs Weltweisheitslehre, die er in Halle in deutscher Sprache Teil für Teil publizierte, müssen wir doch einen Augenblick verweilen. Als letzte in der Reihe jener Schriften kamen 1721 die „Vernünftigen Gedanken vom gesellschaftlichen Leben der Menschen“ heraus, das erste Werk des Staatsdenkers Wolff, von ihm selbst meist abgekürzt die „Politik“ genannt. Ein Lehrbuch der Staatskunst sollte das Oktavbändchen sein, aber einer Staatskunst, die begriffen wird als ein Teil jener Weltweisheitslehre. Das bestimmt ihren Charakter. Wolff will, daß nur der nach den Regeln der Vernunft sinnvoll und praktisch Denkende und Handelnde, der sich in jeder Lebenslage zurechtfindet, sich mit ihr beschäftige. Ehe sich darum der werdende Beamte und Diplomat, aber auch der Gebildete die Paragraphen der „Politik“ zu eigen macht, muß er einen festen, von Wolff in einer besonderen Schrift „Ausführliche Nachricht von seinen eigenen Schriften, die er in deutscher Sprache von den verschiedenen Teilen der Weltweisheit herausgegeben, auf Verlangen ans Licht gestellt“ (1726) des näheren beschriebenen Bildungsgang durchschreiten, den ihn nur Wolffs eigene Werke leiten können. Von der Mathematik hat er zuvor Methode, ordentliches Denken und Geduld zu lernen. Die Logik hat ihm dann deutliche Begriffe, die Metaphysik eine Weltanschauung zu vermitteln. Schließlich läd ihm noch die Ethik einen Ballast auch für ihn später verbindlicher allgemeiner Morallehren auf. Gerade Metaphysik und Ethik hält Wolff für die Pfeiler der Staatskunst. Erst nachdem alle diese Gebiete bewältigt sind, ist das Studium der „Politik“ genügend vorbereitet. Aus seiner Stellung in diesem größeren Rahmen der Weltweisheit ergibt sich das Wesen des Werkes.

In seiner Biographie Wolffs gibt Gottsched die Bedeutung der „Politik“ mit folgenden Sätzen an:³¹ „Das Werk ist eigentlich ein Handbuch für Fürsten und ihre geheimen Räte; und verdient eigentlich die Philosophie der Regenten genennet zu werden“. Dies Urteil würde falsche Vorstellungen erwecken, wenn man daraus schließen wollte, Wolff sei aus spezifisch staats-theoretischem Interesse an die Arbeit gegangen. Wohl ist das

31. Gottsched, a. a. O. im Text Seite 52.

Werk von Grund auf theoretisch, aber es ist nach den philosophischen Gesichtspunkten der Weltweisheitslehre angelegt. Wie mit dieser der Philosoph Grundlagen für jedes spätere Studium der höheren Fakultäten legen wollte, so sollte die „Politik“ namentlich dem Juristen unentbehrliche Vorkenntnisse reichen. Darauf beschränkt sie sich bewußt. Sie vermißt sich auch keineswegs, erschöpfend zu sein. Sie vermittelt vor allem Grundsätze, wahrt eine Allgemeingültigkeit. Und doch wird das Werk für uns dadurch interessant, daß wir daraus erfahren, was Wolff von Staatstheorie und Staatstätigkeit von seinem Aufklärerstandpunkt für wichtig hält, es allen, die dem Staate dienen, als Richtlinien zu sagen. Dadurch gewinnen wir Einblick in seine Staatsanschauung. Ueber die Wirkung des Werkes muß festgestellt werden, daß auch die deutsche „Politik“ das Schicksal der übrigen Bücher der Weltweisheit teilen mußte, die bis 1723 dem breiteren Publikum so gut wie unbekannt blieben, und die erst der Verbannungsbefehl Friedrich Wilhelms I. dem verhüllenden Dunkel entriß. Und doch entstammt die „Politik“ den schöpferischsten Jahren in Wolffs Leben. Man kann es gar nicht übersehen, daß in Wolffs Schaffen die erste Hallische Zeit den Höhepunkt bedeutet, während ihm die Krone des Weltruhms erst in Marburg beschieden war. Es ist beinahe so, als ob die deutsche Sprache die Gedanken freier in ihm entband; denn solange er sich ihrer bediente, entfalteten sich seine Geisteskräfte lebendiger. Eine stolze Schaffensfreude lag über seiner Arbeit. Was er Neues zu geben hatte an Weltanschauungsgut, an ethischer Kraft, an verstandesmäßiger Durchdringung des Menschenlebens, an Erkenntnis des Wesens und der Aufgaben des modernen Polizeistaates, das hat er in seinen deutschen Schriften niedergelegt, nennt er doch selbst seine späteren riesigen lateinischen Werke nur die „weiläufigtigere Ausführung“ der kürzeren deutschen. Im lateinischen Gewande lähmte ihn die Verpflichtung des „Professor generis humani“, wie ihn der französische Gelehrte Réaumur nannte.³² Das System rollte zwar durch die eigene Schwere der einmal aufgestellten Forderung, alles Wissen zu umfassen, wachsend weiter, aber das Leben darin starb, das fand sich nur in der ersten Hallischen Zeit.

32. Wuttke, a. a. O. S. 72.

Damals erfuhr auch das Erkenntnismittel der deutschen Aufklärung die Wolffsche Methode³³ die vollendete Ausbildung. In den Vorlesungen schon seit längerem mit Erfolg angewandt, erscheint sie jetzt in den deutschen Schriften in reiner Form. Gottsched rühmt sie mit Recht, wenn er beim Lobe der „Politik“ ihre Kennzeichen so angibt:³⁴ „Durch die in den vorigen beyden Teilen (d. h. Logik und Metaphysik) gelegten Gründe und die vortreffliche Lehrart, die er in der Deutlichkeit, Gründlichkeit und Verbindung allemal beobachtete, setzte er auch hier die verwirrtesten Materien in ein heiteres Licht, welches ihnen vorher gefehlet hatte“. Wolff stellte scharf formulierte Lehrsätze auf, zu denen er stets durch klare Definitionen und auf Grund von Prinzipien, die er von anderswo herholte, den exakten Beweis lieferte. Die logische Form des Syllogismus verbindet die einzelnen Lehrsätze als Grund und Folge. Gerade das Finden des zureichenden Grundes beweist die Fähigkeit zu philosophischem Denken, die auch der Politiker besitzen muß. Nur durch diese mathematisch-demonstrative Methode kommt man zu gesicherten Erkenntnissen, nach deren Feststellung man allein handeln kann. Dadurch, daß Wolff alle Gebiete so methodisch behandelte, ruhte sein ganzes philosophisches Gebäude auf einem festen, in sich gegründeten System, das jeden Einzelsatz zu unwidersprechlicher Gewißheit brachte. Es machte den großen Anspruch, das Höchste wie das Belangloseste, das Allgemeinste wie das Einzelne zu erklären, abzuleiten, seinen Grund und Zusammenhang aufzuzeigen, es vermaß sich, schlechthin alles zu absoluter Sicherheit zu erheben.³⁵ Daraus ist dann gerade die Selbstzuversicht dieser Menschen des 18. Jahrhunderts hervorgewachsen.

Dieser logischen Methode unterwarf Wolff auch seine Staatslehre. Das war namentlich in Halle eine unbedingt neue Art. Gerade mehrere der bedeutendsten staatsrechtlichen Kollegen³⁶ Wolffs widmeten sich dem Gebiet mit ganz anderen Mitteln. Da ist z. B. der feurige Patriot, der rühre, wenn auch

33. Landsberg, a. a. O. S. 198. — Pariset, a. a. O. S. 668/9. — Schrader, a. a. O. Bd. 1, S. 168 ff.

34. Gottsched, a. a. O. im Text S. 52.

35. Vgl. Praefatio zu Wolffs „Philosophia rationalis sive logica“ 1728.

36. Vgl. Landsberg, a. a. O., über von Ludwig, S. 117—122, über Gundling, S. 122—125. — Kawerau, a. a. O. S. 28 f.

mit den Quellen etwas willkürlich verfahrende Historiker, der publizistische Verteidiger aller Staatsaktionen des preußischen Staates, als dessen Historiograph er starb: Johann Peter von Ludewig (1668—1743) oder der Thomasiusschüler, der hervorragende Polyhistor, Naturrechtler und Pionier der Aufklärung: Nikolaus Hieronymus Gundling (1671—1729). Sie haben vor Wolff voraus, daß sie wirklich politisch interessiert und viel stärker öffentlich hervorgetreten waren. Betrachtet man ihre Methode, so ist es klar, daß sie für die Behandlung des Staatlichen die Zukunft auf ihrer Seite hatten. Sie mußten Wolffs Methode ablehnen. Während sie in ihren Gelegenheitsschriften, in ihren historischen Werken mit Akten oder der lebendigen Anschauung zu arbeiten gewohnt waren, trat hier ein Mann auf, der aus einer Reihe oberster Grundsätze, an denen er nicht rütteln ließ, mit mathematischer Strenge und logischem Formalismus seine Gesetze deduzierte, der sich vor allem von einem korrekten logischen Beweise die Bestimmung deutlicher Begriffe versprach, die dem bunten wirklichen Leben nur schwer gerecht wurden. Sie mußten als Männer der realen Wissenschaft spotten über die wunderliche Umständlichkeit, die bei diesem Verfahren fast naturnotwendig war. Anschauung und Erfahrung verpönte Wolff, konnte sie aber doch nicht ganz ausschalten. Wenn er sie selbst benutzte, so geschah es immer widerstrebend. Dieser Philosoph aber wollte sich vermessen, über alle Erscheinungen des von ihnen mühsam beobachteten und untersuchten politischen Lebens rein deduktiv und analytisch zu vollkommener Unfehlbarkeit der Erkenntnis zu gelangen, was sie aus historischem Gefühl bezweifeln mußten. Nicht minder unterschied sich Wolff von ihnen, daß er Beispiele und Vorbilder nicht aus der nationalen, ja nicht einmal aus der europäischen Geschichte nahm, sondern sie im fernen Osten in einer Jahrhunderte entlegenen Zeit bei den Chinesen suchte. Ihre Sittenlehre hat er am 12. Juli 1721 verherrlicht, als er seine Prorektoratswürde an seinen Amtsnachfolger Lange, seinen späteren erbitterten Feind, übergab. In der „Politik“ hat er mehr als einmal nicht die kraftvollen Herrscherpersönlichkeiten seiner Zeit, sondern die ersten Kaiser des chinesischen Riesenreiches als Muster der Staatskunst hingestellt. Ja, in der Vorrede vom 18. April 1721 freute er sich geradezu, in seiner Schrift ihre Regierungsmaximen, die er — und er befand sich damit in einem

großen internationalen Zusammenhang³⁷ — als die Regeln wahrhaft philosophischer Fürsten für vorbildlich hielt, aus seinen Gründen erweisen zu können. Auch weiterhin blieb er dem kosmopolitischen Zug in der Bildung der Zeit treu. Ganz falsch aber wäre es, wie es wohl geschehen ist, methodische Gegensätze zwischen Wolff und den Hallischen Staatswissenschaftlern mit unter die Ursachen zum Streit um Wolff, der alsbald nach jener Rede in Halle begann, aufnehmen zu wollen. Ja, wir wissen, daß gerade jene Männer — von Ludewig wurde 1721 auf Grund von Studentenunruhen, die sich an den Prorektoratswechsel angeschlossen, von Friedrich Wilhelm I. zum Universitätskanzler ernannt — sich bei den Zusammenstößen ganz zurückhielten.

Der Streit begann, wie schon oben angedeutet, im Anschluß an die Prorektoratsrede Wolffs. Daß die Sittenlehre eines heidnischen Volkes als Muster hingestellt, daß ihre Uebereinstimmung mit der natürlichen Moral behauptet wurde, erschien den Hallischen Theologen als unerträgliche Gottlosigkeit, als Atheisterei. Wir haben keine Veranlassung, die Einzelheiten des Konfliktes zu erzählen, müssen aber die sonst vorzügliche, streng quellenmäßige Darstellung von Pariset in einigen Punkten ergänzen und korrigieren; denn er hat seltsamerweise keinen Einblick in die vom Preußischen Geheimen Staatsarchiv aufbewahrten Akten nehmen können, der uns durch das Entgegenkommen der Direktion gestattet war.³⁸ Wenn auch der Konflikt durch persönliche Mißgunst gewisser Professorenkreise vorbereitet war, so ist es doch sicher, daß Wolff in jener Rede den Unterschied zwischen seiner, der rationalistischen Weltanschauung, und der der Pietisten scharf betont hatte. Das hat man auch sofort im Lager der Pietisten verstanden. Dieser Gegensatz, das ist gegen Pariset zu behaupten, war und blieb der innerste Anlaß zum Streite, obwohl er bisweilen hinter rein äußerlichen und persönlichen Gründen zurücktrat. So verwunderlich es klingt, so wird doch durch das neue Material bestätigt, daß die Hallischen Professoren es bis an 1723 heran wirklich fertig bekommen haben,

37. Pariset, a. a. O. S. 670 und S. 670, Anmerkung 1. Vgl. u. a. Eingang und Literatur des sonst recht oberflächlichen Aufsatzes von Georg Runze, Leibniz' Gedanke einer natürlichen Interessengemeinschaft zwischen China und Deutschland. Deutsche Rundschau, Jahrg. 51, Heft 1. 1924.

38. Aktenkonvolut: Universität Halle: Professores philosophiae 1726. Preuß. Geh. Staatsarchiv R. 52, 159 n. 3. d.

nicht selbst Wolffs Schriften zu lesen, obwohl sie zugeben müssen, daß „dieselben anfangen, allenthalben, sonderlich auf Universitäten, der hiesigen zum Nachtheil, ein großes Aufsehen zu machen“. (Eingabe des Dekans der theologischen Fakultät an Printzen vom 27. III. 1723.) Es wird schon richtig sein, wenn der Pietist Samuel Lange noch am 24. XII. 1722 erklärte, er habe noch nichts von Wolffs Philosophie gelesen. Ein Mißvergnügter, der Privatdozent Strähler, verstimmt darüber, daß Wolff ihm seine Protektion entzogen hatte, hat ihnen die Mühe abgenommen und eine Anklageschrift gegen die in Wolffs „Metaphysik“ angeblich vertretenen atheistischen Lehren verfaßt. Als Wolff dagegen beim Senat protestierte, hielt dieser ihn hin. Da „die Universität aber größten Theils außer dem Kanzler und einigen wenigen Professoribus sich in der Sache sehr parteyisch aufgeführt“, appellierte Wolff, als ihm „der Schutz bey der Universität versaget worden“ (Wolffs Beschwerde vom 27. III. 1723) am 27. März 1723 an den König mit eigenhändiger Eingabe. Darauf verbot der Etatsminister für geistliche Angelegenheiten von Printzen am 5. April Strähler das weitere Polemisieren. Durch diese barsche Verfügung fühlte sich der Senat in seiner Autonomie getroffen, und es entspann sich zwischen ihm und dem Etatsminister, der in der ganzen Angelegenheit sehr selbständig vorging, ein erregter Schriftwechsel. Im Juni erhielt Printzen sogar noch die königliche Unterschrift unter den Erlaß, der einen Günstling Wolffs, den Privatdozenten Thümmig zum Philosophieprofessor ernannte. Inzwischen machte sich die theologische Fakultät die in der bisher ungedruckt gebliebenen Schrift Strählers erhobenen Anklagen zu eigen. Lange hat sie Anfang Mai 1723 selbst durchgesehen und veröffentlicht und trat so wirklich als erster der Hallischen Pietisten öffentlich mit philosophischen Gründen gegen Wolffs Philosophie auf. Dies geschah also erst gegen Ende des Streites. Die „Politik“ wurde nie in ihn hineingezogen, erst in den Jahren danach hat die Orthodoxie auch sie als atheistisch verschrien, so daß sie Wolff in der „Erinnerung zur anderen Auflage“ 1725 gegen diese „Sophistereyen“ in Schutz nehmen mußte. Aber obwohl Wolff mit keinem Wort den Staat angegriffen hatte, hat dieser doch ein so hartes Urtheil gegen ihn gefällt.

Die persönlichen Beziehungen Wolffs zum preußischen Staat hatten sich bisher auf ein paar Aeüßerlichkeiten be-

schränkt. Die preußische Akademie der Wissenschaften ernannte ihn 1711 zu ihrem Mitgliede.³⁹ Zweimal hebt er es in der eigenen Lebensbeschreibung hervor, daß ihn schon vorher die Königliche Sozietät in London in ihre Reihen aufgenommen hatte.⁴⁰ 1715 hatte er eine Berufung nach Wittenberg erhalten. Gern hätte sie Wolff angenommen; denn in Halle war er fünf bis sechs Stunden täglich in Kollegs beschäftigt. Sein Gehalt war gering, obwohl ihm durch physikalische Apparate, die er selbst anzuschaffen hatte, große Ausgaben erwuchsen. Anfang 1715 war er unter Hinweis darauf in Berlin um die Erlaubnis eingekommen, den preußischen Dienst verlassen zu dürfen.⁴¹ Den Minister von Printzen hatte er gebeten, beim König dafür einzutreten oder ihm ein höheres Gehalt zu vermitteln.⁴² Am 7. Februar 1715 hatte Friedrich Wilhelm I. seinem Professor die Annahme des Wittenberger Rufes verboten.⁴³ Er folgte wohl dem Rate des Tribunals- und Kammergerichtsprocurators Brechtel, der sich in zwei Schreiben vom 4. Februar 1715⁴⁴ sehr lobend und warm über Wolff ausgesprochen, ihn als hervorragenden Mathematiker gefeiert und schließlich Mittel vorgeschlagen hatte, um ihn auf alle Fälle in Preußen zu halten. Er nennt den Ratstitel und Gehaltsaufbesserung. Damit könne man Wolff befriedigen, ohne einem anderen Unrecht zu tun. Wolff wurde der Hofrattitel verliehen und die Aussicht auf höhere Besoldung eröffnet. Es wurde ihm nämlich ein Teil des Gehaltes des Professors Bodinus versprochen, den er nach dessen Tode bekommen sollte. — Der Professor starb aber erst fünf Jahre später! — Ehe Wolff seine Bestallung zum Hofrat — sie erfolgte am 25. Februar 1715⁴⁵ — erhalten hatte, richtete er auf die kurze Mitteilung der königlichen Entscheidung sofort eine neue Bitte um Gehaltszuschuß an den König,⁴⁶ die aber am gleichen 25. Februar 1715⁴⁷

39. Vgl. das Patent bei Gottsched a. a. O. Beilage H, S. 8.

40. Wuttke, a. a. O. S. 148 und 150.

41. Preuß. Geh. Staatsarchiv R. 52, 159. n. 3. d. Eingabe Wolffs an den König vom 19. I. 1715, beigelegt die Wittenberger Berufungsschreiben; vgl. auch Wuttke, a. a. O. S. 148/9 und Gottsched, a. a. O. Beil. M, S. 11/12.

42. Gottsched, a. a. O. Beil. M₂, S. 12.

43. Gottsched, a. a. O. Beil. N, S. 12/13 u. Preuß. Geh. Staatsarchiv, ebda.

44. Preuß. Geh. Staatsarchiv, ebenda, eingefügt in Wolffs Eingabe vom 19. I. 1715.

45. Gottsched, a. a. O. Beil. P, S. 14 u. Preuß. Geh. Staatsarchiv, ebenda.

46. Gottsched, a. a. O. Beil. O, S. 13/14, im Staatsarchiv nicht erhalten.

abschlägig beschieden wurde. Außer diesen wenigen Akten ist uns nichts überliefert. Friedrich Wilhelm I. wird damals Wolff wahrscheinlich gar nicht gekannt und die obigen Verfügungen auf den Rat seiner Beamten getroffen haben, die ihm Wolffs Wirksamkeit in Halle als nutzbringend darstellten. Wenigstens fehlt uns für Wolff eine ähnliche persönliche Äußerung des Königs, wie wir sie vom 7. Oktober 1737 besitzen, als der Professor Heineccius aus Halle nach Leiden berufen wurde.⁴⁸ Der König verweigerte Heineccius die Erlaubnis mit dem Hinweis, der Professor sei einer der besten in Halle und die Generalstaaten hätten ihm ja auch keine großen Flügelmänner gestellt. Aus dem Material, das wir für das Leben Wolffs benutzt haben, wollen wir noch eine allgemeine Bemerkung über das Verhältnis Friedrich Wilhelms I. zu den Männern der Wissenschaft hier einfügen.

Wir haben oben auf die innere Uebereinstimmung zwischen Friedrich Wilhelm I. und der Hallischen Schule, namentlich den Juristen, hingewiesen. Diese ist später vielleicht noch enger geworden, als er 1727 die erste Professur für Kameralwissenschaften stiftete und sie mit dem Professor Simon Peter Gasser besetzte. Eine hohe, vor allem praktisch nutzbare Aufgabe hat er ihr zugewiesen.⁴⁹ Diese Neugründung hat außerdem aus von Ludewigs Feder die „wichtigste und charakteristischste Staatschrift der Zeit“ über Friedrich Wilhelms I. Regierungspraxis hervorgerufen. Die neue Professur ist in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzen. Und dennoch hat Friedrich Wilhelms I. Verhältnis zu den Universitäten und ihren Professoren noch eine andere für den König nicht minder bezeichnende Seite. Wie er in echt merkantilistischer Art mit allen Mitteln den Wohlstand seines Landes zu heben bemüht war, so hatte er auch bald erkannt, daß für die Stadt Halle die Universität ein Quell neuen Reichtums geworden war, obwohl sich noch lange die dortige

47. Gottsched, a. a. O. Beil. P₂, S. 14, fehlt ebenfalls im Staatsarchiv.

48. F. A. von Winterfeld, Christian Wolff in seinem Verhältnis zu Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen. „Nord und Süd“ Bd. 64, 1893, S. 224 ff. Der Aufsatz ist sonst wenig brauchbar.

49. W. Roscher, Die deutsche Volkswirtschaftslehre unter den beiden ersten Königen von Preußen, Pr. Jhrb. Band 14, S. 160 — G. Schmoller, Der preußische Beamtenstand unter Friedr. Wilh. I., Pr. Jhrb. Band 26, S. 169 — W. Schrader, Geschichte, Band I, S. 144,

Regierung und die Stadtherren gegen Ausgaben, die sie für die Hochschule machen mußten, gesträubt haben. Während er die Akademie verfallen ließ, erhielt er Halle und seine andern Universitäten, wenn er ihnen auch in häuslicher Sparsamkeit staatliche finanzielle Zuwendungen zur Aufbesserung der Gesamtsumme der Professorengelöhne beharrlich verweigerte. Die höchsten Bildungsanstalten wurden rücksichtslos dem merkantilistischen Staatszwecke dienstbar gemacht. Auch sie waren über ihre wissenschaftliche Leistung hinaus ein Staatsbedürfnis. Friedrich Wilhelm I. sah stets in der bloßen Existenz der Universität Halle eine Stütze der preußischen Selbständigkeit, des Ruhms, vor allem aber der Bereicherung. Dieser Gesichtspunkt scheint manchmal alle persönliche Neigung zum Pietismus und der Staatswissenschaft zu überwiegen. Die Universität mußte junge, namentlich reiche Leute ins Land ziehen. Dazu brauchte man Professoren von Ruf. Darum durfte auch Wolff nicht nach Wittenberg gehen. Seine Gelehrsamkeit lockte Schüler herbei, von deren Lebensbedürfnissen der Staat seine indirekten Steuern erheben konnte. Wirtschaftlich nutzte man seine Berühmtheit aus. Das trat gegen Ende seines Lebens Leibniz in Hannover entgegen⁵⁰ und, wenn wir dem Bericht des Probstes Reinbeck vom 4. Juli 1739 an Wolff Glauben schenken dürfen,⁵¹ so hat dies Friedrich Wilhelm I. selbst in charakteristische Worte gekleidet. Als er sich in seinen letzten Regierungsjahren mit allen Kräften um Wolffs Rückberufung bemüht hat und Wolff sich entschuldigte, daß er nicht mehr wie ein Junger Kollegs halten könne, soll er erklärt haben, daß er das auch gar nicht verlange: „Der Prinz Eugen, als er letzters am Rheine war, konnte nicht viel mehr fort und war ganz stumpf. Aber seine bloße Gegenwart war so viel, als ob der Kaiser 20 000 Mann mehr gehabt hätte“. Solchen Wert könnte auch der Ruf des berühmten Mathematikers und Naturwissenschaftlers für Halle haben. Dieser Umstand wurde noch Friedrich dem Großen von Reinbeck am 3. August 1740 entgegen gehalten als ausschlaggebend für die Berufung nach Halle, anstatt an die Berliner Akademie.⁵² Wolff

50. Vgl. Julian Schmidt, a. a. O. Bd. I, S. 389/90 die dort mitgeteilten Briefe.

51. Gottsched, a. a. O. S. 100.

52. Anton Friedrich Büsching, Beiträge zu der Lebensgeschichte denk-

würde „einen ganzen Schwarm von vornehmen und bemittelten Studiosis hierher mitbringen“. Friedrich nahm dies bereitwillig auf. Auch er dachte wie sein Vater. Und die Gelehrten? Sie haben sich so damit abgefunden, eben auch nur ein wirtschaftlicher Faktor zu sein, daß Wolff, als er 1740 um die Rückberufung an die Universität Halle bat, eben den Nutzen betont, den er durch seine bloße Anwesenheit dem Lande bringen könnte.⁵³

Trotz solcher Anschauung hat es Friedrich Wilhelm I. über sich gebracht, Wolff zum Teufel zu jagen. Obwohl wir das Material des Preußischen Geheimen Staatsarchivs eingesehen haben, müssen wir mit Pariset bekennen, daß es nicht möglich ist, letzte Klarheit über die Vorgänge zu erhalten, die sich Ende Oktober und Anfang November 1723 in Berlin abgespielt haben. Soviel geht aber deutlich hervor, daß, solange Printzen allein die Entscheidungen traf, der Streitfall einen für Wolff günstigen Verlauf nahm. Wirklich ist noch am 29. Oktober 1723 eine Kommission zur gewissenhaften Prüfung der von der theologischen Fakultät gegen Wolff erhobenen Vorwürfe eingesetzt worden. Diese Tatsache steht absolut fest, und Parisets Zweifel sind hinfällig. Wir besitzen sowohl ein erstes Konzept des die Einsetzung verfügenden Reskripts, wie das vom König selbst unterzeichnete und eigenhändig verbesserte Reinkonzept. (Siehe Beilage 1.) Daß die Kommission sofort ihre Arbeit aufnahm und schon am 2. November in Tätigkeit war, geht aus einer Verfügung an die Kommission vom 2. November 1723 hervor, von der wir wieder Konzept und Reinkonzept haben. Darin wird ihr ein von der theologischen Fakultät eingesandtes Memorial überreicht, nochmals sorgfältigste Prüfung eingeschärft und von ihr ihre Meinung eingefordert, ob eine von Wolff vorgeschlagene Disputation stattfinden solle. Also erst in den Tagen darauf erhielt der Konflikt eine andere Wendung. Schon Pariset hat nachgewiesen, daß

würdiger Personen Insonderheit gelehrter Männer, Bd. I, Halle 1783, S. 84, Stück 36.

53. Vgl. zu demselben Gegenstand Wolff an Reinbeck am 29. 6. 1740 Büsching a. a. O. S. 72 ff. Wolff an Manteuffel am 12. 6. 1740 bei Wuttke a. a. O. S. 64 f. und besonders kraß, was man allerdings bei Manteuffel, der große Worte und Uebertreibungen liebt, nicht ganz ernst zu nehmen braucht, Manteuffel an Wolff am 14. 6. 1739 ebenda S. 49. Er spricht von Preußen: „cette galère — ci où l'on n'aime les savants qu'en — tant qu'ils peuvent servir à augmenter les revenus des accises“.

die oft wiederholte Fabel, zwei Generäle oder der „Hofnarr“ Friedrich Wilhelms I. hätten diesen über Wolffs Determinismus belehrt und ihm auseinandergesetzt, er dürfe fortan keinen desertierenden Grenadier mehr verfolgen, da dieser Wolffs Lehre gemäß, aus innerer Bestimmung durchgehe, in den verfügbaren Quellen keine Stütze findet, also endgültig aufzugeben ist. Sicher ist vielmehr, daß der König den Einflüsterungen des Pietisten August Hermann Francke erlegen ist. Friedrich Wilhelm I. stand mit Francke in persönlichem Briefwechsel, von dem niemand sonst etwas erfuhr. Der Hallische Theologe hat die Gelegenheit benutzt, Wolff beim König als Atheisten zu verdächtigen mit den Anklagen, die auch seine Fakultät unterschrieb. Das brachte den König in Harnisch, und er hat ganz persönlich, ohne einen Menschen um Rat zu fragen, die Kabinettsorder vom 8. November 1723 erlassen. Ja, er wählte gerade dieses Mittel, um seinem selbstherrlichen Entschlusse Ausdruck zu verleihen und dadurch dem Leiter der geistigen und kirchlichen Angelegenheiten Preußens Printzen, der bisher ohne ihn zu fragen, in dem Hallischen Universitätsstreit im Sinne Wolffs entschieden hatte, und der von Franckes Schreiben nichts wußte, seinen Willen zu zeigen. Pariset hatte geglaubt, den bei Gottsched überlieferten Text der Kabinettsorder vom 8. November 1723 beanstanden und durch eine in scharfsinniger Untersuchung festgestellte Rekonstruktion ersetzen zu müssen.⁵⁴ Dem wird aber durch die Akten der Grund entzogen. Wie schon der französische Gelehrte vermutete, befindet sich das Konzept der Kabinettsorder im Preußischen Geheimen Staatsarchiv, aus dem wir es veröffentlichen. (Siehe Beilage 2.) Es stimmt mit dem bisher durch Gottsched bekannten Text überein. Wolff ist in der Tat „bei Strafe des Stranges“ und „binnen 48 Stunden nach Empfang der Order aus Halle und den königlichen Ländern verwiesen“ worden. Obwohl Printzen, als ihm der königliche Entscheid zur Ausfertigung zuging, den König in einem im Konzept erhaltenen Schreiben dringend davor warnte, Wolff zu verurteilen, ehe die Kommission ihr Urteil gesprochen habe, weil man ihm dadurch die Möglichkeit gäbe, zu behaupten, er sei ungehört verurteilt worden, unterschrieb der König die Ausfertigung. Außer der Order gegen Wolff erging am gleichen Tage

54. Pariset, a. a. O. S. 679 bis 684.

gegen den Privatdozenten Thümmig eine Kabinettsorder, die wegen derselben irrigen Lehren, wie man sie Wolff vorwarf, sein Introduktionsreskript kassierte und ihn wieder seines Amtes enthob. Wir veröffentlichen sie ebenfalls. (Siehe Beilage 3.) Páriset hielt sie für verloren. Damit ist die Frage der Kabinettsorders endgültig geklärt.

Am 8. November 1723 begann mit dem königlichen Verbannungsbefehl, der damals im ganzen zivilisierten Europa als unerhörter staatlicher Eingriff in die Lehrfreiheit größtes Aufsehen erregte, in Preußen ein jahrelanger Krieg gegen Gelehrte und gegen alle Bücher, die des Atheismus oder der Beziehungen zu Wolff verdächtig waren. Auch dieser Feldzug stand vom Anfang bis zum Ende unter der Inspiration August Hermann Franckes,⁵⁵ der den König immer aufs neue aufhetzte, der noch in seinem Todesjahr — er starb am 8. Juni 1727 — die härtesten königlichen Edikte⁵⁶ durchsetzte. Erst nach seinem Ende flaute der Eifer etwas ab, der dennoch der Wolffischen Philosophie wenig hat anhaben können. Wolff hat an jenem Unglückstage die ihm zum Verlassen Halles und der preußischen Lande gesetzte Frist gar nicht abgewartet, sondern ist sofort über Merseburg nach Marburg abgereist. Von dort hatte er schon am 14. Juni 1723 eine Berufung für die Professio Matheseos et Physices erhalten.⁵⁷ Das rettete ihn jetzt aus der Not. Aber der mit einem Schlage in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses Gerückte wurde sogleich auch von Sachsen für die Universität Leipzig und noch eifriger von Rußland für die Petersburger Akademie umworben, mit der er schon seit einigen Jahren in Briefwechsel⁵⁸ stand, und wo er sich des besonderen

55. Vgl. August Hermann Franckes Antwort vom 30. 11. 1723 auf Friedrich Wilhelms I. Handschreiben vom 24. 11. Preuß. Geh. Staatsarchiv R. 52. 159 n. 3. d. Francke bringt zum Ersatz für Wolff den Sohn Langes, Johann Joachim und Strähler als „geschickte“ und „zugleich gottesfürchtige Leute“ in Vorschlag.

56. 31. Januar 1727 gegen Druck und Verkauf atheistischer Bücher bei C. Günther Ludovici, Ausführlicher Entwurf einer vollständigen Historie der Wolffischen Philosophie. Leipzig 1736—38, Bd. III, § 138, S. 133 f. — 13. Mai 1727 gegen die Lehre der Wolffischen Philosophie an preußischen Universitäten, ebenda Bd. III, § 139, S. 134 f.

57. Gottsched, a. a. O. Beilage f, S. 32. — Wuttke, a. a. O. S. 151.

58. Vgl. die „Briefe von Christian Wolff aus den Jahren 1719 bis 1753“. Ein Beitrag zur Geschichte der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften

Wohllollens Peters des Großen erfreute, dem er auch eines seiner deutschen Bücher gewidmet hatte. Aber er nahm unter günstigen Bedingungen⁵⁹ in Marburg an. Damit trat er in den Dienst des Staates Hessen-Kassel und blieb dort bis zum Tode Friedrich Wilhelms I., obwohl dieser von 1733 an kaum ein Mittel unversucht gelassen hat, den Vertriebenen zurückzuholen. Wohl erfolgte auch eine äußerliche Annäherung. Aber die Rückkehr Wolffs nach Preußen hat doch erst Friedrich der Große durchgesetzt.

III. Christian Wolff in Marburg 1723 bis 1740.

Der Historiker würde gern aus der Struktur des Staates Hessen-Kassel mögliche Anregungen für den Staatsdenker Wolff erschließen. Wiederum geben keine Quellen darüber nähere Aufschlüsse. Die „Eigene Lebensbeschreibung“ verliert jetzt fast jeden Wert, da sie sich nur der breiten Schilderung gänzlich belangloser Aeüßerlichkeiten hingibt. Größere Bedeutung gewinnen dafür die Briefwechsel Wolffs mit dem Grafen Mantuffel, mit dem Probste Reinbeck, mit der russischen Akademie. Aus ihnen und aus Stellen in Wolffs Werken müssen wir uns Einblick in die Marburger 17 Jahre zu verschaffen suchen.

Hessen-Kassel⁶⁰ bot nach 1648 in kleineren Massen ein Gegenstück zu dem aufstrebenden Brandenburg-Preußischen Staate dar. Unter Führung eines kraftvollen Fürstentums, das an der alten Tradition des streitbaren Protestantismus mit seinem reformierten Bekenntnis festhielt, hatte das Land im Friedensschluß von 1648 außer einer ansehnlichen Kriegsschädigung eine beträchtliche Gebietserweiterung erlangt und befand sich als eine der seltenen Ausnahmen unter den deutschen Kleinstaaten seitdem im materiellen Aufstieg. Auch hier aber bedurfte es der einsichtsvollen Persönlichkeiten, die die Gunst der Verhältnisse auszunutzen verstanden. Landgraf Wil-

zu St. Petersburg. Petersburg 1860. — Das Werk ist ein Geschenk der russischen Akademie zum 50. Jubiläum der Universität Berlin.

59. Vgl. Wuttke, a. a. O. S. 151.

60. Vgl. zum folgenden: B. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen, 1892. Bd. 1, S. 67 u. S. 490. — Otto Kaemmel, Deutsche Geschichte, 2. Teil, 1911, S. 111 und S. 201.

helm VI., der nach der Regentschaft seiner „staatsklugen“ Mutter Amalie Elisabeth von 1650—1670 selbständig regierte, war mit einer Schwester des Großen Kurfürsten vermählt. Manche Anregungen kamen von da her. So brachte er eine beachtenswerte Annäherung des reformierten und lutherischen Bekenntnisses zustande. Ein leidlicher Friedenszustand war erreicht, die gegenseitigen Verketzerungen hörten auf. Diesem Ziele hatte auch die 1653 erfolgte Restituierung der seitdem reformierten Universität Marburg dienen sollen. Wilhelms Sohn Karl (1670—1730) ist in seiner inneren Politik noch mehr den Hohenzollern an die Seite zu stellen. Er erschloß sein Land voll den staatlichen Bestrebungen des Absolutismus und Merkantilismus. Ein charakteristisches Zeitbild, das nur durch seine Kleinheit neben den gleichzeitigen gewaltigen Ausprägungen in den großen Staaten in den Schatten gedrängt wird. Er schuf ein stehendes Heer, erleichterte den Binnenverkehr, rief sich als Hilfskräfte die Hugenotten. In Kassel erweckte er reges geistiges Leben. Kunst und Kunstgewerbe fanden ihre Stätte. Die ersten großartigen Bauten und Parkanlagen des späteren Wilhelmshöhe verdanken ihm ihr Entstehen. Dieser Fürst hat Wolff nach Kassel berufen. Am 15. November 1723 erhielt er seine Bestallung zum „Professore Matheseos et Philosophiae primario“ mit der Freiheit, zu dozieren in allen „Partibus Philosophiae und in specie Philosophiae experimentalis“. ⁶¹ Der Landgraf hat ihm den Weg in die neue Wirkungsstätte geebnet. ⁶² Er hat sich alle Vorstellungen über die Gefährlichkeit der Wolffischen Lehren, die ihm die Marburger Professoren in einer Eingabe ausgesprochen hatten, als Eingriff in seine landesherrliche Gewalt verboten. Er hat dann bei neuen Schwierigkeiten der allzu eifrigen Herren befohlen, Wolff sofort zu introduzieren, und mit Androhung der Kassation zur Verträglichkeit gemahnt. Nie hat er es in der folgenden Zeit an Zeichen seiner besonderen Gunst fehlen lassen. Wolff hat in Marburg und Kassel in den Kreisen der leitenden Beamten und des Hofes verkehrt. Unter dem Strahle dieser fürstlichen Gnade, die mit dem wachsenden Ruhme und der allmählichen Verbreitung seiner Philosophie über Europa hin zusammentraf, ist in Wolff

61. Gottsched, a. a. O. Beilage h, S. 33/4.

62. Ebenda, Beilage O und O 2, S. 41 und 42.

eine Borniertheit und Eitelkeit, eine Gespreiztheit erblüht, die bis an Lächerlichkeit streifte, die sich aber gut mit der verstandesmäßigen Nüchternheit und herzenskühlen Leidenschaftslosigkeit vereinigte, zu jener Zeit nichts Ungewöhnliches. — Karls Nachfolger Friedrich I. hat 1720 sogar, als Gemahl der jüngsten Schwester Karls XII. von Schweden, das Ziel erreicht, das allen kräftigen und ehrgeizigen deutschen Einzelstaaten vorschwebte, nachdem der Kurfürst von Hannover englischer König, der von Sachsen polnischer König und endlich der Brandenburger preußischer König geworden waren, eine Krone im Ausland zu erwerben. Er trat mit Bewilligung der schwedischen Stände das königliche Regiment in Schweden an. Für ihn führte sein Bruder Wilhelm die Regierung in Hessen als Statthalter. Doch unter ihm wie unter seinem Nachfolger Friedrich II. (1760—1785) überspannte sich schon das Machtstreben dieses Herrscherhauses. Beide haben tapfer auf Friedrichs des Großen Seite gekämpft. Wilhelmshöhe wurde vollendet. Friedrich schmückte Kassel mit seinen Bauten. Aber beide haben die Kräfte des Landes, schließlich sogar noch in dem schimpflichen Soldatenhandel, zur Befriedigung ihres dynastischen Ehrgeizes bis zur völligen Erschöpfung verbraucht. Auch der Statthalter Wilhelm hat Wolff sein Wohlwollen bewahrt. Er genoß bei ihm die „gleiche Gnade“, oft saß er an seiner Tafel. Ebenso war er beim König „ganz ungemein angeschrieben“.⁶³ Friedrich zeichnete Wolff bei seiner Anwesenheit in den Erblanden 1732 wiederholt aus. Nicht die Schuld des Fürstenhauses war es, wenn sich Wolff, je länger er in Marburg war, desto weniger dort wohl fühlte, vor allem etwa von 1730 an. Er sollte alle Verbesserungen seiner Lage erhalten, die er nur wünschte. Ungern hat sich der König 1740 von seinem weltberühmten Professor getrennt. Es war ein Zeichen der Hochachtung des schwedischen Königs für Friedrich den Großen, daß er 1740 dessen Vorstellung stattgab und Wolff gnädig entließ.

Wolff hat durch unermüdlichen Fleiß dem Lande seinen Dank abgestattet, das ihm eine Zufluchtsstätte geboten hatte. Groß ist seine schriftstellerische Tätigkeit in Marburg gewesen. Von allen seinen deutschen Schriften, die man bisher noch wenig beachtet, bei denen man, weil sie in der Muttersprache

63. Wuttke, a. a. O. S. 156 f.

verfaßt waren, nichts Neues gesucht hatte, die jetzt nach 1723 überhaupt erst allgemeiner gelesen wurden,⁶⁴ mußte er Neuauflagen veranstalten. Die „Politik“ erlebte deren drei: die zweite vermehrt und durchgesehen von 1725; die dritte von 1732 und die vierte von 1736 sind Neuabdrucke der zweiten Auflage. Ferner hat er die deutschen Werke um eine „Psychologie“ und eine „Physik“ vermehrt. Dazu begann er jetzt die Ausführung seines alten Planes, das Ganze des menschlichen Wissens seiner Zeit nach seiner Methode in einer großen philosophischen Enzyklopädie darzustellen, d. h. die deutschen Schriften umfänglicher und ausführlicher lateinisch zu wiederholen. Dem „petit monument wolffien“ sollte das „grand monument wolffien“⁶⁵ zur Seite treten. So kühn hatte er früher die deutsche Sprache⁶⁶ als unvergleichlich zum Philosophieren geeigneter als das Latein gepriesen.⁶⁷ Er selbst hatte in ihr gelehrt und geschrieben, zwar keineswegs elegant oder auch nur flüssig, nein in eintönigem Stil und auch für seine Zeit schon trocken. Aber mochte ihm auch der Sinn für Form, die phantasievolle, lebendige Anschaulichkeit fehlen, durch die Reinheit von Fremdwörtern, deren er sich rühmt,⁶⁸ durch die Klarheit der Begriffe, die pedantische Korrektheit der Ausdrücke hat er doch wie der so oft mit Unrecht geschmähte Gottsched der wissenschaftlichen deutschen Sprache einen unschätzbaren Dienst geleistet, hat in deutscher Sprache erst eigentlich die philosophische Terminologie geschaffen, mit der die Folgezeit arbeitete. Mit dem Jahre seiner Vertreibung hatte die Eroberung des deutschen Publikums für seine Philosophie eingesetzt. Jene Gewalttat, die ihn mit dem Märtyrerschein umwob, war eine „ausgezeichnete Reklame“⁶⁹ gewesen. Der untrügliche Beweis dafür, daß die Wolffische Philosophie die Geister mächtig erregte, sind neben den Neuauflagen der deutschen Schriften vor allem die hitzigen literarischen Fehden, die zahlreichen Streitschriften für und

64. Dies erweist ausführlich Pariset, a. a. O. S. 667 f.

65. Pariset, a. a. O. S. 666 ff.

66. Vgl. dazu Kawerau, a. a. O. S. 158.

67. Wolff, Ausführliche Nachricht von seinen eigenen Schriften, die er in deutscher Sprache von den verschiedenen Teilen der Weltweisheit herausgegeben, auf Verlangen ans Licht gestellt. Frankfurt a. M. 1726, § 15.

68. Wolff, Ausführliche Nachricht, § 16.

69. Pariset, a. a. O. S. 690.

wider sie, die Ludovici Jahr für Jahr verzeichnet hat.⁷⁰ In diesen Diskussionen hat sie in Deutschland Fuß gefaßt. Wolff, nicht seinen im Augenblick äußerlich triumphierenden Gegnern hat die folgende Zeit in der Wissenschaft gehört. Für das deutsche Publikum aber hielt er jetzt seine Arbeit für getan. Er fühlte sich berechtigt, den Schritt in die Welt zu tun, um die Gelehrten des ganzen Menschengeschlechts zu werben. Ehrungen von der Londoner Königlichen Sozietät, von der Pariser und Petersburger Akademie, dem französischen Hof und dem Kardinal Fleury, von holländischen, italienischen, polnischen, russischen, französischen Gelehrten schienen dazu nur zu ermuntern. Als geradezu paradox kann es anmuten, wenn Wolff jetzt noch im ersten Bande des *Jus Naturae* § 169 auf die deutsche Sprache ein Loblied in lateinischer Sprache anhebt.

Soweit wir sehen, ist den lateinischen aufschwellenden Umarbeitungen gemeinsam, daß sie im allgemeinen, verglichen mit den deutschen Schriften wenig Neues bringen. Das Endergebnis steht meist schon fest und ist zudem noch nicht einmal Original, sondern nur gewonnen durch die Verwertung von Zeitideen, die in der eigenen Darstellung in feines Detail ausgesponnen werden. Aber selbständig bleibt die Methode. Der logische Aufbau wird noch durch eingelegte Unterteile und Paragraphen, Noten und Zitate erleichtert, die alle Schwierigkeiten oder Unklarheiten in der Beweisführung aus dem Wege räumen sollen. So kommt es dann, daß mit dem ganzen logischen Apparat Selbstverständlichkeiten in unerbittlicher Kaltblütigkeit bewiesen werden. Die Trivialität dieser Satzblüten des „professeur de logique de l'Allemagne“⁷¹ läßt sich nicht verleugnen, wenn man auch zugibt, daß die Erziehung der Deutschen zu Plan und Methode ihnen mitzuverdanken ist. Dabei sind trotz alledem Widersprüche nicht ausgeschlossen. Aber manchmal findet Wolff in diesen Büchern, die durch die weitläufige Methode zu unheimlichen Wälzern anschwellen, doch eine glückliche treffsichere Formulierung, die sich durch prägnantere Fassung vor der älteren auszeichnet.

Dies allgemeine Urteil gilt auch von dem riesenhaften, im wesentlichen doch neuen Werke, dessen Konzeption in die

70. C. Günther Ludovici, Sammlung und Auszüge der sämtlichen Streitschriften wegen der wolffischen Philosophie. Leipzig 1737—38, 2 Bde.

71. Pariset, a. a. O. S. 669.

zweite Hälfte des Marburger Aufenthaltes fällt, dem *Jus naturae*. Ostern 1740, als Wolff noch in Marburg war, erschien der erste, 1748 der achte und eigentlich letzte Band. Später werden wir das Naturrecht im ganzen charakterisieren. Aus Briefen Wolffs an russische Akademiker und an Reinbeck und aus seinen eigenen Vorarbeiten, kann man schließen, daß die ersten Ansätze anfangs der dreißiger Jahre lagen und sich dann um 1736/37 verdichteten.⁷² Die Arbeit erfuhr manche Unterbrechungen,⁷³ schritt aber sonst bei Wolffs großem Fleiß dauernd fort. Dicht an dieses Werk heran aber haben wir sicherlich zwei kleinere Schriften zu rücken, wenn wir sie nicht geradezu als Vorstudien bezeichnen wollen. Wolff gab von 1729 an in zwangloser Folge seine „Marburgischen Nebenstunden“ heraus, deren Zweck ihr lateinischer Titel verkündet: „*Horae subsecivae Marburgenses, quibus Philosophia ad publicam privatamque utilitatem aptatur*“. Wenn man auch in den Erfolg dieses gemeinnützigen Unternehmens schon wegen des darin geübten Gebrauches der lateinischen Sprache berechtigte Zweifel setzen darf, so finden sich doch unter diesen zwölf Stücken, von denen die Mehrzahl in Wolffs „Gesammelten kleinen philosophischen Schriften“ wieder abgedruckt sind, manche beachtenswerte Ausführungen, die geeignet sind, größere Aufschlüsse zu vermitteln. In hohem Maße trifft dies für die Abhandlungen „*De rege philosophante et philosopho regnante*“, veröffentlicht 1730 im „*Trimestre Brumale*“ der „*Horae subsecivae*“ und „*Theoria negotiorum publicorum*“, 1731 im „*Trimestre Vernale*“ der „*Horae subsecivae*“ zu.⁷⁴ Beide sind unseres Wissens noch von keiner Seite zur helleren Beleuchtung der Ideen des Staatsdenkers Wolff herangezogen worden. Das scheint uns um so erstaunlicher, als die Schriften zu ihrer Zeit sicher starke Beachtung erfuhren, hält sie doch der aus dem Kreise des jungen Friedrichs II. her bekannte Des-Champs für würdig, in französischer Sprache sie dem jungen König bei seinem Regierungsantritt zu widmen. Das sind höchstwahrscheinlich die einzigen staats-theoretischen Schriften Wolffs gewesen, die Friedrich der Große

72. Vgl. Russische Akademiebriefe vom 15. IX. 1737; 23. IX. 1737; 24. XI. 1737, Nr. 52; 133; 53; Büsching, a. a. O. S. 25, Brief vom 16. IV. 1738.

73. Russische Akademiebriefe Nr. 63, vom 4. IV. 1739.

74. Beide auch in Wolffs Ges. kl. philos. Schriften, VI. Teil, Stück 2 und 3.

selbst von ihm gelesen haben könnte. Daß er es tat, steht nicht einmal fest. Uns scheinen sie gerade für Wolffs Verhältnis zur realen Welt sehr wichtig. Diese beiden Schriften hatten wir vornehmlich im Auge, als wir es wagten, den von Friedrich Meinecke in seiner „Idee der Staatsräson“ (1924) neugeprägten Begriff „Staatsdenker“ auf Christian Wolff anzuwenden. Wir werden das zu erweisen haben.

Während der Arbeit an seinen Schriften, unter der gewaltigen Arbeitslast der Kollegs,⁷⁵ die er nach der Gewohnheit der Zeit in großer Zahl nebeneinander hielt, entging dem Blick des für alles aus dem Bereich des Geistes interessierten Mannes auch die politische Welt nicht. Quellenmäßige Belege dafür aus der früheren Zeit haben wir nicht ermitteln können. Was die wenigen kargen Stichproben aus der Marburger Zeit uns erkennen lassen, hätte aber auch damals schon geschehen können. Als sich nach dem Tode Peters des Großen die Welt über die Nachfolge stritt, schreibt er einmal an einen russischen Bekannten, auch er habe sich mit dieser Tagesfrage beschäftigt, habe die politischen Gründe geprüft und meine, daß nach natürlichem und göttlichem Recht Katharina der Thron gebühre.⁷⁶ Daran knüpft er die Nachricht von einem interessanten Plan. Er wollte „für die jungen Herren in Rußland“ eine „Politik“ schreiben nach den „Monarchischen principii“ — ein früher Ausdruck, dem eine spätere Zeit einen besonderen Inhalt verschaffen sollte — und alles, das ist das Bemerkenswerte daran, „durch Exempel aus dem Leben des glorwürdigsten Kayzers illustrieren“. Er bedauert nur, nicht genug Kunde von Peters „glorwürdigsten Thaten“ zu haben, zweifelt aber nicht, „daß man aus seinem Leben eine Moral für hohe Staatspersonen ziehen könnte“. Leider ist dieser Plan nicht zur Ausführung gekommen. Es wäre von höchstem Werte gewesen, zu sehen, wie sich ein Mann wie Wolff mit der Aufgabe abgefunden hätte, den Beruf des Historikers mit dem des politischen Moralisten zu vereinigen. Die Bewunderung für Peter den Großen, der ihn gern zur Einrichtung der Akademie gewonnen hätte, teilte er mit allen Aufklärern, namentlich mit Leibniz. Wolff erhielt später sogar bis zu seinem Tode von Katharina und ihren Nachfolgern ein Jahrgeld. Auch Wolff ist

75. Russische Akademiebriefe Nr. 53, vom 24. XI. 1737.

76. Ebenda Nr. 21, vom 22. IV. 1725.

einer der deutschen Paten des ersten russischen wissenschaftlichen Institutes, das bei dem Jubiläum des Jahres 1925 seinen Namen ehrend und dankend neben dem Eulers nennen wird. Aus der Ferne spendete er seinen Rat und leistete kleine Dienste. So sollte er einen Historiker für Petersburg vermitteln⁷⁷ und machte auf die bedeutende historische Bibliothek Menckens aufmerksam, die zum Verkaufe stand. Er wünschte 1737 dem Russischen Reich einen baldigen siegreichen Frieden, mit der für ihn typischen Begründung: „Mars und Pallas vertragen sich nicht wohl mit einander“.

Brachte er schon dem Auslande, wo er allerdings auch um philosophische Anhänger warb, so viel Beachtung entgegen, so können wir mit Berechtigung annehmen, daß er auch in der Heimat an allem Anteil nahm. Seine Beliebtheit am hessischen Hofe brachte es ja fast schon von selbst so mit sich. Als Zeichen seiner Verehrung hat er dem Landgrafen Wilhelm 1725 seine Schrift „Entdeckung der Wahren Ursache von der wunderbaren Vermehrung des Getreydes“ gewidmet. Er hält sich für unfähig, der Historiker der fürstlichen Ruhmestaten zu sein, möchte aber, so sagt er in der Widmung, den Beweis erbringen, daß die Wissenschaft dem Leben dienen kann, was er sich immer zur Richtschnur genommen habe. So gibt diese naturwissenschaftliche Abhandlung auf Grund eigener Experimente Anweisungen über Düngung und andere Hilfsmittel zur Erzielung eines größeren Getreideertrages. Für unsere Fragestellung ist von Bedeutung, daß er die Notwendigkeit „der Kunst, wohl zu regieren“ erkennt und dies als wichtige, bisher viel zu sehr vernachlässigte Materie den Akademien der Wissenschaften zuweist. In der Vorrede steht dann ein deutliches Bekenntnis zum Merkantilismus, wobei zu beachten ist, daß „Landwirtschaft, Commercien und Hanthierungen“ als gleichberechtigte Mittel nebeneinander genannt werden, durch die die Untertanen zu Wohlstand kommen. Erst „wenn die Untertanen ihre Kasten und Geld-Säcke voll haben“, könne der Landesherr reich werden. Hier gelingt es Wolff, ganz mit der Erfahrung zu arbeiten. Mit ihrer Hilfe will er eine Wissenschaft vom Acker- und Gartenbau geben.

77. Russische Akademiebriefe Nr. 13 und 25, vom 7. V. 1724 und 11. VII. 1725

Gewiß wird wohl der herzliche Verkehr mit dem hessischen Kammerpräsidenten Johann Reinhard von Dalwigk⁷⁸ Wolff manche Einsichten in Staat und Verwaltung verschafft haben. Aus der Widmung der 2. Auflage der „Politik“ von 1725 an ihn, die in allen folgenden Auflagen wiederholt ist, klingt doch durch alle Ergebenheitsfloskeln, die ehrliche Bewunderung für den verdienten Staatsmann hindurch. Der Mann der Wissenschaft beugt sich vor dem Praktiker, gibt zu, daß die bloße Schullehre oft der praktischen Verwendbarkeit entbehrt, daß die durch die Erfahrung gebildeten Staatsleute oft überlegen sind. Die Beziehung zu diesem Beamten bürgt uns dafür, daß Wolff das hessische Staatswesen kennengelernt hat. In eben diesen Jahren aber reifte in Wolff der Plan zu seinem „Naturrecht“. Wie er auch bisher schon die Ereignisse des politischen Lebens, so in Rußland, vom Boden des Naturrechts her betrachtet und bewertet hatte, so mag er jetzt manche in der Praxis beobachtete Erscheinung in seine naturrechtliche Theorie hineingenommen haben. Sicherlich bedeutete es da etwas, daß der Staat Hessen-Kassel ein durchaus modernes Gepräge trug.

Wolff war in Marburg zur Berühmtheit geworden. Schon begann seine Philosophie in Deutschland herrschend zu werden. Bedeutende Männer sind durch seine Schule gegangen, haben sich mit seinem Geiste erfüllt.⁷⁹ Seine Philosophie hat auf den deutschen Lehrstühlen Platz gegriffen. Siegreich und selbstbewußt zog die Aufklärung durch das Geistesleben. Auf allen Gebieten trat sie jetzt auf den Plan. Das Ausland wirkte mit seinen hervorragenden Geistern herüber. Das kleine Marburg hat 17 Jahre den Vollender und Verkünder der deutschen Aufklärung beherbergt. Als Preußen ihn 1723 von sich stieß konnte es noch hoffen, Wolff für Preußen mundtot zu machen. Doch die Zeiten hatten sich gründlich gewandelt. Nach dem Tode der alten Generation war Halles Stern im Sinken. Preußen, das Wolffs Philosophie schon vordem wesensverwandt gewesen war, wurde jetzt von dem Neuen im Sturme der allgemeinen Umwälzung mit überschwemmt. Der Boden war bereitet, der Meister konnte zurückkehren.

78. Wuttke, a. a. O. S. 152.

79. Pariset, a. a. O. S. 691.

Noch jahrelang hatte sich nach 1723, wie wir schon oben zeigten, die jäh entflammte Wut Friedrich Wilhelms I. in Gewalttaten gegen die Wolffische Philosophie ausgetobt.⁸⁰ Glaubte der absolute Staat, der eisern in alle Lebensverhältnisse eingriff, der keinerlei opponierende Gewalt neben sich duldete, auch über das Geistesleben gebieten und den Fortschritt, der sich unaufhaltsam anbahnte, hemmen zu können? Der Versuch ist völlig gescheitert. Gerade jene Drangsalierungen stempelten Wolffs Sache zu der des Fortschritts, der Aufklärung, der wissenschaftlichen Freiheit. Jetzt studierten ihn erst recht die Gelehrten, lasen ihn die bis her Teilnahmslosen. Der Streit um Wolff ging lärmend fort, auch Wolff schwieg nicht. Aber am preußischen Hof bereitete sich ein Umschwung vor. Nachdem der König Wolff verjagt hatte, hatte er geglaubt, mit den noch folgenden harten Maßregelungen seiner Christenpflicht genügen zu müssen. Gewiß war dies bei ihm ehrliche Ueberzeugung, da er sich ja nur auf die Einflüsterungen und Anklagen Franckes verließ, und nicht selbst nachprüfte, ob Wolff wirklich ein Gottesverächter war, und dies auch sicher nicht gekonnt hätte. Aber es trat doch noch ein zweites Motiv hinzu, das mehr den absolutistischen Herrscher kennzeichnet. Er war allen theologischen Zänkereien abhold⁸¹ und wollte die durch den Konflikt mit Wolff wild erregten Geister so schnell wie möglich zur Ruhe bringen. Darum die schweren Schläge. Eben der Absolutist mußte aber nun erfahren, daß sein Weg ein falscher war. Es konnte ihm nicht verborgen bleiben, daß Halle seit Wolffs Weggang an Zuzug einbüßte. Das hatte wahrscheinlich doch wohl der Minister Printzen schon am 29. Oktober 1723 befürchtet, als im Einsetzungsreskript die Untersuchungskommission den Auftrag erhielt, bei ihrem Urteil besonders ihr Augenmerk darauf zu richten, daß nicht „der Universität selber einiger Nachtheil und

80. Wenn wir hier noch einmal — trotz der Darstellung von Pariset, a. a. O. S. 689—703 — eine Erzählung des Sieges der Wolffianer in Preußen und die Geschichte der Rückberufung des Philosophen geben, so sind wir uns zwar bewußt, daß wir kaum Neues werden hinzubringen können. Aber wir halten das folgende doch für nötig, da es uns dazu dienen soll, Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen Verhältnis zu Wolff klarzustellen, das bei Pariset nicht berücksichtigt wird.

81. Vgl. Politisches Testament von 1722 bei Küntzel u. Haß, Die Politischen Testamente der Hohenzollern. 2. Aufl. 1919. S. 109.

Abgang der studirenden Jugend aus dem Vorgehen gegen Wolff erwachse".⁸² Sollte die Vertreibung nicht doch das fiskalische Interesse des preußischen Staates geschädigt haben? Was Marburg gewann, mußte Halle verlieren. In dieser Beurteilung mag seinen königlichen Freund der Fürst Leopold von Anhalt-Dessau bestärkt haben, der ja seinen Einfluß für Wolff geltend gemacht haben soll.⁸³ Andere Männer der nächsten Umgebung des Königs wie Grumbkow und der Berliner Probst Reinbeck waren Anhänger der Wolffischen Philosophie. Besonders der letztere hatte 1707—1709 bei Wolff gehört. Er war jetzt ein ungewöhnlich einflußreicher, stadtbekannter Prediger in Berlin und erfreute sich der besonderen Wertschätzung des Königs. Auch der Kronprinz verehrte ihn wegen seiner Liebe zur Wahrheit und der Lauterkeit seines Charakters.⁸⁴ 1723 hatte er sich noch zurückgehalten, jetzt trat er hervor. Die Wolffianer verteidigten die Philosophie ihres Meisters gegen die erhobenen unsinnigen Vorwürfe. Friedrich Wilhelm I. konnte ihnen ja nicht aus eigener Kenntnis das Gegenteil beweisen, fehlen uns doch jegliche Zeugnisse, daß er bis 1739 überhaupt ein Buch von Wolff gelesen hat, und ist es doch so gut wie sicher, daß er nie in Wolffs Gedankengänge eingedrungen ist, da er für die Philosophie „ganz ohne Verständnis“ war.⁸⁵ So bereute er jetzt seine Uebereilung und wurde Wolff versöhnlicher gesonnen. Nachrichten von diesem Wandel drangen an die Oeffentlichkeit.⁸⁶ Ja, Ende 1733 erließ der König sogar durch Cocceji eine erste Anfrage an Wolff, ob er nicht wieder in preußische Dienste zurückkehren wollte.⁸⁷ Wolff antwortete zuerst dilatorisch, lehnte aber, als Cocceji noch zweimal bestimmter anfragte, aus Besorgnis vor neuem Streit mit den Pietisten ab. Der tiefere Grund war wohl, daß er damals für immer in Marburg zu bleiben gedachte. Ein Zeichen für die

82. Preuß. Geh. Staatsarchiv R. 52, 159 n. 3. d. — Vgl. Beilage 1.

83. Gottsched, a. a. O. Beil. y. Brief Coccejis an Wolff vom 17. XI. 1733.

84. Oeuvres de Frédéric le Grand XXI. S. 14. Brief vom 9. IX. 1736.

85. Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk, S. 318.

86. Julian Schmidt, a. a. O. Bd. 1, S. 472, Brief J. H. Böhmers an Münchhausen.

87. Gottsched, a. a. O. Beil. y und y 2, S. 46—47. Coccejis 1. Anfrage vom 17. 11. 1733. Wolffs Antwort vom 28. 11. 1733. Ebenda Beil. z, z. 2, z 3 S. 48/49. Coccejis 2. und 3. Anfrage vom 14. 12. 1733 und 16. 1. 1734 und Wolffs Antwort vom 23. 12. 1733.

wohlwollende Beurteilung der Wolffischen Philosophie in Preußen war es auch, wenn im Mai 1734 der als Wolffianer bekannte S. J. Baumgarten⁸⁸ Professor in Halle wurde. Sofort erhob Samuel Lange wieder seine Stimme gegen Wolff. Wurde er auch zur Ruhe gewiesen und für alle preußischen Universitäten jegliche Polemik diktatorisch untersagt,⁸⁹ so schienen aus manchen widrigen Umständen in den folgenden Jahren Wolffs gute Aussichten wieder zu versinken. Der König empfing sogar im April 1736 den Pietisten Lange an seiner Tafel und kam dadurch in Berührung mit den Ideen von Wolffs theologischer Opposition. Vom König dazu ermuntert, setzte Lange eine neue große Anklageschrift auf. Aber man kam Wolff entgegen und überreichte sie ihm zur Rückäußerung. Er verfaßte eine „ausführliche Antwort“. Um noch schnell einen Vorsprung zu gewinnen, legte Lange öffentlich den Erlaß des Königs vom 7. 4. 1736,⁹⁰ der die Theologie Studierenden zum Eifer ermahnte und von ihnen verlangte, sie sollten, wenn sie in preußische Dienste wollten, die beiden ersten Studienjahre in Halle zubringen, als erneute königliche Verdammung der Wolffischen Philosophie aus. Da aber erging gegen ihn ein harter Verweis, auch die Königin scheint an dieser neuen Rettung Wolffs ihren Anteil zu haben.⁹¹ Aus den Briefen, die Friedrich Wilhelm I. in der Zeit der näheren Beziehung zu Lange geschrieben hat, geht deutlich hervor, daß er sich vorher irgendwie eingehender mit der Streitfrage nicht abgegeben hatte. Jetzt aber traten die Wolffianer ebenso kühn den Pietisten entgegen; denn in ihrer Mitte befand sich der Kronprinz selber. Sie erreichten die Einsetzung einer Kommission,⁹² bestehend aus Cocceji und den Pfarrern Jablonski, Reinbeck, Noltenius und Carstedt, die die Angriffe Langes und Wolffs Antwort

88. C. G. Ludovici, *Historie* . . . Bd. III, § 206.

89. 10. 6. 1735 Chr. O. Mylius, *Corpus constitutionum marchicarum*, Berlin und Halle 1736—1755. 1. 2, 136. An dieser Stelle sei eindringlich auf das außerordentlich wertvolle, chronologische Verzeichnis sämtlicher Edikte Friedrich Wilhelms I. über die kirchliche Gesetzgebung hingewiesen, das Pariset, als Appendice II am Schlusse seines Werkes S. 861 ff. gegeben hat.

90. Ludovici, *Sammlung* . . . Bd. I, S. 1 f.

91. Hans Droysen, *Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große und der Philosoph Wolff*. F. z. Br. und Pr. Gesch. Bd. 23. 1910. S. 5. Ihr Brief an den Kronprinzen vom 17. 4. 1736.

92. Edikt vom 5. 6. 1736, Ludovici, *Samml.* Bd. I, S. 126 f.

prüfen sollte. Diese sprach Wolff in einem großen Gutachten am 23. Juni 1736 von den erhobenen Anschuldigungen frei. Cocceji aber schloß sein Begleitschreiben, mit dem er am 27. Juni das Gutachten dem König einsandte: „Unterdessen wird höchst nötig sein, diesem unnützen Streit ein Ende zu machen, weil derselbe S. K. M. Universität keinen Vorteil gebracht“ hat. Das Preuß. Geh. Staatsarchiv bewahrt außer dem Briefwechsel, der 1733 um Wolffs Rückberufung geführt wurde, die Konzepte zahlreicher königlicher Briefe und Verfügungen, Berichte und Akten aus dem bewegten Jahr 1736, darunter auch das Gesamtgutachten und die Einzelvota der Schiedsrichter.⁹³ Eine eingehende Durchsicht dieses Materials wie des über die Rückkehr Wolffs von 1740 bestätigt nur die schon vorher bekannten Tatsachen, kann nichts Neues hinzubringen, zumal die wichtigsten Stücke schon bei Gottsched gedruckt sind.

Seit 1736 blieb der König der Sache Wolffs gewogen. Die Gegner⁹⁴ wurden scharf zum Schweigen verurteilt. Manteuffel, der über alles am Hofe Bescheid wußte, hat am 17. März 1739 nach Dresden gemeldet: „S. M. depuis une couple d'années se déclare toutement pour la philosophie de Wolff et voudrait remplir toutes ses universités de Wolffiens“.⁹⁵ Wenn wir einem Briefe des Kronprinzen an den Obersten von Camas vom 21. 12. 1738⁹⁶ ganz trauen dürfen, hat er damals sogar von den Wissenschaften „comme de choses louables“ gesprochen. Seine der Wolffischen Philosophie zugetanen Vertrauten scheinen ihn doch soweit von den vernünftigen Gedanken des zu Unrecht Verfolgten überzeugt zu haben, daß bald danach den reformierten Theologen das Studium von philosophischen Schriften und vor allem auch von Wolffs „Logik“ dringend angeraten wurde.⁹⁷

Seit dem 11. Mai 1738 stand Wolff mit dem Grafen Manteuffel in einem für die Zeit sehr charakteristischen Briefwechsel. Er gab sich literarisch, war aber mehr, was bei Manteuffel nicht

93. Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. 96. 303 B. und R. 52 n. 159 n. 3. d.

94. Einen Einblick in die Bemühungen der Gegner gibt ein ungedruckter Brief Wolffs an Manteuffel vom 28. 5. 1738, bei Wuttke, a. a. O. S. 34.

95. Hans Droysen, a. a. O. S. 17.

96. Hans Droysen, a. a. O. S. 17.

97. 7. 3. 1739 bei Friedrich Förster, Friedrich Wilhelm I. König von Preußen. 1835. Bd. II, S. 342 f.

verwunderlich, ein Austausch von Klatsch und Neuigkeiten. Durch Manteuffel und den Berliner Buchhändler Haude, hinter dem Reinbeck stand, erfuhr Wolff, wie sich in Berlin die Stimmung zu seinen Gunsten gewandelt hatte. Auch sein neuestes Werk die „Theologia naturalis“ hatte sehr für ihn geworben, kam er doch dadurch sogar in den Ruf, orthodox zu sein. Am 11. Februar 1739 schrieb er an Manteuffel, daß er nun auch ein Unternehmen auszuführen wage, das er schon seit langem erwogen hätte.⁹⁸ Schon vor einigen Jahren habe ihm der Feldmarschall von Grumbkow geraten, eines seiner lateinischen Werke dem Kronprinzen zu widmen. Er trug aber damals Bedenken. Nun habe „ein guter Freund in Kassel aus freyen Stücken“ angeregt, dem preußischen König den 2. Teil seiner „Philosophia practica universalis“ zu widmen, „darinnen die Einrichtung eines vollkommenen Wandels aus der Natur der Seele a priori erwiesen wird, indem Höchstdieselben vielen Eifer bezeigen, es dahin zu bringen, daß Lehre und Wandel bey den Lehrenden übereinstimme und die Menschen in der Wahrheit wandeln“. Er bittet darüber um Rat. Manteuffel hält es zwar fast für eine Profanation, dem König ein so schönes Werk zu widmen, da er davon nichts verstehe, aber er sieht die Widmung doch für nützlich an und gibt Richtlinien dafür. Man korrespondierte noch hin und her, verbesserte dies und jenes, namentlich am Titel, und am 18. April 1739 konnte die große Begebenheit vor sich gehen, die unter den obwaltenden Umständen wahrhaftig eine Tat war und von großer Bedeutung sein mußte, sicher von weit größerer, als die Widmung des ersten Bandes des „Jus naturae“, die er Ostern 1740 an den Kronprinzen richtete. Wolff sandte Friedrich Wilhelm I. das Werk mit der lateinischen Widmung. Dazu übersetzte er sie selbst handschriftlich ins Deutsche⁹⁹ und fügte noch einen deutschen Auszug des Werkes bei, beides für den König persönlich bestimmt. In Berlin fand er die denkbar gnädigste Aufnahme.¹⁰⁰ Als Dank begann man, ihn aufs neue für einen preußischen Lehrstuhl zu umwerben.¹⁰¹ Der Probst Reinbeck hat

98. Wuttke, a. a. O. S. 41 ff. und S. 164/65.

99. Gottsched, a. a. O. Beil. E 2, S. 59/61.

100. Wuttke, a. a. O. S. 165.

101. Gottsched, a. a. O. im Beilagenheft S. 61/66, Der Briefwechsel zwischen Friedrich Wilhelm I. und Wolff.

die Verhandlungen mit Wolff geführt.¹⁰² Der König wollte Wolff jetzt nach Frankfurt a. O. holen, über die Gründe berichtete Manteuffel am 14. Juni 1739 an Wolff.¹⁰³ Der König soll gesagt haben: „Je voudrais volontiers le placer à Halle, où il y a des Etudians de reste; aber da würden sich die Kerls gleich wieder bey die Köpfe kriegen, und zu Halle kan ich ihm keine Besoldung schaffen. Frankfurth aber ist reich, da kann er kriegen, was er will.“ Manteuffel riet entschieden ab, die sichere Position in Hessen zu verlassen und in ein Land zu kommen, wo die Gelehrten nur dazu dienen müßten, die Einnahmen der Akzisen zu vermehren. Die Zeiten seien noch nicht da, wo man in Preußen die Blüte der Wissenschaften sehen könne.¹⁰⁴ In einem späteren Briefe fügte er resigniert hinzu, wer weiß, ob Wolff oder er so lange leben würden, um sie noch zu schauen. Es hat Wolff einen schweren Kampf gekostet, allen Lockungen, auch der ehrenvollsten, als man von der Berufung nach Frankfurt a. O. ganz abging und ihm sogar das Vizekanzelariat in Halle anbot, zu widerstehen. Sicher war es nicht der Groll über das Unrecht von 1723, der ihn dazu bewog; denn es wird übereinstimmend berichtet, daß er sein Schicksal würdig trug und nie ein Wort der Erbitterung über den preußischen König sprach. Nein, er hat sich sogar schmerzlich nach Halle zurückgesehnt. Alle Briefe an Manteuffel aus jener Zeit geben davon ein bedredtes Zeugnis. Ueber ungenügende wissenschaftliche Hilfsmittel klagt er plötzlich,¹⁰⁵ über schlechte Gesundheit: in den hessischen Bergen werde er sich zu Tode steigen.¹⁰⁶ Der Lutheraner will aus dem reformierten Lande fort,¹⁰⁷ wo sein Sohn keine Zukunftsaussichten hat. Seine Gattin kann sich in Marburg nicht eingewöhnen. Aber auch der rechnende Praktiker zeigt sich beim Briefwechsel mit Reinbeck in dem oft kleinlichen Handeln um das Gehalt. Dabei erzählt er selbst,¹⁰⁸ daß er in Marburg jährlich 1000 Taler sparen könnte. Viel triftiger noch scheint aber ein anderer Grund zur Klage zu sein, der immer wieder Aus-

102. Büsching, a. a. O. Bd. I druckt die Schriftstücke ab.

103. Wuttke, a. a. O. S. 47.

104. Ebenda, S. 57, Brief vom Januar 1740.

105. Ebenda, S. 39/40, Brief vom 11. V. 1738.

106. Ebenda, S. 45, Brief vom 14. VI. 1739.

107. Wuttke, a. a. O. S. 53, Brief vom 27. 10. 1739.

108. Ebenda, S. 68, Brief vom 10. 7. 1740.

druck findet, der auch ganz zu dem paßt, was wir oben über die Stellung der Professoren in Preußen gesagt haben. Der König von Schweden erkenne zwar seine Meriten in der Wissenschaft an, der Statthalter und das „jetzige Ministerium“ sähen aber nur auf den „Nutzen“, den er schaffe, „in soweit Geld nach Marburg kommet, so sonst wegbleiben würde“.¹⁰⁹ Sie verlangten von ihm weiterhin das Halten zahlreicher Vorlesungen. Das aber betrachtete er bei seinem Alter als Ausnutzung. Er wollte sich lieber seinen Büchern widmen. Aber es entging ihm auch keineswegs,¹¹⁰ daß das prächtige Auftreten des Hofes die Finanzkraft des Landes schwer erschüttert hatte. Man blieb sogar schon mit den Gehältern im Rückstand. Die innersten, persönlichsten Wünsche Wolffs kamen also den Anerbietungen des Königs weit entgegen. Nicht diesem ist es zur Last zu legen, daß sie erfolglos blieben. Als wenn es einen „langen Kerl“ zu erobern gelte, hat er kein Mittel unversucht gelassen, hat er selbst seinen „Hofnarr“ Morgenstern auf die Spur gehetzt. Doch vergebens war selbst die lockendste Verheißung. Offenbar sind doch die Gründe seiner Berliner Freunde für ihn zu schwer gewesen. Sie haben es ihm eingegeben, was er in der Lebensbeschreibung, wo er von seiner Abneigung gegen Marburg ganz schweigt, als einzigen Grund für die Ablehnung der preußischen Berufungen anführt. Er müsse sich gegen Hessen dankbar zeigen, könne sich dort nicht lösen.¹¹¹ Unermüdlich haben sie es ihm eingehämmert, daß in Preußen jeder Untertan als ein geborener Sklave betrachtet werde,¹¹² den der König nicht losläßt, über den er frei verfügen kann, daß man ihn auch in Preußen ausnutzen werde. Jedermann sei hier davon überzeugt, daß man alle Gelehrten davonjagen und alle Universitäten abschaffen würde, wenn man sich nicht von ihnen „profit“ verspräche. Man verwies auf die jämmerlichen Gehälter und schreckte ihn mit Frankfurt a. O., das am Ende Deutschlands läge, mit der Akademie unter der Leitung eines Morgenstern. Im Grunde ließen sich die Berliner Gönner doch von reichlich selbstsüchtigen Gründen leiten. Reinbeck genoß bei Friedrich Wilhelm I. nicht

109. Ebenda, S. 40, Brief vom 28. 5. 1739, S. 44, Brief vom 10. 6. 1739, S. 54, Brief vom 27. 10. 1739.

110. Ebenda, S. 61, Brief vom 3. 4. 1740.

111. Wuttke, a. a. O., S. 165.

112. Ebenda, S. 56 ff. und S. 60, Briefe Manteuffels vom Januar 1740.

mehr die alte Gunst und verlor darum das Interesse an seinem Auftrag. Die intrigante Natur des Grafen Manteuffel, der in Berlin Spiondienste nach zwei Seiten leistete, spekulierte schon auf den kommenden König, dem er den Ruhm der Rückberufung Wolffs vorbehalten wollte, um dadurch selbst bei ihm im Ansehen zu steigen. Aber was sie vorbrachten, hat auf Wolff seinen Eindruck nicht verfehlt. Hartnäckig kehrte er Preußen den Rücken und wäre doch so gern dahin zurückgekehrt.

Aber dafür erlebte der Berliner Hof, der Wusterhausener Kreis ein ungeahntes Schauspiel. Der König selbst studierte die Wolffische Philosophie! Hoch erfreut hat der Kronprinz seinem Freunde Suhm, der ihm selbst vor Jahren die Philosophie Wolffs vermittelt hatte, am 14. Oktober 1739 davon berichtet.¹¹³ „Les nouvelles du jour sont que le Roi lit pendant trois heures du jour la philosophie de Wolff, dont Dieu soit loué“. Dies Ereignis feiert er als einen Triumph der Vernunft, als wahres Wunder. Und das war es auch. Bietet sich uns nicht hier ein ähnliches Bild, als wenn wir Karl den Großen sich um die Kunst zu schreiben mit alterssteifen Fingern mühen sehen!¹¹⁴ Nur daß dieser Fürst, wie uns sein Biograph im selben Kapitel berichtet, sein Lebelang die Wissenschaften für sich und in seinem Reiche pflegte, während der preußische Soldatenkönig sich beinahe erst auf seinem Sterbebette ihnen zuwandte. Er selbst hat Manteuffel, wie dieser in dem schon oft zitierten Brief vom 14. Juni 1739 an Wolff schreibt,¹¹⁵ erzählt, daß er zwar von dem ihm gewidmeten lateinischen Buch nichts verstehe, daß er aber den deutschen Auszug lese. Das Interesse hielt sich; denn wie wir wissen,¹¹⁶ bekamen Mitte September zwei dem Hofe nahestehende Gelehrte den Auftrag, einen deutschen Auszug aus der „Theologia naturalis“ anzufertigen. Da sie es aber ablehnten, übernahm es der Rektor Carpzow. Wahrscheinlich ist er damit vor des Königs Tod nicht fertig geworden; denn es fehlen Zeugnisse, daß dieser ihn las. Interessant ist aber daran, daß er sogleich seinem oft betätigten religiösen Interesse folgte und aus dem Werke Wolffs eine theologische Schrift für sich auswählte.

113. Oeuvres de Frédéric le Grand Bd. XVI, S. 379.

114. Einhard, Vita Caroli Magni, Kap. 25.

115. Wuttke, a. a. O. S. 45 f.

116. Büsching, a. a. O. Bd. I, S. 15 ff.

Dann wollte er sich wenigstens einen Gesamteindruck verschaffen und ließ sich bei dem Buchhändler Haude das Werk Gottscheds „Erste Gründe der Weltweisheit“ bestellen¹¹⁷ und wollte es nach Wusterhausen herausgeschafft haben. In diesem Buche hat er auch gelesen.¹¹⁸ Es war nach Wolffs Grundsätzen als kurzer Auszug seiner Schriften über die Weltweisheit gearbeitet und hatte Wolffs Billigung. Näheres über des Königs Lektüre erfahren wir nicht. Hier aber wäre auch die erste und einzige Gelegenheit gewesen, Wolffs Gedanken über das staatliche Leben kennen zu lernen. Sie sind ebenfalls in den Abriß aufgenommen, aber der König ist vielleicht gar nicht bis zu ihnen gelangt. Es bedarf wohl kaum der Betonung, daß man aus diesen späten, schwerlich gründlichen oder auch nur systematischen Studien keineswegs die Folgerung wird ziehen dürfen, daß Wolffs staatstheoretische Grundsätze den König beeinflusst, geschweige denn gelehrt hätten, ebensowenig wie die Philosophie in seiner eigenen Weltanschauung noch Spuren hinterlassen konnte. Mochte er sich auch in seinen Regierungshandlungen hier und da zu bestimmten Grundsätzen bekennen, wie sie die Staatstheoretiker überall in der damaligen Welt verfochten, wie wir sie in ausgeprägter Form auch bei Wolff finden werden, wie sie aber damals einfach in der Luft lagen, so erhielt er seine Antriebe doch stets aus der Praxis, lernte aus eigener Erfahrung. Die Leistung überwog stets bei ihm die Idee, die er nicht selten mit vielen Zeitgenossen teilte.¹¹⁹ Wolffs Theorien und Grundsätze waren ihm entbehrlich. Man denke doch an ein Wort, das er Ende 1731 schrieb, als die Küstriner Umgebung Friedrichs für den Kronprinzen um Bücher über Finanz- und Polizeiwesen bat.¹²⁰ Er schlug das Verlangen ab; „denn aus Büchern lernt man nichts, sondern die Pratique muß es machen“. Einen anderen Ausspruch, der übrigens eine Analogie in den verächtlichen Worten Friedrichs des Großen über den Unwert der Nationalökonomie hat,¹²¹ hat Schmoller überliefert: „Wir ver-

117. Hans Droysen, a. a. O. S. 18.

118. Ebenda, Brief Manteuffels an Wolff vom 3. 10. 1739.

119. Otto Krauske, Das Königtum Friedrich Wilhelms I. Altpreuß. Forschungen, Heft 2, 1924.

120. R. Koser, Geschichte Friedrichs des Großen Bd. I, S. 69 f.

121. R. Koser, Friedrich d. Gr. und die preußischen Universitäten, in Zur preuß. u. deu. Gesch., Aufsätze und Vorträge. 1921. S. 189 f.

fahren nach den principiis, die wir durch die Experienz und nicht aus Büchern gelernt".¹²² Das ließe sich noch weiter belegen. Als Kind seiner Zeit berührte er sich stark mit den Tendenzen des Rationalismus. Das ist unzweifelhaft, niemand kann es bei tieferem Eindringen in Friedrich Wilhelms I. Charakter und das Wesen seiner Herrschaft bestreiten. Auch neuerdings ist es überzeugend und eindringlich nachgewiesen.¹²³ Aber von Wolff selbst muß man ihn doch weiter abrücken. Mit ihm trifft er sich nur, wenn man, mit mehr oder minder Recht ältere und neuere Momente zusammenrückend, an Wolffs Wirken besonders die Entstehung dieser rationalistischen Atmosphäre knüpft, in der der praktische Genius des „größten inneren Königs Preußens“¹²⁴ und die von der Theorie geschaffenen Aufklärungsideale des Philosophen gemeinsam wurzeln können. Nur wenn man sie beide als die Exponenten zweier Richtungen ein und derselben Geistesströmung des 18. Jahrhunderts faßt, also in einer höheren Einheit, über die beiden persönlichen Erscheinungen hinweg, tritt ihre historische Verwandtschaft hell hervor im gleichen Ziele und in der gleichen Mentalität.¹²⁵ In Friedrich Wilhelm I. und in Christian Wolff klafft der Geist des 18. Jahrhunderts noch auseinander. In Friedrich dem Großen eint er sich zu vollkommener Harmonie, so daß er der eigentliche Ausdruck seines Zeitalters wird.

Als Friedrich Wilhelm I. am 31. Mai 1740 starb, schickte sich Wolff eben an, auf eine Berufung einzugehen, die er aus Utrecht erhalten hatte.¹²⁶ „Ich habe große Lust, Deutschland zu verlassen, welches mich zu verlassen scheint“, schrieb er am 3. April 1740 an Manteuffel.¹²⁷ Aber jetzt war die Wendung eingetreten, auf die dieser ihn vertröstet hatte. Schon im ersten Brief nach des Königs Heimgang, noch geschwellt von den Hoff-

122. Gustav Schmoller, Die innere Verwaltung des Preuß. Staates unter Friedr. Wilh. I. Pr. Jhrb. 26, S. 12.

123. G. Künzel, Die drei großen Hohenzollern in „Meister der Politik“ Bd. II, S. 466 ff. u. 486 f.

124. Ausspruch des Oberpräsidenten von Schön in einem Bericht vom 6. März 1816.

125. W. Kawerau, a. a. O. S. 173.

126. Wuttke, a. a. O. S. 186, Gottsched, a. a. O. Beil. M, N, N₂, S. 66/68, der geführte Briefwechsel.

127. Wuttke, a. a. O. S. 62.

nungen, die er sich für sein eigenes Leben von dem Thronwechsel machte, hat er dem Philosophen die Gewißheit verkündet, daß ihn der neue König sicher nicht mehr lange in Marburg lassen würde.¹²⁸ Wirklich war es eine der ersten Regierungshandlungen Friedrichs II., Wolff nun wirklich wieder in dem Lande voll zur Ehre zu bringen, das ihm einst schmähsch Unrecht getan hatte. Für ihn war die Rehabilitierung Wolffs ein Symbol für den Sieg der Denkfreiheit und der Vernunft auch in seinem Staate über Barbarei, Unwissenheit und Aberglauben. So hat auch Voltaire in seinem zweiten Huldigungsgedicht diese Tat aufgefaßt und sie poetisch gefeiert.¹²⁹

Friedrich blieb nur der Stimmung treu, die ihn schon vor Jahren zu einem Anhänger Wolffs gemacht hatte. Die Schmähungen, der blinde Haß, der fanatische und beschränkte Kastengeist der muckerischen Gegner des Philosophen hatten ihn empört,¹³⁰ Wahrheitsliebe und Abscheu vor der Ungerechtigkeit zu Wolff hingeführt.¹³¹ Darum war er so aufgebracht, als 1736 der Streit um Wolff noch einmal entbrannte, wollte mit dem Zeloten Lange nicht an einer Tafel sitzen. Grumbkow bat er damals, weiter für den Angegriffenen einzutreten.¹³² Er unterstützte eine „gerechte Sache“.¹³³ Noch in der „Refutation du prince de Machiavel“ von 1739/40 hat er seine Ansicht von der Stellung der Fürsten zu den Aufklärungsphilosophen in die schönen Worte gekleidet:¹³⁴ „Les rois honorent l'humanité lorsqu'ils distinguent et récompensent ceux, qui lui font le plus d'honneur, et qu'ils encouragent ces esprits supérieurs qui s'emploient à perfectionner nos connaissances, et qui se dévouent au culte de la vérité.“ Dies sagt Friedrich wohl sicher im Hinblick auf Wolff; denn die Wendungen stimmen z. T. wörtlich mit

128. Ebenda, S. 63. Brief vom 1. 6. 1740.

129. Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Voltaire. Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven, Bd. 82. herausg. von R. Koser und H. Droysen, S. 11 ff. Stück 137.

130. Briefwechsel Friedrich des Großen mit Voltaire. Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven, Bd. 81, S. 13 ff., Stück 4. Brief Friedrichs vom 4. 11. 1736.

131. Ebenda, S. 50, Stück 19. Brief vom 7. IV. 1737.

132. Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Grumbkow und Maupeout 1731—1759, herausg. von R. Koser, Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven, Bd. 72, 1898, Stück 99, S. 125 f. Brief vom 24. IV. 1736.

133. Ebenda, Stück 101, S. 128 f. Brief vom 28. IV. 1736.

134. Oeuvres VIII. S. 137.

denen überein, die er in dem weiter unten zitierten¹³⁵ Brief an Reinbeck und im Dankschreiben an Wolff zur selben Zeit gebrauchte. Aber es war doch ein tieferes, innerlicheres Bedürfnis, das Friedrich zur Wolffischen Philosophie trieb.¹³⁶ Ende des Jahres 1734 war Friedrich Wilhelm I. lebensgefährlich erkrankt und Friedrich dadurch in die unmittelbare Aussicht auf die Thronfolge gelangt. Jene Monate und die Folgezeit haben Friedrich aufs tiefste aufgewühlt und erschüttert. Aus dem Jüngling, der heiterem Lebensgenuß gehuldigt, der bisher wohl einzelne Bücher gelesen, aber kein geregeltes Studium betrieben hatte, der der Politik noch keine rechte Liebe hatte abgewinnen können, wurde jetzt ein ernster, besinnlicher Mann. In dieser empfänglichen Gemütsstimmung trafen ihn die Anregungen zweier Persönlichkeiten seiner Umgebung. Es war einmal der schon oft genannte Graf Manteuffel. Ein Freund Leibnitzens, selbst voll stärkster geistiger Anteilnahme war er als Minister August des Starken auch sein Berater in den Fragen des geistigen Lebens gewesen, hatte dann bis 1730 Sachsen am Berliner Hofe vertreten. In Ungnade gefallen, war er aus dem Staatsdienst ausgeschieden, aber weiter in Berlin geblieben und hatte hier bis 1740, wo Friedrich ihn auswies, als Geheimagent für Sachsen und Oesterreich intrigiert. Unter seinen Auspizien wurde 1736 in Berlin eine „Societas Alethophilorum“ gegründet, die bald die ersten Persönlichkeiten Berlins zu ihren Mitgliedern zählte und in nicht langer Zeit in allen Städten von Bedeutung Tochtergesellschaften bekam.¹³⁷ In ihr wurde die Wolffische Lehre als Modephilosophie aufklärerisch verbreitet. Die Gesellschaft, in der man freiste Unterhaltung über alle politischen und geistigen Fragen pflegte, ist für die Zeitstimmung außerordentlich charakteristisch. Der geistreiche und gewandte Manteuffel, Spion, Diplomat, Literat und Grandseigneur, war dem Kronprinzen nahe getreten. Friedrich begann mit ihm einen inter-

135. Vgl. im Folgenden S. 61 und 66.

136. Vgl. zum folgenden: Eduard Zeller, Friedrich der Große als Philosoph. 1886 — E. Reimann, Abhandlungen zur Geschichte Friedrichs des Großen. 1892. S. 1—44. Reinhold Koser, Geschichte Friedrichs des Großen, 3 Teile, 4 Bde., 4. u. 5. Aufl., 1912/4. — Georg Küntzel, Die drei großen Hohenzollern, Meister der Politik, Bd. 2, 1923, S. 498 ff. — G. B. Volz und F. v. Oppeln-Bronikowski, Friedrich der Gr. und Wilhelmine von Bayreuth, Bd. 1, Jugendbriefe 1728—1740. 1924. Einleitung.

137. Pariset, a. a. O., S. 632 f.

essanten Briefwechsel. Der zweite philosophische Ratgeber wurde Ulrich Friedrich von Suhm, ebenfalls sächsischer Diplomat. Bedeutend älter als Friedrich hing er schwärmerisch an dem vergötterten Freund. Eine liebenswürdige Erscheinung, starb er zu Friedrichs Schmerz kurz nach seinem Regierungsantritt, nachdem er längere Zeit in diplomatischer Mission in Rußland geweilt hatte. Manteuffel und Suhm haben Anfang März 1736 Friedrich auf den Weg zur Wolffischen Philosophie geführt. Die lateinischen Schriften waren ihm von vornherein nicht zugänglich, da er das Latein nur ganz ungenügend beherrschte. Aber auch die deutsche Sprache war ihm im hohen Maße unbequem. Als ihm Suhm einmal vorstellte, er halte die deutsche Sprache wegen ihres Reichtums und ihrer Wortenergie geeigneter zum Philosophieren als das Französische,¹³⁸ da hat er dies zwar zugegeben, doch erklärt, daß der Freund ihn nie überzeugen werde, „qu'elle soit aussi agréable que la française“. So hat denn auch Suhm stückweise Wolffs „Vernünfftige Gedanken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, auch allen Dingen überhaupt“ für seinen erlauchten Schüler ins Französische übersetzt. Friedrich hat diese Metaphysik später auch an Voltaire weitergegeben. Ende des Jahres 1736 erschienen dann die von Des Champs übersetzten „Vernünfftigen Gedanken von den Kräften des menschlichen Verstandes und ihrem richtigen Gebrauch in der Erkenntnis der Wahrheit“. Jordan sollte schließlich noch die „Vernünfftigen Gedanken von der Menschen Thun und Lassen zur Beförderung ihrer Glückseligkeit“ übersetzen. Ob dies aber geschah, läßt sich nicht feststellen. Möglicherweise hat Friedrich aber diese Schrift gekannt. Diese drei Werke, erwähnt er, habe er eifrig studiert. Sein Briefwechsel mit Suhm,¹³⁹ mit Grumbkow,¹⁴⁰ mit Voltaire,¹⁴¹ mit der Schwester, der Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth,¹⁴² und alle kleineren Nachrichten aus dieser Zeit beweisen es deutlich. Auf letzte Weltanschauungsfragen verlangte Friedrich von Wolff Ant-

138. Oeuvres, XVI, S. 258 f., Stück 9 und 10, Brief Suhms vom 17. 4. 1736, Antwort Friedrichs.

139. Oeuvres XVI, S. 249 ff.

140. Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven, Bd. 72.

141. Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven, Bd. 81, 82 und 86.

142. Volz und v. Oppeln-Bronikowski, a. a. O.

wort.¹⁴³ Er hat sie erhalten und hat sie, wenn auch nie mit Aufgabe der eigenen Meinung angenommen.¹⁴⁴ Gegen Voltaire hat er sie in lebhaften Briefen verteidigt, bis dessen Skeptizismus in allen letzten metaphysischen Entscheidungen auch ihn bekehrte¹⁴⁵ und er sich vom Leibniz-Wolffischen Rationalismus dem englisch-französischen Empirismus eines Locke und Bayle zuwandte.¹⁴⁶ Dieser Uebergang war schon vor dem Regierungsantritt vollzogen. Die anfängliche Bewunderung für Wolff wich einem grausam ungenierten Spott. Aber dem zum Trotz begleitete eine durch Wolff gewonnene Erkenntnis Friedrich durchs Leben, bestimmte sein Denken noch im hohen Alter, die Wolffsche Methode.

Man hat in jüngster Zeit geltend gemacht,¹⁴⁷ daß Friedrichs „Naturanlage“, sein „goût philosophique“ ihn zur Philosophie und nicht umgekehrt die „Philosophie“ erst jenen logischen, systematischen Geist in ihm erzeugt habe, daß die „rationale Eigenart seines Denkens“ ihn die Probleme nach dem „Satze vom zureichenden Grunde“ betrachten ließ, ehe er noch bei Wolff diesen Begriff kennen gelernt hatte. Wolffs Einfluß sollte also nur Verstärkung und Ausreifung sein. So formuliert vermögen wir dem nicht zuzustimmen. Bei genauerer Durchsicht der reichen Quellen muß man Friedrichs „goût philosophique“ als die Lust zu philosophieren erkennen, wie sie den Menschen seiner Zeit von Jugend an gewissermaßen im Blute lag. Theologischen Spekulationen hatte sich schon der junge Friedrich hingegeben. In der Küstriner Zeit und später hat er im Gespräch mit Geistlichen Dialektik und logische Beweisführung geübt. Aber die z. B. den politischen Phantastereien des Natzmerbriefes von 1731 innewohnende Logik ist noch nicht die strenge Verknüpfung, die mathematische Folgerichtigkeit, die man damals unter dem Satz vom zureichenden Grunde verstand. Die hat Friedrich erst das Studium Wolffs vermittelt. Nicht die Genugtuung, durch Wolff für eine schon lange geübte Denkmethode

143. R. Koser, a. a. O. Bd. I, S. 113—122.

144. Vgl. die verschiedenen Abschnitte bei E. Zeller a. a. O.

145. Wuttke, a. a. O., S. 178 ff. Manteuffels Brief an Wolff vom 15. 6. 1739, der zugleich hoch interessant Friedrichs eigenwilliges Wolffstudium charakterisiert.

146. Vgl. R. Koser, a. a. O. Bd. II, S. 252 ff., Bd. III, S. 452 ff.

147. G. Küntzel, a. a. O. S. 499—502.

den gelehrten Fachausdruck gefunden zu haben, sondern die helle Entdeckerfreude, einen ganz neuen Weg kennen gelernt zu haben, auf dem er sein Denken vielleicht doch an die Lösung der metaphysischen Probleme heranzuführen könnte, gibt allen Briefstellen das Gepräge. Es bleibt für uns doch bei der alten Meinung,¹⁴⁸ daß erst Wolff Friedrichs Denken systematisch in seiner Methode erzogen hat. Mit Wolffs Namen bezeichnet Friedrich selbst bis ins Alter seine Denkweise. Er selbst fühlte also Wolffs Einfluß und seine Abhängigkeit von Wolff. Aus dieser Feststellung gilt es die Folgerung für unser Hauptthema zu ziehen.

Wir haben gezeigt, daß Friedrich die „Politik“ Wolffs nicht gelesen hat. Was Wolff dem Politiker im großen König gegeben, stammt aus dem Studium der „Logik“, des von Des Champs übersetzten Werkes. Der Schwester bezeichnete er die „Logik“ als Wolffs „bestes Buch“, was sie bestätigte.¹⁴⁹ Er hat Wolffs Denkmethode schon im ersten Brief an Voltaire gepriesen wegen ihrer geometrischen Folgerichtigkeit.¹⁵⁰ Ein wenig später lobte er wieder „die große Ordnung“ und schrieb dann den folgeschweren Satz:¹⁵¹ „La façon de raisonner de l'auteur est applicable à toute sorte de sujets. Elle peut être d'un grand usage à un politique qui sait s'en servir. J'ose même dire qu'elle est applicable à tous les cas de la vie privée.“ Auch in anderen Briefen¹⁵² folgen noch wahre Hymnen auf die Wolfffischen Denkprinzipien, die „die Arme und Beine seiner Vernunft“ seien,¹⁵³ aber nie wird so klar wie oben ausgesprochen, daß der Philosoph Wolff bedeutsam werden konnte für den Politiker. Denn Friedrich hat das in die Praxis umgesetzt, was er dort aussprach. Nicht nur, daß er sich jetzt in seinen Briefen und Schriften wiederholt des durch Wolff zum Schlagwort gewordenen Begriffes vom „zureichenden Grunde“ bediente, er hat nicht nur

148. R. Koser, a. a. O. Bd. I, S. 147.

149. Volz und v. Oppeln-Bronikowski, a. a. O. Stück 335 und 337, S. 338/42, Brief Friedrichs vom 20. 10. 1736 und Wilhelmines Antwort vom November 1736.

150. Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven, Bd. 81, S. 1 u. 2, Friedrichs Brief vom 8. 8. 1736.

151. Ebenda, S. 25 f., Stück 10, Brief Friedrichs vom Januar 1737.

152. Ebenda, Bd. 1, Stück 14, S. 34, Brief vom 8. II. 1737, Stück 22, S. 58, Brief vom 14. V. 1737.

153. Oeuvres XVI, Stück 55, S. 329, Brief Friedrichs vom 22. 6. 1737.

wie 1731 Träumereien logisch auseinander entwickelt, sondern er hat den Satz vom zureichenden Grunde als Erkenntnismittel auf dem Felde der Politik benutzt, die Ereignisse danach beurteilt, indem er ihren Zusammenhang, ihre Bedingung und Folgen aufzudecken suchte. Wie ihm stets die Philosophie nach der Art der Aufklärung als Ratgeber fürs praktische Leben gedient hat, so hier am allerdeutlichsten. Zwei durch Jahrzehnte getrennte Stellen seiner Werke mögen dies belegen. In den „*Considérations sur l'état présent du corps politique de l'Europe*“ von 1737/38 heißt es,¹⁵⁴ gewissermaßen Richtung gebend: „Da es gewiß ist, daß alles einen Grund seines Daseins haben muß, und daß man die Ursache der Ereignisse in anderen Ereignissen findet, die ihnen vorangehen, so muß auch jeder politische Vorgang die Folge eines früheren politischen Vorgangs sein, der sozusagen seine Geburt vorbereitet hat. Wenden wir diese Theorie an, um an den neueren Ereignissen und in den weitgreifenden Plänen der Höfe von Wien und Versailles aufzuzeigen, was die enge Verbindung der zwei mächtigsten Fürsten Europas für uns herbeiführen wird.“ Dazu stellen wir als Beweis, daß Wolffs Logik noch den alten Politiker Friedrich in ihrem Banne hielt, eine Stelle aus einem Briefe an Voltaire vom 22. Oktober 1776.¹⁵⁵ „Ihre Welschen rüsten sich, zu Wasser, ich weiß nicht, mit wem Krieg zu führen. Sie haben viel Holz auf meinen Werften gekauft, wofür sie Gott segne! Sehen sie nur, wie die Kette der Ereignisse verschiedene Gegenstände verknüpft. Die Portugiesen mußten sich ungebührlich in Paraguay benehmen, damit Don Carlos wütend wurde. Ein Familienabkommen mußte Ludwig XVI. verpflichten, sich darüber zu ärgern, damit er seine Flotte wieder aufbauen ließ, und damit er, um Holz und Material zu haben, solches von unsern Werften holen ließ. Das ist der reine Wolff“ Die gleiche Methode hier und dort, Wolff hat sie gelehrt und Friedrich sie zu der seinen gemacht. 1752 bei der Abfassung seines „*Politischen Testamentes*“ will er zwar auch ausdrücklich die verknüpfende „*méthode des géomètres*“ anwenden, lehnt aber den ganz strengen logischen Aufbau Wolffs ab.¹⁵⁶ So hart er später über den Metaphysiker glaubte

154. Oeuvres VIII, S. 14/15, Eduard Zeller, a. a. O. S. 10.

155. Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven, Bd. 86, S. 393, Stück 633.

156. Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven. Bd. 72. S. 276/7, Brief Friedrichs an Maupertuis vom 20. VIII. 1752.

urteilen und ihn verwerfen zu müssen, — die Stellen seiner Werke sind bekannt genug;¹⁵⁷ später wird Wolff sogar einfach durch den Namen Leibniz ersetzt,¹⁵⁸ aber auch der abgetan —, Wolffs Logik hat er stets in Ehren gehalten. In dieser Wertschätzung traf er in eigenartiger Uebereinstimmung mit der Ansicht zusammen, die Wolff selbst von dieser seiner wissenschaftlichen Leistung hatte.¹⁵⁹ In dem berühmten Brief an den Etatsminister Freiherrn von Zedlitz vom 5. September 1779¹⁶⁰ empfiehlt Friedrich die „Logik“ in gekürzter Form als bestes deutsches Lehrbuch. Noch lobender beurteilt er sie in dem Aufsatz „De la litterature allemande“ von 1780.¹⁶¹ Was er hier als pädagogische Maßnahme anrät, hatte er selbst ausprobiert. Den Zweifeln der späteren Jahre hatte das große Weltanschauungssystem Wolffs nicht Stand gehalten, der Inhalt des Denkens wandelte sich, aber die logische Form blieb die von Wolff geschaffene. Montesquieus „Kausalitätsenergie“ brauchte nur zu vertiefen, was schon vorhanden war.

Und doch kann uns dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir auch bei Friedrich dem Großen keinerlei Beziehung zu den eigentlichen staats-theoretischen Lehren Wolffs nachweisen können. Wohl war der König in weit höherem Maße von der Theorie beeinflußt als der Vater, aber vor allem ältere französische Staatsschriften, dazu Montesquieu, sind seine Wegweiser gewesen. Naturrechtliche Anschauungen¹⁶² waren ihm wahr-

157. Oeuvres I, S. 231. Kulturhist. Anhang der „Mém. pour servir à l'hist. de la mais. de Brand.“: „Des meurs, des contumes . . .“ 1747. Publ. a. d. Preu. Staatsarchiven, Bd. 4, S. 444, Anm. zu 197, 5. Fassung der „Hist. de mon temps“ von 1775. Oeuvres IX, S. 119, Brief über die Erziehung von 1769.

158. Oeuvres VII, S. 55, Eloge de Voltaire von 1778. Oeuvres VII, S. 111, De la littérature allemande von 1780. Oeuvres X, S. 99, Epître à d'Argens . . . im Druck von 1752, während 1750 noch Wolff an Leibniz' Stelle stand. — In gewissem Sinne auch Oeuvres VIII, S. 251. Réfutation du Prince de Machiavel von 1739/40.

159. Büsching, a. a. O. S. 119, Brief Wolffs an Manteuffel vom 27. I. 1741. „Ich halte freilich bey meiner Philosophie für das beste, was vom Methode herrühret“.

160. Oeuvres XXVII, 3, S. 253.

161. Oeuvres VII, S. 106; vgl. auch Koser, a. a. O. Bd. III, S. 467 ff.

162. Vgl. Hans v. Voltolini, Die naturrechtlichen Lehren und die Reformen des 18. Jahrhunderts. Hist. Zeitschrift, Bd. 105 (1910 II) S. 69 f.

scheinlich vertraut, der Küstriner Kammerherr Hille, dem Friedrich die erste Unterweisung in der Verwaltungswissenschaft dankte, lebte in ihnen, von Pufendorfs „Jus naturae“, das in französischer Uebersetzung vorlag, könnte er Kenntniss erhalten haben. Dafür, daß er Wolffs „Politik“ oder das „Jus naturae“ studiert hätte, fehlt jedes Zeugnis. Aber wir glauben, daß man aus einer Briefstelle¹⁶³ die Schlußfolgerung ziehen darf, daß, wenn nicht unter Voltaires Einfluß eine Abkehr von Wolff in der Metaphysik eingetreten wäre, Friedrich vielleicht mit der Zeit die ganze Weltweisheitslehre, also auch die „Politik“ gelesen hätte. Ob sie ihn dann aber folgenscher hätte beeinflussen können, das zu entscheiden behalten wir dem 2. Teil vor. Wir haben an dieser Stelle das innere Verhältnis Wolffs zu Friedrich dem Großen gleich im Zusammenhang dargestellt, um nun in raschem Ueberblick Wolffs Leben fortlaufend zu Ende zu erzählen.

IV. Christian Wolff in Halle 1740 bis 1754.

Auf Friedrichs Befehl hat sofort nach der Thronbesteigung Reinbeck,¹⁶⁴ derselbe, der schon unter Friedrich Wilhelm I. mit Wolff verhandelt hatte, die Beziehungen zu ihm wieder aufgenommen. Der König hat unter die Weisung an den Probst eigenhändig die bekannte Nachschrift¹⁶⁵ gesetzt: „Ich bitte Ihn, sich um des Wolffens Mühe zu geben. Ein Mensch, der die Wahrheit sucht und sie liebet, muß unter aller menschlichen Gesellschaft werth gehalten werden; und glaube Ich, daß er eine Conquete im Lande der Wahrheit gemacht hat, wo Er den Wolff hierher persuadiret.“ Es war von vornherein gewiß, daß Wolff jetzt den preußischen, den königlichen Aufforderungen Folge leisten würde, obwohl man jetzt auch in Marburg alles tat, um ihn zu halten¹⁶⁶ und „die Bürgerschaft, welche gar wohl erfahren hatte,

163. Oeuvres, VI, S. 317, Stück 46, Brief an Suhm vom 23. März 1737. „Je fais actuellement traduire la Morale du philosophe; ainsi avec le temps, je pourrai lire tout Wolff en français“.

164. Ueber die neuen interessanten Verhandlungen vgl. die Briefe bei Harnack, a. a. O. Bd. II, Urkundenbuch Nr. 148, S. 248/54, sonst R. Koser, a. a. O. Bd. I, S. 191 f., Büsching, a. a. O. Bd. I, S. 63 ff. und Wuttke, a. a. O. S. 187.

165. Oeuvres XXVII, c. S. 185 vom 6. VI. 1740.

166. Wuttke, a. a. O. S. 166.

wieviel ihnen meine Gegenwart genützt und daher alle Liebe beständig vor mich gehabt“, wegen seiner Abreise „querulierten“. ¹⁶⁷ Einige Verzögerungen gab es noch, da Friedrich den Philosophen, um ihn in seiner persönlichen Nähe zu haben, an die restaurierte Akademie berufen wollte. Wolff hat sich mit Ausflüchten und manchen begründeten Einwendungen dagegen gesträubt. Wir müssen ihm Recht geben, daß er wirklich der für das Katheder geborene Mann war, ¹⁶⁸ der sich im Dozieren allein gesund und wohl fühlte, der stolz darauf war, daß er im Gegensatz zu Leibniz ¹⁶⁹ seine Werke beim mündlichen Vortrag konzipierte. Mit unverhohlenem Selbstbewußtsein tat er sich aber auch etwas auf seine Fähigkeiten zugute, die gerade in Halle jetzt fehlende Fächer ausfüllen könnten. Mit ihm käme ein starker Strom von Studenten. Durch ihn würden „Leute erzogen, die was gründliches erlernten, zum Nutzen der gantzen preußischen Lande, in allen Ständen, die nach dem Sinne Ihro K. M. wären und gantz Deutschland würde davon profitieren“. ¹⁷⁰ Wie man sieht, wußte er die preußische Regierung an der rechten Stelle zu packen. Der Akademie, der er gründlich abgeneigt war, da mit den neuen Akademikern vom Schlage Algarottis und Maupertuis' die ihn verhaßte französische und englische Philosophie ihren Einzug hielt, prophezeite er einen völligen Mißerfolg und wollte selbst nicht in ihr ein müßiger Pensionsempfänger sein. Dem König war wirklich daran gelegen, Wolff zu gewinnen. Er gab nach, wenn auch ungern; denn er hatte eigentlich Wolff und Maupertuis die Leitung der Akademie zuge-dacht. ¹⁷¹ Wolff wurde vorläufig bis zur endgültigen Einrichtung der Akademie nach Halle berufen. Der König selbst erlangte beim schwedischen König für Wolff eine ehrenvolle Entlassung in gnädigster Form. ¹⁷² Am 6. Dezember hielt Wolff seinen feierlichen jubelnd begrüßten Einzug in Halle. ¹⁷³ Dieser Tag ist wohl

167. Ebenda, S. 167.

168. Ebenda, S. 65/7, Brief an Manteuffel vom 15. VI. 1740.

169. Büsching, a. a. O. S. 66. Brief an Reinbeck vom 15. VII. 1740.

170. Wuttke, a. a. O. S. 65/67.

171. Harnack, a. a. O., Bd. I, S. 256.

172. Gottsched, a. a. O., Beilage S₂, S. 70/71, vom 26. 9. 1740 und Pr. Geh. Staatsarchiv R. 52 n. 159. n. 3. d.

173. Vgl. Wuttke, a. a. O., S. 167/170.

der größte und schönste seines Lebens gewesen, aber es war auch ein Triumph und eine „Ehrenrettung“¹⁷⁴ der Philosophie, die sich siegreich gegen alle Angriffe behauptet hatte. So hat es auch Jordan als Weihnachtsgruß an Friedrich II. berichtet.¹⁷⁵

Als erster Professor des Naturrechts und der Mathematik, Geheimer Rat und Vize-Kanzler der Universität konnte Wolff nun wieder in Halle das Katheder besteigen.¹⁷⁶ Doch der Besuch zu seinen mit großem Eifer gleich mitten im Semester aufgenommenen Vorlesungen und der erwartete Erfolg und die Beliebtheit, die sich noch eben in Marburg in begeisterten Ovationen kundgetan hatte,¹⁷⁷ blieben aus und verloren sich immer mehr. Nur scheue Achtung bewahrte man ihm. Als im Jahre 1748 unter dem Hof- und Legationsrat Bielefeldt eine staatliche Kommission den Zustand der Universität untersuchte, hat sie auch dies in ihrem großen Bericht vom 25. Januar 1748¹⁷⁸ angemerkt. Auf der zwölften Seite zählt sie die Professoren auf und beurteilt sie. „In fakultate philosophia: 1. Der Canzler Freyherr von Wolff, der so berühmt ist, daß es nicht nöthig seyn wird, davon etwas zu gedenken. Ohngeachtet seiner großen Verdienste aber hat er gar wenig auditores.“ Zur Erklärung dieses Fehlschlages reicht nicht aus, was der spätere berühmte Staatsrechtslehrer, der schon als blutjunger Student Wolff in Marburg gehört hatte und von seiner Frische begeistert war, Johann Stephan Pütter, an Gründen anführt.¹⁷⁹ Wohl hat er, als er Wolff in jenen ersten Vorlesungen hörte, richtig erkannt, daß der Ruhm als „Professor universi generis“, als den sich Wolff selbst in seiner ersten Ankündigung hinstellte, und dem er fortan unter Hintansetzung seiner Vorlesungen Tribut zollen wollte, sein Ansehen als Dozent beeinträchtigt hat.¹⁸⁰ Aber viel mehr als dieses

174. Eduard Zeller, Wolffs Vertreibung aus Halle, Vorträge und Abhandlungen. 1865. S. 139.

175. Oeuvres XVII, S. 78, Stück 26, Brief v. 24. 12. 1740.

176. Die Bestallung vom 21. 11. 1740 bei Gottsched, a. a. O. Beilage T, S. 71.

177. Vgl. die dargebrachten Gedichte, Gottsched, a. a. O., Beilagenheft, S. 72/74. — Wuttke, a. a. O., S. 167.

178. Preuß. Geh. Staatsarchiv R. 52. 159. N. 2; vgl. auch W. Schrader, Geschichte, Bd. I, S. 378 ff.

179. Johann Stephan Pütter, Selbstbiographie, 1798, Band I, S. 27/28.

180. Ebenda, Band 1, S. 40/42.

Aeußerliche hat ein allgemeiner Wandel des geistigen Lebens an Wolffs Mißerfolg schuld. Fast war es eine Tragik, daß Wolff selbst in hohem Maße ihn hatte herbeiführen helfen. Was er in den letzten Jahren der ersten Hallischen Zeit verkündet hatte, war ein neues Evangelium gewesen, für das er dann vor der Welt ein Märtyrertum erduldet. Damals traf zu, was der Kardinal Fleury an ihn später schrieb, daß ein Prophet in seinem Vaterland nichts gelte.¹⁸¹ Für die breite Masse der Gebildeten war er damals tatsächlich ein Prophet. Als er jetzt wiederkam, gab es kaum noch Gehildete, die zu bekehren waren. Wir haben schon oben erwähnt, wie in Wolffs Marburger Zeit die Aufklärung zum mächtigen Strom geworden war, der alle Dämme gesprengt hatte. Der pietistische Feind war tot oder vom Rationalismus absorbiert. Gerade aus dieser Verschmelzung erstand die spezifisch deutsche Aufklärung.¹⁸² Im Geiste der von der Reformation erstrittenen Freiheit mit der auch von Wolff geschärften Waffe der Vernunft nahm sie die Umbildung speziell der religiösen Begriffe vor. Die moralische Religiosität der Aufklärung, die aus den Schranken des Dogmenglaubens erlöst, vom Boden des Protestantismus aus auf den „unvergänglichen Gehalt des Christentums“ zurückgegangen war, wurde gerade im preußischen Staat mit all ihren Engen nach der Gemütsseite hin und den Gefahren ihrer intellektualistischen Zuspitzung ein Ferment des fridericianischen Systems, das noch den Zusammenbruch des alten Staates überdauerte, unverloren für die neuen Forderungen eines neuen Jahrhunderts.

Dieser Prozeß der Eindeutschung der Impulse der Aufklärung war gerade in Halle, unter Vorantritt der beiden Brüder Baumgarten, im besten Fortschreiten, als Wolff wieder dort erschien. Es war sein Verhängnis, daß er nicht erkannte, daß die Aufklärung, für die er in ihren ersten Kindheitsjahren die Methode geliefert hatte, mündig geworden war und nach neuer Verwendung des alten Verfahrens, nach neuen Inhalten verlangte. Er sah seine Aufgabe noch unter dem in Marburg aufgestellten Gesichtspunkt und konnte sich bei der Starrheit seines Wesens,

181. Gottsched, a. a. O., Beilagen D, D₂, D₃, S. 55 ff.

182. Vergl. vor allem Wilhelm Dilthey, Die deutsche Aufklärung im Staat und der Akademie Friedrichs des Großen, Deutsche Rundschau, Bd. 107, S. 25/39.

dessen Stärke ja nicht in dem Ideenreichtum lag, dem Wandel der wissenschaftlichen Anschauung nicht mehr anpassen. Er gehörte zur Generation Friedrich Wilhelms I., war ein typischer Vertreter der Zopfzeit. Wie jener auf staatlichem Gebiete, war er Organisator und Drillmeister des deutschen Denkens gewesen. Eine höhere Synthese zwischen Wissenschaft und Leben, zwischen Bildung und Sittlichkeit, wie sie Friedrich der Große lebte und darstellte, war er zu geben nicht imstande. Wolffs eigene Kräfte waren am Verdorren, während seine Schüler die Aufklärung ihrem Gipfelpunkte zuführten.

Ganz irrig aber wäre es, anzunehmen, daß Wolff, verstimmt über das Scheitern seiner Lehrtätigkeit, sich untätig im Glanze des Ruhmes gesonnt hätte. Er war zwar zu sehr von ganzem Herzen Lehrer, als daß ihn sein Mißerfolg unberührt gelassen hätte. Reinbeck hat er sein Leid geklagt¹⁸³ und alle Schuld nur bei den uneifrigen Studenten gesucht. Schwer hat er die üble Nachrede mancher Kollegen empfunden. Aber nichts hat seinem Fleiße Einbuße tun können. Bis in sein letztes Lebensjahr hat er Vorlesungen gehalten und von seinem Recht, über alles vorzutragen zu dürfen,¹⁸⁴ weitgehenden Gebrauch gemacht. Mochte auch das Interesse der Hörer allmählich erlöschen und damit die Lust des Dozenten schwinden, mochte bei dem schon über 60jährigen der Wunsch nach Ruhe laut werden, in seiner schriftstellerischen Tätigkeit kannte er kein Ermatten. Hier war er um die Ausführung des in Marburg gefaßten Vorsatzes bemüht, sein System großzügig lateinisch darzustellen. Umfängliche Werke sind noch herausgekommen.¹⁸⁵ Auch sie tragen im wesentlichen das schon oben gekennzeichnete Gepräge. Dazu galt es wieder, das Verlangen nach Neuauflagen zu befriedigen. Für unsere Betrachtung steht diese letzte Epoche unter dem Zeichen des Erscheinens des Natur- und Völkerrechts, das Wolff wohl als sein eigentliches Lebenswerk ansah. In der Tat überschaut dieses größte Werk Wolffs so viele Wissensgebiete, daß es diesen Namen wohl verdient. Das ganze schon vorher in all

183. Brief vom 17. 6. 1741 bei Wuttke, a. a. O., S. 76.

184. Vgl. die Mitteilung der preußischen Regierung über die Anstellung in Halle vom 14. 8. 1740, Gottsched, a. a. O., Beilage P, S. 69.

185. Vgl. das Verzeichnis von Wolffs Schriften, am Ende von Gottsched, a. a. O.,

den Schriften festgelegte System wurde hier gewaltig erweitert und auf den Boden des Naturrechts gestellt, ohne daß dabei, wenigstens für unsere Problemstellung, grundlegend neue Ideen hinzukamen. Wolffs Denken in staatlichen, juristischen und ethischen Fragen war schon vor diesem Werke naturrechtlich, aber jetzt wird dies ausdrücklich betont und alte Ergebnisse werden nachträglich aus dem Naturrecht deduziert. Die Vorstudien und die Konzeption des neuen Werkes fallen, wie wir schon oben zeigten, in den Anfang der 30er Jahre. Immer mehr konzentrierte sich Wolff darauf, wollte z. B., statt die neue Auflage seiner „Politik“ unnütz aufzuschwellen, die Aufhellung von Unklarheiten und Ergänzungen ins Naturrecht aufnehmen.¹⁸⁶ Das Werk beabsichtigte er, sehr umfassend zu gestalten. Dem theologischen Anhänger schrieb er, durch das „Jus naturae“ sollen auch „Theologen in alle Rechte ein gutes Einsehen erlangen; welches ihnen gar in vielen Fällen zu Statten kommen wird“. Ein Jahr später war die Arbeit schon so fortgeschritten, daß er trotz mancher Hemmnisse den ersten Band zu Ostern 1740 herausbrachte. Er wurde dem damaligen Kronprinzen Friedrich gewidmet, und dieser hat sehr huldvoll geantwortet. In dem Briefe hat er seine Ansicht von dem Verhältnis zwischen Staatsmann und Philosophen niedergelegt. Jene berühmten, viel zitierten Worte¹⁸⁷ mögen auch hier noch einmal stehen, obwohl sie dem Sinne nach nur eine Wiederholung der oben (S. 54) zitierten Stelle aus der „Réfutation du prince de Machiavel“ ist: „C'est aux philosophes à être les précepteurs de l'univers et les maîtres des princes. Ils doivent penser conséquemment et c'est à nous de faire des actions conséquentes. Ils doivent instruire le monde par le raisonnement, et nous, par l'exemple. Ils doivent découvrir, et nous pratiquer.“ Um das Naturrecht ungestört fortsetzen zu können, verlangte Wolff nach Halle an die Universität.¹⁸⁸ In den folgenden Jahren erschien ein Band nach dem andern, so daß die stattliche Reihe 1748 abgeschlossen vorlag. Schon beim bloßen Durchblättern dieser Quartanten in lateinischer Sprache muß

186. Büsching, a. a. O. S. 25, Brief an Reinbeck vom 16. 4. 1738.

187. Oeuvres XVI, S. 179, Brief vom 23. 5. 1740.

188. Nachschrift zum Brief an Reinbeck vom 15. 7. 1740, Büsching, a. a. O. S. 66.

der Leser den gewaltigen Fleiß bewundern und die Fülle von Gelehrsamkeit achten, die hier in zahllosen Paragraphen zusammengetragen ist. Wie fast durchweg bei Wolff sind nur wenige Gedanken sein eigenes Gut. Die großen Vorgänger, auf staats-theoretischem Gebiet vor allem Grotius und Pufendorf, werden wiedergegeben, aber stets in eigener Fassung, die nicht selten durch Prägnanz überrascht. Es ist die größte Kompilation des Naturrechts, die Deutschland hervorgebracht hat. Nirgends ist die naturrechtliche Betrachtungsweise so weit ausgedehnt worden wie hier. Dem Autor war der Stoff gewaltig unter den Händen gewachsen, noch mehr, als er es schon vorhergesehen hatte.¹⁸⁹ Gottsched hat mit beredtem dichterischen Pathos Wolffs Weitläufigkeit, die auch er nicht leugnen kann, im allgemeinen, besonders aber im Hinblick auf das Naturrecht verteidigt.¹⁹⁰ Da führt er auf, was alles im Naturrecht unterzubringen war. Hatte sich Wolff in den Angaben, die er einem Londoner Herrn N. N. machte,¹⁹¹ nur gerühmt, daß „im Jure Civili keine Materie vorkömmt, die nicht nach den Principiis Juris naturae in einer beständigen Verknüpfung wäre abgehandelt worden“, so geht Gottsched noch weiter, aber trifft das Richtige, wenn er erklärt, Wolff wollte alles, was im menschlichen Leben nur immer vorkommen kann, in einer beständigen Verknüpfung aus den Grundsätzen der Vernunft herleiten. Das sei ihm Naturrecht. Alle Gesetze, Institutionen, Satzungen, Verfassungen und Rechtskodices müßten mit berücksichtigt werden, dazu alles, „was ein Grotius und Pufendorf, nebst dem itzt so beliebten Montesquieu vernünftiges und billiges lehren oder zu errathen geben“. Schon hieraus wird ersichtlich, daß das Unternehmen vor allem in den Dienst der Jurisprudenz gestellt wurde, die es „aus ihrer Ungewißheit und Verwirrung“ erlösen sollte.¹⁹² So hat es auch lange Zeit gewirkt, müssen wir uns doch erinnern, daß Friedrichs des Großen Justizreformer Cocceji auf dem Boden des Naturrechts stand, daß er zur Begründung von Preußens Ansprüchen auf Schlesien 1740 auch das Naturrecht mit heranzog, damit Preußens Invasion recht-

189. Russische Akademiebriefe Nr. 78, Brief vom 5. 1. 1743, S. 141.

190. Gottsched, a. a. O., im Text S. 124 und 136.

191. Ebenda, Beilage p₂, S. 97, Brief vom 2. 12. 1750.

192. Russische Akademiebriefe, Nr. 78, S. 141 vom 5. 1. 1743.

fertigte, und selber schulmäßig zur weiteren Verbreitung des Naturrechts beitrug, indem er 1744 einen „Grotius illustratus“, d. h. mit Kommentar versehen, herausgab.¹⁹³ Seit dem Erscheinen seiner Kodifikation war Wolff erste Autorität, sogar über Deutschland hinaus. Nachweislich hat sich unter Friedrich Wilhelm II. die Gesetzeskommission auf Wolffs Naturrecht berufen.¹⁹⁴ Die 1760 erschienenen, zum Unterricht deutscher Fürsten und Staatsmänner bestimmten „Institutions politiques“ Bielefelds, die weit verbreitet waren, stehen unter dem offen bekannten Einfluß Wolffs.¹⁹⁵ Karl Anton Martini, „einer der bedeutendsten österreichischen Juristen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“,¹⁹⁶ war ein Wolffschüler. Er übte eine überaus fruchtbare akademische Lehrtätigkeit aus, unterrichtete Erzherzöge und stand Kaiser Joseph II. sehr nahe, wie denn „sein Name auch mit dem österreichischen bürgerlichen Gesetzbuch aufs innigste verknüpft ist“. Von Joseph II. endlich weist Voltolini nach,¹⁹⁷ daß „die Forderungen Wolffs und Martinis sozusagen das ganze Regierungsprogramm des Kaisers enthalten“.

Aber Wolffs Naturrecht ging doch auch über die nur juristische Verwendbarkeit hinaus. Trotz umfänglicher juristischer Studien in Jena hat Wolff nie irgendwie zur juristischen Fakultät gehört, was sonst für einen Philosophen damals nichts Ungewöhnliches gewesen wäre. Ja, obwohl Wolff bei seinen Bitten um Berufung nach Halle statt an die Berliner Akademie immer betont, welchen Nutzen er als Natur- und Völkerrechtslehrer stiften könne, will er doch stets philosophischer Professor bleiben und mit der Juristenfakultät nichts zu tun haben.¹⁹⁸ Seine Vorlesungen über diese Gegenstände standen außerhalb der juristischen Fakultät. Er schrieb auch sein Naturrecht als Philosoph, als Lehrer der Weltweisheit. Das hat man zu berücksichtigen. Der erste Teil ist streng philosophisch, der zweite bis sechste juristisch und behandelt breit das Besitzrecht,

193. Allgemeine Deutsche Biographie über Cocceji, Band 4, S. 374.

194. A. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung, 1888, Band 2, S. 304.

195. A. Sorel, L'Europe et la Révolution française, Bd. I (1885) S. 104 und öfter.

196. H. v. Voltolini, a. a. O. S. 70 ff.

197. Ebenda, S. 74.

198. Büsching, a. a. O. S. 72 ff., Brief an Reinbeck vom 29. 6. 1740.

der siebente wiederholt sehr pedantisch und ausführlich die deutsche Sittenlehre, schließlich der achte, mit dem sich Wolff direkt an die praktischen Staatsleute wandte,¹⁹⁹ versucht aus den dargetanen philosophischen Sätzen eine naturrechtliche Begründung des Staatsrechts. Für unsere Zwecke haben uns lediglich der erste und letzte Band zu beschäftigen. Zu den acht Bänden des Naturrechts trat 1749 gewissermaßen als neuntes das „Jus gentium“, das wir ebenfalls mit heranzuziehen haben. Hier wird das Naturrecht als Regulativ auf die Beziehungen der Völker angewendet. Gerade zu diesem Teile der naturrechtlichen Staatstheorie hatte sich längst in Friedrich dem Großen der Gegenpol aus der Praxis erhoben. Und doch hat auch er theoretische Erörterungen durchgedacht, wenn auch nicht in Anlehnung an Wolff.

Mit unserm Philosophen hat er beim Erscheinen des Naturrechts einen Briefwechsel geführt, der nach mehr als einer Seite interessant ist. Wolff hat sämtliche acht Bände immer aufs neue Friedrich gewidmet, und dieser immer verbindlich geantwortet. In dem ersten Schreiben hatte er sich als Wolffs Schüler bekannt und ihm begeistert gehuldigt. Dann war Wolff nach Halle zurückgekehrt, getragen von der königlichen Gunst. Friedrich hatte sie ihm auch für die Zukunft verheißen und gewährt.²⁰⁰ Aber wie wir schon sahen, stand Wolff im schroffsten Gegensatz zu den Philosophen der Umgebung Friedrichs. Schon nach Marburg hatte ihm Manteuffel berichtet,²⁰¹ wie sich Friedrich von seiner Philosophie ab und zur englisch-französischen hingewendet hatte. Nach anfänglichem Zweifel hat sich Wolff keiner Täuschung mehr darüber hingegeben, daß Friedrich die innerliche Beziehung zu ihm verloren hatte. Schmerzlich hat er es empfunden,²⁰² daß der König, der mit seinen französischen Akademikern persönlich verkehrte, keine Zeit für ihn hatte und sich seiner anscheinend gar nicht erinnerte, als er im Oktober

199. Russische Akademiebriefe, Nr. 82, S. 145, Brief vom 3. 11. 1748.

200. Gottsched, a. a. O. Beil. U, S. 75, Brief vom 8. 11. 1740. „Und wie es Mir übrigens ein besonderes Vergnügen ist, einen Mann von euren Meriten in Meinen Diensten zu wissen, so könnt ihr euch hergegen Meiner beständigen Protektion und gnädigen Wohlwollens versichert halten“. — Ebenda, Beil. X. S. 75, vom 16. 12. 1740.

201. Vgl. die Anmerkungen bei Wuttke, a. a. O. S. 177 ff.

202. Brief vom 6. X. 1743 bei Wuttke, a. a. O. S. 73.

1743 durch Halle kam. Friedrich der Große hat Wolff nie gesprochen.²⁰³ Auch später hat sich Wolff der westeuropäischen Denkweise um keinen Zoll genähert. Er hat gegen das „französische Fladder-Wesen“ gewettert,²⁰⁴ das im Bunde mit der „sog. Newtonischen Philosophie“ auftrete. Die Abneigung vertiefte sich nur noch, allerdings ohne sich in literarischen Fehden zu entladen.²⁰⁵ Vielleicht war es sogar etwas wie eine patriotische Empörung darüber, daß deutsche, d. h. natürlich die eigene Gründlichkeit, vor der Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit französischer Schöngeister bei dem König zurückstehen sollte, dem er besseres Urteil zugetraut hatte. Wenn das zuträfe, so könnte man darin ein kleineres Seitenstück zu Lessings Schicksal erblicken, der, im Jahre 1765 dem König zum Direktor der königlichen Bibliothek vorgeschlagen, einem jämmerlichen Franzosen weichen mußte, nur daß Lessings Fall beinahe tragisch ist; denn von ihm sagt Scherer,²⁰⁶ daß „kein deutscher Schriftsteller dem innersten Geiste des Königs so verwandt war wie Lessing“. Wolff aber war für ihn ein überwundener Standpunkt. Zwar bewies er sich immer aufs neue huldreich, wenn er zum Beispiel freundlich für Wolffs Gratulation zum Siege von Mollwitz²⁰⁷ und für die zum „Gottlob glücklich geschlossenen Frieden“²⁰⁸ dankte. Aber es gewährt einen gewissen komischen Reiz die verschiedenen Aeüßerungen nebeneinander zu stellen, die Friedrich auf die wiederholten Widmungen schrieb. Noch beim dritten Teil²⁰⁹ spricht er von dem zu erwartenden Nutzen,

203. Der zuletzt genannte Brief Wolffs nimmt den letzten Zweifel daran und beseitigt die Ungewißheit, die Koser in seinem Aufsatz „Friedrich der Große und die preußischen Universitäten“ in seinen „Aufsätzen u. Vorträgen: Zur preuß. u. deu. Gesch.“ 1921, S. 192, Anm. 2 gerade im Hinblick auf Friedrichs Aufenthalt in Halle 1743 wohl aus Unkenntnis des Wolff-Briefes glaubte konstatieren zu müssen.

204. Russische Akademiebriefe S. 143, Nr. 80, Brief Wolffs vom 6. V. 1748; auch bei Harnack, a. a. O. Bd. II. Urkundenbuch Nr. 176, S. 310.

205. Wuttke, a. a. O. S. 76 f.

206. W. Scherer, Geschichte der Deutschen Literatur. 13. Auflage, S. 455.

207. Gottsched, a. a. O. Beilage Z, S. 76, vom 8. 10. 1741.

208. Ebenda, Beilage k₂, S. 85, vom 6. 2. 1746.

209. Gottsched, a. a. O. Beil. c. S. 77, vom 30. 5. 1743. Friedrichs II. Dank für den dritten Teil. Er spricht von dem „angefangenen nützlichen Werk, wodurch ihr dem gemeinen Wesen nicht geringen Nutzen zu tun Gelegenheit habet“. — Ebenda, Beil. e₁, S. 79, vom 20. VI. 1744. Dank für den

obwohl er dies nicht von sich selbst meinte; denn das „Jus naturae“ war für ihn wegen der lateinischen Sprache wertlos. Dann werden die Bedenken, ob das Werk noch zu Wolffs Lebzeiten beendet sein werde, immer stärker, bis 1746 beim VI. Teil eine unzweideutige Ablehnung wie ein kalter Wasserstrahl auf den bestürzten Philosophen niederzischte. Beim letzten Teil, vor dem Wolff seine Weitschweifigkeit umständlich entschuldigt hatte, wird schließlich wieder die gnädige Protektion betont. Aber es klingt so, als habe dieser vielbändige Wälzer Wolff bei Friedrich um den letzten Rest der Wertschätzung gebracht. Auch Wolff hat es empfunden, daß diesmal der Bänderreichtum seines Naturrechts über das erträgliche Ziel hinausgegangen war. Er selbst nennt es ein „Opus vero diffusum“, ein andermal ein „vero vastum opus“.²¹⁰ Auf Friedrichs Mahnung zur Kürze ist dann auch letzten Endes zurückzuführen, daß sich Wolff daran machte, einen Auszug daraus herzustellen, der als Compendium, Gottsched nennt es ein „akademisches Lesebuch“,²¹¹ zum Gebrauch der Studierenden bestimmt war und 1750 als „Institutiones juris naturae et gentium“ erschien. Das Werk fand noch kurz vor Wolffs Tode in Gottlob Samuel Nikolai in Frankfurt a. d. Oder einen Uebersetzer ins Deutsche, dessen Werk Wolff selbst durchkorrigierte. Wolff hat in jenem

vierten Teil. Letzter Satz: „Und will hoffen, es (das Werk) werde nach eurer Hoffnung völlig fertig werden“. — Ebenda, Beil. k, S. 85, vom 14. 11. 1745. Dank für den V. Teil. „Und wünsche euch Kräfte und Lebenserhaltung von Gott, um dieses Werk vor eurem Ende zum völligen Schlusse zu bringen“. — Ebenda, Beil. l, S. 86, vom 18. 6. 1746. Dank für den VI. Teil. „Ich finde eure herausgegebenen Bücher gewiß recht schön, gelehrt und solide; allein ich leugne nicht, daß Mir solche nach dem Gebrauch und Nutzen der meisten Leser etwas zu weitläufig und zu stark scheinen, und glaube Ich, ihr könntet in kleineren Werken und mit weniger Worten die nötigen Wahrheiten der Vernunft ebenso gut zu erkennen geben, welches für den Leser vermuthlich, nach dem Genie der meisten Menschen, angenehm sein würde“. — Ebenda, Beil. l₂, S. 86, vom 11. 6. 1748. Dank für den VIII. Teil. „Und wünsche ich, daß dieses Werk denjenigen Nutzen schaffen möge, welchen ihr euch davon zu versprechen die gegründeten Ursachen habt. Mir wird nichts angenehmer sein, als wenn ich durch Meine Kgl. Protektion den Endzweck desselben werde befördern können.“

210. Russische Akademiebriefe, Nr. 87, vom 1. 5. 1752 und Nr. 90 vom 12. 5. 1753.

211. Gottsched, a. a. O., im Text S. 125.

oben schon einmal zitierten Briefe an den Londoner,²¹² der eine seiner Schriften ins Englische übersetzen wollte, und dem er dazu die „Institutiones“ empfahl, diese so treffend charakterisiert, daß wir ihn selber sprechen lassen: „Ich habe noch in der Michaelismesse eben dieses Jahres“ *Institutiones Juris Naturae et Gentium in quibus ex ipsa hominis natura continuo nexu omnes obligationes et jura omnia deducuntur*“, zum Gebrauch deren, die Jura studieren, in zwei Alphabeten und ein paar Bogen in oktav hinzugefügt, worinnen fast alle Sätze aus dem großen Werke nebst allen Definitionibus in einem deutlichen Zusammenhang gebracht worden, so daß man zu einer gründlichen Einsicht in die ganze Jurisprudenz in kurzer Zeit und mit weniger Mühe gelangen kann. Und von den größten Juristen in Deutschland habe das Geständnis erhalten, daß, wenn einer diese „Institutiones“ recht inne hat, die ganze Jurisprudenz ihm nur ein Kinderspiel wird. Wenn ich Ew. Hochedlen anraten soll, etwas von meinen Schriften zu übersetzen, so vermeine, es sollte viel Nutzen geschaffen werden, wenn sie diese „Institutiones“ übersetzten, die nicht allein Juristen, sondern auch Theologis und Philosophis nützlich und nötig sind.“ Soweit unser Philosoph. Uns aber offenbart sich doch der ganze Unterschied zwischen dem lebendigen Dozenten der ersten Hallischen Zeit, der all sein Wissen nur seinen Hörern in deutschen Lehrbüchern ausbreitete, und dem Gelehrten von Weltruf, der nun aus der Studierstube heraus in lateinischer Diktion für die Studenten die Hauptsätze seines Naturrechts zusammenstellte. Erst eines Uebersetzers bedurfte es jetzt, ihm Eingang zu verschaffen. Friedrich der Große hat auch diesem Werk seinen Beifall, dem Verfasser aber wärmstes Lob gespendet, ihm noch manch gesundes Lebensjahr gewünscht, „daß ihr noch ferner so, wie bisher, zum Besten der gelehrten Welt und Aufnehmung der Universität Halle, durch eure Schriften noch viel nützlichendes stiften könnet.“²¹³ Innerlich hat er wohl selbst dazu gelächelt.

Mit manchen Ehrungen hat er selbst Wolff bedacht, an andern beglückwünschend teilgenommen. Wolff wurde zusammen mit Cocceji, von Marschall und Jordan dazu ausersehen, bei neuen Berufungen von Professoren Vorschläge

212. Ebenda, Beilage p₂, S. 97, vom 2. 12. 1750.

213. Gottsched, a. a. O. Beilage m, S. 86, vom 31. 10. 1749.

machen zu dürfen.²¹⁴ Wenn sich Wolff auch später besonders durch Jordan zurückgesetzt fühlte,²¹⁵ so war es doch vom König als Auszeichnung gemeint, ebenso wie die Ernennung zum Universitätskanzler nach von Ludewigs Tod,²¹⁶ obwohl diese unter recht eigenartigen Umständen vor sich ging, da der Posten des Universitätskanzlers schon von Friedrich Wilhelm I. dem juristischen Professor Böhmer versprochen war. Als Friedrich Wolff bevorzugte, mußte Böhmer erst anderweitig entschädigt werden, was einen umfänglichen Schriftwechsel hervorrief. Und Friedrich hat auch nicht versäumt, aus dem Hauptquartier von Trautenau zur Erhebung in den Freiherrnstand zu gratulieren.²¹⁷ Nach einem ungedruckten Briefe Wolffs sagt Wuttke,²¹⁸ daß diese ungewöhnliche Auszeichnung Wolffs auf Empfehlung von Maximilian Josefs Beichtvater, des Jesuiten Stadler, geschehen sei. Dies erscheint uns durchaus möglich. Wolff hat immer Beziehungen zur katholischen Welt gehabt, in Breslau, wo er Thomas von Aquino studierte²¹⁹ und auch weiterhin, als seine berühmte Chinesenrede von 1721 in Rom mit Billigung des Inquisitionshofes gedruckt wurde. Später sagt er selbst,²²⁰ daß seine Methode bisher am besten „von verschiedenen Katholiken begriffen werde, von denen ich absonderlich jetzt aus vielen Orden und Klöstern Briefe erhalte“. Er behauptet den großen Erfolg seiner Philosophie in Italien, den auch Pariset erwähnt.²²¹ Nach seinem Tode wollten ihn die Katholiken schlechtweg als einen der ihren in Anspruch nehmen.²²² Unter dem Reichsvikariat Maximilian Josefs von Bayern wurde Wolff am 10. Sep-

214. Ebenda, Beil. a. S. 76/77 vom 11. X. 1741.

215. Ueber Wolffs Verhältnis zu Jordan vgl. Forsch. z. Brand. und Preu. Gesch. Bd. 29 (1916) S. 473 f. „Zu Bielfelds Lettres familières et autres“, von Hans Droysen.

216. Gottsched, a. a. O. Beil. d, S. 77/78. Wolffs Ernennung vom 16. X. 1743 und Beil. e, Schreiben Friedrichs an Wolff vom 5. X. 1743; ferner Aktenkonvolut: Besetzung des Kanzlerpostens nach dem Tode v. Ludewigs 1743. Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. 52 n. 159. Nr. 2.

217. Gottsched, a. a. O. Beil. h, S. 84 vom 13. X. 1745.

218. Wuttke, a. a. O. S. 29, vom 6. V. 1746.

219. Ebenda, S. 116.

220. Büsching, a. a. O. S. 119, Brief an Manteuffel vom 27. I. 1741; vgl. auch Wuttke, a. a. O. S. 163, Anm. 2.

221. Wuttke, a. a. O. S. 182 ff. und Pariset, a. a. O. S. 691.

222. Wuttke, a. a. O. S. 9/10.

tember 1745 zum Reichsfreiherrn ernannt.²²³ Unter Wolffs, des „aeltesten Lehrers des Natur- und Völkerrechts“, Qualitäten wird besonders hervorgehoben — das ist für uns interessant — die neben anderem „nicht minder in Staats- und politischen Schriften erlangte tiefe Einsicht, vortreffliche Erfahrung und Geschicklichkeit“. Er habe, vom Ausland anerkannt, Deutschlands Ruhm gemehrt. Mit der Erhebung wolle das Reich „seinen insonderheit um das Heil. Röm. Reich und das gemeine Wesen so stattlich verdienten Ruhm, Ehre, Vorzug und Ansehen scheinbarer machen, so mehr gewogen, als Wir aus angeborener Liebe zu denen, dem gemeinen Staat und Regiment so höchst-nötig — nützlich — und ersprießlichen Wissenschaften die Gelehrten unserer Zeit nicht nur für sie selbst, sondern auch deren Verdienst an ihren Deszendenten und Nachkommen belohnen“ . . „zu eifriger Nachahmung löblicher Wissenschaften“ (d. h. Staatswissenschaften). Wir haben diesen Passus wörtlich übernommen, da er die höchste Wertschätzung des Staatsdenkers Wolff zum Ausdruck bringt, die wir haben ausfindig machen können. Hat man auch von den weitläufigen Wendungen des konventionell ruhmredigen Kurialstils Erhebliches abzuziehen, so ist doch das, was an Lobendem übrig bleibt, um so bemerkenswerter, als 1745 das gesamte Naturrecht noch gar nicht vollendet vorlag, der Staatsdenker als solcher sich also nur aus seiner deutschen „Politik“ beurteilen ließ. Was die Wertschätzung begründet hat, wird der Umstand sein, den wir schon oben bei der Darstellung des Verhältnisses Friedrich Wilhelms I. zu Wolff anklingen ließen. Die Gesamtleistung Wolffs, vor allem des Philosophen, empfand die damalige Welt, selbst das Ausland, auch für den Staat als nützlich.

Immer war er dabei von dem Gefühl beherrscht, noch nicht genug getan zu haben. 1743 glaubte er zur Vollendung seines Systems abermals zwanzig Jahre zu bedürfen. Und so hat er in neuen Werken Philosophie und Wissenschaft mit seiner Methode unterbaut, in seine Sätze gefaßt. Auch auf dem uns interessierenden Gebiet hat er ein weiteres Werk geplant, die „Oeconomica“. Doch nur der erste Band ist 1750 fertig geworden. Ein Schüler hat den zweiten geschrieben. Diese Schrift Wolffs zeigt typisch, wie starr und verknöchert er geworden ist. In den

223. Gottsched, a. a. O. Beilage g, S. 80/83, vom 10. 9. 1745.

Anweisungen über die Haushaltung, die sie darbietet, kommt er an keiner Stelle über schon früher festgestellte Grundsätze hinaus. Beinahe noch trockener und pedantischer als ehemals sucht er reglementierend zu wirken und muß doch anregungslos bleiben. Er wird nicht einmal volkswirtschaftlichen Grundbegriffen voll gerecht, die der Merkantilismus eingebürgert hatte. Friedrich Wilhelm I., der vor zehn Jahren gestorbene, ist hierin moderner als er. Deutlich zeigt es sich, wie wenig er die mächtigen Impulse verstand und theoretisch meisterte, die die Zeit und Preußen bewegten. So enthüllt dies letzte in der Richtung unserer Betrachtung liegende Werk sein Fiasko auch als Schriftsteller. Für die Anhänger der Philosophie Newtons, der englisch-französischen Wissenschaft galt Wolff dazu allgemeinphilosophisch als überwunden. In niemandem kommt dies sichtbarer zum Ausdruck als in Friedrich II., der früher selbst Wolffianer gewesen war. Wohl hat er, als Wolff am 9. April 1754 im Alter von 76 Jahren nach längerem Gichtleiden starb, der Witwe in warmen Worten sein Beileid gesagt.²²⁴ Aber es ist immer wieder als bezeichnend angeführt worden, daß er schon im Jahre 1746 in der ersten Redaktion der „Histoire de mon temps“ mit keinem Worte Wolff erwähnt, geschweige ihn von dem harten Urteil ausnimmt, das er über die deutschen Gelehrten fällte,²²⁵ „ces archipédants“. Wenn es da heißt: „les savants français ressemblent aux artistes, et les savants allemands aux manoeuvres“, oder von den deutschen Gelehrten: „ce sont des dictionnaires vivants . . . , dont le style est pédant à cause qu'ils n'ont que du savoir“ oder wenn Friedrich von ihrem „goût gothique“ und ihrer „érudition pédantesque“ spricht, muß man doch mit sehr großer Wahrscheinlichkeit vermuten, daß diese Wendungen an Wolffs Adresse gerichtet waren, dessen sechster Band des Naturrechts im selben Jahr die erwähnte abfällige Beurteilung erfahren hatte. In der zweiten Redaktion der „Histoire“ von 1775 wird Wolff zwar genannt, aber nur, um mit einem Satz abgetan zu werden.²²⁶ Das war die Meinung eines Zeitgenossen, der sich zu den mit Wolffs Anschauung scharf konkurrierenden Geistesmächten bekannte.

224. Gottsched, a. a. O. Beil. s, S. 102, vom 13. IV. 1754.

225. Histoire de mon temps. Herausg. von Max Posner, Publikat. a. d. Preuß. Staatsarchiven, Band IV, S. 196/7.

226. Ebenda, unter den Varianten zu S. 197, 5 auf. S. 444.

Mit nichten bedeutet sie das letzte Wort, das abschließende Urteil über Wolff und die Wolffische Philosophie, die andere „Großmacht des Zeitalters“.²²⁷ Zwar sind wir nur zu geneigt, uns für die frühen Leistungen der deutschen Aufklärung Friedrichs Ansicht zu eigen zu machen, umsomehr, als wir auch die gesamte Aufklärung, wie Dilthey es sagt,²²⁸ „lange und vielfach bis auf diesen Tag unter dem Gesichtspunkt der genialitätsstolzen Kritik ihrer romantischen Gegner“ aufgefaßt haben. Auch die Aufklärung birgt eine eigene Größe in sich. Schauen wir nicht aus dem Relativismus der Gegenwart, aus dem Chaos der heutigen philosophischen Meinungen, ja aus der Krisis der abendländischen Weltanschauung überhaupt beinahe mit Neid auf jene selbstsichere Zeit, die den handelnden Menschen die feste Stütze eines klaren, nach eindeutigen Prinzipien zu unwidersprechlicher Gewißheit gebrachten Lebensideals lieh, das eine ganze Welt einheitlich zu glorreichen Leistungen zu begeistern vermochte? Das Wolffianertum, das von Tausenden von Kanzeln, auf vielen Lehrstühlen erscholl, hat es ausbilden helfen. Der Name Wolff bedeutete ein Programm und blieb es, weil Wolffs Leistung tiefer noch als in die Geschichte der Philosophie in die der deutschen allgemeinen Bildung eingegraben ist. Wir haben hier vornehmlich sein staats-theoretisches Schaffen historisch zu betrachten und versparen uns unser Gesamturteil darüber für den Schluß. Aber da es fast unlöslich in das philosophische Lebenswerk eingebettet ist, mußten wir hier es zumindestens wagen, Wolff in den großen Zusammenhang der Aufklärung einzugliedern. Ihm gebührt für die Geschichte des deutschen Denkens in der Tat etwa die Stelle, die Friedrich Wilhelm I. im Werden des preußischen Staates einnimmt. Mit vollem Recht legt Friedrich der Große in jenem Kondolenzschreiben den Ton auf die Bedeutung des „recht geschickten Lehrers“ in Wolff. Bis ans Ende ist sich Wolff treu geblieben in unermüdlichem pädagogischem Eifer, der so ganz aus der Richtung der Zeit geboren war und so vortrefflich mit den Bestrebungen der preußischen Staatsbildner zusammentraf, selbst mit Friedrichs des Großen, ja mit seinen gerade im erhöhten Maße,

227. Harnack, a. a. O. Bd. I, 1, S. 250.

228. Wilh. Dilthey, Die deutsche Aufklärung im Staat und in der Akademie Friedrichs d. Großen. Deu. Rundschau, Bd. 107, S. 35.

da Friedrich, als der Aufklärer auf dem Thron, seinem Staat auch einen pädagogischen Zweck setzte. Wolff war an sein Werk gegangen nicht als ein Genie, das bahnbrechend, seiner Zeit vorausseilend, eigene neue Ideen herausschleuderte, sondern als gründlicher, methodischer, ordnender Kopf, der voll zäher Beharrlichkeit an dem schon früh erkannten Lebensziele festhielt und in den natürlichen Schranken seiner Begabung, der z. B. der Sinn für das Künstlerische ganz fehlte, seine Arbeit getan hat. Er wurde so zu einem Volkslehrer großen Stiles, immer dachte er an eine große, breite geistige Mittelschicht. Unerwartet rasche Erfolge waren ihm hier beschieden, man erinnere sich nur an zwei Erscheinungen des literarischen Lebens: die „Moralischen Wochenschriften“,²²⁹ der Form nach englischen Mustern nachgebildet, tragen die Signatur des Wolffischen Geistes. Sie haben, als „einzige literarische Nahrung unserer bürgerlichen Familien“, für die breite Masse des Volkes Wolffs Ideen mundgerecht gemacht und zu neuen Zwecken verwendet. In ihnen wurde auf dem Boden Wolffischer Gedanken Kritik am bürgerlichen Leben geübt, die Wolff selbst nur indirekt beabsichtigt haben mochte. Die andere Erscheinung ist Gottsched, der 1724, als Preußen eben Wolff von sich gestoßen hatte und der geistige Rückgang hier unverkennbar wurde, als überzeugter Wolffianer seinen Einzug in Leipzig hielt. Er hat diese Universität wieder zu neuem Leben erweckt, und, indem er und seine zahlreichen Schüler auf lange den poetischen Geschmack der Zeit beherrschten, zog Wolffs Geist in ihrem Gefolge auch in die deutsche Literatur. Darum, wenn wir die Summe von Wolffs Schaffen ziehen, ergibt sie doch ein gewaltiges Plus. Der historische Undank hat begreiflicherweise ihn besonders hart getroffen, Staub hat sich schließlich immer dichter auf die Quartanten und Oktavbände gelegt, kaum daß eines der dickleibigen Bücher heute noch zum Nachschlagen geöffnet wird. Aber neben dem gesprochenen Wort des Hochschullehrers haben sie in ihrer Zeit der Wissenschaft den Weg gewiesen, bis diese als Zeitbildung dem Volke zuteil wurde. Es war ihr Schicksal, daß ihr Zweck darin bestand und bestehen mußte, sich entbehrlich zu machen. In dem Geist von Wolffs Lebenswerk spricht sich eine Seite des deutschen Wesens aus, die wir heute als

229. Vgl. W. Kawerau, a. a. O. S. 151.

selbstverständlich hinnehmen, die aber auch erst einmal herangebildet werden wollte, nachdem der Dreißigjährige Krieg und seine Nachwirkungen die deutsche Kultur überhaupt in Frage gestellt hatten. Wolff hat durch die Uebermittlung des rationalistischen Bildungsgutes mit beigetragen, die prosaische Seite des deutschen Charakters zu formen, deren „klassischer Ausdruck“ er selbst ist.²³⁰ Herbe Nüchternheit, pflichttreue Strenge, sittliche Reinheit, bürgerliche Gründlichkeit, biedere Frömmigkeit bei dogmatischer Freiheit und Vernunft, volle Folgerichtigkeit, das sind die Eigenschaften, die er als die höchsten ansah und verkündete.²³¹ Darin ist er so ganz dem preußischen Staatsgeist verwandt und wirkt bis in unsere Tage.

Bei unserer Darstellung ist die Persönlichkeit Christian Wolffs etwas zu kurz gekommen. Schon oben suchten wir eine Erklärung dafür in der allgemeinen Tatsache, daß sich in den Werken ausgesprochener Verstandesmenschen die Persönlichkeit fast nie charakteristisch ausprägt. Ferner ist zu beachten, daß die Zeitspanne, in der Wolffs Leben ablief, der Verinnerlichung, der Entwicklung tieferer Seelenkräfte, der Charakterbildung ungünstig war, namentlich bei den Menschen, die wie Wolff um das Werden des neuen Zeitgeistes rangen. Auch auf ihn trifft zu, was Harnack von Leibniz feststellt:²³² „Freilich fiel sein Leben in ein Zeitalter, welches von der Fülle neuer objektiver Erkenntnisse so ergriffen und mit der Wegräumung superstitiöser Produkte des Innenlebens so beschäftigt war, daß für die Ausbildung des Personenlebens, seine Einheit, Kraft und Zartheit wenig Raum blieb“. Selten tritt uns Wolff als Mensch aus dem zahlreich erhaltenen Briefwechsel entgegen. Sammeln wir die wenigen Züge. Als nüchtern und bar eines tieferen inneren religiösen Bedürfnisses zeigen ihn schon die wenigen Jugendnotizen seiner Selbstbiographie. Der Charakter scheint schon zu Beginn der Studienzeit fertig gewesen zu sein. Der hier betätigte Fleiß, das unerbittliche Ausharren auf dem einmal betretenen Wege, das Umschauhalten nach allen Seiten der Wissenschaft, aber auch eine frühe Neigung zur Breite, zum

230. Ebenda, S. 156.

231. Vgl. Kant, Vorrede zur II. Auflage der „Kritik der reinen Vernunft“, S. XXXVI.

232. Harnack, a. a. O. Band I, 1, S. 15.

Wiederholen bleiben ihm von da ab für sein Leben. Seit jenen Gesuchen um Gehaltserhöhung läßt sich an zahlreichen Zeugnissen für alle die folgenden Jahre bis 1740 hin erweisen, daß Wolff keineswegs für die pekuniäre Seite seines Berufes unempfindlich war. An dem zu niedrigen Gehaltsangebot scheiterte 1723 die Berufung nach Leipzig, und die Ablehnung des Rufes Friedrich Wilhelms I. wurde mit dadurch beeinflußt. Wolff empfand es als Beweis besonderer Gnade, daß Friedrich II. aus persönlichem Fonds für ihn das hohe Gehalt von 2000 Talern anwies, das nach Wolffs Tod an die Domänenkasse zurückfiel,²³³ und daß er ihm die Umzugskosten von Marburg nach Halle auf den Heller genau ersetzen ließ. Dieser ökonomische Sinn, der ihm eigen war, für den Gottsched den niedlichen, für den ganzen Menschen unendlich charakteristischen Zug beibringt,²³⁴ Wolff habe von seiner ersten Reise aus Breslau an alle seine Einnahmen und Ausgaben peinlich aufgezeichnet, wandte sich ganz dem Besten seiner Familie zu. Seit 1716 war er mit der Tochter des Stiftsamtmannes Brandis, Katharina Maria, vermählt. Mit der kränklichen Frau scheint er in glücklicher Ehe gelebt zu haben, an so mancher Stelle namentlich der Briefe aus den letzten Marburger Jahren spricht sich dies in zarter Rücksichtnahme auf die Frau aus. Von drei Söhnen blieb nur der älteste, Ferdinand, am Leben. Ihm und seiner Gemahlin, die ihn überlebte, hinterließ der Philosoph das von den Ersparnissen gekaufte Haus²³⁵ in Halle und das nach der Erhebung in den Freiherrnstand mit dem Adelsprivileg erworbene Rittergut Klein-Dölitzig. Zu den Ehren hatte sich der Reichtum eingefunden. Auf beides war er stolz. Im Kerne blieb er ein wahrhafter, lauterer, im besten Sinne bürgerlicher Charakter. Er strebte danach, selber zu erfüllen, was er nach der Beilegung seines Streites mit Lange 1740 an Reinbeck geschrieben hatte:²³⁶ „Lehre und Werke müssen miteinander übereinstimmen; denn ein wahrer Philosoph muß nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat lehren“. Auch in dieser Hinsicht war Wolff eine Natur vom Schlage Friedrich Wilhelms I. Wie dieser mit seinem

233. Acta Borussica X, S. 58, Stück 43, Kabinettsordre vom 15. IV. 1754.

234. Gottsched, a. a. O. S. 144.

235. Vgl. über das fernere Schicksal des Besitztums Wuttke, a. a. O. S. 79.

236. Büsching, a. a. O. S. 93, Brief vom 17. VIII. 1740.

eigenen mahnenden Beispiel und steten Druck auf sein Beamtentum, so hat Wolff durch sein Vorbild auf die Studenten und durch seine strenge Morallehre auf weite Mittelschichten dahin eingewirkt, daß im Gefolge der Aufklärung das ehrenfesteste, sittlich reine preußische Bürgertum entstand. Gewiß haben auch Wolff natürliche menschliche Schwächen nicht gefehlt. Wir haben sie schon einmal berührt.²³⁷ Uns sind heute die lächerlichen Formen unbegreiflich, die seine viel berufene Eitelkeit und Arroganz annahmen. Nur zu leicht lassen wir uns dadurch zu einem abfälligen Urteil über den Menschen Wolff verleiten, das sicher unberechtigt ist. Ist es denn wirklich so verwunderlich, daß in dem Gerberssohn, der rasch zu Weltruhm und schließlich zu Freiherrnehren aufstieg, dem Beweise der Gunst der Großen zuteil wurden, wie sonst kaum einem Philosophen, eine schon in der Jugend keimhaft vorhandene, im Alter krankhaft sich steigernde Ueberhebung Platz griff? Wolff wußte um seine Erfolge, darum wachte er eifersüchtig über seiner Anerkennung. Aber nicht diese kleinlichen Züge sind das Wesentliche an ihm. Wohl war er kein Held der Wissenschaft, kein Märtyrer seiner Ueberzeugung, wenn ihn auch das Jahr 1723 in diesen Ruf brachte. Er erlebte nicht die aufwühlenden Kämpfe des Genies, nicht die zweifelvollen Konflikte des Reformators. Aber in seinem Sinne ist auch er ein Großer, der aus zwingender Notwendigkeit schafft und ruhig, vom ersten Werke an über seinen Weg im klaren, dahinschreitet zu dem Erfolge, daß die Wissenschaft und noch in höherem Maße die Allgemeinbildung einer ganzen Zeit auf lange sein Gepräge trägt.

Noch einmal wollen wir am Schlusse dieses Teiles unsern Eindruck von Christian Wolff zusammenfassen. Wir sind in dem Besitze zahlreicher Bildnisse des Philosophen. Der Geschmack der Zeit hat neben Gemälden vor allem in unendlich liebevoll gearbeiteten Kupferstichen ihre Menschen festgehalten und die Bücher damit geziert. Fast alle kleineren Werke Christian Wolffs tragen schöne Titelkupfer, in denen sein Beruf als Aufklärer recht eigentlich zum Ausdruck kommt. In Allegorie und Symbolik versinnbildlichen sie den Erleuchtung spendenden Inhalt, besonders gern in Gestalt des durch Wolken brechenden Sonnenlichtes mit lateinischem Motto als Umschrift.

237. Vgl. oben S. 37.

Ein herrlicher von dem Leipziger Stecher Bernigeroth geschaffener Kupferstich unseres Philosophen selbst ist Johann Christian Gottscheds von uns so oft zitierter „Historischer Lob-schrift“ vorangesetzt. Der Vergleich mit den in großer Zahl erhaltenen Bildnissen Wolffs zeigt, daß dieses Brustbild Anspruch auf Lebenstreue machen kann. Wie erscheint uns nun hier Christian Wolff?

Aus schwerer, faltenreicher Drapierung in der monumentalen, wuchtigen Art des Barock blickt uns dies Antlitz an. Ein großer, massiger Kopf, ein längliches, volles, wohlgenährtes, fleischiges Gesicht, mit deutlichem Doppelkinn, eine lange, starke, gebogene Nase über einem bartlosen Mund mit schmalen, geschwungenen Lippen, aber eine mächtige, hohe, kaum durchfaltete Stirn und darunter ein Paar helle, klare lebhafte, große Augen, überwölbt von dunklen Brauen. Auch zwei markante tiefe Falten von der Nase nach den beiden Mundwinkeln können dem gepflegten Gesicht nicht den Zug ins Breite, Behagliche, Geruhsame nehmen, der vielmehr noch durch eine bescheiden große, mehr breite als hohe Perücke verstärkt wird. Offen liegt alles vor dem Beschauer, wir blicken in eine festgegründete, aber gesättigte, keiner Weitung mehr fähige Welt. Nichts Geniales, nichts Scharfes, Sprühendes, mehr ein etwas alltägliches Gesicht. Nichts Suchendes, Kämpferisches, Ringendes liegt darin. Sähe man nicht im Hintergrund die bänderreiche Bibliothek, hielte Wolff nicht mit einer kräftigen Hand einen Bücherband umspannt, man glaubte eher einen reichen, behäbigen Ratsherrn als einen bahnbrechenden Forscher vor sich zu haben. Nehmen wir noch aus zeitgenössischen Angaben hinzu, daß Wolff von mittlerer Größe und gesetzter, starker, aber nicht korpulenter Figur war, daß er sich stets ernsthaft und würdig trug, so findet hier unsere Gesamtauffassung von Christian Wolff dem Philosophen und Menschen ihre Unterstützung und Abrundung.

II. Teil.

Wolffs Staatstheorie.

Bei der fast zu ausführlichen biographischen Einordnung von Wolffs staatstheoretischen Schriften ließen wir uns von einem klugen Ausspruch Georg Jellineks leiten, den er einmal in einer Rede im Hinblick auf ganz abstrakte Staatstheorien getan hat:¹ „Jede Ueberzeugung wird zuerst erlebt und sodann erst begründet“. Wir sahen, daß Wolff eine viel zu korrekte, gegen sich selbst und seine Wissenschaft viel zu strenge Natur war, als daß er in seinen Staatsschriften Dinge vorgetragen hätte, die nicht seiner Ueberzeugung entsprachen. Daß er literarisch von Vorgängern mannigfach abhängig ist, haben wir bereits angedeutet und werden es bei Einzelheiten noch zu berühren haben. Wieweit das Erlebnis des Staates bei ihm möglicherweise gehen konnte, haben wir zu erschließen versucht. Wenn wir jetzt auf den Boden von Wolffs Staatstheorie selbst treten, wollen wir sie nicht staatswissenschaftlich oder rechtsphilosophisch in die Geschichte der politischen Dogmen einordnen. Das ist schon mehrfach durchgeführt worden.² Wir stellen unsere Frage vielmehr spezifisch vom Standpunkt des Historikers aus. Es ist unser Ziel, in dem Spiegel von Wolffs Prinzipien das Bild zu erkennen, das er von dem zur Zeit ihrer Formulierung tatsächlich existierenden Staate und der Staatenwelt in sich aufgenommen hat, d. h. den Zusammenhang aufzu-

1. „Hobbes und Rousseau“ in Georg Jellinek, *Ausgewählte Schriften und Reden* Bd. II, 1911.

2. Vgl. Georg Jellinek, *Allgemeine Staatslehre*, 3. Aufl. 1921 aus der älteren Literatur, die Wolff stets, wenn auch mehr oder minder ausführlich behandelt, z. B. H. F. W. Hinrichs, *Geschichte der Rechts- und Staatsprinzipien seit der Reformation bis zur Gegenwart in hist.-philos. Entwicklung*. 1848/52. Das sehr ungegliederte Werk reicht nur bis Wolff III. Bd. S. 357 ff. — J. C. Bluntschli, *Geschichte des Allg. Staatsrechts und der Politik seit dem 16. Jahrh. bis zur Gegenwart*. 1864 S. 213 ff. auch Lippert, im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 3. Aufl. 1911, Bd. VIII, S. 929.

zeigen von Wolffs Lehren mit den staatlichen Zuständen und Verhältnissen des beginnenden 18. Jahrhunderts. Dadurch würde in gewissem Sinne Hans von Voltelinis Aufsatz,³ der den Einfluß herausarbeitet, den Wolffs Naturrecht etwa seit der Mitte des 18. Jahrhunderts für die endgültige Ausbildung des aufgeklärten Absolutismus in Preußen und Oesterreich geübt hat, für das halbe Jahrhundert davor ergänzt. Wolff hat mit seiner Staatslehre nicht nur eine neue Staatenwelt schaffen helfen, er hat seine Theorien auch aus einer ganz bestimmten Staatenwelt entlehnt, die durch zweifellos breite Stücke reiner Abstraktion doch zu erblicken ist.

1. Wolffs Staatsschriften.

Wolffs staatstheoretische Schriften erstrecken sich über sein ganzes Leben. Doch grundlegend für alle weiteren hat er seine Ansicht schon in seiner ersten Schrift, der „Politik“, d. h. in den „Vernünftigen Gedanken vom gesellschaftlichen Leben der Menschen“ vom Jahre 1721 niedergelegt. Ein Jahr später schrieb Friedrich Wilhelm I. für seinen Nachfolger sein „Politisches Testament“. Dies zeitliche Zusammenfallen heben wir hervor; denn der Polizeistaat Wolffs gehört etwa der Zeit Friedrich Wilhelms I. an. Mit vollem Bewußtsein wählen wir gerade die „Politik“ als Grundlage der Darstellung von Wolffs Staatsanschauung, und zwar die letzte Auflage (IV.) von 1736, deren Abweichungen von der ersten allerdings ganz unbedeutend, wesentlich nur Ergänzungen sind. In dieser Schrift ist das konkrete Staatsleben bei Wolff am deutlichsten in Erscheinung getreten. Alle Lehrsätze und abstrakten Prinzipien des „Jus naturae“ Band VIII, vom Jahre 1748, des „Jus gentium“ von 1749, der kürzeren Zusammenfassung: „Institutiones iuris naturae et gentium“ von 1750 und endlich des ersten Bandes der „Oeconomica“ von 1750 können nicht verschleiern, daß als fester Kern der Staat der „Politik“ von 1721 auch ihnen zugrunde liegt. An diesen Schriften haben wir das Bild vervollständigt und doch nur bestätigt gefunden. Wolffs Anschauungen haben sich nicht gewandelt. Eine Entwicklung läßt sich nicht nach-

3. Hans v. Voltelini, Die naturrechtlichen Lehren und die Reformen des 18. Jahrhunderts. Hist. Zeitschr. Bd. 105 (1910 II).

weisen. Zur Abrundung, teilweisen Klarstellung, vor allem aber zur Vertiefung der aus den Hauptwerken gewonnenen Anschauung haben wir alle uns erreichbaren kleineren Schriften Wolffs herangezogen, in denen er Grundsätze entwickelt, die irgendwie mit dem Staatswesen in Beziehung stehen. Wir haben die „Ausführliche Nachricht von seinen eigenen Schriften“ von 1726 und die kleine Schrift „Entdeckung der wahren Ursache von der wunderbaren Vermehrung des Getreydes“ von 1725 benutzt. Daß wir ganz besonderen Wert auf die beiden kleinen Schriften: „De rege philosophante et philosopho regnante“ von 1730 und die „Theoria negotiorum publicorum“ von 1731 legen, haben wir schon betont. Beide sind uns auch in der französischen Uebersetzung Des-Champs' von 1740 zugänglich gewesen. Daß wir dieses Material durch Briefstellen aus den schon mehrfach zitierten Sammlungen zu stützen versuchen, brauchen wir kaum ausdrücklich zu erwähnen. Die Stofffülle ist sehr reich und gewährt doch dem Historiker nicht die letzte Befriedigung, da Wolff die Schwäche der Staatstheoretiker seiner Zeit reichlich teilt, über System, Paragraphen, Prinzipien und Theorie die Wirklichkeit zu vernachlässigen. Darum bedarf es einer nicht unwichtigen Vorbemerkung.

2. Wolffs Stellung zur Staatstheorie.

Wir haben im ersten Teil an mehreren Stellen von der Methode Wolffs gehandelt und sein festes, klar gegliedertes Lehrgebäude gepriesen. Wir brauchen davon nichts zurückzunehmen. Die Korrektheit des Systems besteht, wenn man auf das Ganze schaut; ja selbst alle Teile tragen im inneren Aufbau diesen Charakter, sofern sie rein abstrahierend und theoretisch zu bewältigen sind. In der „Politik“ aber kam Wolff auf ein Gebiet, das sich schlechterdings solcher Behandlung entzog. In der Anlage gerade des II. Teiles des Werkes, der vom Staate handelt — der I. Teil erörtert die niederen Gesellschaften — sehen wir das völlige Versagen der mathematischen Methode Wolffs. Wohl hat er auch hier ein oberstes Prinzip, aus dem er alle begrifflich notwendigen Wahrheiten syllogistisch ableitet. Er sondert zwar nach den gefundenen Erkenntnissen sieben Kapitel, an deren Eingang die deduktiv gewonnenen Gesetzmäßigkeiten prangen. Die Kapitel fügen sich dem System ohne

Zwang ein, in denen er seiner Neigung zum Theoretisieren etwas die Zügel schießen lassen kann. Es sind dies die Kapitel I und II: „Von dem Gemeinen Wesen überhaupt“ und „Von den verschiedenen Arten des Gemeinen Wesens“, IV „Von den bürgerlichen Gesetzen“, ein wenig im V.: „Von der Macht und Gewalt der Obrigkeit“ und im VII.: „Vom Kriege“. In den beiden anderen aber, den längsten: III. „Was bei Einrichtung eines Gemeinen Wesens inacht zu nehmen“ und VI. „Von der Regierung der hohen Landes-Obrigkeit“, die beide die verschiedenen Seiten der wirklichen Staatstätigkeit nachzeichnen, ist die apriorische Philosophie hilflos. Jede Spur einer klaren Gliederung schwindet. Krampfhaft versucht der Autor, den Gegenstand nicht aus der Hand zu verlieren, er tut so, als wolle er große Gebiete unterscheiden und hebt mit naturrechtlicher Erörterung an, dann aber sprengt die Buntheit des Lebens ihm den Rahmen. Er erkennt, daß er immer wieder etwas vergessen hat, und schiebt unbekümmert um den Zusammenhang dazwischen. So kommt es zu Widersprüchen und noch öfter zu Wiederholungen. Ja, im VI. Kapitel wird fast vollständig dasselbe gesagt wie im III., nur hier alles unter dem Gesichtspunkt des Merkantilismus. Auch jene vorhin als ziemlich wohlgegliedert bezeichneten Kapitel haben an diesen Fehlern vollen Anteil. Das tritt ganz klar hervor, wenn man die „Politik“ mit den späteren, viel strafferen naturrechtlichen lateinischen Schriften vergleicht, in denen Wolff viel tiefer die Wirklichkeit unter seinen Füßen läßt und seine Lehrsätze höchstens in schwacher Anlehnung an sie baut. In ihnen hält er seinen Blick auf seine Sätze, in der „Politik“ jedoch auf die Wirklichkeit gerichtet. Im logischen Aufbau der Theorien ist er meisterhaft zu Hause. Die Buntheit des Lebens verwirrt ihn, bringt ihn aus dem Konzepte. In den lateinischen Werken müssen wir das Gestrüpp der Theorie mühsam entfernen, um den wirklichen Staat darunter bloßzulegen. In der „Politik“ verlieren der Autor und wir vor den Erscheinungen der Wirklichkeit nur zu oft die großen Lehrsätze aus dem Auge. Seine Erklärung hat dies in der Tatsache, daß Wolff mit der Erfahrung arbeiten muß. Im Experimentierkabinett vor seinen physikalischen Apparaten weiß er sie zu üben, zur Beobachtung des wirklichen Lebens ist sie ihm fremd, metaphysisch lehnt er sie ganz ab. Wie ungern er sich ihrer bedient, zeigen die Kapitel, in denen er sich bei theoretischen Er-

örterungen gewissermaßen von den Beschwerden der Erdenwanderung erholt. Diese Beobachtung ist die andere Seite unserer Vorbemerkung.

Wie handhabt Wolff den Stoff seiner „Politik“? Daß er kein Historiker ist, sahen wir schon. Er ist unfähig, die Zusammenschau verschiedenartiger Gebiete zu einem Gemälde vorzunehmen. Aber diese Fähigkeit besaß unter seinen deutschen Zeitgenossen kaum ein Gelehrter. Doch Wolff hat auch das Wesen alles Historischen nicht erkannt. Einmal (De rege § 9) hat er den Historiker dem Philosophen kontrastiert. Historische Erkenntnis erstreckte sich nur auf die Tatsachen und müsse schlechthin als unwissenschaftlich gelten gegenüber der philosophischen, die nach Grund und Möglichkeit der Dinge fragt. Und wenn er auch zugibt (Theoria § 4), daß man aus historischen Beispielen und der Erfahrung die Verknüpfung der menschlichen Angelegenheiten kennen lernen kann, so hat er doch wenigstens das Gefühl, daß der landläufige Chronist und der Philosoph je eine Welt für sich sind. Er ist Philosoph. An einer Stelle der „Politik“ (§ 379) hat er es ausdrücklich abgelehnt, Historiker zu sein. „Ich gebe jetzt keinen Geschichtschreiber ab, der bloß erzählt, was im Brauch ist“. Wir verstehen tiefer als Gottsched, der berichtet:⁴ „Sein Gedächtnis war nicht das stärkste: und er hatte diejenigen Disziplinen, die selbiges erfordern und stärken, als Sprachen, die Philologie und die Geschichte am allerwenigsten getrieben“, daß Wolff nicht Historiker sein konnte, wozu er sich auch ein andermal außerstande erklärt hat. (Widmung zur „Entdeckung . . .“) Und doch hat er sich entschlossen, zu seiner „Politik“ die Erfahrung in seinen Dienst zu nehmen. Schon dies ist wichtig. Er hat erkannt, daß die Wirklichkeit sich nicht mit bloßen Regeln, mit mathematischem Verstande meistern läßt. Es liegt im Wesen der Schriften, daß Wolff sich nur in der „Politik“ und den kleineren Abhandlungen über seine Stellung zu seiner Aufgabe ausspricht. Zweimal findet sich in der „Politik“ das Bekenntnis zur Erfahrung, auf deren Ergebnisse er sich stützt (§§ 290 und 490). Beide Stellen stehen bezeichnenderweise in den beiden ausgesprochen praktischen Kapiteln. Ebenso oft nennt er sie im „De rege“ (§§ 5 und 13).

4. Gottsched, a. a. O. S. 148.

Drei Arten von Auffassungen lassen sich bei Wolffs Darstellung des Staatswesens unterscheiden, bald überwiegt die eine, bald die andere. Das Extrem der einen Seite ist, die sinnlich wahrnehmbare Wirklichkeit gänzlich außer acht zu lassen, lediglich aus einem höchsten Prinzip Grundsätze zur Erklärung der staatlichen Einrichtungen anzugeben (Nachricht § 159), sich mit der Aufzeichnung dieser Grundsätze zu begnügen (De rege § 14) und daraus als die Summe „allgemeiner Wahrheiten“ eine Theorie aufzubauen (Theoria § 1 und öfter). Doch diese Art wendet er bestimmend und in größerer Ausdehnung nur in den naturrechtlich konstruierenden lateinischen Schriften an.

Das Extrem nach der anderen Seite wäre eigentlich die historische Methode, die Wirklichkeit für sich sprechen zu lassen. Bis zu ihr ringt sich Wolff natürlich nicht einmal begrifflich durch. Eine viel spätere Zeit erst hat sie erkannt und geübt. Für Wolff besteht dies andere Extrem nur darin, daß er der Wirklichkeit ihr Recht läßt. Er stellt sich in Gegensatz zu Platon und dem Staatsutopisten Campanella, will den Staat beschreiben, in dem das Volk ein reales und realisierbares, nicht aber ein imaginäres und rein ideales Glück findet (De rege § 2). „Wir reden von dem, was geschieht, nicht, was geschehen soll. In der Politik muß man sich danach richten, wie man die Leute findet, nicht aber, wie sie sein sollen“. (Polit. § 286). Dazu bringt er einen Sinn für die Verschiedenheit der Völker mit. Er weiß, daß, was einem Lande zuträglich, nicht ohne weiteres auf ein anderes übertragbar ist (Politik §§ 413/4). Wie Grotius (Theoria § 5) möchte er vor allem praktischen Nutzen stiften und sich darum nur mit dem beschäftigen, „was unter uns üblich ist“ (Nachricht § 152).

Wie glücklich könnten wir sein, wenn Wolff nur diesen Grundsatz befolgt hätte. Aber er ist im größten Teil der „Politik“ weder rein abstrakt, noch rein praktisch eingestellt, sondern vermischt beide Auffassungen, nimmt zwischen den Extremen den Mittelweg, den des „Weltweisen“, zieht nur ab und an jene zur Begründung und Verdeutlichung heran. Es ist dies die Anschauung eines Philosophen, der für die Welt ein offenes Auge hat. Das philosophische Element wiegt noch stark vor, wenn es auch im Vergleich zu reiner Theorie gemindert erscheint. In der Vorrede der „Politik“ hat Wolff seinen Standpunkt umschrieben: „Ich habe vor nach meiner Art, das ist, deutlich und

gründlich zu zeigen, wie sich ein Staat auf unserem Erdboden einrichten lässet; so habe ich auch solche Menschen dazu nehmen müssen, wie wir auf dem Erdboden antreffen. Man findet demnach in diesem Buch zureichende Lehren, daraus man von allem demjenigen, was im gemeinen Wesen vorkommt, richtigen Grund anzeigen und alles, was zu einem Staate gehört, oder irgendwo darin angetroffen wird, vernünftig beurteilen kann Was die Lehren selbst betrifft, die ich hier behaupte, so habe ich sie so vorgetragen, wie sie in der Vernunft gegründet sind und kümmere mich wenig darumb, ob alles unter uns so üblich ist oder nicht. Unterdessen, wer dieselbe wohl fasset, der wird in dem Stande sein, alles dasjenige, was unter uns üblich ist, vernünftig zu beurteilen. Es wird wohl niemand zweifeln, daß die Wahrheiten, welche hier ausgeführt werden, die nützlichsten sind für das menschliche Geschlechte, denn die ganze zeitliche Glückseligkeit beruhet auf einem wohl eingerichteten Staate. Wo man wohl, das ist vernünftig regiert, da findet ein jeder sein Vergnügen, wo er nicht durch seine eigene Schuld dasselbe störet und sein Gemüte in Unruhe setzt. Hingegen, wo unvernünftig regieret wird, da hat jedermann viel Mißvergnügen und muß ohne seine Schuld sein Gemüte in Unruhe setzen lassen". Zwar hat er es abgelehnt, die im Naturrecht allgemein beliebte Frage nach dem „besten“ Staat zu tun, aber manchmal schaut doch zum mindesten ein typischer Staat durch (Pol. § 271), ein Normalstaat, für den er beschreibt, wie er „beschaffen sein muß“, ohne sich zu kümmern, „ob dieses oder jenes Gemeine Wesen so beschaffen ist“ (§ 270). Er will eben alle Staaten mit dem Maßstabe der Vernunft messen (§ 445). Der Aufklärer verleugnet sich nie, wenn er in Parenthese einmal einfügt: „Allein ich rede jetzt als ein Weltweiser von dem, was mit Vernunft geschehen kann und soll. Trifft es mit dem überein, was üblich ist, so erkennt man, daß unsere Einrichtungen vernünftig sind. Findet man hingegen, daß es anders beschaffen, als wie es erwiesen, so lernet man, wie man noch eine Verbesserung vorzunehmen. Und dieses ist von allen übrigen Materien gleichfalls zu behalten“. (§ 370 und ähnlich § 379.) Er will mehr, als nur wie ein Historiker angeben, „wie es im Gemeinen Wesen hier und dort überall abläuft“. (Politik § 243), will Reformen vorschlagen (§§ 402, 386, Pol.), die er auf Grund guter Beobachtung aus der Vernunft schöpft. Der Weltweise, der

philosophisch eingestellte Staatsdenker offenbart sich auch in der Unterschätzung des Wertes historischer Beispiele. Nicht nur, daß er vermeidet, auf die Verhältnisse eines bestimmten Staates abzu zielen, rechnet er doch darauf, daß Staatsleute vieler, wenn nicht aller Länder sich seine „Politik“ zu eigen machen, er benutzt die Beispiele auch nicht einmal, um seine Erörterungen dadurch aus der Sphäre der Spekulation in den Bereich der Wirklichkeit zu leiten. Wo er sie verwendet, sind sie gänzlich belanglos. Schlagend wird unsere Behauptung durch einen Brief bewiesen, den Wolff an den russischen Akademiker, Baron J. A. Korff schrieb, der von ihm verlangt hatte, er solle praktische und historische Beispiele zur Erleichterung der Anwendbarkeit in sein „Naturrecht“ aufnehmen.⁵ Wir geben die Stelle, weil sie für Wolff typisch ist, wörtlich:⁶ „Was Euer Exz. wegen der Exempel in *Jure Nat. et Gentium* aus der alten und neuen Historie erinnern, wil mir laszen recommendiret seyn, soviel möglich ist: ich musz aber gestehen, daß ich weder mit *Historicis* versehen, noch viel darinnen gelesen habe, und also nicht weiß, ob ich in allem gleich Exempel werde finden können, wie ich wünsche. *Grotius* und einige von seinen *Commentatoribus* haben Exempel angeführt, die an gehörigem Orte können angebracht werden, wenn man die *loci* nachschläget, welche sie citiren, und dabey die *Historicos*, aus denen sie genommen, weiter durchblättert. Es ist schlimm, daß hier von niemanden einige Hülffe haben kann, und dabey soviele Zeit auf *Collegia* wenden muß, daß mir zum Lesen weniger übrig verbleibet“. Wolff, der als Philosoph gewöhnt ist, abstrakt zu denken, vermißt anschauliche Beispiele nicht. Soll seine „Politik“ auf einen bestimmten Staat angewendet werden, fordert er

5. Russische Akademiebriefe Nr. 133, S. 208 f. Brief vom 23. IX. 1737: „Aus dero an den Herrn Bibliothekar Schumacher abgelassenen ersehe, daß Ew. Hochedelgeb. mit einem Natur- und Völker-Recht sich bemühen, ich sehe zum voraus, daß die Welt ein deutliches, und aus denen besten Gründen hergenommenes Systema aus ihrer Feder zu erwarten hatt, da aber ein solches Werk billig auch ad captum derjenigen politicorum seyn solte, die nicht ex professo studieren, so wünschte ich, daß alle Lehrsaetze durch lebendigen Exemplen und factis ex historia antiqua et moderna möchte erkläret werden, darmit die applicatio mit der Theorie verbunden würde, nichts macht einen moralischen Lehrsatz deutlicher als instancen, die nicht erdichtet, sondern aus denen wücklichen actionibus hominis genommen sind“.

6. Russische Akademiebriefe. Nr. 53. Brief vom 24. XI. 1737.

selbst, daß ihre allgemeinen Regeln durch die besonderen Verfassungen und Satzungen dieses Staates ergänzt und belebt werden (Pol. § 484).

So haftet der Behandlung des Staatlichen durch Wolff ein philosophischer, universaler Zug an. Sie ist gleich weit entfernt von der reinen Abstraktion wie von der unreflektierten Wirklichkeit. Jede tatsächliche Beobachtung erhält, da sie erst durch das Medium der Wolffischen Weltanschauung hindurchgehen muß, eine subjektive, metaphysische Färbung. Es ist nicht nur eine nötige Verbeugung vor der Autorität der damaligen Regierungen, daß er erklärt (Theoria § 13), er wolle nicht „die Art kritisieren, in der heute die Staatsgeschäfte verwaltet werden“. So genau auf fest lokalisierte Tagesfragen einzugehen, lag gar nicht in seiner Absicht. Vermeidet er darum auch alle zeitlichen und räumlichen Anspielungen, so ist doch sein Staatsbild ein ganz bestimmter Staatstypus, den wir in seiner Epoche festlegen können. Manchmal zeichnet sich sogar ein einzelner Staat deutlicher ab. Alle diese Momente wollen wir herausarbeiten. In der Vorbemerkung galt es zunächst, Wolffs Stellung zu seiner Aufgabe darzutun. Politiker ist er nie gewesen. Als er seine „Politik“ schrieb, kam er von der Philosophie her, und als Weltweiser, die Wirklichkeit beobachtend, aber sie an Prinzipien messend, ja selbst nach allgemeinen Lehrsätzen zurechtstutzend, hat er sich zum Gebiete des Staates den Weg gebahnt. Wir haben Material und Methode gezeigt, wir beginnen mit der Darstellung von Wolffs Staatsanschauung.

3. *Wolffs Staatsanschauung.*

I. Entstehung des Staates.

a) Ursprung des Staates.

Schon die antike Philosophie, die ihr Denken auf den Staat richtete, hatte sich nicht damit begnügt, seine zeitliche, alltägliche Auswirkung zu betrachten, sondern hatte seinem Ewigkeitsgehalt nachgeforscht und war so zu Spekulationen über den Ursprung des Staates gekommen. Diese Ideen sind nie untergegangen, haben hier und da im Mittelalter weitergelebt und in der neueren Zeit ihre Renaissance im sogenannten Naturrecht gefunden. Von den Anfängen der modernen Rechts- und

Staatsphilosophie, vor allem aber von Grotius her, führt ein breiter Strom naturrechtlichen Denkens durch das 18. Jahrhundert hindurch. Mit aus dem Samen des Naturrechts ist die neueste Zeit erwachsen. In diese Reihe gehört auch Wolff. Er ist naturrechtlicher Staatsdenker und hat als solcher seine Vorgänger. Er folgt den Gepflogenheiten der naturrechtlichen Philosophie, indem er die Entstehung des Staates in den Kreis seiner Betrachtung zieht, ihn ab ovo anfangen läßt. Die philosophische Methode könnte sich nicht deutlicher äußern. Aber er beschränkt sich nicht darauf, lediglich den Staat naturrechtlich zu fundieren, sondern ehe er zu ihm gelangt, entwickelt er in den ersten sieben Bänden seines „Jus naturae“ das gesamte System des Naturrechts, im Aufbau Pufendorf folgend. Auch in die „Institutiones“ hat er diese breiten juristischen Darlegungen aufgenommen und an sie dann die Ausführungen über Entstehung des Staates, seinen Ursprung und Zweck, seine Verfassung und Formen angereiht, während die „Politik“ die zuletzt genannten Gebiete einleitend nur kurz berührt. Bei unserem Forschen nach dem Erzbilde des konkreten Staates bei Wolff müssen wir diese darüber gelagerte starke Schicht von Theorie wenigstens im Vorübergehen streifen; denn so abstrakt sie hingestellt wird, in ihr offenbart sich doch ein gutes Stück von Zeitbedürfnissen. Diese Theorie schließt sich organisch an Wolffs Staatsbild an, ebenso wie naturrechtliches Denken untrennbar z. B. mit dem realen Staate Wilhelms III. von England verbunden ist.

Von seinen zahlreichen Vorgängern übernimmt Wolff die kühne Konstruktion des Naturzustandes (J. N. I. § 124 ff.), der zeitlich vor dem staatlichen Zustand angesetzt wird. In ihm wird das Leben der Menschen, die noch als einzelne Individuen isoliert für sich existieren, nur durch die von der Vernunft diktierten natürlichen Gesetze, Rechte und Pflichten geleitet, die zwar mit den göttlichen identisch sind, aber von diesen nur eine immerhin entbehrliche Bestätigung erfahren, so daß also auch der Atheist ihnen unterworfen ist. Der natürliche Zustand setzt sich noch nach Anbruch des staatlichen Zustandes in diesem fort. Abgesehen davon, daß sich das Leben der Staaten untereinander im natürlichen Zustande abspielt, bleiben die Naturgesetze auch im einzelnen Staate zur Beurteilung aller Handlungen als gut und böse maßgebend, wenn auch die bürger-

lichen Gesetze helfend neben sie treten müssen, da nicht jeder Vernunft genug besitzt, um allein den natürlichen Gesetzen zu folgen. (Pol. § 401.) Die natürliche Billigkeit, also wiederum die Vernunft, bleibt im Staate Richtschnur aller Gesetzgebung, nur bisweilen müssen die bürgerlichen Gesetze, da sie die Mannigfaltigkeit der Fälle vereinfachen, auf eine Formel bringen, von ihr abweichen. Aber niemanden soll man im Staate dazu verbinden, „was dem Gesetze der Natur zuwider ist“. (Pol. § 402.) Die Abweichung mancher bürgerlichen Gesetze ist nur gestattet, keineswegs befohlen. Theoretisch ist damit das Naturrecht auf den Schild erhoben, praktisch bedurfte es dazu noch vieler Jahre und Kämpfe. Bei Wolff bildet das Naturrecht zwar stets eine Schranke gegen ungesetzliche Willkür, nicht aber gegen die des Gesetzgebers. Mochte also Wolff die Jurisprudenz auf das Naturrecht gründen, er selbst lieb dem wirklichen Staate die Mittel, es für seine Bedürfnisse einzuschränken. Ja, die Proklamierung unveräußerlicher, angeborener Menschenrechte hat ihn nicht gehindert, der typische Verfechter des aufgeklärten Polizeistaates zu werden, in dem die Freiheitsrechte kraft höherer Staatsnotwendigkeit (Inst. § 1065) arg beschnitten werden konnten und wurden. Die Theorie tritt also doch unter den Eindruck der Wirklichkeit. Darum können wir uns auch mit einem kurzen Ueberblick über dieses abstrakte Fundament alles staatlichen Lebens begnügen.

Das Individuum steht im Zentrum des Naturzustandes und damit auch des Naturrechts. Ueber den einzelnen Menschen breitet Wolff das feinmaschige Netz von Pflichten und Rechten, aus denen sich das Naturrecht zusammensetzt. Wolff stellt sie unter den allgemeinen, ihn vor anderen auszeichnenden Gesichtspunkt, daß Rechte nur aus Pflichten folgen (J. N. I, § 25). Jedem müsse alles das an Rechten zustehen, dessen er benötigt, um seinen Pflichten nachkommen zu können.⁷ Dieser Auffassung, die den Hauptton auf die Pflicht legt, ist der Pflichtbegriff Friedrichs des Großen aufs engste verwandt.⁸ Im

7. Vgl. Ernst Landsberg, a.a. O. Bd. I, S. 202, Hans v. Voltelini, a. a. O. S. 76 f., Paul Janet, Histoire de la science politique dans ses rapports avec la morale. 4. Aufl. 1913, Note S. 261.

8. Vgl. R. Koser, Die Epochen der absoluten Monarchie in der neueren Geschichte, in „Zur preuß. u. deu. Gesch.“ Aufsätze und Vorträge 1921.

Wolffischen Naturrecht geschulte Beamte haben ihn in der Staats- und Rechtsverwaltung in die Praxis übergeführt. Rein theoretisch steckte in diesem Gesichtspunkt ein wissenschaftlicher Rückschritt. Recht und Moral, die Thomasius eben erst mühsam geschieden hatte, wurden wieder vermischt. Mag Wolff nun auch die Pflichten gegen Gott (Inst. § 160 bis § 183 und J. n. I. Kap. IV), die der Nächstenliebe und das Recht auf Unterstützung durch den anderen (Inst. §§ 133—159 und J. n. I. Kap. III), die Pflicht der Erhaltung des eigenen Körpers (Inst. §§ 68—132), der Arbeit (J. n. I. §§ 506, 512 ff.), deren Sinn (J. n. I. § 523) auch die Förderung des Mitmenschen (J. n. I. § 655) mit tangieren muß, umständlich erörtern, über allem errichtet er doch für das Individuum die oberste Maxime: „Das Gesetz der Natur verpflichtet uns zu Handlungen, welche die Vervollkommnung des Menschen und des menschlichen Zustandes bezwecken, und zur Vermeidung aller Handlungen, die zum Gegenteil führen, folglich zu freien, mit den natürlichen, durch zureichende Gründe verbundenen Handlungen und damit zur Abwendung jeder Gefahr von uns und unserem Zustand“. (Inst. § 43, auch J. n. I. §§ 170, 180, 182). Das ist dasselbe Prinzip wie das in der „Moral“ verkündete: „Thue, was dich und deinen und anderer Zustand vollkommener macht, unterlasse, was ihn unvollkommen macht“. (Moral § 12). Dem wird im Naturzustand das Kriegerrecht unterworfen, das nur ein Selbstverteidigungsrecht (J. n. I. § 1114) ist. Dem einen obersten Ziel, die Glückseligkeit durch ständig fortschreitende materielle und geistige Vervollkommnung zu erreichen, sollen auch jene berühmten und doch noch bedeutungslosen, da nur theoretisch verfochtenen unveräußerlichen, angeborenen Menschenrechte (Inst. § 95. J. n. I. §§ 64, 114) dienen,⁹ die erst viel später durch die „Mächte des geschichtlichen Lebens“ Anstoß zum Fortschritt im Verfassungsleben gaben. Nur im Hinblick auf jenes letzte sittliche Ideal werden alle Menschen als gleich (J. n. I. § 130) und frei (J. n. I. §§ 146, 163) angenommen. Endlich, weil es der einzelne allein nicht erreicht, schließen mehrere Individuen

S. 367 ff., Hans v. Voltolini, a. a. O. S. 77 f., Eduard Zeller, Fr. d. Gr. als Philos. S. 69 f.

9. Vgl. die interessante Schrift Georg Jellineks, Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. III. Aufl. 1919, S. 62 ff.

durch Vertrag Gesellschaften. Also die Pflicht zur eigenen Vervollkommnung, aber auch die zur Vervollkommnung der anderen treibt zu ihrem Abschluß. (Politik § 1.) Aber die Menschen haben auch eine natürliche Verpflichtung dazu, „nebeneinander und miteinander zu leben“. (Politik § 4.) Wie Aristoteles faßt das Naturrecht den Menschen als ein *zoon politikon* auf. — Es berührt sich auch sonst noch mit dem Griechen.¹⁰ — Die Gesellschaft ist nichts anderes als ein Vertrag einiger Personen, „mit vereinigten Kräften ihr Bestes worinnen zu befördern“. (Pol. § 2.) Es gibt eine Stufenfolge von Gesellschaften, die sich lediglich durch die Größe ihrer Mitgliederzahl unterscheiden. Analog zu der Leitmaxime des Individuums wird der Endzweck für alle Gesellschaften gesetzt: „Thue, was die Wohlfahrt der Gesellschaft befördert, unterlaß, was ihr hinderlich oder sonst nachtheilig ist“ (Pol. § 11). Die Gesellschaft verlangt den Dienst aller ihrer Glieder, deren eigene Absichten stets vor denen der Gesellschaft zu weichen haben. Hier sehen wir den Staat im kleinen, der sich nicht dadurch beschränken lassen wird, wenn Wolff bestimmt: „daß man die gemeine Wohlfahrt nicht weiter erstreckt, als es die Absicht der Gesellschaft erfordert, woran insonderheit in dem gemeinen Wesen viel gelegen“. (Pol. § 12). Solchen schüchternen Versuchen, vor der Staatsallmacht noch einen Rest individueller Freiheit zu wahren, werden wir im weiteren Verlauf noch öfter begegnen. Aber der Staat wird von Wolff fast als zu allumfassend dargestellt, als daß man sich von derartigen Vorbehalten praktischen Erfolg versprechen könnte. Wolff nimmt eine natürliche Entwicklung der Gesellschaften auseinander an, in der die Menschheit zur letzten und größten, dem Staat, aufsteigt. Wie jede Gesellschaft Abbild des Staates ist, so trägt dieser die Eierschalen seiner frühesten Herkunft weiter mit sich herum. Von den Chinesen will Wolff gelernt haben, daß man zur Leitung eines Staates nur die Grundsätze anzuwenden braucht, die sich bei der Lebensführung des Individuums oder der Familie, der Keimzelle alles Staatlichen, bewährt haben. Der Staat gilt ihm — wenigstens in der Theorie — als große Familie, der König nur

10. Vgl. Gustav Marchet, Studien über die Entwicklung der Verwaltungslehre in Deutschland von der II. Hälfte des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, 1885, S. 233 ff.

als ihr Haupt und Vater (De rege § 6). Es wäre falsch, zu glauben, daß dies eine theoretische Fassung der patriarchalisch regierten deutschen Kleinstaatlichkeit des 17. Jahrhunderts wäre. Es ist nur eine Wiederholung der damals so oft gepredigten mechanisch-atomistischen Staatsanschauung, die ein Anhänger der prästabilierten Harmonie leicht annehmen konnte.

b) Zweck des Staates.

Der Staat gleicht darin den anderen Gesellschaften, deren Gipfel er ist, daß er wie sie auf einem Sozialvertrage ruht, den eine Anzahl von Häusern miteinander abschließt, da sie, allein auf sich gestellt, ihrer Bestimmung nicht nachleben können. Wolff nimmt die alte Idee vom Vertragsstaate auch seinerseits auf. Menschenwerk ist der Staat, der so entsteht. Im Vertrage läßt Wolff das Volk über den Staatszweck bestimmen. Werden wir auch aus der im folgenden zu schildernden praktischen Staatstätigkeit weit besser den Staatszweck ablesen können, so ist es doch nicht müßig, auch den theoretisch festgelegten Staatszweck zu betrachten, da er als Prinzip jenen Leistungen zugrunde liegt.

Die Menschen haben sich den Staat geschaffen, als Mittel, den Hauptzweck zu erfüllen (Pol. § 224, De rege § 2), der sich aus der oben gestreiften Bestimmung des Menschen ergibt. Der Staat soll die Möglichkeit schaffen, in den Bahnen des Naturgesetzes zu wandeln (§§ 225, 330, 336). Das Naturgesetz aber ist das, „was die Vernunft von den Handlungen der Menschen lehret“. (Pol. § 428, Moral § 23.) Der Staat tritt mit seiner ganzen ihm verliehenen Gewalt, strafend und belohnend, hinter die natürlichen Gesetze und hält zu ihrer Befolgung an. (Politik §§ 272, 341). Nach zwei Richtungen hat sich dies zu äußern. Der Staat muß für Wohlfahrt und Sicherheit (Politik § 214) sorgen. Das allein rechtfertigt, daß der Mensch auf seine natürliche Freiheit verzichtet, sich einer Obrigkeit unterwirft und ihr unbedingt gehorcht (Politik § 229). Dieser Staatszweck wird immer wieder an die Spitze der großen, wichtigsten Kapitel gestellt, das V. „Von der Macht und Gewalt der Obrigkeit“ beginnt mit dem den ganzen Polizeistaat unzweideutig charakterisierenden Satz: „Der Obrigkeit liegt ob, alle ihre Kräfte und ihren Fleiß dahin anzuwenden, daß sie zur Beförderung der gemeinen

Wohlfahrt und Sicherheit diensame Mittel erdenke und zu deren Ausführung nötige Anstalten mache; hingegen die Untertanen sind verbunden, alles dasjenige willig zu tun, was sie für gut befindet" (Pol. § 433). Oder wenn es am Eingang des VI. Kapitels „Von der Regierung der hohen Landesobrigkeit" heißt, die „Regierung sei, die Ausübung der Macht und Gewalt, die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit des Landes zu befördern; denn keine andere Macht und Gewalt hat sie als diese". (Pol. § 467.) Erfahren wir nun erst, wie vielgestaltig diese beiden Begriffe Wohlfahrt und Sicherheit gedacht sind, dann versinkt vor unseren Augen die Theorie, und wir blicken in die vielgestaltige Arbeitsstätte des Staates des 18. Jahrhunderts, der nach dem Grundsatz handelte: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk", der aber namentlich im kleinstaatlichen aufgeklärten Despotismus des ausgehenden Jahrhunderts nur zu leicht in die Gefahr kommen konnte und ihr ja auch erlegen ist, vor allem Eudämonismus jeder „Beziehung auf den großen Staatszweck, auf die Macht" zu entbehren.¹¹ Wenn die Wohlfahrt auch zunächst ganz allgemein als „ungehinderter Fortgang des allgemeinen Bestens", als „Fortschritt zur Vollkommenheit" definiert wird, den der Staat gewährleisten soll (Pol. §§ 213, 245), so wird damit von ihm eine sehr reale und greifbare Leistung verlangt. „Nahrung und Kleidung und Wohnung" (Pol. § 333) soll er schaffen, und soviel „Bequemlichkeit mannigfachster Art" (Pol. § 210), wozu auch die Vermeidung von Krieg gehört (Pol. § 483), daß der Mensch einer irdischen „Glückseligkeit" leben kann (Pol. §§ 227, 383/4). Er soll sich im Staate wohlfühlen, damit er nicht etwa an Auswandern denkt, darf nicht zu sehr eingeeengt werden (Pol. § 483). Das heißt in unsere Sprache übersetzt: Der Verzicht des Individuums auf jede Selbsttätigkeit. Die Kräfte des einzelnen oder auch weniger vereinigter einzelner reichen nicht aus, oder hemmen nur aus Unverstand. Das erkennt der Staatsdenker Wolff scharf, während der Moralist noch an die Selbsthilfe glaubte und darum der Verwaltungstätigkeit Grenzen schuf (Moral § 769, § 770). Er errichtet darum ein Staatsideal, das das Individuum von jeder Mitwirkung ausschloß und es dafür in allen Kleinigkeiten seines Erdenwandels

11. Vgl. Fritz Hartung. Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jhrhdt. bis zur Gegenwart, 2. Aufl. 1922, S. 89 f.

von staatlicher Obhut durch staatliche Anstalten umhegt sein ließ. Der Staat ist schlechthin alles im Leben dieser Menschen, und weil er das ist, kann er manchmal sogar bei einzelnen seiner Handlungen unerwähnt bleiben, da man mit seiner lebensnotwendigen Existenz als selbstverständlich rechnet. Daß dieser Staat im tiefsten Sinne auch eine soziale und dadurch ethische Arbeit vollbrachte und „mit der edlen und befreienden Grundidee des 18. Jahrhunderts sich in vollem Einklang befand“,¹² werden wir im weiteren noch zeigen. Hier wollten wir nur ganz grundsätzlich betonen, wie selbst im theoretischen Staatszweck der in alles eingreifende, für alles sorgende „Polizeistaat“ Ausdruck findet. Dem einzelnen soll er das Leben erhalten und es ihn behaglich genießen lassen. In diesem Satze zieht für die Zukunft die große Gefahr auf, der wir oben gedachten. Aber untrennbar ist mit der Sorge für die leibliche Wohlfahrt doch auch die für die sittliche Wohlfahrt verbunden. Wie jede Gesellschaft eine starke religiöse Basis hat, wie der einzelne seine Lebenshandlungen als Pflichten gegen Gott empfindet und die Bindung an das Moralgesetz manchmal überstark wird, so soll nun auch der Staat ein Mittel sein, „dem höchsten Gut desto sicherer nachzustreben“ (Pol. §§ 316, 245). Vervollkommnung des Menschen soll auch der Staat vollbringen und kann es nur, wenn er „die Aufnahme der Tugend“ besorgt (Pol. § 316), die nach einer Erklärung der „Moral“ (§ 64) die „Fertigkeit ist, seine Handlungen nach dem Gesetze der Natur einzurichten“. So wird also das Naturgesetz wiederum gerettet. Der Staat muß aber auch „Zucht und Gerechtigkeit“ befördern (§ 366) und dadurch, daß er sich der Religion annimmt, den Lebenswandel seiner Glieder zu strenger Sittlichkeit leiten (§ 367). Aristoteles hatte schon als Staatspflicht neben der Erhaltung des Lebens auch die Ermöglichung eines guten Lebens gefordert. Mag auch im Staat des 18. Jahrhunderts die materielle Glückseligkeit den Vorrang haben, ein so tief ethisch gerichteter Denker wie Wolff kann den Staatszweck darin nicht als erschöpft ansehen. Er brauchte die sittliche Vervollkommnung zu seinem Lebensideal und zur Läuterung jenes Strebens noch materiellem Gewinn. Und in der Zeit nach ihm hat diese Forderung unverloren fortgewirkt.

12. Marchet, a. a. O. S. 251.

Wohlfahrt und Sicherheit sind Wolffs Staatszwecke (Prägnante Formel Inst. § 972). Außer dem Hort aller Wohlfahrt ist sein Staat auch oberste Schutzanstalt (Pol. § 214). Das war ein wesentlicher Grund gewesen, warum die einzelnen Häuser aus ihrer natürlichen Isolierung heraustraten und den Staat begründeten. Sie waren allein der Gewalt ihrer Feinde preisgegeben. Der Staat gewährt ihnen Schutz nach außen gegen Unrecht und Gewalt (Pol. § 212, 491). Fast noch dringlicher ist er im Innern vonnöten. Der Staat und nur er allein ist die Quelle jeglichen Rechtsschutzes. (Pol. § 400.) Unbedingt verboten ist die Selbsttrache. Nur der Staat straft den Uebeltäter und Beleidiger, sorgt durch Gerichte für Recht und Sicherheit. Im Gesetze findet der Staatsgedanke seine unbedingteste Ausprägung. Es erzwingt die Anerkennung und ist eine Macht, die über dem einzelnen sich erhebt. Mochte auch der Theorie nach jeglicher Staatszweck aus dem Sozialvertrage gefolgert werden, der Staat, der zum obersten Hüter des Rechtes eingesetzt ist, wird eine Gewalt für sich, wird Selbstzweck. In den Dingen der Wohlfahrt konnte verschleiert bleiben, daß, wenn man den Staat für alle Lebensfälle anrief, er schließlich auch ungerufen kam und ungerecht wurde und aufräumte mit allen ihm sich in den Weg stellenden Hemmnissen. Für die Macht, die in allen Fragen der Sicherheit unumschränkt gebot, sanken alle Grenzen und Vorbehalte zu Boden.

Aber so hart und nackt zeigt sich der Staat bei Wolff doch nur bisweilen. Als Krone allen Staatszwecks leuchtet auch bei ihm, wie wir schon erwähnten, der Normalstaat, der dem „besten“ Staat sehr ähnlich ist. Der Staat ist umso vollkommener, je besser er seine Zwecke erreicht (Pol. § 224). Man hat stets nach dem vollkommensten Gemeinwesen zu streben (Pol. 226). Nach dieser Richtung wagt auch Wolff eine Kritik der Regierung, d. h. der Verwaltungsmaßnahmen (Pol. § 467). Gut kann er sie nur nennen, wenn sie ihre Zwecke erfüllt. Aber er geht mit großer Behutsamkeit zu Werke, warnt bei dieser Prüfung vor Uebereilung. Vieles bedarf dabei der Berücksichtigung, vieles ist der Obrigkeit zugute zu halten und unnützer Tadel erregt nur die Untertanen. Wolff hat nicht umsonst in einem Staate gelebt, wo das Rasonnieren verboten war, und um sich herum sah er, wie der Staat allzu weitgehender Lust zu politi-

schen Erörterungen die Flügel beschnitt.¹³ Darum hat Wolff auch den letzten Staatszweck ins Ideal geflüchtet. Gerade hierdurch scheint sich nach unserer Auffassung des Staatsdenkers Wolff erst das Bild voll abzurunden. Lange vor Jeremy Bentham's Staatsziel vom „größtmöglichen Wohle der größtmöglichen Zahl“ hat er zwar nicht so klar und so scharf auf den Utilitarismus hinaus, aber im Grunde dasselbe ausgesprochen, wenn er sagt, daß das beste Gemeinwesen dasjenige sei, „wo die meisten Menschen glücklich (d. h. in wachsender Vervollkommenung) nebeneinander leben“. (Pol. § 223, auch De rege § 2.) „Wolffs Definition des Staatszwecks ist um die Mitte des 18. Jahrhunderts die herrschende geworden“,¹⁴ ihr folgten die späterhin maßgebenden Lehrbücher. Bei ihrer Aufstellung durch Wolff vereint sich die Betrachtung vom Standpunkt des Weltweisen mit nüchterner Anschauung der Staatsrealität und mit der Sehnsucht nach einem Ideal.

c) Verfassung des Staates und Staatsformen.

Der von uns umschriebene Staatszweck ist schon der lediglich durch Sozialvertrag zusammengetretenen staatlichen Gesellschaft gesetzt. Vor allem schwebt er dem durch Staats- und Unterwerfungsvertrag nun erst endgültig konstituierten Staate voran. Mit dieser feineren Unterscheidung des philosophischen Staatsursprungs treten wir ein in die unendlich reiche und weit versponnene Theorie über die Verfassung des Staates und seine Formen. Wir können es den reinen Staatstheoretikern überlassen, kritische Ordnung in das gerade hier üppig wuchernde Gestrüpp der naturrechtlichen Abstraktion zu bringen. Besonders seit den Tagen der Monarchomachen war sie immer feiner ausgestaltet und seitdem hundertfach theoretisch umstritten worden. Otto Gierkes berühmtes Werk¹⁵ beschäftigt sich vornehmlich mit ihr. Wir beabsichtigen nichts weiter, als an die Grundzüge dieser Theorie zu erinnern, versuchen aber auch zu zeigen, wie trotz aller abstrakten Formulierungen in

13. Vgl. Julian Schmidt, a. a. O. S. 418 und Karl Biedermann, a. a. O. Bd. I, S. 170 ff.; Bd. II, S. 69.

14. Hans v. Voltelini, a. a. O. S. 98.

15. Otto Gierke, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien. 2. Auflage, 1902.

Wolff doch schon eine Ahnung von dem eigenen Recht des modernen Staates aufdämmert, wie im letzten Grunde die Theorie den Staat der Zeit anerkennen muß, wie sie ihm, an versteckten Stellen und meist beiläufig, Konzessionen macht, die ihm völlig zu allen Machtansprüchen genügen können.

Die Theorie stellt das altbekannte Schema auf (vgl. Praefatio, J. n. VIII). Am Anfang des eigentlichen Staates steht die staatliche Gesellschaft, die durch Sozialvertrag (Pol. § 210) wie jede andere Gesellschaft zustandekommt. In ihr wird das „Imperium publicum“ begründet. Es ist das Recht der Gesamtheit, den einzelnen zur Erfüllung des Staatszwecks anzuhalten. Der einzelne, der von Natur frei, unterwirft sich ihr, und verzichtet auf Teile seiner Freiheit zugunsten des in der Gesamtheit verkörperten Gemeinwohles. Ist auch die Summe des Herrschaftsrechtes ursprünglich beim Volke, d. h. der Gesamtheit, so kann diese doch zum Entschlusse kommen, sich dessen zu entäußern. Die Gesamtheit bestimmt die Form dieses Aktes im Staatsvertrag (J. n. VIII, 37). Wohl kann das Volk die Herrschaft weiter behalten, meist aber wird sich die Gesamtheit Herrschern unterwerfen. Es geschieht in einem Unterwerfungsvertrag. (Pol. § 230.) Sehr interessant ist es nun, wie Wolff die Uebertragung der Herrschaft, die Unterwerfung, darstellt. Unendlich oft betont er bei jeder nur möglichen Gelegenheit den freiwilligen Entschluß des souveränen Volkes (J. n. VIII, 36, 58, 64, 69, 74, 90 f.). Aber fast noch wirksamer treiben bei ihm die Wucht des Naturrechts, d. h. der Vernunft, und die Forderung des Gemeinwohles nach dem Abschluß des Unterwerfungsvertrages, so daß man diese beiden Mächte förmlich als Zwingherren in die staatlichen Fesseln bezeichnen darf (J. n. VIII, 75, 79, 87, 120. Inst. § 985, Pol. § 232). Das Naturgesetz fordert die Uebertragung der Herrschaft, wenn damit dem Staatszweck am besten Genüge geschieht (J. n. VIII, 87). Ja, beinahe kommt Wolff auch theoretisch zu einer Anerkennung des Absolutismus (Inst. § 997, 985, J. n. VIII, 59, 82, 89, 121), wenn er ihn dadurch mundgerecht zu machen sucht, daß er erklärt, die absolute und oberste Herrschaft ist nicht an sich ein hassenswerter (odiosum) Name. Der Haß könne sich nur auf den Mißbrauch beziehen. Die absolute Herrschaft bilde den sichersten Schutz gegen Aufstände, Verschwörung, Tumulte und innere Kriege (J. n. VIII, 89). — Uebrigens erkennt man hier auch die stark

innenpolitische Einstellung Wolffs, die noch eindringlicher hervortreten wird. — Endlich entzieht er den Herrscher selbst ganz der Beurteilung des doch ursprünglich souverän gedachten Volkes (Inst. § 985). Aus der Beobachtung, daß das Urteil über gut und böse verschieden ist, folgert er: „So kann einem die Herrschaft nicht mit der Bedingung übertragen werden, daß das Volk, wenn er wohl regieret, gehorchen soll, wenn er aber übel regieret, ihm widerstehen und ihn bestrafen kann, folglich findet nicht statt, daß der Regente und das Volk einander beständig unterworfen sind“. Hier ist es deutlich, wie sich das Schwergewicht von dem durch die Theorie zum Träger der Macht erhobenen Volk zu dem Herrscher verschiebt, den die ältere Theorie lediglich als Vollzugsorgan des Volkswillens betrachtet hatte. Die Obrigkeit, von der diese gesprochen hatte, wird zum Herrscher, dem das Volk gehorchen muß. Für seine Unterwerfung tauscht es Wohlfahrt und Glückseligkeit ein. Insofern diese neuere Auffassung nicht nur theoretisch weitergebildet wurde, sondern aus den wirklichen Zeitverhältnissen gewonnen wurde, war sie gebunden an den modernen Großstaat, wie er in Frankreich seit langem existierte, und wie er in Preußen unter Friedrich Wilhelm I. seine Ausbildung zu vollenden bestrebt war. Für den alten Kleinstaat, etwa den deutschen des 17. Jahrhunderts, der noch mit seinen Ständen rang, also einem Element des Volkswillens im Sinne der Theorie, war die neue Auffassung bedeutungslos, nur muß man sich hüten zu glauben, daß Wolff auf ihr als Grundlage seine Staatslehre aufbaut. Die moderne Erkenntnis wirkt sich noch keineswegs herrschend aus. Das Alte ist noch stark, das Neue nur wie ein resignierter, aber als unvermeidlich erkannter Unterton.

Eine Bestätigung unserer Ansicht von dem deutlichen Vorhandensein des modernen Zuges finden wir in Wolffs Stellung zu den einzelnen Staatsformen, wie sie seit Aristoteles wieder und wieder erörtert wurden. In der „Politik“ schickt er diesem Problem eine allgemeine Umschreibung des Staates und seiner Regierenden voraus. Als letzte bindende Schranke für die letzteren gelten die sogenannten Fundamentalgesetze, die im wesentlichen die Gewährleistung des Staatszweckes fordern, aber auch Vorbehalte des Volkes niederlegen. (Pol. § 438 f. Inst. § 984 f. J. n. VIII. § 77 f.). Mahnend wird das Staatswohl allen Regierenden eingeprägt (Pol. § 239 ff.).

Verstand und Tugend der Herrscher, gepaart mit einer aufrichtigen Liebe zu den Untertanen sind ihre unentbehrlichen persönlichen Voraussetzungen. Das Wohl des Staates ist es auch, das über die verschiedenen Staatsformen entscheidet. Die Staatsform muß so beschaffen sein, daß der Staat seinen Zweck erfüllen kann. (J. n. VIII, § 150.) Bestimmt wird sie in dem vom Unterwerfungsvertrag theoretisch unterschiedenen Staatsvertrag, je nachdem das Volk sich selber die Herrschaft vorbehält, sie an einen oder an mehrere überträgt (J. n. VIII, § 36). In den beiden letzten Fällen ergeben sich noch einige Abstufungen, indem die Unterwerfung unbedingt oder an gewisse Einschränkungen geknüpft erfolgen kann (J. n. VIII. § 38 f.). Bluntschli hat darauf hingewiesen,¹⁶ wie stark Wolff bei allen diesen Feststellungen unter dem Einfluß privatrechtlicher Auffassungen steht. Es ist zweifellos ein Rest älterer Staatsanschauung, wenn er von fideikommissarischer oder lehensmäßiger Herrschaft spricht. (J. n. VIII. §§ 40, 99.) Aber wenn man über die einzelnen theoretischen Erörterungen hinaus das Ganze des Staates ins Auge faßt, auf den Wolff hauptsächlich abzielt, so weist das Bild in eine moderne Zeit.

Wohl betrachtet Wolff stets in besonderen Kapiteln (in der „Politik“ im II.) die „verschiedenen Arten des Gemeinen Wesens“ unparteiisch nebeneinander. Mit derselben Gerechtigkeit erwägt er die Mängel und Vorzüge der Politie und Aristokratie wie der Monarchie. Ja, die Politie, d. h. die Herrschaft der ganzen Gemeinde (Pol. § 236) wird im VIII. Band des „Jus naturae“ sogar vor den übrigen Formen abgehandelt. (§ 131 f.) Aber man liest es doch zwischen den Zeilen, daß der Staat Wolffs die Monarchie, noch genauer, die große Monarchie ist. Ihr gelten die praktisch wertvollsten Ausführungen. Ihrem Oberhaupt widmete er eine besondere Schrift. (De rege) In der Bevorzugung der Monarchie folgt er einmal Bodin und Hobbes. Es finden sich bei ihm nicht nur lückenlos alle die feinfühligsten Unterscheidungen wieder, die namentlich die deutschen Theoretiker gemacht hatten, um den vorhandenen Monarchien gerecht zu werden, z. B. ob unumschränkt, ob eingeschränkt, in welchem Grade an die Mitwirkung anderer Gewalten gebunden (Pol. § 436 f.) oder die Annahme der Möglich-

16. J. C. Bluntschli, a. a. O. S. 219.

keit gemischter Staatsformen¹⁷ zugunsten des regimen monstruosum, des deutschen Reiches. Sondern er stellt auch der Volksherrschaft, deren größten Nachteil er als stolzer Verehrer der Macht der Vernunft darin sah, daß in einem solchen Staatswesen vieles für das Gemeinwohl Notwendige unterbliebe, da der gemeine Mann den Nutzen, der nicht offen oder in naher Zukunft zu Tage tritt, nicht einsähe (Pol. § 253), weitläufig die Vorteile der Monarchie gegenüber (Pol. §§ 257/8). Sie bestehen für ihn vor allem darin, daß eine höchste Gewalt im Staate existiert, neben der irgendwelche Parteigungen nicht aufkommen, die eine Aristokratie stets bedrohen (Pol. § 261). Der Monarch wird die Oberhand über die Räte behalten, da er zwar alle anhört, seinen Entschluß aber allein oder nur mit einem faßt. Eine Monarchie bildet leichter eine feste Zentralstelle aus, wo sie die Räte gleich bei der Hand hat, wo der Amtsbetrieb schnell arbeitet, wo die Beschlüsse viel besser geheim bleiben. Solches Regiment wird zum Segen in Verwaltung und Außenpolitik. Mit sicherem Blick erkennt Wolff zwar auch die Mängel des Absolutismus (Pol. §§ 259/60). Der Zufall der Geburt — also an Erbmonarchien denkt Wolff vornehmlich — könnte auch einsichtslose Männer auf den Thron führen oder solche, die ihre Unumschränktheit zu Willkürakten benutzen. Aber er warnt doch davor, jedes Versehen oder Abweichen von den Grundregeln der Monarchie gleich als Tyrannei zu deuten (Pol. § 249). Auch die Regierenden sind irrende Menschen. Wolff scheinen die guten Seiten der Monarchie die schlechten bei weitem zu überwiegen. Sie ist die einzige Staatsform, von der er ohne Skepsis spricht, während diese gegenüber der Demokratie besonders stark ist. Mögen auch die Bemerkungen Wolffs zum Thema der Staatsformen wenig originell sein, sie bezeugen ihn doch als Verteidiger der absoluten Monarchie, allerdings, wie wir sehen werden, in aufklärerisch gemäßigter Form.

II. Organe des Staates.

a) Der Regent.

Lassen wir uns aber nicht vielleicht von einer einmal vorgefaßten Meinung zu falscher Beurteilung verleiten? Weist das

17. Vgl. die bei F. Hartung, a. a. O. S. 97 n. 1 genannte Literatur.

Bild, das Wolff vom Herrscher entwirft, nicht etwa auf den deutschen Territorialstaat des 16. und 17. Jahrhunderts? Ist Wolff nicht gar philosophischer Wortführer derselben Gedanken wie sie der Praktiker Seckendorff in seinem „Teutschen Fürstenstaat“¹⁸ entwickelt? Solche Fragen scheint in der Tat Wolffs Theorie von der Fürstenwürde nahe zu legen, mit der wir bei unserm Abschnitt über die Organe von Wolffs Staat das Kapitel über den Herrscher eröffnen.

Ganz unzweideutig stellt Wolff den Satz auf: „Regierende Personen verhalten sich zu den Untertanen wie Väter zu den Kindern“. (Pol. § 264.) Wie der Vater für seine Familie zu sorgen und diese ihm dafür zu gehorchen hat, so auch der Landesvater für seine Landeskinder. In vier Paragraphen (Pol. §§ 265—269), und noch einmal an anderer Stelle (De rege § 6) wird dies variiert: „Und also dienet das Bild des Vaters die Beschaffenheit eines Regenten, hingegen, das Bild der Kinder die Beschaffenheit der Untertanen zu finden“. (Pol. § 265.) Und doch weit gefehlt, darum auf ein patriarchalisches Königtum zu schließen. Wolff schreibt nicht vorhandene Verhältnisse ab, sondern er will dem Zeitalter des Absolutismus, wo bisweilen die Eigenmächtigkeit der Regierenden keine Grenzen kannte, ein Idealbild vorhalten. Ja, Wolff wird hier geradezu scharf polemisch. Im Bewußtsein, eine gerechte Sache zu vertreten, begehrt er auf (Theoria § 8). „Unser Zeitalter bringt nur allzu-viele feige Höflinge hervor, die, um ihrem Herrn zu gefallen, oder ihr Glück zu machen, gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüten, indem sie sich unter dem täuschenden Vorwand des fürstlichen Interesses verbergen und, während sie so am Untergang des Staates arbeiten, den Fürsten mit zugrunde richten“. Alles Unglück fließt „aus der schlimmen Staatsmaxime, dadurch Land und Leute verdorben werden, daß man das Interesse des Landesherrn von dem Interesse der Untertanen trennet und als zwei widrige Dinge einander entgegensetzt“. (Pol. § 489.) Jener patriarchalische Vergleich soll ihm dazu dienen, recht eindringlich zu machen, daß „das Glück des Fürsten und

18. Vgl. Horst Krämer, Der deutsche Kleinstaat des 17. Jahrhunderts im Spiegel von Seckendorffs „Teutschem Fürstenstaat“. Ztschr. für Thüring. Gesch. und Altertumskunde, Bd. XXXIII, H. 1, 1923. (Münchener Diss. 1919.)

das des Volkes" wechselseitig voneinander abhängen, daß sich gerade darauf das Gedeihen des Staates gründet (Theoria § 8). Das schwere, ernste Pflichtbewußtsein, die Anschauung vom Amtscharakter ihrer Würde, die im 15. und 16. Jahrhundert die Staatsauffassung der deutschen Territorialfürsten getragen, ein wahrhaft patriarchalisches Verhältnis zu ihren Untertanen geschaffen hatten, waren seit dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts abgestorben.¹⁹ Nur in Brandenburg-Preußen waren sie auf den Absolutismus übergegangen und fanden in Friedrich dem Großen den weithin sichtbaren klassischen Ausdruck. Führt nicht von Wolffs Theorie eine Linie zu der schönen Formulierung Friedrichs vom „ersten Diener“ seines Staates!²⁰ Und Wolff wird nicht müde, immer aufs neue die Verpflichtung des Herrschers zu betonen, dem der Dienst am Gemeinwohl übertragen sei. „Wir müssen nicht die Fehler und Gebrechen niedriger Personen zu Tugenden hoher Häupter machen“ (Pol. § 499), sagt er über den, der unnötige Kriege führt. Liebe sei das Band zwischen Herrscher und Volk (Inst. § 1085), Einigkeit die beste Basis (Inst. § 1087). Wolff ist hierin der Zeit, in der die „Politik“ entstand, voraus. Er bekennt sich zu der Auffassung des Verhältnisses zwischen König und Untertanen, die dem Wesen nach schon Friedrich Wilhelm I. gehegt hatte, die aber wirksamer und stärker erst der Staatsbegriff Friedrichs des Großen durchgesetzt hat.²¹ Gewiß war die Tonart ähnlich der im älteren deutschen Territorialstaat. Aber wie Friedrich zieht Wolffs Herrscher daraus überall im Staatsleben ganz neue Konsequenzen.

Das Neue erkennt man auch, wenn man die Stellung des Herrschers zu den Räten bei Wolff mit der bei Seckendorff vergleicht.²² Wohl gibt Wolff die Notwendigkeit guter Räte zu, ja ohne sie kann der Fürst bei der Fülle seiner Aufgaben gar nicht regieren. Der Fürst braucht nicht einmal selbst soviel Verstand

19. Vgl. F. Hartung, a. a. O. S. 40/41 u. S. 83 und F. Hartungs Aufsatz, Der deutsche Territorialstaat des XVI. und XVII. Jahrhunderts nach den fürstlichen Testamenten. Deu. Geschichtsblätter Bd. XIII (1912) S. 273 u. 282.

20. Heinrich Pigge, Die Staatstheorie Friedrichs des Großen in „Festgabe, Heinrich Finke gewidmet“ (1904) S. 417.

21. Vgl. die Ausführungen über „die Stufen des Absolutismus“ bei F. Hartung, a. a. O. S. 75 ff.

22. Horst Krämer, a. a. O. S. 16 bis 32.

zu besitzen (Pol. § 247), alles selber zu überlegen, muß nur die Räte richtig verstehen und sie durchschauen. Aber von irgend welchem ausschlaggebenden Einfluß der Minister ist nicht mehr die Rede. Wie es auch Friedrich der Große in seinem „Politischen Testament“ von 1752²³ empfiehlt, entscheidet der Fürst schließlich doch allein. Wohl wird der Bestechlichkeit der Räte gedacht (Pol. § 457), aber die Fürstenmacht thront doch so fest, hat so sicher alle ihre Unterbehörden in der Hand, sie „dependieren“ so ganz und gar von ihr (Pol. § 444), daß keine Furcht vor einer konkurrierenden Gewalt bei diesem Fürsten mehr besteht. Wieder liegen die Verhältnisse wie oben. In seinem Politischen Testament von 1722 schärft schon Friedrich Wilhelm I. seinem Nachfolger ein:²⁴ „Alle civillbedinte . . . müssen von eure genade dependieren“. Diese Tatsache besteht schon zu seiner Zeit. Aber erst durch Friedrich den Großen erhält sie die endgültige theoretische Ausprägung und Formulierung. Wo in Deutschland fände sich sonst eine solche Summe bewußt empfundener Majestät, wie sie Wolff verleiht. Souveränität heißt bei ihm nur die höchste, ganz uneingeschränkte Gewalt (Pol. § 441), deren Inhaber zu keiner Rechenschaft verpflichtet, nur an sein Gewissen gebunden ist (J. n. VIII § 46). Gott allein thront über ihm, und das göttliche Naturgesetz bleibt einzige Schranke (Pol. § 441). In ihm vereinigt sich die Summe aller Macht, die Wolff sehr bezeichnend in vier Komponente gliedert: (Pol. § 444) Besitz von Geld und Soldaten, Gewalt, Richter zu bestellen und Aemter zu besetzen. Das sind die Hebel seiner Macht, mit denen er tief ins Leben des Volkes eingreift, sich Respekt verschafft und durchsetzt, was er beschlossen (Pol. § 442). Wiederum bahnt Wolff den Weg zum aufgeklärten Despotismus. Wie Gott nicht alles tut, was er kann, so wird der vernünftige Herrscher freiwillig seine Gewalt zugunsten des Gemeinwohles einschränken (Pol. § 449). Das kann praktisch nur wirksam werden, wenn auch der Herrscher sich unter das Gesetz beugt. Ja, da werden sogar die sonst kaum erwähnten Stände hervorgeholt und, wenn auch nur bescheiden, so doch nachdrücklich wird ausgesprochen,

23. Die Politischen Testamente Friedrichs des Großen. Ergbd. zu Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen, redigiert von G. B. Volz, 1920, S. 37/39.

24. Die Politischen Testamente der Hohenzollern; herausgegeb. von Georg Küntzel und Martin Haß, II. Aufl. 1919, Bd. 1, S. 97; vgl. auch S. 108.

daß es das Ansehen des Fürsten nur steigern könne, wenn sie einen Teil der Verantwortung mittragen. Wiederum wie schon oben wird das Volk enger an den Herrscher gerückt. Doch nach außen gilt nur die auf jene Machtfaktoren gegründete Hoheit einer in sich geschlossenen Majestät (Pol. §§ 452, 460), die gegen jede Beleidigung in Schutz genommen wird (Pol. § 461 ff.); denn das Wesen jedes Staates ist seine Majestät, Bodin würde sagen, „souveraineté“. Daraus fließt auch das weitgehendste Hoheitsrecht, dessen wir gleich hier Erwähnung tun, wo wir die im Herrscher inkarnierte, voll entwickelte Staatsidee charakterisieren wollen, das *ius eminens*, d. h. die Befugnis, aus dem höheren Recht der Staatsidee über Eigentum, ja das Leben der Untertanen verfügen zu können. Pufendorf hatte es eingeführt, Thomasius ausgebildet und Wolff setzte es in die Hoheit seines Fürsten ein. Zwar läßt er, im Gegensatz zur Theorie Ludwigs XIV., keinen Zweifel darüber (J. n. VIII. § 103 f.), daß auch der absolute Herrscher kein dauerndes Recht über den Besitz seiner Untertanen hat, nicht der Herr allen Eigentums ist, daß mithin jenes Recht nur als Notrecht besteht. Aber wie für ihn oberster Grundsatz die *Salus publica* ist (Inst. §§ 976, 1078), so rechtfertigt er daraus auch in dem Falle, „wenn der Gebrauch desselben, d. h. des *ius eminens*, das einzige Mittel, die öffentliche Wohlfahrt in einem sich ereignenden Falle zu befördern, ist“, jene rigorosen Maßnahmen (Inst. § 1065, J. n. VIII § 960 ff.). Der Herrscher im Dienste des Gemeinwohls wird dadurch omnipotent. Mit diesem Recht konnte man schließlich alles verteidigen.

Diese Gefahr sah auch der Staatsdenker und hat sich liebevoll mit der Persönlichkeit eines Monarchen beschäftigt, der den Staat nach seinem Sinne leiten könnte. Das Thema behandelt vornehmlich die kleine Schrift „*De rege philosophante et philosopho regnante*“, in der Wolff den Satz Platons mit den Mitteln seiner Philosophie erweist, daß niemals der Staat eines vollkommeneren Glückes teilhaftig wird, als wenn ihn ein Philosoph regiert, als wenn die Könige Philosophen sind (*De rege* § 1). Wolff, der Weltweise, will seinem Fürsten von den besten Lehrern die vollkommenste Erziehung geben lassen (Pol. § 504). In den Wissenschaften als Selbstzweck soll er sich schulen (*De rege* § 5). Philosophisches Denken muß er sich aneignen (*De rege* §§ 6, 13, 15), so daß er es lernt, nach strengen,

festen Prinzipien zu handeln (De rege § 9), und Sicherheit im Urteil erlangt (De rege § 7); denn der Idealherrscher muß Laune und Willkür, Unwissenheit und Leidenschaftlichkeit überwinden (De rege §§ 4, 7, 12). Ein hohes Maß intellektueller und moralischer Tugenden muß er betätigen beim Ausfindigmachen von Regierungsmaßnahmen und bei ihrer Durchsetzung (De rege § 3). Weisheit, von der Vernunft erleuchtet, Klugheit und Erfahrung mögen ihn erfüllen (Pol. § 490), und im bedächtigen, vorsichtigen, lange erwogenen Handeln soll er sich als philosophischer König erweisen (De rege § 11). Vieles kann uns hiervon als recht theoretisch erscheinen, namentlich im Vergleich mit den vielfachen Äußerungen Friedrichs des Großen über diesen Gegenstand,²⁵ und doch bekommt alles eine persönliche Note, wenn wir in Wolffs Lebensbeschreibung lesen,²⁶ daß er Friedrich den Großen als „philosophischen König“ bezeichnet. Das Ideal eines solchen Königs hängt doch zu tief mit seiner Weltanschauung zusammen, um nur aus der Luft gegriffen zu sein. Ist auch der Hinweis auf Friedrich erst lange nach der Abfassung jener Schrift erfolgt, so hat er doch in der Zeit, wo er unter Friedrich in Preußen wirkte, seinen König immer so beurteilt. Im Preußischen Geheimen Staatsarchiv befindet sich²⁷ ein Brief Wolffs, in dem er sich bei Friedrich II. für die Mitteilung seiner baldigen Berufung bedankt. Da führt er aus: „Wie sich jedermann höchst glücklich schätzen muß, in Eurer Königl. Majestät Diensten zu stehen, so ist insonderheit mir die größte Freude von der Welt, daß so erwünschte Gelegenheit haben soll, die raren Tugenden eines Königs, dergleichen die Welt-Weisen von so langen Zeiten her gewünscht, die Welt aber noch nie mahlen so glücklich gewesen zu sehen, von nahe zu bewundern, und als ein Weltweiser aus dessen weisen und klugen Thaten meine Begriffe mehr aufzuklären, zu erweitern und vollkommener auch fruchtbahrer zu machen“. Diese Äußerungen sind ein vortrefflicher Beweis dafür, wie tief in den Anschauungen des Staatsdenkers Wolff das Idealbild des aufgeklärten Abso-

25. Vgl. z. B. den Beschluß der „Pol. Test.“: „De l'éducation d'un prince“, a. a. O. S. 102/109 und S. 231/236.

26. Wuttke, a. a. O. S. 184.

27. Preuß. Geh. Staatsarchiv. Acta des Kabinetts König Friedrichs II. Rep. 96. 433 F. Wolffs Rückberufung. Brief vom 10. VIII. 1740.

lutisten verwurzelt ist, und wie es auf Friedrich II. bezogen wird.

Aber er meditiert nicht nur über die persönlichen Eigenschaften des Herrschers, er entwirft eine kleine, weder völlig neue, noch sehr ausführliche, doch sicher auf Anschauung beruhende Skizze von der ganz persönlichen mehr repräsentativen Betätigung seines Fürsten, weist ihr eine Sphäre an, in der sie sich nutzbringend dem Wohle des Staatsganzen einordnet. Wolff betrachtet die mannigfachen Wirkungen, die von der Existenz einer Herrscherpersönlichkeit, wie er sie umriß, ausgehen. Sein Fürst kann nicht nur, er muß geradezu einen großen stattlichen Hofstaat halten voller Glanz und Pracht (Pol. § 466). An den feierlichen Zeremonien, der reichen Hof- tafel, der prunkvollen Kleidung, vor allem aber an der wahrhaft königlichen Residenz, dem Schlosse, soll auch der unverständigste Untertan, wichtiger noch, das Ausland die Größe seiner Macht erkennen. In allem spiegelt sich seine Majestät. Das war dem absolutistischen Fürstentum der Zeit aus der Seele gesprochen. Man denke an Pöppelmanns gewaltigen Plan zum Ausbau des Dresdener Schlosses nach dem Brande von 1701. „Die bisher 80 Meter breite Schauseite wurde auf 126 Meter verlängert“.²⁸ Ein großer Ehrenhof war beabsichtigt; denn der alte Bau „entsprach nicht der königlichen Würde“. Aber wenn der Fürst baut, Parks anlegt, die Künste in seine Pflege nimmt, Münz- und Naturalienkabinetts stiftet (Pol. §§ 389, 390) erfreut er nicht nur seine Untertanen, er schafft ihnen auch Arbeitsmöglichkeit und lockt, wenn seine Werke ausgeführt, Fremde ins Land, die seinen Ruhm in die Welt tragen und Geld im Lande lassen (Pol. § 487). Diese volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte vergißt Wolff nicht, haben sie doch in der Praxis tatsächlich eine Rolle gespielt.²⁹

Reizvoll ist es, an dieser Skizze festzustellen, in welchen geschichtlichen Zusammenhang sie und damit Wolffs Fürst hineingehört. Bei der Erwähnung der Lustgärten (Pol. § 390) fügt er in Parenthese hinzu: „Wohlgereimtheit und Symmetrie tragen zur Schönheit bei“. Wolff huldigt hier der Gartenkunst der

28. Gurlitt, a. a. O. Bd. II, S. 317 f.

29. Ebenda, S. 319. Der Bau des Zwingers wurde nach dem Einfall Karls XII, auch aus volkswirtschaftlichem Interesse unternommen.

„architektonisch wirkenden“, „mit der Gartenschere gemeister-ten“ Laubwänden, mit ihren Nischen, Irrgärten und Staketen, die in ihrer zugestutzten Regelmäßigkeit die Herrschaft des Menschen auch über die Natur dokumentieren und gleichsam ein Abbild der königlichen Allgewalt sind. Diese Geschmacksrichtung wird wahrscheinlich der berühmte Park Augusts des Starken in Dresden, der Große Garten, Wolff nahegebracht haben. Lange bevor Ludwig XIV. in Versailles durch Lenôtre den für diesen Stil klassischen Park angelegt und damit für die spätere Zeit das oft nachgeahmte Vorbild gegeben hatte, war die Dresdener Schöpfung unabhängig von Frankreich, nur „im gleichen Sinne“ wie dort entstanden.³⁰ Gewiß hat sie Wolff gekannt. So sehr er aber der beliebten Neigung der Fürsten und Fürstlein seiner Tage nachgibt, unterläßt er doch nicht, zum Maßhalten zu mahnen. Wie es so oft die Stände der Kleinstaaten³¹ getan hatten, erklärt er die Domänen oder Tafelgüter, deren Einkünfte für den standesmäßigen fürstlichen Haushalt angewiesen sind, für unveräußerlich und nicht verpfändbar (Pol. § 496, Inst. § 1040). Der Aufwand für den Hofstaat darf nicht etwa das Land ruinieren. Es ist ein Unfug, wenn der weniger mächtige Fürst denselben Glanz entfaltet wie der eines großen, wohlhabenden Landes, so daß dadurch die Untertanen verarmen (Pol. § 466). „Nämlich sie erwählen den Schein und verderben dadurch das Wesen“. Wolff sollte ein Beispiel davon in Hessen zu sehen bekommen. Wir wollten diese an sich belanglosen Züge nicht unerwähnt lassen, da sie erst ein wenig Farbe und Rundung in das Staatsgemälde Wolffs bringen.

Wir betrachten noch kurz die Pflichten und Rechte des auf solcher Idee ruhenden, von solcher Persönlichkeit getragenen Herrscheramtes. Oberstes Pflichtgebot ist, daß das Staatsinteresse vor das Privatinteresse geht (Pol. § 241). Die Staatstätigkeit ist aus den kleinen Bezirken der Familienpolitik des 17. Jahrhunderts herausgetreten. Sie bewegt sich etwa in den Bahnen Friedrich Wilhelms I., der den staatlichen Ehrgeiz nach äußerer Expansion zurücktreten läßt vor den Aufgaben, die seiner im Innern warten. Friedensfürst zu sein, ist für Wolff höchster Ehrentitel (Pol. § 497). Daß sich hier bei aller Be-

30. Gurlitt, a. a. O. Bd. II, S. 323 ff.

31. F. Hartung, Deutsche Verfassungsgesch. S. 59.

rechtiung eine große Enge des Standpunktes befindet, wollen wir an anderer Stelle näher erweisen; wir begnügen uns vorläufig mit der Erwähnung des Friedensgeistes, der Wolff beiseelt. Den großen auf Außenpolitik gerichteten Staatsehrgeiz kennt er nicht. Aber der Herrscher soll doch stets zum Kriege gerüstet sein (Pol. § 502), da er durch seine Vorbereitungen vom Kriege abschrecken kann. So wenig sie zu seinem Staatstypus stimmen, erwähnt Wolff Stände zu dem einen Zweck, den Fürsten zur Sparsamkeit zu mahnen und die leicht zu mißbrauchende Gewalt, „mit Auflagen und anderen Gaben die Untertanen zu beschweren“ (Pol. § 445), wirkungsvoller einzuschränken. Von ihrem „Vorwissen und ihrer Einwilligung“ will er seltsamerweise den Monarchen abhängig machen. Nur an dieser Stelle läßt er die alten Gewalten im neuen Staate weiterbestehen. Aus merkantilistischem Interesse soll der Fürst nicht etwa einen Schatz anhäufen, sondern soll das durch Abgaben vereinnahmte Geld wieder unter die Leute bringen (Pol. § 489). Hätte Friedrich Wilhelm I. die Meinung seines gelehrten Professors gekannt, er hätte sie wohl aus den Erfahrungen des Praktikers belächelt. Er dachte anders. Das eine tun und das andere nicht lassen. Aber er war doch mit seinem Professor darin einig, daß alle Pflichten des Herrschers aus dem Staatswohle herkommen. Nur um diesem zu dienen, gebrauchte er auch die Rechte als Fürst, und Wolff gab sie in einer Liste als sogenannte Majestätsrechte.

Oft sind seit Bodin die Majestätsrechte zusammengestellt worden, immer wieder in der naturrechtlichen Literatur, nie aber mit so erschöpfender Ausführlichkeit wie bei Wolff in seinem „Naturrecht“. In der „Politik“ fehlt eine Liste ganz. Hier wird wohl angenommen, daß man sie sich aus der geschilderten, konkreten Wirksamkeit des Staats abstrahieren kann. Sie aufzuzählen, ist die kleine Schrift zu praktisch. Für unsere Absicht ist es nicht nötig, die Majestätsrechte einzeln durchzugehen. Wir greifen nur die heraus, die Wolffs Staat ganz besonders charakterisieren. Daß unter den rechtlichen Funktionen die Gesetzgebung und die Exekutivgewalt (Pol. § 468, Inst. § 1042) als Rechte der Obrigkeit, d. h. des Fürsten, genannt werden, erscheint nicht verwunderlich, vielleicht aber, daß zu dem für den merkantilistischen Staat als Wirtschaftsmaßnahme wichtigen Recht der Privilegien- und Monopolverteilung im

„Naturrecht“ (VIII. §§ 853 und 874 ff.) keine Beispiele aus der Staatspraxis gewählt, die sich zahllos gefunden hätten, sondern nur die Professorenprivilegien genannt werden.

Unter den Rechten, die kultureller Wirksamkeit dienen sollen, interessiert es uns, daß Wolff streng an der Ansicht festhielt, die er sein Lebelang verfochten hat, daß nicht der Irrtum an sich, sondern nur seine staatsgefährliche Ausbreitung der Strafgewalt des Fürsten unterliegen kann. Damit verbindet sich seine Auffassung über die Toleranz, die er beim *Jus circa sacra* (VIII, § 945 ff. bis 959, Inst. § 1064) abhandelt. Gewissensfreiheit erscheint ihm, wie vor ihm besonders Thomasius, absolut selbstverständlich, da sich niemand die innere Gesinnung anderer unterwerfen kann. Die religiöse Lehre muß frei von staatlichem Zwange sein. Der Staat muß sich damit begnügen für die äußere Ruhe und Ordnung der Kirche zu sorgen. Darum hat er aber ein gutes Recht, theologischen Streit im Gottesdienst zu verbieten. Da Wolff daran festhält, daß die Majestätsrechte dem Fürsten bei der *Translatio* vom Volke übertragen worden sind (J. n. VIII, § 43), formuliert er den entscheidenden Satz so: „Ist der Fürst nicht an Grundsätze (d. h. z. B. Fundamentalgesetze) gebunden, die für den Staat und für ihn nur eine bestimmte Religion freistellen, so kann er eine jegliche Religion im Staate dulden, wenn sie nur dem bürgerlichen Zustand nicht zuwider ist, und die Bedingung vorschreiben, unter welcher sie zu dulden ist“. Nimmt man hinzu, daß unter den Erziehungsgrundsätzen für den Fürsten die für eine religiöse Bildung fehlen, was übrigens diesen Herrscher schon allein von dem älteren deutschen Territorialfürsten unterscheidet, dessen Leben und weltliches Regiment einseitig biblisch orientiert, mit religiösem Geist durchdrungen war,³² so erkennt man, daß Wolff in der Frage der Toleranz, trotz der eigenen Frömmigkeit, noch über Friedrich Wilhelm I. hinauskommt und wiederum Friedrichs des Großen Prinzip vorbereitet. Doch von einer Duldung des Atheismus spricht er ebenso wenig wie Thomasius.

Aus den Rechten der Amts- und Staatshoheit mag als ein Kuriosum erwähnt werden, daß zu den Abgaben, die der Fürst erheben darf, auch die Einquartierung von Soldaten gerechnet wird (Inst. § 1057). Für diese Institution, die ihm vielleicht aus

32. Ebenda, S. 46/7, dess. Aufsatz S. 271/2.

der preußischen Praxis her bekannt war — die Professoren, so auch Wolff, wurden allerdings durch Privileg meist von der Verpflichtung dazu ausgenommen, — findet er im lateinischen Naturrecht (VIII § 930) nicht einmal einen lateinischen entsprechenden Ausdruck und setzt dort ebenfalls „Einquartierung“. Im übrigen warnt er vor zu hohen Steuern und zu hohen Zöllen, die den Preis der Waren steigern. Der Staat Wolffs bedarf eines großen Beamtenapparates. Darum ist das wichtigste Recht dieser Gruppe das der Aemterbesetzung (Inst. § 1060), der Rang- und Titelverleihung (Inst. §§ 1061/62) wie das, Beamte abzusetzen und zu entlassen (Inst. § 1063). So nimmt er also einen fest gegliederten Beamtenstaat an, dessen Haupt der König ist. Daß endlich auf den König das Bündnis- und Kriebsrecht übergeht (Inst. §§ 1066/67), bedarf kaum der ausdrücklichen Hervorhebung.

Ueberschauen wir noch einmal, was wir über die Suveränität, die Persönlichkeit, die Pflichten und Rechte des Herrschers zu berichten hatten, so wird unsere Behauptung wohl als erwiesen gelten können, daß wir hier einen aufgeklärten Absolutisten des 18. Jahrhunderts etwa auf der Wende Friedrich Wilhelms I. zu Friedrich dem Großen geschildert bekommen. Volle Allgewalt ist in ihm verkörpert und der Staat aus dem dynastischen Interesse weit herausgehoben, ja auch der Fürst ist unter den Staatszweck schon gebeugt; denn alle seine Rechte sollen ihn nur in den Stand setzen, seine Pflicht zu erfüllen, die öffentliche Wohlfahrt zu erhalten und zu befördern.

b) Behörden und Beamte.

War es immerhin noch möglich, einen einigermaßen eindeutigen Begriff von dem Wolff vorschwebenden Herrscher zu geben, so steht man vor einer beinahe unlösbaren Schwierigkeit, wenn man aus Wolffs Lehren seine Ansichten über das zweite Staatsorgan, die Behörden und die Beamten herauszuschälen versucht, wenn man die Behördenorganisation seines Staates darstellen will. Von vornherein müssen wir hier gestehen, daß Wolff in der „Politik“ und im „Naturrecht“, nichts darbringt, was diesen Namen, mit dem man seit Erscheinen der „Acta Borussica“ scharf umrissene Vorstellungen verbindet, irgendwie verdienen könnte. Vielleicht war es in Halle nicht recht möglich,

sich einen gewissen Einblick in die sich neugestaltenden preußischen Behörden zu verschaffen. Jedenfalls bemerken wir bei Wolff keine Spur davon. Wäre die „Politik“ erst in Marburg entstanden, wo er mit bedeutenden Staatsbeamten Verkehr hatte, wäre wohl vieles klarer geworden, aber bei den Neuauflagen hat er sich nicht die Mühe der völligen Umarbeitung gemacht. Wenn man so einerseits zugibt, daß Wolff die Behördenorganisation nicht klar durchschaute, muß man andererseits doch wieder berücksichtigen, daß er bei der Aufgabe, die er sich stellte, nicht zu sehr in die Details eines bestimmten Staates gehen wollte. Wir haben eingangs gezeigt, daß Wolff seine Staatslehre aus dem Beruf des Weltweisen in einer Zwischenstellung zwischen Theorie und Wirklichkeit schrieb. Das gilt besonders für die Behördenorganisation. Er will nur beschreiben, „was zur vernünftigen Beurteilung aller Staaten, nicht eines bestimmten, erforderlich ist“ (Pol. § 450). Schließlich könnte noch eine Erwägung an der Unklarheit seiner Vorstellungen die Schuld tragen. Er hat erkannt, daß die Verhältnisse gerade im Behördenwesen, überall verschieden sind. (Pol. § 474), daß also eine einheitliche Behandlung nicht möglich war. Warum sollte er sich dann darauf einlassen! Aber trotz diesen Erklärungsversuchen muß man eingestehen, daß dem Philosophen, der nicht Praktiker war, das Organ fehlt für ein so schwieriges Gebiet, wie es die Behördenorganisation tatsächlich war. Wie hätte er sonst so ganz und gar die große Auseinandersetzung zwischen dem monarchischen und ständischen Staat übersehen können. Diese Einschränkungen vorausgeschickt, wollen wir die verstreuten Bemerkungen Wolffs zu einem Bilde vereinigen.

Aus den vorigen Abschnitten haben wir die Erkenntnis gewonnen, daß der Staat, der Wolff als Ideal vorschwebt, den er dann in seiner Tätigkeit beschreibt, der monarchisch-absolutistische Staat ist. Trotz mancherlei Vorbehalten steht ihm der uneingeschränkte Herrscher am nächsten. Um das noch klarer zu beweisen, fragen wir einmal, wie Wolffs „eingeschränkte“ Obrigkeit aussieht. Mit einem Worte könnte man sie als die von „Ständen“ und „Nebengewalten anderer Art überwucherte“ charakterisieren. Stets meint er, mit der Ausnahme jener einen oben erwähnten Stelle, in den Abschnitten, wo er von den Ständen spricht (Pol. §§ 440, 449, 450) die eingeschränkte, d. h. die an Fundamentalgesetze und an die Zustimmung anderer

Gewalten gebundene Obrigkeit. Aber diese gilt ihm als so schwach, daß sich ein Feldherr, der die Verfügung über die Armee hat, die der eingeschränkten Obrigkeit durch Gesetz entzogen ist, als Nebengewalt etablieren kann (Pol. § 447). Ebenso weiß Wolff, daß die Stände der Obrigkeit Verwaltungsgebiete aus den Händen nehmen können. Er bringt als Beispiel hierfür das geistliche Regiment (Pol. § 440) und kennt auch ständische Mitwirkung bei den Fragen der Besteuerung (Pol. § 449). Aber wenn er sich auch absichtlich des Urteils darüber enthält, ob eingeschränkte, d. h. im Kompromiß mit Ständen regierende Obrigkeit oder uneingeschränkte besser sei (Pol. § 450), so belehren doch einige kleine Wendungen über seine abfällige Meinung von den Ständen, selbst ohne seine Gesamtanschauung heranzuholen. Er braucht eine Obrigkeit, die aus eigenem Ermessen handelt. Nicht nur, daß er mit der Bestechlichkeit von Ständen im Kriege rechnet (Pol. § 457), er gibt dem dualistisch regierten Staate sogar die Mittel an, wie er durch geschickten Abstimmungsmodus der Stände Herr wird (Pol. § 440). Wo er sie überhaupt erwähnt, tut er es mit abfälligen Parenthesen wie, „wo die Stände etwas zu sprechen haben und nicht bloß zum Scheine gefragt werden“ (Pol. § 449), oder: „wo nämlich dergleichen Regierungsform einmal eingeführet“ (Pol. § 440). Das scheint uns als Nachweis zu genügen, daß Wolff für seine Theorie den Schritt vollzogen hatte, der gerade in der Gegend von Halle besonders langsam vor sich gegangen war.³³ Die Stände bedeuten für seine Behördenorganisation nichts mehr.

In das Konglomerat von Wolffs Behörden sind alte und neue Namen — mehr kann man nicht sagen — so wunderlich gemischt, daß es schwer wird, Realitäten dahinter anzunehmen. Wir glauben dennoch nicht fehlzugehen mit der Vermutung, daß der preußische Staat Wolff als Anlehnung für seine Staatslehre gedient hat. Sicher erweisen läßt sich dies allerdings nicht. Erschwert wird die Klarheit überdies, da nicht immer dieselben Namen für dieselben Behörden verwendet werden. Was bei der Unsumme der Pflichten, die er auf seinen Staat häuft, einfach selbstverständlich ist, daß der Staat Räte braucht, beweist Wolff erst noch (Pol. § 492). Er unterscheidet Räte fürs ganze

33. Otto Hintze, Staat und Gesellschaft zur Zeit des ersten Königs. Hist. und pol. Aufs. Bd. 1, S. 84 ff.

Land oder für einzelne Teile. Wäre Wolff nicht so wenig Praktiker, dann möchte man beinahe glauben, er meine damit Real- oder Provinzialdepartements. Aber dies ist für seinen Standpunkt viel zu „modern“ gedacht. An die Spitze des Staates, betraut mit den höchsten Aufgaben, stellt er die „Geheimen Staatsräte“ oder die „Geheimen Räte“, ohne sie als Kollegium oder nach ihren Funktionen zu erläutern, so daß man sie nicht mit der Institution des aus der Verwaltungsgeschichte bekannten Geheimen Rates vergleichen kann. Auch eine Parallele zu Preußen läßt sich leider nicht ziehen, da man nicht weiß, wie sich Wolff die Stellung der weiterhin von ihm genannten Justiz- oder Hofräte für die Landesverwaltung, Cammerräte für die Finanzen, Commerzienräte für den Handel zu der Oberbehörde denkt, ob sie vielleicht aus dieser hervorgegangen. Alle werden nur ein einziges Mal erwähnt. Aus den bloßen Namen weitere Schlußfolgerungen zu ziehen, halten wir für gefährlich. Die Obrigkeit durchdringt aber bei Wolff das Land mit ihren Organen. Sie entsendet „Landeshauptleute“ und „Statthalter“ in die Provinzen als ihre Vertreter. Diese Namen würden, wenn ihnen wirklich reale Bedeutung in brandenburg-preußischem Sinne zukommt, Wolff nicht als den Vertreter des Staates des 18. Jahrhunderts erscheinen lassen; denn die Statthalterposten, die der Große Kurfürst in den Provinzen seiner Länder bei deren Regierungen zur Wahrung seiner Interessen einsetzte, verloren schon nach seinem Tode ihren Amtscharakter. Wolff mag eine vorhandene Behörde mit diesem selbstgewählten Namen belegt haben. Unklar ist auch, ob die „Stadträte“ oder „Räte“ in den Städten, denen er das städtische Polizeiwesen im ausgedehnten Begriffe seiner Zeit überträgt, von der Obrigkeit eingesetzt oder von den Städten bestellt sind (Pol. § 474). Ob es die Steuerräte Friedrich Wilhelms I. sind, die als landesherrliche Kommissare die Verwaltung der Städte beaufsichtigten, ist stark zu bezweifeln. Ihre Gewalt ist bei Wolff beschränkt, nur in rein lokalen, kleineren Angelegenheiten dürfen sie selbständig handeln. Sie erlassen in der Regel nur Ausführungsbestimmungen zu allgemeinen Anordnungen, die sie erhalten. Dazu dürfen sie sich auch weitere Unterbeamte annehmen. Letzteres ließe doch eine gewisse städtische Unabhängigkeit zu. Wolff sagt aber, die Verhältnisse seien nicht überall die gleichen. Die unteren Behörden bezeichnet er ein

andermal (Inst. § 1060) als die „niedereren Obrigkeiten“ und gliedert sie in „Stadtobrigkeiten, Regierungen und Richter“. Auffallend ist zum mindesten, daß hier der Name „Regierungen“ auftritt, der ja allerdings zum „Statthalter“ passen würde. Leider wird ihr Wesen nicht erklärt, so daß wir wieder im Ungewissen bleiben, ob wir die „Regierungen“ in den brandenburg-preussischen Territorien darunter verstehen dürfen, die allmählich, schon zu Wolffs preussischer Zeit, durch die neuen Behörden des modernen Staates zu bloßen Gerichtshöfen herabgedrückt wurden. Wahrscheinlich ist es nicht. Diese niederen Obrigkeiten werden — nach einer anderen Stelle (Pol. § 473) — vom Oberhaupt bestellt, das soviel Macht und Gewalt an sie abgibt, als sie zur Beförderung der gemeinen Wohlfahrt und Sicherheit in gewissen Fällen benötigen. Aus zwei Belegen (Pol. §§ 448, 475) könnte man immerhin abnehmen, daß sich Wolff seine „Aemter“, d. h. Behörden, kollegialisch organisiert denkt. Die Bildung von Regierungskollegien aus juristisch geschulten Berufsbeamten war eine allgemeindeutsche Reform des Behördenwesens im 16. Jahrhundert.³⁴ Auffällig ist, daß Wolff die Wirksamkeit des Staates, z. B. die Wirtschaftspolitik, die umfangreiche Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei (Pol. §§ 379, 388), die wir in den folgenden Abschnitten zu behandeln haben werden, keinen bestimmten Behörden als Ressort zuerteilt. Er sagt stets nur: die Obrigkeit oder das Gemeine Wesen habe dafür zu sorgen. Wer ist aber in diesen Fällen „Gemeines Wesen“? Besonders interessieren müßte uns, wenn wir uns preussischer Maßstäbe bedienen, wie sich Wolff die militärische Organisation und die Steuerverwaltung vorstellt. Er kennt das stehende Heer (Pol. § 502), berichtet aber nicht von seiner „Konsavation“, wie man in Preußen sagte. Es ist ihm, namentlich durch die Einquartierung, eine „öffentliche Last“, an der jedes Staatsglied mittragen helfen muß. Freiheit davon gilt als Belohnung für Verdienste um den Staat, als Privileg. Wie in der preussischen Praxis der Rekrutenkasse müssen sich andere von der Einquartierung Befreite entsprechende Gehaltsabzüge gefallen lassen. (Inst. § 1176). Die hoch wichtige Frage aber, wie das Heer erhalten wird, ob durch Kontributionen usw., wird nicht berührt. Darum hat auch alles, was der Staat aus der Sorge für das Heer in

34. F. Hartung, Deutsche Verfass.gesch. S. 48 f.

Brandenburg-Preußen für die Errichtung seiner Hoheit und die Ausbildung neuer Institutionen und Behörden hergeleitet hat, bei Wolff keinen Platz. Zwar wird gesagt (Pol. § 496), daß die Obrigkeit die Abgaben eintreiben muß und zwar regelmäßig. Das läßt wieder besondere Behörden dazu vermuten; Zoll- und Akzisebeamte werden auch erwähnt (Pol. § 487), aber es bleibt doch wieder bei einer ganz farblosen Aufzählung der Abgaben, die Wolff ohne Unterschied auch „Contributionen“ nennt: I. „Landsteuern“, d. h. Abgaben vom liegenden Grunde und was ihm anhängig ist, II. „Kopfsteuern“, die gar nicht erklärt werden, III. „Akzise“, d. h. Abgabe von allen Victualien und Waren, „die man zur Kleidung und Notdurfft, auch Bequemlichkeit des Lebens gebrauchet“, IV. „Vermögenssteuern“, d. h. Abgaben in Notfällen von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen. Welches die beste Steuerart sei, will er nicht untersuchen. Was nützt es uns, daß hier die Akzise im Sinne des preußischen Staates erklärt wird. Ueber ihre Verwaltung erfahren wir nur, daß sie der Staat erhebt. Sicher ist sie also keine ständische Steuer.

Lediglich einer Behörde wendet Wolff eine eingehendere Betrachtung zu. Während er eine solche für kirchliche Angelegenheiten gar nicht erwähnt, spricht er ausführlich von den Gerichten. Die spezialisiertere Darstellung der Justizverwaltung läßt sich leicht aus dem starken juristischen Interesse Wolffs erklären, dem auch das „Naturrecht“ seine Entstehung zu danken hat. Nach seinen Angaben müßte der Staat über einen riesigen Gerichtsapparat verfügen. Die Obrigkeit muß in „Städten, Dörfern und Flecken“ (Pol. § 444) Richter bestellen, wieder als Unterobrigkeiten (Pol. § 469). Für ganze Provinzen installiert sie „Regierungen“. Befremdlich muß auch hier dieser Name erscheinen; denn an dieser Stelle wird unzweideutig ein Gerichtshof darunter verstanden, ein Obergericht, während er an der vorhin angeführten Stelle (Inst. § 1060) eine von den Richtern unterschiedene Behörde bezeichnete. Als Obergericht trüge die Bezeichnung den Verhältnissen Rechenschaft, wie in Preußen der Funktionswandel der Regierungen vor sich ging. Für ein ganzes Land nimmt Wolff „königliche Landesregierungen“ an, in großen Städten will er für Kleinigkeiten, um eine schnelle Justiz zu ermöglichen, besondere Gerichtshöfe haben. Um ihre Existenz zu belegen, führt er die beiden einzigen kon-

kreten praktischen Beispiele an, die sich in seiner „Politik“ und beinahe in seiner Staatslehre überhaupt finden. Er nennt nämlich das „Vierherrenamt“ in Halle und die „Stadtvögte“ seiner Heimat Breslau. „Das magistratliche Vierherrenamt war ein Untergericht“, unter Magistrat und Berggericht, die sich 1685 die Gerichtsverwaltung Halles geteilt hatten. Seine „Kompetenz wurde durch die besondere Ordnung von 1696 auf ganz leichte Schuld- und leichte Real- und Verbalinjurien beschränkt“.³⁵ So weist das eine Beispiel also doch ausdrücklich auf Preußen. Während aber hier die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Gerichten und den neuen Verwaltungsbehörden tobten, will Wolff gerade eine klare Abgrenzung der Befugnisse. Alle Gerichte dienen dem Recht, es darf nicht eins wider das andere sein. Die niederen unterstehen den höheren, die zugleich für jene Berufungsinstanz sind. Letztere muß stets vorhanden sein, um parteilose Gerechtigkeit zu verbürgen. Ein großes Land braucht auch ein Oberappellationsgericht. Höchstes Gericht ist die „Landesregierung“. „Criminal- und Civilgerichte“ sind zu trennen. Noch einmal werden wir in einem folgenden Abschnitt auf die Bemühungen des Staates um das Recht zurückzukommen haben. Hier wollten wir nur an der Justizverwaltung zeigen, einen wie strengen, festgeschlossenen Aufbau der Behörden Wolff wenigstens hierfür verlangt. Der Tätigkeit dieser Behörde hat er noch sehr detaillierte Bemerkungen gewidmet, die leider nur den Inhalt ihrer Funktionen, nicht aber ihre Stellung als Behörde näher erläutern.

Wir wenden uns zunächst noch den Trägern der Behörden zu, den Beamten. Hier finden wir Wolff im schönsten Einklang mit dem Geist des preußischen Staates, in dem dieser sich seine Beamten herangebildet hat.³⁶ Der Ursprung und das Wesen des modernen Beamtentums ist aufs engste von der Art der Belohnung der geleisteten Dienste abhängig gewesen. Daß der Beamte nicht mehr in Naturalien entschädigt wurde, sondern mit einer regelmäßigen festen Geldsumme rechnen konnte, hat erst die sittliche Grundlage für ein ehrenfestes, eifriges Staatsbe-

35. G. Schmoller, Deutsches Städtewesen in älterer Zeit, S. 331.

36. Vgl. Gustav Schmollers Einleitung, Acta Borussica Bd. 1, S. 117 ff. „Ueber Behördenorganisation, Amtswesen und Beamtentum im allgemeinen und speziell in Deutschland und Preußen bis zum Jahre 1713“.

amentum gelegt. Der preußische Staat gibt davon ein leuchtendes Muster. Auch Wolffs Beamte werden als Staatsdiener durch Vertrag auf geldliche Besoldung angenommen (Inst. § 1060). Aus sozialen Gründen warnt er dringend vor Aemterkumulation (Pol. § 377). Um ihr einen Grund zu nehmen, fordert er hinreichende Besoldung, in deren pünktlicher Entrichtung, worauf auch Friedrich Wilhelm I. Wert legte,³⁷ die Obrigkeit ein Vorbild geben muß. Sogleich tritt aber die moralistische und die ökonomische Natur Wolffs hervor, wenn er vorschlägt, nicht zu hohen Lohn zu zahlen, da sonst der Müßiggang einreißen könnte (Pol. § 377). Wie sehr traf er sich auch hier mit Friedrich Wilhelm I. Er geht so ins Detail, daß er empfiehlt, am besten gleich bestimmte Einkünfte im voraus für die Beamtengehälter bereitzustellen (Pol. § 496). Er sieht demnach einen Etat vor (auch Pol. § 446). Neben den Fragen der Besoldung richtet Wolff sein Augenmerk direkt auf den Geist und die Vorbildung dieses Beamtentums. Erste Voraussetzung ist ihm die nationale Homogenität. Landfremde Räte, mögen sie noch so geschickt sein, haben keinen Platz darin (Theoria § 10). Das Indigenat aber verlangt er nicht. Er kümmert sich nicht um die ständische Herkunft der Beamten, wie überhaupt im naturrechtlichen Staat der Unterschied zwischen Adel und Bürgerlichen keine Rolle spielt. Während er ihn als nicht vorhanden betrachtet, tritt recht oft der von Arm und Reich bei ihm in Erscheinung.

Man könnte glauben, ein Lehrbuch der preußischen Verwaltungspraxis vor sich zu haben, so genau bewegen sich Wolffs Gedanken in deren Bahnen. Er stellt „die drei wichtigsten Vorbedingungen guter Auswahl von Beamten“, von denen Schmoller sagt,³⁸ daß sie in Preußen erst von 1713 an energischer ausgebildet wurden. Jeder Beamte muß sich vor Eintritt in sein Amt durch eine Prüfung über seine Fähigkeiten ausweisen (Pol. §§ 285, 470, 475), ob nun Lehrer, ob Richter oder sonstiger Beamter. Denn nur wirklich Geschickte kann der Staat gebrauchen (Inst. § 1062, Pol. § 493). Die Ratstitel, die er ausgibt, sind Ehrentitel und gebühren nur dem Verdienst. Unwürdige würden nur ihren Wert herabsetzen (Pol. § 494). Wenn der Staat aber eine Prüfung verlangt, muß er auch die Heranbildung seiner Be-

37. Polit. Testament von 1722 bei Küntzel u. Haß, a. a. O. S. 107.

38. Gustav Schmoller, Einleitung S. 133.

amten in die Hand nehmen (Pol. § 475). Zur Prüfung tritt dann wie in Preußen das Vorschlagsrecht der vorgesetzten Beamten. Wolff spricht von diesem Recht zu „denominieren“ als einem wohlgegründeten, das das beste Mittel sei, Günstlingswirtschaft auszuschalten und Unfähige fernzuhalten, und das besonders bei den wichtigen Posten unentbehrlich sei (Pol. § 448). Daß daraus keine Cliquenwirtschaft entsteht, beugt er mit der ganzen Strenge seines sittlichen Ernstes vor (Pol. § 475). Die Beamten, die der Obrigkeit Vorschläge unterbreiten, müssen sich vorher ganz genau über die Fähigkeiten der Bewerber Gewißheit verschaffen. Denn sie haften für ihre Aussagen. Die Obrigkeit hat zu prüfen, ob sie auch ganz unparteiisch, nicht aus verwandtschaftlichen Gründen die Beamten empfehlen, und hat ausführliche Berichte einzufordern. Endlich als drittes neben Prüfung und Vorschlagsrecht die Bestimmung, daß der Beamte eine Probezeit durchzumachen habe (Pol. § 475), wenn auch die Auscultatur und das Referendariat nicht ausdrücklich genannt werden. Wie Friedrich Wilhelm I. liebt es Wolff, den Beamten aus niedrigen Stellen aufsteigen zu lassen, verspricht sich davon eine Auslese der Tüchtigen. Immer erneut rennt er geradezu leidenschaftlich dagegen Sturm, Aemter zu verkaufen, sie an die Meistbietenden zu geben (Inst. §§ 1041, 1062). Geldgeschenke als Exspektanzen auf Aemter will er nicht dulden. So nur unterbinde man Erschleichung von Aemtern und Bestechung. Besser gebe man sie schon an Nichtreiche (Pol. § 475). Alles Dinge, die dem Soldatenkönig aus dem Herzen gesprochen waren.

Und was für ein Beamtentum entsteht auf diese Weise? Wohl übt der Staat eine strenge Aufsicht, fordert von den Untertanen unerbittlich Beschwerden über seine Diener und wird sie unnachsichtig untersuchen und strafen (Pol. § 504), wohl hält er selbst seine Richter für absetzbar (Pol. § 444). Aber er kann doch auch darauf vertrauen, daß er Fachleute zur Verfügung hat, die ihre Materie beherrschen, daß sie aufrichtig und treu und gerecht im Dienste der Allgemeinheit ihre Pflicht tun werden (Pol. § 493). Daß Wolff dabei die moralischen Verpflichtungen nie vergißt, ist bei ihm kein Wunder. Endlich reiht er auch die Beamten als Hebel in sein Aufklärerwerk ein (Pol. § 490). Weisheit und Klugheit sollen alle Beamte zu erwerben suchen, sollen sich von der Lehrmeisterin Erfahrung leiten

lassen, um durch ihren Rat Reformen anzuregen. Vergleicht man mit diesen aus Wolffs Bemerkungen zusammengestellten Sätzen die Einleitung und die Aufsätze Schmollers über das Beamtentum, so liegt die Harmonie zwischen diesen Stücken von Wolffs Staatslehre und den Grundsätzen der preußischen Verwaltung besonders unter Friedrich Wilhelm I. ganz unverkennbar zu Tage. Als Untergrund beider sehen wir vor allem die tiefe, ganz unerschütterlich ernsthafte Sittlichkeit, die den preußischen Staatsorganisator und den Philosophen bestimmte. Gerade an dieser Stelle tritt dies so rein wie sonst nicht mehr hervor.

c) Das Volk.

Welche Bande das Volk und den Staat und schließlich den einzelnen und den Staat miteinander verknüpfen, wollen wir in einem Schlußkapitel über die Staatsorgane betrachten, indem wir jetzt mit einer Wendung des Begriffs gegenüber den beiden vorangehenden Kapiteln unter Staatsorgan nicht Träger, sondern nur lebendiges Wesensglied des Staates verstehen. Wir befinden uns damit im weitesten Ring des Staatslebens. Wiederum aber untersuchen wir nur das Volk in dem Staate, der Wolff als eigentlich typischer vorschwebt. Mit voller Absicht übergehen wir hier die Theorien über das Volk unter der eingeschränkten Obrigkeit und in der Politie. Es entstünde ein völlig verzerrtes Bild, wenn wir die Lebensbedingungen des Volkes in der letzteren Staatsform, in der die Freiheit am wenigsten eingeschränkt (Pol. § 262 ff.), wo eine Volksvertretung nötig ist (Inst. § 999 f., J. n. VIII, § 131 f.), mit denen im absolutistischen Staate vermischen wollte.

Grundprinzip ist in der absoluten Monarchie der Gehorsam des Volkes gegen den Staat. Mit einem Huldigungseide verpflichten sich die Untertanen beim Regierungsantritt des Oberhauptes oder bei Uebernahme eines Amtes diesem zur Treue (Pol. § 465). Was die Obrigkeit auch zu befehlen für gut befindet, unbedingten Gehorsam sind die Untertanen ihr schuldig, auch wenn sie den Zweck der Befehle nicht einsehen (Pol. § 433). Ja, die Obrigkeit, versehen mit dem Notrecht im „ius eminens“, hat für alles, was die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit betrifft, Gewalt über Leben und Tod. Darin beruht geradezu

die Macht einer Obrigkeit (Pol. § 442). „Es hat eine Obrigkeit Macht, wenn es möglich ist, daß sie tun kann, was sie will, als diejenigen strafen, denen die Strafe gedrohet, die belohnen, denen sie Belohnungen versprochen; diejenigen, welche nicht tun wollen, zwingen, daß sie es tun müssen, und was dergleichen mehr ist“. Wie schon hieraus ersichtlich, begnügt sich Wolff, vom Untertanen Befolgung der staatlichen Gesetze zu verlangen (Pol. § 468). Er weiß, daß damit längst noch nicht das menschliche Lebensziel erreichbar ist, aber es gilt ihm doch als die Grundvoraussetzung eines staatlichen Zusammenlebens. Weil die Obrigkeit, die den Staat verkörpert, als höchste Gewalt errichtet ist, beurteilt er auch so streng die Majestätsbeleidigung. Ein Verstoß gegen die Majestät trifft den Staat in seinem innersten Wesen (Pol. § 461 f.). Es ist interessant, zu sehen, was er als Majestätsbeleidigung ansieht (Pol. § 463). Einen Fall führt er besonders eingehend aus, er ist dazu mitten aus der Tätigkeit des allverordnenden Staates herausgegriffen. Schwer ist das Vergehen, wenn man ein vom Staate angeklebtes Edikt abreißt, schwerer, wenn man es vernichtet. Nun gehen die Grade so weiter: man tritt es mit Füßen, man wirft es in den Kot. Am schlimmsten aber ist, wenn man unverantwortliche Reden dabei führt. Diese letzte Beurteilung ist typisch. Die innere Ruhe muß mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. Rasonnieren endet stets in Volksbeunruhigung. Die aber untergräbt das Vertrauen zu einer zwar strengen, stets aber gerechten Regierung (Pol. § 468). Die Zuversicht zur Obrigkeit ist eine Grundsäule des Staates. Was bedeutet es darum bei der Festfügtheit, die Wolff seinem modernen Staate verleiht, daß er das alte, früher einmal wirksame Recht der Untertanen wiederholt, den „invasorem imperii“, d. h. einen, der sich der Herrschaft ohne Recht bemächtigt, töten zu können (Inst. § 1083). Das steht auf derselben Linie mit dem in der Staatstheorie so unendlich oft erörterten Widerstandsrecht, das Wolff dem Wesen nach unter „nahezu wörtlicher Anlehnung an die Floskeln der älteren Widerstandslehre“ übernimmt,³⁹ das er aber als

39. Kurt Wolzendorff, Staatsrecht und Naturrecht in der Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes gegen rechtswidrige Ausübung der Staatsgewalt, 1916, S. 333. Vgl. auch die vorzüglichen Ausführungen S. 326 ff., S. 346 ff.

erster konsequent nur vom Boden allgemeiner rechtstheoretischer Erörterung abhandelt (J. n. VIII, §§ 1041 ff., 1047, Inst. § 1079 und § 1081, Pol. § 434). Wie ist es darum bestellt? Ein aktives Widerstandsrecht gibt es überhaupt nicht mehr, aber auch das passive der Gehorsamsverweigerung ist auf die Fälle beschränkt, wo Befehle der Obrigkeit grob gegen die Naturgesetze verstoßen und sich der Untertan durch die Gehorsamsverweigerung nicht größeres Unheil zuzieht, als wenn er gehorcht. Will er sich nicht fügen, muß er außer Landes gehen. Aber Wolff erleichtert das Gewissen. Indem wir gehorchen, lassen wir das Unrecht der Obrigkeit nur zu, tun es aber nicht selbst. Mag auch der Gedanke des Widerstandsrechts durch Rousseau und die Französische Revolution in einer neuen Form für unser modernes Staatsleben Bedeutung erlangt haben,⁴⁰ für Wolff scheint uns das Verhältnis der Untertanen zum Staate doch in einem anderen Satz zu gipfeln (Inst. § 1080). Wolff nimmt wie alle Verteidiger des Absolutismus an, harte und unbillige Befehle könnten von einem Herrscher überhaupt nur ausgehen, weil ihm selbst ihre Auswirkung unbekannt ist. Das Volk darf dagegen „demütig supplizieren“. Namentlich die Unterobrigkeiten sollen den Herrscher auf die Folgen solcher Befehle aufmerksam machen. Nie dürfen sie aber, als Teile der Obrigkeit, dieser widerstehen. „Wird auf eine ehrfurchtsvolle Bitte (d. h. des Volkes), ob sie gleich gerecht ist, nicht geachtet, so müssen es die Untertanen geduldig leiden“. Aufrecht bleibt also das Prinzip des unbedingten Gehorsams sonder Ränsonnieren.

Und doch hat das Verhältnis des Volkes zum Staat noch eine ganz andere Seite. Sie tritt nur allzu stark hinter jener erstgenannten zurück, wird nur einmal verkündet, um für alles weitere ohne Folgen zu bleiben. Verloren ist sie darum aber nicht gewesen. In neuer Form sind diese Gedanken später aufgelebt und haben fortgewirkt ins 19. Jahrhundert hinein, als der deutsche Nationalstaat entstand. Auch bei Wolff greifen wir dies Stück Vorarbeit, das der „nüchterne und phantasielose, aber arbeitsame und hilfsbereite Geselle, der vielgeschmähte Rationalismus“⁴¹ geleistet hat. Auch Wolff hat dazu beigetragen,

40. Ebenda, S. 350 ff., 389, 515.

41. Friedrich Meinecke, Das Leben des Generalfeldmarschalls H. v. Boyen, 1896/99, Bd. 1, S. 91.

Volk und Staat einander entgegenzuführen. Als höchstes Gesetz für ein Volk hat er verkündet, es müsse sich und seinen Zustand vollkommener machen, d. h. den staatlichen Endzweck immer deutlicher herausarbeiten (Inst. § 1094). Nach seiner Auffassung muß es darum als schlimmstes Vergehen am Staate gelten, wenn die Untertanen nicht an seinem Ausbau mithelfen, sondern sich „Trägheit, Wollust“ und dem Genusse hingeben (Pol. § 504). Nur der immer Regsame, der die Förderung des Staates tatkräftig sich zu eigen macht, ist im Sinne dieses Staates. Ohne solches Entgegenkommen, solche willige Aufnahme fallen alle modernen merkantilistischen Bestrebungen nutzlos zu Boden, muß die beste Staatsenergie verpuffen. Deswegen haßt Wolff das Rentnerdasein der ganz Reichen, möchte auch sie zu gemeinnützigen Betätigungen gewinnen (Pol. § 334). Immer soll der Staat als letzter Endzweck aller Tätigkeit (Pol. § 465) den Untertanen vor Augen schweben. Nach diesem Grundsatz sucht Wolff mit den so spröden Mitteln des Rationalismus eine innerlichere, festere Brücke zwischen Staat und Volk zu schlagen, als sie damals in der Wirklichkeit bestand. „Freilich fehlte dieser Staatsgesinnung noch die rechte Tiefe, in dem Streben nach Verwirklichung nützlicher und guter Zwecke artete sie zu einer Werkgerechtigkeit aus, sie vernachlässigte, was ja Wilhelm v. Humboldt meisterhaft ausführte, ‚die Menschen um der Sachen, die Kräfte um der Resultate willen‘. Aber auch hiergegen war aus dem Rationalismus durch Kant die Reaktion gekommen.“⁴² Aber mag das Gefühl auch noch so primitiv logisch aus der Nächstenliebe gefolgert sein, es gibt doch bei Wolff eine Liebe zum eigenen Volk und Vaterland (Inst. § 1105). Einem Volke, das so mit seinem Staate verbunden war, konnte Wolff getrost zumuten, daß jeder „nach seinem Vermögen“ an den staatlichen Lasten für Verwaltung und Verteidigung mittragen müsse (Inst. § 1037). Ja, es gibt noch eine höhere Steigerung. Kommt es zu einem sonst von Wolff ängstlich vermiedenen Kriege, dann kämpfen bei Wolff nicht nur die Heere, während der Bürger in der Heimat nicht merkt, wenn sich der Soldat schlägt. Volk steht wider Volk. „So sind die Untertanen von beiden streitenden Parteien, folglich auch die Weiber, Knaben, Kinder unter der Zahl der Feinde und ihre

42. Friedrich Meinecke, ebenda.

Sachen sind feindlich, sie mögen sein, wo sie wollen" (Inst. § 1184). Die Güter aller einzelnen haften dann für die Schulden des Staates (Inst. § 1162), ja, alle Bürger treten mit ihrer Freiheit für sie ein (Inst. § 1164), und nehmen Gefangenschaft und Repressalien auf sich. Ist dies nicht die Proklamierung des Volkskrieges aus einem sicheren Staatsgefühl heraus, lange, bevor er in der Französischen Revolution zur Wirklichkeit wurde! Da wundern wir uns denn auch nicht mehr, wenn Wolff sich ganz klar für die allgemeine Wehrpflicht einsetzt.⁴³ Er, der sich seine Beispiele bei den Chinesen suchte, macht sich hier zum Wortführer eines alten germanischen Grundsatzes (Inst. § 1174). „Weil alle und jede verbunden sind, soviel zur Verteidigung des Staates beizutragen, als sie können (§§ 972, 975), so sind alle Untertanen, die zu Kriegsdiensten geschickt sind (§ 60), in dem äußersten Notfall gehalten, Soldatendienste zu tun, und sie können vermöge der vorzüglichen Macht (Deutsche Uebersetzung des *ius eminens*) wider ihren Willen dazu gezwungen (§ 1065) werden". Im Grundsatz war ja auch das Kantonsystem des preußischen ancien régime auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut. Wie weit war es doch aber noch 1806 von dieser all-durchdringenden Staatsgesinnung entfernt, die Wolff hier mit dürren Worten ohne Ueberschwang fast wie Selbstverständlichkeiten unter seine Paragraphen einreicht. Vielleicht könnte man cum grano salis und etwas eingeschränkt Meineckes Wort von der schon zweimal zitierten Stelle auch auf Wolffs Staatslehre anwenden: „Die erlösenden Gedanken waren schon gedacht, der Gegensatz zwischen Staatsleben und individueller Menschlichkeit war in dem Augenblick, wo er sich am schärfsten zeigte, auch schon innerlich überbrückt, ohne daß man sich damals dessen bewußt war".

Zu eben diesem Ergebnis gelangen wir auch, wenn wir noch ausdrücklich bei Wolff die Stellung des Individuums zum Staate ins Auge fassen. Oben haben wir zu veranschaulichen gesucht, wie der Staat Verfassung und Zweck vom Individuum her empfängt. Der einzelne soll zur Vollkommenheit streben, der Staat ihm dazu die Mittel reichen. Wie das Wohl des ein-

43. Dem geschieht kein Abbruch, wenn wir darauf hinweisen, daß schon Seckendorff für die allgemeine Wehrpflicht eintritt: vgl. Wilhelm Roscher, Geschichte der Nationalökonomik, II. Aufl., 1924, S. 247.

zelen die Voraussetzung der gemeinen Wohlfahrt ist, so braucht aber auch der einzelne den Staat, um zu seinem Ziele zu gelangen. Aber die individuelle Zielsetzung für den Staat bleibt nicht der einzige in ihm wirksame Faktor. Der Staat wird eine Macht auch über dem, ja gegen das Individuum, dem er im Notfall seine Gesetze mit Gewalt aufnötigt. Das weiß auch Wolff. Seine Betrachtung des Staatslebens pendelt zwischen zwei Punkten hin und her. Oefter als er es direkt ausspricht, fühlt man, wie er mit dem Problem ringt: staatlicher Zwang oder Freiheit des autonomen Individuums. Wer sich in den Staat begibt, muß Verzicht leisten auf die Verfolgung egoistischer Sonderinteressen, die das Wohl des Ganzen gefährden könnten (Pol. § 216). In jedem Falle geht das staatliche Interesse vor das persönliche (Pol. § 218), und der Staat verfügt über hinreichende Zwangsgewalt, seinen Willen durchzusetzen. Jedes Mittel ist dazu recht (Pol. § 217). Scheint von den Rechten des Individuums gar nichts gewahrt, — denn wie es die Wirklichkeit tausendfach bestätigte, konnte die Staatsgewalt mühelos über den einzelnen hinwegschreiten — so verfißt doch Wolff andererseits ganz unvermittelt daneben die Idee der Freiheit. Schroff wehrt er zu weitgehendes Eindringen des Staates in die Sphäre des Individuums ab, will ihn nur auf die Verfolgung der gemeinen Wohlfahrt beschränken (Inst. § 980, Pol. § 12). Noch unmittelbarer erklärt er, kurz bevor er den ausgeprägtesten Merkantilismus mit seinen zahllosen Freiheitsbeschränkungen schildert: „Denn durch Freiheit kommet das Gute allezeit besser fort als durch Zwang“ (Pol. § 475). Eine andere Stelle werden wir alsbald noch zu erwähnen haben. Aber so beziehungslos, wie es scheinen möchte, stehen sich Zwang und Freiheit doch nicht gegenüber. Wohl vermag sie Wolff nicht auszugleichen, aber er überbaut doch beide durch ein höheres Ethos, das er in mehrfacher Variation, in Analogie zu den schon oben genannten Maximen, als das staatliche Hauptgesetz für das Individuum formuliert. „Thue, was die gemeine Wohlfahrt befördert und die gemeine Sicherheit erhält; hingegen unterlaß, was die gemeine Wohlfahrt hindert und der gemeinen Sicherheit zuwider ist“ (Pol. §§ 215, 420). Es widerstrebt dem Aufklärungsgeiste Wolffs, den Menschen, das höchste Wesen nach Gott, lediglich unter einem äußeren Zwange handeln zu lassen. Durch seine Vernunft erkennt der Mensch als Staatszweck die gemeine

Wohlfahrt und Sicherheit. Beide erhebt Wolff für das Individuum zu einer neuen moralischen Verpflichtung, die damit an die Stelle des Zwanges tritt. Im Effekt wird nichts geändert. Die *salus publica* bleibt *suprema lex*. (J. n. VIII, § 86, Inst. § 976), und nach wie vor hat das Individuum auf einen Teil seiner Freiheit zu verzichten. Aber das Motiv, so eng es durch die Beschränkung des Staatszwecks auf Wohlfahrt und Sicherheit auch ist, wird im Sinne der Aufklärung gewandelt, im Sinne des Naturrechts, das, wie es Kant empfand, „ein Protest war gegen die Entwürdigung der Menschennatur, ein Protest, welcher im Namen der Kulturentwicklung vor dem Forum der menschlichen Vernunft abgelegt wird“. ⁴⁴ Mißt man diese vorwiegend philosophischen Anschauungen an der Wirklichkeit, so ergibt sich ein beachtenswerter Fortschritt Wolffs über die Zeit hinaus, da die „Politik“ entstand. Die Stellung des Wolffschen Monarchen zum Staat ist ähnlich der jedes einzelnen Individuums. Deuten nicht auch diese Gedankengänge wieder auf den Ausgangspunkt von Friedrichs des Großen Staatsanschauung? Er hat jenes Grundgesetz als Richtschnur in der Seele getragen und wollte es seinen Untertanen vermittelt wissen. Ueber die Dynastie und die eigene Person stellte er den Staat, dem er diente. Sein Pflichtgefühl bot die Gewähr, daß er zum Besten der Gesamtheit sein Königsamt übte. Nicht um Zolles Breite hörte darum der Staat auf, Zuchtmeister zu sein, auch der Untertan empfing keine größere Bürgschaft seiner Freiheit. Aber erst in einem von solchem Herrscher regierten Staate konnte ein Staatsgefühl erwachsen. Noch unter Friedrich Wilhelm I. gab es nur ein Verhältnis zwischen Herrscher und Untertan. Jetzt erkennt auch der Herrscher über sich eine Staatsidee an und er und der Untertan unterwerfen sich ihr gleichmäßig, kommen gemeinsam in ein Verhältnis zum Staate. Wenn Wolff auch keineswegs seine gesamte Staatslehre auf diese Idee gegründet hat, er hatte doch eine Ahnung davon mitten im absoluten Polizeistaat.

III. Tätigkeit des Staates.

Die Grundlagen von Wolffs Staat sind gelegt. Welche Leistungen hat das Spiel der mannigfach gegliederten Kräfte in

44. Marchet, a. a. O. S. 234.

dem abgesteckten Rahmen hervorgebracht? Die Beantwortung dieser Frage führt zu unserem letzten großen Hauptabschnitt, in dem wir die Tätigkeit des Wolffischen Staates darstellen wollen. Zwei Kapitel der „Politik“, das III. „Was bei Einrichtung eines Gemeinen Wesens in acht zu nehmen“ (§§ 270—400) und das VI. „Von der Regierung der hohen Landesobrigkeit (§§ 467—496) werden hierzu in der Hauptsache heranzuziehen sein. Im „Jus naturae“ und den „Institutiones“ entspricht ihnen nur das eine Hauptstück „Von der Einrichtung einer Republik“. Ein Vergleich der beiden Kapitel der „Politik“ gestattet einen bemerkenswerten Einblick in das Wesen von Wolffs Staatslehre. Das III., bei weitem umfangreichere Kapitel, ist geradezu nach moralischen Gesichtspunkten aufgebaut. Es proklamiert das Naturrecht als Norm für die Wertschätzung aller menschlichen Handlungen und darum auch als Richtschnur für die staatlichen Einrichtungen (Pol. §§ 272/3). Kann man die Staatstätigkeit noch bestimmter zu einer moralischen stempeln, als wenn man erklärt, daß die Anstalten des Staates zur Beförderung der gemeinen Wohlfahrt so beschaffen sein müssen, daß die Menschen ihren natürlichen Pflichten genügen können, wie Wolff sie in seiner „Moral“, Teil 2, auführt. Der Staat hier im Dienste des Naturrechts als Beförderer der Moral. Wie diese im 18. Jahrhundert tatsächlich die Verwaltungspraxis bestimmt hat, das aufgehellt zu haben, möchten wir als Marchets Verdienst ansehen. Wir folgen ihm auf seinen Spuren nicht, lassen unsere Auffassung nicht durch Wolffs „Moral“ bestimmen, sondern betrachten die Staatstätigkeit unter dem Gesichtspunkt, den Wolff im VI. Kapitel selber innehat. Dieses ist in seiner Anlage weit stärker auf den Staat eingestellt. Hier erblickt Wolff greifbare staatliche Maßnahmen vor sich, die er nach ihrer Zweckmäßigkeit diskutiert, an die er Lehren knüpft, die er auf die Menschen anwendet, er redet vom Polizeistaat und dem Merkantilismus als seinem Inhalt. In diesem Sinne wollen wir dem Staate auf den verschiedenen Feldern seiner Wirksamkeit nachgehen. Kürzer berücksichtigen wir die von der Moral durchtränkten Gebiete. Unbedingt gehören auch sie dazu. Sie vervollständigen das Bild des Polizeistaates. Ausführlicher aber behandeln wir die Stellung des Staates zu den Kulturgebieten, die seiner Leistung in jener Zeit recht eigentlich die Signatur geben. Denn letzten Endes sollen uns diese Querschnitte, die stets auch die Fragen

beantwortet werden, wofür der Staat sorgen soll und welche Grundsätze er dabei im allgemeinen zu befolgen hat, nur dazu dienen, an der Hand bunter konkreter Beispiele den Charakter von Wolffs Staat noch eindringlicher herauszuarbeiten. Zugleich wollen wir den Fortschritt zeigen, den dieser Staat vor dem älteren brachte. Wir haben dazu die großen Kulturgebiete zu sondern versucht. Manches fügt sich nur widerstrebend in dieses Schema ein; denn noch weit deutlicher, als es im heutigen Staate erkennbar ist, bildete das Leben im Staate des 18. Jahrhunderts eine große Einheit. Gruppen, die wir herauslösen, sind nur Seiten derselben Staatstätigkeit, die sich unter verschiedener Betrachtung einmal wirtschaftlich, ein andermal sozial und schließlich politisch darstellt. Der Charakter von Wolffs Staat soll jetzt durch die staatlichen Bemühungen um Wirtschaft und Volkswohlfahrt, um Recht, Religion und Volksbildung und endlich durch die Darstellung seines Verhältnisses zur Umwelt bestimmt werden.

a) Staat und Merkantilismus.

Der Staat, den Wolff errichtet, legt sein Schwergewicht auf die innere Politik. Hier besitzt und betätigt er vor allem seine Omnipotenz. Kein Gebiet war aber zur Zeit Wolffs so vollständig unter die Staatsautorität gestellt wie die Wirtschaft. Ja, die Epoche des Absolutismus ist geradezu dadurch charakterisiert, daß Staat und Wirtschaft aufs innigste miteinander verbunden sind. Im Merkantilismus offenbart sich eines der besten Stücke der damaligen Staatstätigkeit. Weil Wolff die Wirtschaft nicht als Ausfluß der Selbsttätigkeit des Individuums, sondern als das Ergebnis einer staatlichen, oft gewaltsamen Schöpfung der „hohen Landesobrigkeit“ begreift, dürfen wir Wolffs Wirtschaft unter dem Begriff des Merkantilismus darstellen.

Wie wir schon öfter zu zeigen Gelegenheit hatten, daß Wolff nicht streng in eine Epoche gehört, sondern, daß er bisweilen über sie hinausweist, so müssen wir hier bemerken, daß Wolffs Wirtschaft noch einige Reste der vorangegangenen Zeit⁴⁵ anhaften. Von moralischen Schranken ist das Wirtschaftsleben

45. Ueber den Unterschied zwischen territorialer Wirtschaftspolitik und Merkantilismus vgl. F. Hartung, Deutsche Verfass.gesch. S. 43/44.

immer noch nicht ganz frei, wenn es auch die theologischen abgeschüttelt hat. Wiederum hat wohl mit das Festhalten an der naturrechtlichen Theorie Wolff am Fortschritt gehindert. Gelderwerb als Selbstzweck ist Wolff noch unbekannt, so sehr er auch rastlose Betätigung fordert. Das Naturgesetz und die Freude am genießenden, bequemen Leben (Inst. §§ 507, 511) fesseln den nur auf Reichtum gerichteten Erwerbstrieb des einzelnen. Darum kann sich Wolff auch nicht zu einer klaren Billigung des Luxus entschließen. Wohl erkennt er ihn bei den ganz Wohlhabenden an, von denen er ein üppiges Leben geradezu verlangt, damit recht viele Menschen dadurch Arbeit und Brot finden (Pol. § 489). Andererseits macht er aber zum Naturgesetz, daß man nichts Unnützes erwerben und Geld nicht anders ausgeben dürfe, „als wenn es die Pflichten erfordern“ (Inst. § 508), da alle ausgesprochene Pracht verboten sei (Inst. § 509). Konsequent handelt er darum auch, wenn er sich für die Beibehaltung der staatlichen Kleider- und Speiseordnungen einsetzt. Wie in den Landes- und Polizeiordnungen der deutschen Territorialstaaten begründet er sie damit, daß sie einerseits dem Luxus steuern, andererseits den Unterschied der Stände äußerlich hervortreten lassen sollen. Er verspricht sich davon auch Ueberwindung der Mißgunst, des Hasses und der Feindschaft (Pol. § 384). Diese Züge haben bei Wolff doch nur noch die Bedeutung von Petrefakten. Die Grundzüge seiner Wirtschaftspolitik sind überwiegend merkantilistisch.

Wie die Wirtschaft als Ausfluß der Staatstätigkeit, betrieben mit dem ausdrücklichen Ziel der Machtsteigerung, aufgefaßt wird, so bildet für sie ganz in Uebereinstimmung mit dem Merkantilismus das Geld die Grundlage des Reichtums. „Wenn die hohe Landesobrigkeit den Staat mächtig machen will, so muß sie sorgen, daß viel Geld im Lande ist“ (Pol. § 476, ebenso § 459). Ganz im Sinne der zeitgenössischen merkantilistischen Theorie stellt Wolff als Grundprinzip auf, die Obrigkeit müsse hindern, „daß kein Geld aus dem Lande getragen werde, welches man ohne Nachteil der gemeinen Wohlfahrt darinnen behalten kann, und hingegen dahin sehen, wie von fremdem Gelde so viel ins Land gebracht werde, als man nur immer hineinbringen kann“. Darauf gründet er in der „Politik“ seine Ausführungen über den Merkantilismus (§§ 476 bis 489), indem er die Paragraphen danach gliedert, ob die einzelnen Maßnahmen dem

Landes Geld entziehen oder hinzubringen. Zwar fordert er für den Fall der Not einen Staatsschatz (Inst. § 1038), aber er redet darum keineswegs mittelalterlicher Thesaurierung das Wort, sondern sieht wirtschaftliches Gedeihen im „Rouliren“ des Geldes (Pol. § 489); denn solange es auf einem Flecke bleibt, wird der Staat nicht reicher (Pol. § 476). Die Merkmale, die für den Merkantilismus sprechen, scheinen uns nicht nur jene alten Reste weit zu überwiegen, sondern auch so gewichtig, daß wir Wolffs Programm mit diesem Namen zu bezeichnen wagen.

Bei den folgenden Ausführungen können wir auf Wilhelm Roschers Aufsatz: „Die deutsche Volkswirtschaftslehre unter den beiden ersten Königen von Preußen“ verweisen, in dem auch Wolff⁴⁶ behandelt wird. Von Roscher wird Wolff ebenfalls als Merkantilist gefaßt. Aber wenn dieser Aufsatz vielleicht auch in der Geschichte der Nationalökonomie eine Lücke ausfüllt, so glauben wir doch, daß bei der recht oberflächlichen Auswahl, die hier aus Wolffs Schriften getroffen ist, eine eigene Darstellung keineswegs überflüssig wird, vor allem auch, da wir den Merkantilismus als wichtigstes Stück der Staatstätigkeit in unserm Bilde nicht entbehren können.

Grundtendenz der Wirtschaft⁴⁷ des absolutistischen Staates ist die Autarkie eines Landes, Selbstbehauptung und Selbständigkeit eines Staates durch wirtschaftliche Maßregeln. Ganz klar wie ein erstes Programm stellt dies Wolff allen weiteren Grundsätzen voran (Pol. § 279). Mochte aber das Streben danach auch in unbedeutenden Territorien herrschen, — ist es doch keineswegs vollkommen neu, — so kann die Autarkie doch nur der große Staat erreichen, der über eine zahlreiche Bevölkerung verfügt. Darum finden wir in allen merkantilistischen Staaten die unausgesetzten Bemühungen, die Bevölkerungszahl zu vergrößern.⁴⁸ Wolff nimmt einen großen Staat an und rechnet mit beträchtlicher Menge der Bewohner. Große Städte

46. Preuß. Jahrb. Bd. 14 (1864), S. 36—44, inhaltlich übernommen in W. Roschers, *Gesch. d. Nationalökonomik*.

47. Unsere Orientierung für das folgende haben wir bei Gustav Schmoller, *Das Merkantilsystem in seiner historischen Bedeutung, Umriss und Untersuchungen*, 1898 und in desselben Ausführungen: „Der volkswirtschaftliche Standpunkt des Merkantilismus, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ I, S. 84 ff., 1910 gefunden.

48. Vgl. H. v. Voltolini, a. a. O. S. 98/99.

mit weiten Straßen und hohen Häusern, mit Vorstädten sogar müssen wir uns darin vorstellen, sonst wären seine Anweisungen für Wohlfahrtspolizei sinnlos (Pol. § 392). Reges Leben herrscht in den Städten; Ackerbürgerstädte werden ausdrücklich von solchen unterschieden, in denen die Bevölkerung vom Gewerbe lebt. Wolff erklärt, daß ein Staat seinen Zweck nicht erfüllen könne, wenn er nicht genügend Menschen hat, nicht zu viel, damit alle im Lande ihren Unterhalt finden, nicht zu wenig, damit der Staat kräftig sei (Pol. § 274). Dem Staat liegt gar nichts daran, viele Nutznießer, wie Arme und Bettler, in seinen Grenzen zu bergen. Er muß dafür sorgen, daß von allen staatsnotwendigen Ständen eine genügende Anzahl vorhanden ist. Er „determiniert“ sie eben aus seiner Allmacht heraus. Aber viel größer müssen doch seine Anstrengungen sein, seine Untertanen zu mehren, obwohl, wie wir sahen, Wolff nicht unbedingter Lobredner der Mehrung ist und sich dadurch von den preußischen Königen unterschied, die in ihrem armen Lande alles tun mußten, um Menschenkräfte zu gewinnen und dabei kein Zuviel kannten. Möglicherweise steckt in diesen Anweisungen, die stark an die alte Zünftepolitik erinnert, ein von der Theorie verstärkter kleinstaatlicher Rest. Viel ausführlicher nennt Wolff die Mittel zur Vergrößerung der Zahl der Untertanen. Es sind die in allen Staaten angewandten positiven Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenzahl und zur Anlockung von Fremden (Pol. § 275), mehr aber noch die prohibitiven Vorkehrungen des Polizeistaates, der streng die Auswanderung vor allem der begüterten Familien und der staatsnützlichen Untertanen unterbindet (Pol. §§ 275, 276, Inst. § 1019). Aber in einem Atemzuge begehrt Wolff auch gleich wieder gegen den Zwang auf. Es sei gefährlich, allzu rigoros vorzugehen, da man dadurch Fremde von unserem Lande abschrecke, und da die anderen Obrigkeiten an unseren Volksgenossen in ihren Ländern Wiedervergeltung üben könnten. Im übrigen dürfe ein freier Untertan nicht wie ein leibeigener Sklave behandelt werden (Pol. § 483). Noch manchmal werden wir solchen Vorbehalten begegnen, die Wolff aber nicht hindern, den Staat immer wieder der persönlichen Freiheit Schranken setzen zu lassen. Freiheit oder Zwang erörtert er auch bei der Frage, ob durch Reisen ins Ausland nicht zuviel Geld aus dem Lande ginge (Pol. § 478), ob es der Staat deswegen verbieten solle. Ihn als Professor interessiert da be-

sonders das Studieren auf fremden Universitäten. Von den Edikten, die befehlen, gewisse Zeit auf der Landesuniversität zu studieren, also auch den oben erwähnten preußischen, hält er nichts. Es sei doch fruchtlos. Keineswegs will er das Studieren im Ausland ganz verbieten, wie überhaupt der Wert des Reisens, das Menschenkenntnis verschafft und daher für Beamte wichtig sei, wohl aus eigener Erfahrung sehr hoch eingeschätzt wird. Nur die zu „Fressen, Saufen, Huren und Spielen“ ins Ausland gehen, muß man durch strenge Verordnung daran hindern, Geld ins Ausland zu schaffen. — Muten uns diese Dinge, die wir nach der Einführung der Rentenmark wieder erörterten, nicht geradezu gegenwartsgemäß an? — Alles Trachten wendet der Staat darauf, ein reiches, bevölkertes Land zu haben. Arbeit, strenge Arbeit fordert er von seinen Untertanen, weil er darin die Quelle des Wohlstandes sieht. Der einzelne dagegen leistet bei Wolff die Arbeit eigentlich noch mehr, weil sie das Naturgesetz als Hebel zur Vollkommenheit vorschreibt, die es dem Menschen als Ziel setzte (J. n. I. § 512 ff.). Das ist ohne Frage wieder ein veraltetes Stück und gehört dazu in die individuelle naturrechtliche Theorie, die moralische Färbung trägt. Aber auch hierin ringt sich schließlich die neuere staatliche Ansicht durch. Der Staat muß ausreichend Arbeitsmöglichkeiten schaffen (Pol. § 280) und schreitet scharf gegen den Müßiggang ein (Pol. § 283). Hören wir nicht hier Friedrich Wilhelms I. Spazierstock durch die Luft sausen und auf dem Rücken fauler Bürger tanzen! Auch die Reichen und Vermögenden dürfen sich nicht zur Ruhe setzen (Inst. § 208), gerade sie können für die Wissenschaft und in Aemtern viel Gutes stiften (Pol. § 334).

Aber diese Arbeit stürzt sich nicht restlos in die Industrie. Darin ist Wolff ganz deutsch, daß er die **Landwirtschaft** als Grundlage der Volkswohlfahrt ansieht (Pol. § 488). Die Akademie der Wissenschaften soll an ihren Verbesserungen theoretisch mithelfen. Die Landwirtschaft hat durch eigene Erträge das Reich vom Ausland unabhängig zu machen (Pol. §§ 386, 393, 479). Acker- und Gartenbau, Wiesen-, Wald- und Viehwirtschaft, Jägerei und Fischerei müssen staatlich unterstützt und dadurch ertragreicher gemacht werden. Unfruchtbare Gegenden sind zu meliorisieren, Schonzeiten für Fische und Wild festzusetzen. Wenn Wolff derart von der „richtigen Verwaltung der Landwirtschaft“ spricht (Pol. § 386), so erörtert er

ein Kernstück der alten Verwaltungslehre, das aber auch im absolutistischen Preußen Friedrich Wilhelms I., wie die Reform der Domänenverwaltung beweist, an Bedeutung nichts verloren hatte. Wolff beruft sich für dies Gebiet zwar ausdrücklich auf die Chinesen, aber Erfahrungen deutscher Vergangenheit klingen an, wenn er als einen der „drei Hauptverderber des Landes“ das Schreckgespenst der Teuerung und der Hungersnot auftauchen läßt (Pol. § 504). Darum wird dieselbe Regel gegeben (Pol. § 481), wie sie später Friedrich der Große in seinem „Politischen Testament“ von 1752 im Artikel „Getreidemagazine“,⁴⁹ im Wortlaut mit Wolff beinahe übereinstimmend, ausführte, daß in guten Jahren nicht aller Ueberschuß des Ertrages auszuführen sei, — Wolff denkt also sonst an gewisse Freigabe der Getreideausfuhr — sondern Vorräte angelegt werden müßten, die man jährlich zu erneuern hätte. Auch Wolff sieht darin ganz im Sinne Friedrichs ein Mittel zur Balanzierung der Preise. Dieses Kapitel über die Landwirtschaft zeigt so recht den Ausgang Wolffs von deutschen Verhältnissen und ist in einem Punkte eine Vorwegnahme einer friderizianischen Einrichtung. Vielleicht hatte ein Ratgeber Friedrichs dies bei Wolff gelesen.

Die Landwirtschaft als Grundlage, die Bergwerke als beste Hilfsquelle der Volkswirtschaft (Pol. § 485). Das ist wieder ein Einklang mit der allgemeinen merkantilistischen Theorie. Reichtum ist Edelmetallbesitz. Bergwerke, die diesen mehren, sind immer gewinnbringend, selbst bei kleinem Ertrag. Kann man das Geförderte nicht selbst verarbeiten, entsteht doch noch Vorteil durch Verkauf der Kuxe ans Ausland. Nur zu hohe Produktionskosten machen Bergwerke wertlos. Gewerbe, die Gold und Silber verzehren, will Wolff nicht dulden (J. n. VIII. § 1031). Damit kommen wir zur Industrie, in die Wolff einen auffallend oberflächlichen Einblick hat. Kein einziger Paragraph ist ihr ausschließlich gewidmet. Die Notizen finden sich überall verstreut. Die Industrie ist einmal dazu da, die Autarkie sicher zu stellen, „damit man nicht die Materialien aus dem Lande lasset, die mit größerem Vorteil verarbeitet könnten ausgeführt werden, oder auch wohl gar aus andern Orten holet, was man selbst könnte verfertigen lassen“ (Pol. § 315). Wenn also die Produktionskosten nicht zu hoch sind

49. a. a. O. S. 24 und R. Koser, Gesch. Friedr. d. Gr., Bd. II, S. 416f.

und sie den etwaigen Vorteil verschlingen könnten, soll man die Rohstoffe des eigenen Landes selbst bearbeiten. Nicht in jedem Falle aber gilt dies. Genaueste Kalkulation erst gibt darüber Aufschluß (Pol. § 488). In der Produktionsmethode ist Wolff überraschend modern. Ein guter Preis sei nur möglich, wenn die Waren schnell und mit geringen Kosten hergestellt werden. „Sollen sie geschwinde verfertigt werden, so muß man zu der Mechanik seine Zuflucht nehmen; denn mit Maschinen kann man mit Vortheile der Zeit vieles ausrichten“ (Pol. § 488). Der Physiker wird hier zum Lobredner der Technik! Verringerung der Kosten ist möglich bei Verbilligung der Lebenshaltung der Arbeiter, die sich dazu mit bescheidenem Lohne begnügen müssen. Zur Neuansetzung von Industrien muß sich der Staat Sachverständige von außen verschaffen (Pol. § 477). Ja, er möge fremde industrie- und handeltreibende Untertanen durch die Güte seiner Anstalten in sein Land locken, daß sie sich dort niederlassen und Geld für den Staat verdienen; denn der Staat ist reich, wenn er viele reiche Untertanen hat. Der Staat organisiert auch durch seine Behörden das Gewerbe. Nur wer sein Handwerk versteht, den läßt er zu und schützt dadurch vor dem Vertrieb minderwertiger Waren (Pol. § 312). Staatliche Handwerksschulen sollen den Gewerben eine wissenschaftliche Fundierung geben (Pol. § 312 ff.). Von der Mitwirkung der Zünfte steht hier kein Wort. Wie die moderne Staatsgewalt auf dem politischen Gebiet die Konkurrenz der Stände gebrochen hat, so schaltet sie auch auf dem wirtschaftlichen frühere autonome Mächte aus. Damit steht Wolff ganz auf dem Standpunkt, der im Deutschen Reich und in Preußen erst um das Jahr 1730 erreicht worden ist. Die Preisregulierung bei Wolff durch den Staat dient mehr einem sozialen als einem merkantilistischen Zweck. Wir erörtern sie darum an anderer Stelle. Die Abhängigkeit des Preises von Angebot und Nachfrage ist Wolff bekannt (Inst. §§ 498, 499). Er diskutiert lebhaft (Pol. § 477) die zum Schutz der Industrie alleorten angewendeten Mittel der Erschwerung der Einfuhr und des Verbots ausländischer Waren. Am besten ist, man könnte der Auslandseinfuhr ganz entraten und einen Ersatz in einheimischen Erzeugnissen finden. Aber das Verbot von Waren ist doch ein zweischneidiges Schwert. Man darf sich dadurch nicht die Handelsbeziehungen zu den fremden Ländern verscherzen. Unsere Grenzstädte

können durch Einfuhrhandel blühen. Vielleicht finden wir für unsere eigenen Produkte so vorteilhaften Absatz, daß wir sie sämtlich ausführen und ausländische, wenn sie billiger, dafür einführen. Manchmal erweckt ein eingeführtes fremdes Produkt bei uns den Handel mit anderen eigenen, der bisher noch schlummerte. Der Transitverkehr kann Gewinne abwerfen. Schließlich kann es sogar vorteilhafter sein, die Rohstoffe unverarbeitet auszuführen, denn der Käufer kauft vielleicht bei uns noch mehr. Dieses absichtlich von uns weitläufiger ausgeführte Beispiel ist in gewissem Sinne für Wolffs Denken typisch. Verbot und Freiheit ringen miteinander, müssen zur Wohlfahrt des Staates stets mit der Gewissenhaftigkeit eines Philosophen auf ihre Folgen hin geprüft werden. Vor allem aber kämpft Wolff gegen das Prinzip, Einrichtungen fremder Staaten einfach nachzuahmen. Der Taumel des Merkantilismus hatte alle, auch die kleinsten Staaten ergriffen, keiner fragte mehr, ob das Land auch seinen Forderungen würde gerecht werden können. Da schärft Wolff ein, daß alle Maßnahmen den besonderen Bedürfnissen und Umständen eines Landes, die man genau zu untersuchen hätte, angepaßt werden müßten. So stellt er, ohne es ausdrücklich mit Namen zu nennen, die Statistik in den Dienst der Wirtschaft, wie sie sein Schüler Martini für Oesterreich nachdrücklich verlangte.⁵⁰ Sie muß jene Erhebungen machen, die die Voraussetzung der Wirtschaft sind. Dann lernen wir aus jener Stelle aber auch ein weiteres: Wir schauen in die charakteristischen Nöte des Merkantilsystems hinein. Die zweite Seite jeder industriellen Tätigkeit ist die Produktion für den Export; denn nur durch Ausfuhr wird das Land außer durch Bergwerke reicher. Da aber alle merkantilistischen Länder nach Export streben, engen sie sich gegenseitig die Absatzgebiete ein. Darum die ängstliche Sorge, ja nicht einen Abnehmer durch Einfuhrverbot vor den Kopf zu stoßen. Die Krise, die aus dem Mangel an Absatzmöglichkeiten entstehen konnte, die dann auch tatsächlich mit das Ende jener Wirtschaftspolitik herbeiführen sollte, hat Wolff wohl erkannt.

Mit diesen Erörterungen stehen wir schon mitten in der merkantilistischen Handelspolitik. Im Naturrecht gibt Wolff wieder einige wenig belangreiche theoretische Grund-

50. H. v. Voltolini, a. a. O. S. 101.

sätze. Der Staat hat eine natürliche Pflicht zum Binnen- und Außenhandel (Inst. § 1099). Da der Handel das Wohl der Völker befördert, müssen diese Handelsverträge abschließen (Inst. § 1110), Handelsstädte anlegen (Inst. § 1115), die weitgehende Privilegien genießen usw. Ob die Erwähnung der Inbesitznahme „ganz ferner Gebiete“ (Inst. § 1127) das Recht auf die Erwerbung von Kolonien in sich birgt, ist nicht klar. Bedeuten diese Sätze auch an sich nicht viel, so spüren wir doch ganz deutlich in ihnen den Niederschlag der allgemeinen Tatsache, daß der Merkantilismus in den Ländern das Gefühl der Zusammengehörigkeit gesteigert hat, verdankt doch das Völkerrecht, in dem Wolff auch diese Lehren abhandelt, gerade dieser Wirtschaftspolitik in hohem Maße seine Ausbildung. Nach allem oben gesagten kann es nicht Wunder nehmen, daß Wolff im Handel, d. h. in einer möglichst großen Ausfuhr, das beste Bereicherungsmittel sieht. Er folgt dem Merkantilismus auch darin, daß sein Staat der egoistischen Ueberzeugung lebt, daß das Ausland nur ihm selber zu dienen hat (Pol. § 488), wie es Montaigne formuliert hat: „Le profit de l'un est le dommage de l'autre“.⁵¹ Seinen prägnantesten Ausdruck findet dies in der Forderung nach einer aktiven Handelsbilanz; „denn der bloße Ueberfluß machet reicher“ (Pol. § 488). Doch wenn wir einmal die Produkte durchgehen, die Wolff für die Ausfuhr nennt, so werden wir sehr verwundert sein, lediglich landwirtschaftliche und bergbauliche Erzeugnisse aufgezählt zu erhalten. Eine lange Liste, die auf der Wertschätzung der Landwirtschaft beruht, aber doch etwas reichlich im Sinne einer für seinen Staat schon überwundenen Zeit ist. Weit kürzer werden die Manufakturen abgetan. Sie dürfen zur Ausfuhr nicht teurer als anderswo sein. Geringe Ausfuhrzölle schreibt Wolff vor. Schon rechnet er auch mit den teuren Transportkosten und möchte darum, daß die Waren an der Stelle hergestellt werden, wo sie leicht auszuführen sind. Er warnt vor Ueberproduktion und gibt dem Staat die leider schwer erfüllbare Aufgabe, neue Absatzgebiete zu schaffen, den Handel nicht zu hemmen. Kann man auch sagen, daß all dies (Pol. § 488) nicht gerade von Originalität oder nur von Klarheit zeugt, so bleibt doch die durchgehende Anschauung, daß alle Leistung auf staatlicher

51. W. Roscher, *Gesch. d. Nationalökonomik* S. 224.

Anregung, auf staatlichem Zwang, beruht. Nun fügt aber Wolff hier den merkwürdigen Satz an: „Weil es der Kaufleute ihr Interesse ist, daß der Handel im Flor ist, so wird sie als interessierte Leute ihr eigen Vorteil antreiben, ihn in Flor zu bringen und zu erhalten. Deswegen gehet es nicht besser, als wenn man ihnen ihren Willen lässet. Und die Erfahrung hat dieses bestätigt, aus welcher man angemerket: der Handel florire nirgends mehr, als wo er frei ist, und komme nirgends mehr herunter, als wo man ihn einschränken will“ (Pol. § 488). In der Literatur hat man diese Unstimmigkeit immer als Beweis für die Unkorrektheit, Systemlosigkeit, ja Bedeutungslosigkeit Wolffs hervorgehoben und stets abfällig beurteilt. Wir haben beim Gang unserer Betrachtung schon wiederholt auf solche Widersprüche hinweisen können. Der eben zitierte fügt sich zwanglos den anderen an. Physiokratische Schlußfolgerungen daran zu knüpfen, ist bei diesem Satze, der in Deutschland 1721 veröffentlicht wurde, völlig unberechtigt. Der individualistische Theoretiker geht wieder einmal mit Wolff durch und rennt das System über den Haufen. Wir werden bei ihm noch manche andere scheinbar heterogene Aeüßerungen antreffen. Beachtung verdienen sie, wenn man dem Fortwirken der naturrechtlichen Theorie nachgehen will. Für unsern Standpunkt sind sie nur Trübungen des Gesamtbildes.

Der Innenhandel bleibt bei Wolff nahezu ganz unerwähnt. Wenn man seinem Blick in die unendliche Münzverwirrung folgt (Inst. § 536), kann man kaum als Erleichterung begrüßen, wenn er dem Staat nun noch das Recht zuspricht (J. n. IV. § 330 ff.), den Wert aller einheimischen und fremden Münzen festzusetzen, wie ihm dienlich scheint. Wie typisch ist es aber, etwa im Geiste Friedrich Wilhelms I., daß er den Fürsten, der vollwertige Münzen geprägt hat, strenge Vorsorge dagegen treffen läßt, „daß die gute Münze aus dem Lande geschaffet, und dafür von den Wechslern und andern schändlichen Gewinnstes gierigen Leuten schlechte Münze eingeführet werde“ (Inst. § 1036). Unter eigenartigem Gesichtspunkte wird der großartigen merkantilistischen Schöpfungen zur Erleichterung des Binnenverkehrs gedacht. Bei der Sicherheit der Straßen, der Anlage und Ausbesserung der Wege, ist Wolff einzig auf die Bequemlichkeit der durchreisenden Fremden bedacht, die Geld ins Land bringen sollen (Pol. §§ 275, 487). Ihnen zuliebe

will er gute, billige Bewirtung in den Gasthäusern, Befreiung von übermäßigem Zoll und von unnötigen Aufenthalten durch Zoll- und Akzisebeamten. Ihretwegen soll ein Land Städte aufweisen, die etwas bieten. Gelehrte und Universitäten, prächtige Schlösser und der königliche Hofstaat sind andere Lockmittel. Erst das „Jus gentium“ brachte hier einen Fortschritt der Auffassung. Aus dem Gefühle der Völkerverbundenheit verlangt da Wolff vom einzelnen Staat, dem Handel die Wege zu ebnen. Was er hier nennt, sind wesentliche Dinge: Sicherheit von Straßen und Flüssen, Bequemlichkeit und Schnelligkeit des Verkehrs, schnelle Handelsjustiz (Inst. § 1113), und doch müssen wir hier eine größere Ausführlichkeit, die die Theorie nach dieser Seite hätte geben können, vermissen. Aber trotzdem umspannt Wolffs Merkantilismus die ganze Weite des Begriffes.

Fassen wir nochmals den Gesamteindruck zusammen. Obwohl dieser Teil der „Politik“ noch einigermaßen gegliedert ist, fehlt ihm doch die Systematik, die andere volkswirtschaftliche Werke der Zeit auszeichnet. Die Ausführungen sind lückenhaft und nirgends tief oder von klarer Einsicht zeugend. Bunt durcheinander werden die Paragraphen mit Wichtigem und Unwichtigem voll gepackt. Was dem Autor mehr am Herzen liegt, das führt er breiter aus ohne Rücksicht auf das Ganze. Aber diese Schwächen sind fast sämtlich auch die der ganzen „Politik“. Wir haben eingangs zu begründen versucht, daß Wolff eine Staatslehre vollkommenster Art nicht zu geben vermochte, weil die Erfahrung als philosophisches Erkenntnismittel für die Erfassung eines so schwierigen Gebietes nicht genügend geschult war. Aber es war auch seine besondere Anschauung vom Völkerleben, die ihn daran hinderte, das innerste Wesen des Merkantilismus, seinen Ursprung und Zusammenhang aus und mit dem staatlichen Machtehrgeiz, beherrschend in den Vordergrund zu stellen. Bei seiner Meinung über die Außenpolitik werden wir sie erklären. Trotz mancher noch vorhandener alter Reste, die sein in strenger alter Moral wurzelndes Wesen nicht aufgeben mochte, hat er dennoch die Hauptgrundsätze des Merkantilismus sich zu eigen gemacht. Das Wirtschaftsleben ist ganz auf Gebot und Verbot, auf die Leitung durch die Obrigkeit gestellt. Auch eine gewisse Einsicht in die Notwendigkeit der Einheit des Wirtschaftsgebietes darf man bei

ihm voraussetzen, ebenso wie in den durch die Wirtschaftspolitik bewirkten Ausgleich zwischen Stadt und Land. Aber Wolff, der Logiker, übertreibt den anderen merkantilistischen Grundgedanken, ein Land müsse möglichst reich zu werden suchen, und verdunkelt sich dadurch das Bild. Denn wenn er umständlich begründet, daß durch Krieg Geld aus dem Lande kommt, ob man ihn im fremden Lande führt oder das eigene der Verwüstung aussetzt (Pol. § 480), und darum die Forderung erhebt, ohne dringende Not keine Kriege zu führen, so übersieht er, daß sich viele der merkantilistischen Absichten nur durch Krieg realisieren ließen, und schätzt das Streben nach Machtzuwachs, das den Merkantilismus gebar, und das dieser seinerseits noch steigerte, zu gering ein. Aus merkantilistischem Doktrinarismus gelangt er zu Folgerungen, die dem Merkantilismus in seinem Wesen widersprechen. Seinem Bilde der Wirtschaft fehlt darum bei aller Anerkennung der Staatswirksamkeit die letzte Gipfelung in der staatlichen Machtpolitik. Trotz dieses Mangels gehört seine Wirtschaftspolitik voll ins 18. Jahrhundert, und seine Ansichten behalten ihren Wert. Wer unter seinen Zeitgenossen, ja, wer unter den historisch eingestellten Gelehrten, hat es vermocht, Theorie und reale Wirklichkeit ganz zu verschmelzen, jene nur aus dieser herzuleiten? Sein philosophisches Temperament hat ihm den Erfolg in dieser eminent historischen Aufgabe versagt. Damit müssen wir uns zufrieden geben.

b) Staat und Volkswohlfahrt.

In unlöslichem Bunde mit der staatlichen Bevormundung und Gängelung der Wirtschaft, mit dem Merkantilismus, findet sich die staatliche Sorge für die Volkswohlfahrt. Sie bildet den wichtigsten Teil dessen, was das 18. Jahrhundert unter dem Sammelbegriff „Polizei“ rubrizierte.⁵² Deutlich ist die Wechselwirkung mit dem Merkantilismus. Durch die Volkswohlfahrt sollen für die Wirtschaft Kräfte erhalten und geschaffen oder Hemmungen aus dem Wege geräumt werden. Bei Wolff trägt aber dieser Teil der Staatstätigkeit einen besonders von moralischen Grundsätzen bestimmten Charakter.

52. Vgl. F. H. Funk, Die Auffassung des Begriffes der Polizei im vorigen Jahrhundert, Z. f. d. ges. Staatswiss. Bd. 19 u. 20 (1863/4).

In der „Moral“ und ebenfalls im „Naturrecht“ spielen bei seinem Pflichtensystem die Verbindlichkeiten der Menschen gegen andere eine wichtige Rolle. Das dort Gesagte übernimmt er auch für die Gesellschaft und für den Staat. Die Pflicht der Nächstenliebe steht mit an der Spitze der ganzen „Politik“ (§ 1) und ebenso am Eingang der Betrachtung des Staates im besonderen (§ 216). Marchet hat geglaubt, in den folgenden Sätzen von Wolffs „Moral“ einen wichtigen Grundsatz für die Verwaltungslehre und „für die der Verwaltungstätigkeit zu ziehende Grenze“ erkennen zu können:⁵³ „Was der Mensch durch seine eigene Kraft erlangen kann, das hat er nicht nötig, von einem andern zu fordern. Derowegen sind wir nicht verbunden, ihm dazu zu verhelfen; . . . allein wenn er etwas, dazu ihn das Gesetz der Natur verbindet, nicht in seiner Gewalt hat, hingegen es steht in unserer Gewalt, so sind wir verbunden, ihm dazu zu verhelfen“ (Moral §§ 769, 770). Aber es hat doch nur theoretisches Interesse, diesen Satz anzumerken, zumal Marchet selbst zugeben muß, daß Wolffs Nachfolger die darin gezogene Grenze nicht beachteten, und wir werden sehen, daß selbst Wolff in der „Politik“ von seinem Staate viel weitergehende Volkswohlfaht verlangt. Ja, in außerordentlich bezeichnenden Worten hält er sich sogar verpflichtet, zu rechtfertigen, daß er dem Staate allzuviel zumutet (Pol. § 379): „Es dürfften vielleicht einige meinen, man erfordere gar zu viel von denen, welche die Aufsicht für die gemeine Wohlfaht haben, andere werden es gar verlachen, weil sie täglich erfahren, daß man hierauf nicht siehet. Allein ich scheue mich nicht zu behaupten, wozu ich guten Grund habe, es mag üblich sein oder nicht. Ich habe mich niemals darum bekümmert, ob ich von Unverständigen getadelt oder verlacht werde und richte meine Lehren nicht danach ein, wie sie diesem oder jenem gefallen mögen. Ich gebe jetzt keinen Geschicht-Schreiber ab, der bloß erzählt, was im Brauch ist, sondern vielmehr einen Weltweisen, der nach der Vernunft untersucht, wie alles beschaffen sein soll, und von jedem, was er antrifft, den Grund suchet, warum es bestehen kann. Was ich hier in einem besonderen Falle erinnere, gilt durchgehends in allen übrigen“.

53. Marchet, a. a. O. S. 249.

Größere Bedeutung hat es immerhin, wenn Marchet in diesem Zusammenhang vom „sozialen, besser, sozialistischen Charakter des Polizeistaates“ spricht. Der Staat nimmt von oben her den Untertanen die Sorge für ihr Wohl und Wehe aus der Hand. Dafür zwingt er sie natürlich in die ihm genehmen Bahnen, also auch in die Fesseln der Regierung. Daß er dabei viele Eigenentwicklung knickt und neue nicht aufkommen läßt, ist unvermeidlich. Das Daseinsrecht des absolutistischen Polizeistaates lag in seinen tatsächlichen Leistungen. Das erkennt auch Wolff. Alle Untertanen sollen sich im Staate wohl führen (Pol. § 483), sie sollen bei guter Stimmung erhalten werden (Pol. § 379), und endlich die Erfüllung des Staatszweckes durch „gute Anstalten“, die ihnen alle nur mögliche Bequemlichkeit verschaffen und ihrem Mißvergnügen steuern sollen (Pol. § 383), selbst verspüren (Pol. § 274). Der Staat leistete etwas für sie, das versöhnte die Untertanen mit manchem harten Zwang. Aber den Zwang hat auch Wolff schon empfunden und, wieder in Parenthese, dagegen aufbegehrt: „Und überhaupt ist allezeit mehr zu gewinnen, wo man durch einen innerlichen Trieb zu etwas geneiget ist, als wenn man es bloß wider denselben durch äußerlichen Zwang erhalten soll“ (Pol. § 396). Aber andererseits geht aus seinen Forderungen auch hervor, daß die Untertanen dem Staate, der ja auf so vielen Gebieten schon erfolgreich wirkte, alles aufbürdeten, was über ihre Kräfte ging. Diese erlahmten mit der Zeit immer mehr. In dem Maß ihres Verschwindens wuchs die staatliche Allmacht. Sie hatte Zutritt zu allem Leben.

Drei große Richtlinien glauben wir in der von Wolff umrissenen staatlichen Volkswohlfahrtstätigkeit erkennen zu können. Erstens die Sorge für die Volksgesundheit. Wir haben schon beim Merkantilismus erwähnt, daß Wolff die verschiedenen Staatseinrichtungen unter den verschrobensten Hauptgedanken subsumiert, so die Sorge für den Innenhandel unter der für die durchreisenden Fremden. Das nimmt hier noch krausere Formen an, und die wichtigsten Paragraphen wimmeln geradezu von den verschiedenartigsten Einfällen, die sich nur mit Zwang in den von den obersten Grundsätzen gezogenen Rahmen einfügen. Zwei Hauptaufgaben erwachsen dem Staat aus der Fürsorge für die Hygiene. Er muß Krankheiten vorbeugen und eingetretene wieder abwenden (Pol. § 378).

Wolff steht dem Dreißigjährigen Krieg mit seinen verheerenden Folgeerscheinungen noch verhältnismäßig zu nah, als daß wir uns wundern dürfen, daß bei der zuletzt genannten Staatspflicht der mit allen Mitteln der Wissenschaft und der praktischen Erfahrung zu führende Abwehrkampf gegen die Pest angeführt wird (Pol. §§ 378, 381). Hatte sie doch noch in den ersten Jahren der brandenburgischen Herrschaft furchtbar im Magdeburgischen und Hallischen gewüthet. In einem Kulturstaat, wie er Wolff vorschwebt, gehört es ihm zu den selbstverständlichen Voraussetzungen, daß der Staat tüchtige Aerzte bestellt, aufs sorgfältigste ihre Prüfung überwacht, daß er die Apotheken beaufsichtigt und Lazarette und Hospitäler einrichtet, die den Armen unentgeltlich zur Verfügung stehen (Pol. § 380). Weit ausgedehnter aber ist die vorbeugende Tätigkeit. Richtig sieht Wolff, daß der beste Gesundheitsgarant ausreichende, gesunde Nahrung ist, die billig zu kaufen sein muß. Wer anders als der Staat müßte sie heranschaffen. Ja, er soll sogar die öffentlichen Wirtshäuser streng in der Zubereitung der Speisen überwachen. Bei dieser Gelegenheit (Pol. § 379) macht Wolff auch einen Ausfall gegen die Trunkenheit, die er, wie auch Seckendorff als allgemeines Laster ansieht und fordert sogar staatliche Strafen dafür (Pol. § 387). Aus gesundheitlichen Gründen, um alle Gefahren zu beseitigen, müssen die Wege verbessert, die Gassen gepflastert, das Eis entfernt, Brücken, Stege, Treppen instandgehalten werden (Pol. § 383, Inst. § 1034). In den Straßen der Stadt ist die Sorge für Zufuhr frischer Luft das wichtigste, die Sauberkeit erstes Gebot (Pol. § 379). Wie die berüchtigten, bei uns aller Orten aufgepflanzten Warnungstafeln mutet es an, wenn er dekretiert: Es ist verboten, Unrat an den Promenadenwegen abzuladen (Pol. § 392). Der arme Wolff muß doch üble Erfahrungen gemacht haben, daß er der hohen Landesobrigkeit zweimal (Pol. § 379 und § 392) ganz ernsthaft die Beaufsichtigung der Entleerung der „heimlichen Gemächer“ aufträgt. Viel fehlt nicht, daß er für deren beste Konstruktion von der Akademie Gutachten verlangt. Gerade in unsern Tagen dürfte es von Interesse sein, darauf zu verweisen, daß die heutigen Apostel der Pflege von Leibesübungen aller Art in ihm einen begeisterten Vorläufer haben (Pol. §§ 379, 382 und 394). Auf öffentliche Kosten soll man zum Ueben „bequeme Oerter anlegen, geschickte Gebäude auf-

führen", d. h. mit anderen Worten, Sportplätze und Turnhallen. Nun muß man allerdings wissen, daß all dies in Halle, wo die Universität aus einer Ritterakademie hervorgegangen war, die ihre Zöglinge ebenso körperlich ausbildete, wie wissenschaftlich förderte, besonders für die Studentenschaft eine alte Tradition hatte. Im Preußischen Geheimen Staatsarchiv findet sich manche Eingabe der Universität über Anstellung von Fecht-, Tanzmeistern usw.⁵⁴ Aber Wolff verlangt körperliche Erfrischung, Bewegung und Abhärtung auch von den stubenhockerischen Gelehrten (Pol. § 297). Endlich haben wir der von ihm gewünschten besonderen Fürsorge für die werdenden Mütter (Pol. § 379) und des Schutzes der Kinder vor Verwahrlosung zu gedenken (Pol. § 383). — Uebrigens postuliert Wolff aus dem Naturrecht die Gleichberechtigung der unehelichen Kinder im Erbrecht (Inst. § 945). — Hier schließen wir gleich an, daß Wolff gegen den Versuch des Selbstmordes, den er als wider das Naturgesetz erweist, staatliche Strafe verlangt, obwohl er weiß, daß dies bisher nicht üblich ist (Pol. § 370). Auch will er die Duelle, die ihm „höchst ungereimt“ erscheinen, verboten haben (Pol. § 373 ff.). Der absolute Staat, z. B. in Preußen, hat auch Duelledikte erlassen, aber namentlich der Adel hat hier dagegen als Eingriff in sein privatrechtliches Privileg remonstriert.⁵⁵

Gesundheitsdienst ohne staatliche Armenpflege ist undenkbar, darum stellt sie das zweite Betätigungsfeld der Volkswohlfahrt dar. Hungernde Arme verfallen der Pest am leichtesten, darum sind für sie in guten Zeiten Vorräte zu schaffen (Pol. § 379) und sie dann in Zeiten grassierender Epidemien mit Brot und gesundem Fleisch zu versorgen (Pol. § 381). Gerade die „schwer arbeitenden Armen“, die sich nicht schonen können, sind auch in erster Linie Arbeitsunfällen ausgesetzt. Will der Staat die zur Arbeit untauglich Gewordenen nicht der Bettelei ausliefern, so hat er ihnen „aus besonderen dazu verordneten Kosten“ durch Krankenhäuser zu helfen (Pol. § 383). Die Not ist groß und immer findet Wolff warmherzige Worte, an sie zu erinnern (Inst. § 1022). Berechtigt, Almosen zu fordern, ist nach seiner Meinung der, „der Mangel an Notdurft

54. Akten Preuß. Geh. Staatsarchiv, Rep. 52, n. 159 M.

55. Otto Hintze, Staat und Gesellschaft zur Zeit des ersten Königs, a. a. O. S. 159.

leidet und durch eigene Kräfte daraus nicht kommen kann' (Pol. § 385). Das Betteln will er im Staate gar nicht gestatten, sondern die Armen in staatlichen Anstalten, Hospitälern, Siechen- und Waisenhäusern unterbringen. Wohl aber hat man zu unterscheiden zwischen Arbeitsunfähigen und Arbeitsfähigen; in Zucht- und Arbeitshäusern, ja auch in den Armenhäusern sollen letztere unerbittlich zur Arbeit angehalten werden. Ein strenges Regiment, bei dem mit „Schlägen und Drohungen oder auch sonst harten Worten“ gearbeitet wird, schreibt Wolff vor. Ueber diesen Einrichtungen steht das Almosenamt (Pol. § 385). Welcher behördliche Charakter ihm zukommt, gibt Wolff nicht an. Es soll die Zahl der Armen verringern und ihnen ein Auskommen verschaffen. Aber um der Armut vorzubeugen, muß es ihre tausend Quellen aufdecken und verstopfen, unter denen außer Verschwendung auch die hohen staatlichen Steuern genannt werden. Schließlich soll es Arbeit vermitteln, die besser ist als alle Almosen (Pol. § 396); vielleicht lassen sich kleinere Beschäftigungen finden, die nebenbei verrichtet werden können, und die doch etwas Geld eintragen (Pol. § 384).

Hier öffnet sich das dritte Wohlfahrtsgebiet, dem in Ergänzung der beiden anderen noch eine reiche Fülle von *charitativen Institutionen* zugewiesen werden. Eben die Erwerbsvermittlung (Inst. § 1021) gehört hierher. Jeder, der arbeiten kann, soll arbeiten, und zwar soviel, daß seine körperlichen und geistigen Kräfte nicht darunter leiden (Pol. § 280. J. n. I. § 519). Wenn die Staatsbehörden überanstrengende Tätigkeit verhindern sollen (Pol. § 377), so kann dies nur durch Beaufsichtigung der Betriebe geschehen. Das grenzt dann unmittelbar an den Merkantilismus. Die Aufstellung eines Normalarbeitstages (Pol. § 377) mit beschränkter, fest bestimmter Arbeitszeit, wie die eines „geziemenden“ oder „gewissen Preises“ (Pol. § 331) sehen wir mit Marchet⁵⁶ nicht so sehr als merkantilistische Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe an, sondern vorwiegend als „mildernde Einrichtungen zugunsten der niederen Klassen“. In dem Zusammenhang, in dem sie stehen, sind sie diktiert von heiligem Eifer für diese Stände und rein ethisch formuliert. Wolff setzt sich ein, daß der Lohn stets pünktlich und möglichst kurzfristig gezahlt wird (Pol. § 377).

56. Marchet, a. a. O. S. 253.

Daß der Staat dabei mit gutem Beispiel vorangehen soll, haben wir schon erwähnt. Zwar braucht der Lohn nicht hoch zu sein, schon aus gesamtwirtschaftlichen (Pol. § 488) Gründen, aber er muß doch ein standesgemäßes Auskommen gewährleisten (Pol. §§ 280, 384). Daß Verkäufer und Käufer bestehen können, bewirkt ja auch die Festsetzung des „gewissen Preises“ (Pol. § 331) wie die Regulierung der Zinsen (Pol. § 333), beides Bestandteile der deutschen kleinstaatlichen Polizei- und Landesordnungen.⁵⁷ Was Wolff mit den „Verlagskassen“ meint, die zu bestimmten Arbeiten Darlehen gewähren, die als eine sichere Geldanlage den Reichen empfohlen werden, ist nicht klar (Pol. § 385). Letzten Endes sollen auch sie wohl die Armen „und die vom Mittelstand“ (Pol. § 504) — hier kommt dies Wort schon vor — bei Teuerung usw. vor dem Ruin bewahren, was schließlich auch dem Erlaß der stark altmodischen Kleider- und Speiseordnungen mit als ein Motiv zugrunde gelegt wird (Pol. § 384).

Gern wüßten wir, wie sich Wolff die Behörden vorstellt, die die Bauordnungen zur Ausführung bringen und die Einhaltung der Feuerlöschordnungen (Pol. § 388, Inst. § 1035) überwachen, waren dies doch einige der wichtigen Aufgaben der in Brandenburg-Preußen durch den absoluten Staat neu begründeten Kommissariatsbehörden. Aber leider finden sich bei Wolff nur die Gegenstände ihrer Tätigkeit verzeichnet, nicht ihr Wesen. Die Bauordnungen sollen auf Festigkeit und Bequemlichkeit, aber auch auf Schönheit der Häuser hinwirken. Beachtet man die Baukunst mit ihren Regeln (Pol. § 379), so entstehen Häuser, die sowohl allen hygienischen Anforderungen entsprechen, als auch in hohem Maße zur „Aufnahme“ des Landes beitragen. „Hier muß ich hauptsächlich bemerken, daß es einer Stadt ein großes Ansehen gibt, wenn sie wohl erbauet ist, und einem ganzen Lande, wenn wohl erbaute Städte darinnen sind“ (Pol. § 388). Aber obwohl die Bauordnungen nur auf obrigkeitlichen Erlaß, also durch staatliche Gewalt, zur Geltung gebracht werden, wird doch wieder einmal ein Reservat für die Freiheit der individuellen Betätigung angenommen: „Unterdessen ist nicht zu leugnen, daß eines notwendiger als das andere ist, und man nicht alle Kleinigkeiten in Bauordnungen bringen, sondern vieles

57. F. Hartung, Deutsche Verfass.gesch. S. 44.

dem Wissen und Gewissen der Baumeister und Werkleute überlassen muß" (Pol. § 388). Ist dies nicht ein förmliches Versteckspiel mit der staatlichen Bevormundung! Man weist den Staat auf Dinge, die noch notwendiger zu regeln sind, läßt sich also hier seine Freiheit noch weiter beschneiden, während man sich dort, indessen der Staat anderweitig beschäftigt ist, ein kleines bißchen Selbständigkeit verschafft.

Rein summarisch geben wir schließlich noch an, daß Wolff vom Staate und seiner Akademie Spiele zum Zeitvertreib seiner Untertanen nachgewiesen haben will (Pol. § 394). Glücksspiele um hohe Summen und Spielhäuser sollen aber verboten werden (Pol. § 395). Mag man dies noch hinnehmen, so muß die Fähigkeit, ernst zu bleiben, ein Ende haben bei der Liste der „Ergötzungen“, die die Obrigkeit wie ein lieber, guter Weihnachtsmann ihren Kinderchen schenken soll, Ergötzungen des Auges (Pol. § 390), des Ohres (Pol. § 391), des Geruchs (Pol. § 392) und des Geschmacks (Pol. § 393). Oeffentliche Bauten, öffentliche Musikanten, Polizei gegen den Gestank, öffentliche, d. h. von der Obrigkeit eingesetzte Köche sollen existieren! Woher nimmt die Obrigkeit die Beamten, woher Geld dazu? Wird die Vielgeplagte auch nichts übersehen? Wird sie nicht etwa die Kapitalunterlassungssünde begehen und an einer Stelle, wo Vogelgesang lieblich ertönt, das Schild anzubringen vergessen: „Es ist verboten, Nachtigallen und andere Singvögel zu stören und zu verjagen“? Die Anregung dazu ist zu lesen bei Christian Wolff „Vernünftige Gedanken vom gesellschaftlichen Leben der Menschen“ § 391, in dessen Nachbarschaft sich noch zahlreiche solcher Proben finden. Der Begriff der Polizei ist im 18. Jahrhundert weit ausgedehnt gewesen. Nirgends aber hat die Reglementierwut so kleinbürgerliche grotesk-lächerliche Formen angenommen, ist die Polizei so oft heranzitiert worden wie bei Wolff. Wenn wir aber bei jeder Gelegenheit auch die zweite Seele in des Autors Brust zur Geltung gebracht haben, deren Regungen doch unzweideutig den Beweis dafür liefern, daß Wolff in den Vorschriften und Beschränkungen nicht das einzige Mittel sah, so gibt es in der Tat nur die Erklärung für die vielfache Benötigung des Polizeistaates, die schon Marchet⁵⁸ gibt, daß es Wolff wie den übrigen

58. Marchet, a. a. O. S. 265.

deutschen Autoren dieses Staates angesichts der verfahrenen deutschen Zustände vor allem auf die Erzielung rascher und allseitiger Erfolge ankam. Die Gewähr fanden sie nicht im Wirken der Einzelpersönlichkeit, nur der Staat konnte sie bieten.

c) Staat und Recht.

Diese Allregierung vermag der Staat nur auszuüben, weil er Herr der Gesetzgebung und der Rechtspflege ist. Auf keinem Gebiete waltet die Staatshoheit bei Wolff so klar und unzweideutig wie auf diesem. Im Gesetz verkörpert sich seine Staatsidee, die des Absolutismus des 18. Jahrhunderts ebenso wie in der Rechtsprechung des deutschen Territorialstaates des 16. und 17. Jahrhunderts die Staatsidee dieser Zeit.⁵⁹ Das Gesetz ist der Weg, auf dem der Staat ins Volk steigt, ist die Form, in der er auf allen Kulturgebieten seine Tätigkeit errichtet. Staat und Recht, dieser erhabenste Zweiklang, steht bei Wolff im Mittelpunkt seiner Staatsanschauung. So viel er aber an Material zu diesem Gegenstande beibringt, das Interesse des Historikers wird davon nur schlecht befriedigt; denn die Idee der Rechts-
hoheit des Staates wird durch einen förmlichen Wust von praktischen Anweisungen für die Rechtspflege erstickt. Nur durch fortwährendes Destillieren von Wolffs Erörterungen findet man schließlich das, was für uns den eigentlichen Inhalt dieser hoch interessanten Staatstätigkeit ausmacht.

Alle Sätze Wolffs scheinen uns darin zu gipfeln, daß das Gesetz die Staatsautorität selber ist und diese darum keine bessere Stütze, keinen umfassenderen Arm hat als das Gesetz. Der Staat, d. h. die hohe Landesobrigkeit, und nur sie übt kraft Majestätsrechtes die Gesetzgebung, Gesetzesexekutive und die Rechtsprechung (Inst. §§ 1043, 1044, 1048, Pol. §§ 405, 468). Dadurch gewährt sie jedem Rechtsschutz und schließt jede Selbsttrache aus (Pol. § 400). Keiner Privilegien wird Erwähnung getan, die bevorrechtigte Klassen dem Arme des Staates entziehen. Jeder ist dem Gesetze unterworfen. Jeder erhält sein Recht nur vom Staate, niemand darf es sich selbst schaffen. Welche festgegründete Staatsgewalt sich darin ausspricht, zeigt allein schon ein Blick auf die Verhältnisse des Hl. Römischen Reiches, das für sich nur noch einen ganz verschwindend ge-

59. Vgl. F. Hartung, Aufsatz, S. 275/6.

ringen Rest von Rechtshoheit besaß, das meiste den Territorien hatte überlassen müssen. Aber auch diese, Preußen nicht ausgenommen, waren noch weit von dieser ganz absoluten Ausprägung des Rechtsstaates entfernt. Daß sie bei Wolff durchgeführt ist, offenbart, ein wie einheitlich geschlossener Staat ihm vor Augen schwebt. Dasselbe fand schon seinen Ausdruck im Aufbau der Gerichtsbehörden, den wir oben darstellten. Dieser oberste Grundsatz, daß alles Recht nur beim Staate liegt, soll uns der Wertmesser für die Fülle von Wolffs Notizen sein. Alle leiten doch schließlich zu diesem einen Gedanken, in mannigfacher Weise strahlt er nach allen Seiten aus.

Die Allmacht des Staates erhält eine neue Stütze durch das unbedingte Notverordnungsrecht, das Wolff der Obrigkeit verleiht (Pol. § 418), und das das „jus eminens“ in unerhört weittragender Weise ergänzt. Aber auch die gewöhnliche Gesetzgebung reicht völlig aus, um den Willen des Staates in jedem Falle durchzusetzen. Damit er aber wohlgegründet seine Macht errichte, gibt Wolff viele klug überlegte Ratschläge. Wieder warnt er vor der blinden Uebertragung fremder Gesetze (Inst. §§ 1068, 1073, Pol. § 413). Fast erinnert es an Montesquieu, wenn er erklärt, daß alle Gesetze aus den besonderen Bedürfnissen eines Landes erwachsen müßten. Denn spätere Abänderungen eines Gesetzes, nachdem es einmal erlassen, seien immer gefährlich und darum tunlichst zu vermeiden (Pol. § 419). Stets hat Wolff die Hoheit des Gesetzes im Auge, ob er nun empfiehlt, schädliche Gesetze lieber aufzuheben als durch Nichtbeachtung aus der Geltung kommen zu lassen (Pol. § 410), oder ob er zahlreiche Vorschriften für die Ausarbeitung der Gesetze gibt. Fachleute sollen mitwirken, die vom Gesetz Betroffenen um Rat gefragt, die Worte ganz eindeutig und klar gewählt, die Gesetze aber nicht gar zu spezialisiert gehalten sein (Pol. §§ 406, 407, 411, 425). Ueberwunden sind bei Wolff die Zeiten, wo der einzelne ohne Wissen von seinem Staate dahinleben konnte. Er muß sich mit ihm beschäftigen, muß seine Gesetze studieren, denn Unkenntnis der Gesetze schützt nicht vor Strafe (Pol. § 417). Aber auch der Staat muß alles tun, um seine Gesetze gut zu verkünden, erst durch die Publikation erlangen sie bindende Kraft (Pol. § 416). Aber er muß sie auch erklären, über ihre Absicht und Zweck belehren. Wolff wiederholt hier nur, was in allen absolutistischen Staaten über ganz Europa hin

beinahe zu dem eisernen Bestande der Staatsmaschine gehörte. Ludwig XIV. ganz besonders, aber auch Peter der Große und die preußischen Könige haben ihren Gesetzen zur Begründung von deren Zweckmäßigkeit lange theoretische, die Staatsanschauung der Herrscher widerspiegelnde Betrachtungen vorangesetzt, so wie es Wolff hier ganz als Aufklärer verlangt (Pol. § 408). „Ein blinder Gehorsam ist nöthig, wo ein Gesetzgeber sich nicht recht weiss und unbillige Gesetze giebet; allein wo dieses nicht geschieht, sondern die Gesetze vielmehr mit Verstand gegeben werden, da ist es dem Gesetzgeber angenehm, wenn die Untertanen seine Wahrheit und Güte erkennen lernen“. Daß er aber noch nicht in jedem Fall mit voll entwickelten Staaten glaubt rechnen zu können, geht daraus hervor, daß er umständlich die Anlage von Gesetzbüchern rechtfertigt (Pol. § 415). Das konnte eine Mahnung selbst noch für Preußen sein, wo trotz der fast verzweifelten Anläufe Friedrich Wilhelms I. die Justiz keine rechten Fortschritte machte und jene wichtigste Aufgabe dem genialen Sohn und seinem weisen Ratgeber verblieb. Aus den Gesetzbüchern soll sogar schon der Jugend Unterricht in den wichtigsten Gesetzen und Strafen (Pol. § 415) erteilt werden, eine bis heute unerfüllte Forderung; in Parenthese fügt er hinzu, daß dies zum Schutze des Staates beitrage. Diese kleine Bemerkung gibt uns das Recht, all dies kleine Beiwerk unter den einen oben ausgeführten Grundsatz zu stellen. Als eine bloße Schlußfolgerung daraus ergibt sich schließlich für den Staat die Notwendigkeit, größten Wert auf die Bestellung von Richtern zu legen, sind sie es doch, die das Recht dem einzelnen vermitteln (Inst. §§ 1028—30). Daß sie staatstreu sein müssen, ist für Wolff eine so selbstverständliche Voraussetzung jedes Beamten, daß er es nur ganz beiläufig erwähnt (Pol. § 406). Darüber hinaus entwirft er ein schönes, edles Bild von ihren notwendigen moralischen Qualitäten (Pol. §§ 470, 471). Es erfährt nur dadurch eine Trübung, daß er wahrscheinlich ein Ideal hinstellt, dem die wahren Zustände noch gar nicht voll entsprachen.⁶⁰ In der Betonung des Moralischen findet sich Wolff wieder mit Friedrich Wilhelm I. zusammen, der hier seinen Hebel ansetzen wollte. Die Richter, übrigens ebenso wie die Advokaten, auf die so viele blicken,

60. Vgl. G. Schmoller, Das Städtewesen unter Friedrich Wilhelm I., a. a. O. S. 303.

sollen eben in jeder Hinsicht ihrem hohen Amte auch als Menschen Ehre machen.

Ganz im Sinne des Staates wird auch die Frage beantwortet: Was ist gerecht? Wir streifen damit wieder ein Stück von Wolffs naturrechtlicher Theorie. Daß er das positive Recht aus dem natürlichen und damit aus der Vernunft folgert (Pol. §§ 401, 402), haben wir oben schon erwähnt, auch, daß der Gesetzgeber immer vom Naturrecht ausgehen und danach die bürgerlichen Gesetze ergänzen soll (Pol. § 432). Das beste „von mehreren tatsächlich vorhandenen positiven Rechten“, wie Landsberg es formuliert,⁶¹ ist demnach dasjenige, „welches am korrektesten (d. h. nach Wolffs Regeln) aus dem korrektesten (d. h. aus dem Wolffschen) Naturrecht hergeleitet ist“. Stets hält er an der natürlichen Billigkeit als oberster Richtschnur fest (Pol. §§ 335, 403), und Marchet hat dies besonders erläutert.⁶² So entscheidet er sich für eine Rechtsprechung ohne Ansehen der Person (Pol. §§ 409, 470), wie es im Wesen seiner ganzen Auffassung vom Rechte liegt,⁶³ obwohl seine Zeit viele Ausnahmen davon machte. Auch der alte naturrechtliche Grundsatz, der zugleich der Wahlspruch des preußischen Schwarzen Adlerordens war: *Suum cuique*, ist der seine (Pol. § 470). Aber dies alles täuscht doch nicht darüber hinweg, daß die natürliche Billigkeit ihre Grenzen im Wohl des Staates hat. Sein oberstes Staatsgesetz für das Individuum (Pol. § 420, Tue, was die gemeine Wohlfahrt . . .) läßt nur die Deutung zu, daß „im Wolffschen Staate alles Recht ist, was zur Erlangung der allgemeinen Ruhe und Sicherheit not tut“.⁶⁴ Schon in seinem Staatsvertrag hatte das Individuum trotz theoretischer Vorbehalte vollständig sein Selbstbestimmungsrecht zugunsten des Gemeinwohles preisgegeben. Nur so hatte Wolff seinen absolutistischen Staat konstruieren können. Mochte auch in dessen innerer Verwaltung viel Aufklärung gerettet werden, der Gesamtzug wurde durch die völlige Unterwerfung des Individuums antiaufklärerisch.⁶⁵ Dieser Rückschritt gegenüber der frühen

61. Landsberg, a. a. O. Bd. III, 1, S. 205.

62. Marchet, a. a. O. S. 260.

63. Auch der deutsche Territorialstaat des XVI. u. XVII. Jhrhds. kannte diese Forderung, vgl. F. Hartung, Aufsatz S. 276.

64. Landsberg, a. a. O. Bd. III, 1, S. 204.

65. Ebenda, vgl. die ausgezeichnete Bemerkung darüber.

deutschen Aufklärung findet da seinen schroffsten Ausdruck, wo die Frage, was ist Recht, praktische Auslösung erfahren muß, im Strafrecht. Zwar ist Wolff in den Anweisungen über die Prozeßführung ungemein zeitgemäß (Pol. §§ 375, 472, De rege § 13). Wie mit einem Stoßeufzer steht es da, daß es bisher mehr eine Last als ein Vorteil sei, beim Staate im Prozeß sein Recht zu suchen. Das Prozessieren müsse sehr beschleunigt werden, um die Ruhe der Untertanen zu erhalten, vor allem aber, um Geld zu sparen. Auch er stößt in ein Horn, das schon lange ertönte. „Ich rede hier bloß von der Sache überhaupt, ohne auf unsere Sitte zu sehen; denn sonst würde ich auch den Unfug der Advokaten mit unter die Ursachen der Verzögerung der Prozesse, ingleichen das Verschicken der Acten an auswärtige Rechts Collegia nach rechtlichem Erkenntnis, und was dergleichen mehr ist, dahin zu rechnen haben“ (Pol. § 472). Die Abschaffung des letztgenannten Mißbrauches hat nach langen harten Kämpfen Samuel von Cocceji erst unter Friedrich dem Großen durchgesetzt.⁶⁶ Aber schon in dem Beweisverfahren gegen mutmaßliche Uebeltäter spricht sich die grausame Härte von Wolffs Strafrecht aus, das keine Rücksicht auf den einzelnen kennt. Wenn wir Wolff in die Entwicklung der strafrechtlichen Anschauungen einreihen wollen, müssen wir es doch vor allen Kleinigkeiten (Inst. 1031, Pol. §§ 362, 363, 364) aussprechen, daß Wolff noch die Tortur, „die peinliche Frage“, zur Ueberführung von Verbrechern anrät⁶⁷ (Inst. § 1032, Pol. § 365). Er weiß zwar, daß sie nicht gerade das geschickteste Mittel ist, daß sie manche unschuldige Opfer fordert, will sie auch nur bei schweren Verbrechen, bei wirklich großem Verdacht, bei starkem und gesundem Körper des Angeklagten zulassen. Auch entschuldigt er sich noch ausdrücklich (Pol. § 365). „Ich weiss wohl, dass einige die peinliche Frage überhaupt verwerffen wollen, weil auch unschuldige zur Bekänntniss dessen können gebracht werden, was sie nicht verübet. Allein wenn alle die vorhin erzählten Umstände darbey in acht genommen werden, wird man nicht leicht damit fehl gehen, und bey denselben, aber

66. A. Stölzel, a. a. O. Bd. II, S. 173 f.; R. Koser, a. a. O. Bd. II, S. 48/9.

67. H. v. Voltelinis gegenteilige Meinung, a. a. O. S. 94, wird durch seine eigenen Zitate aus Wolff, a. a. O. S. 101 widerlegt.

keinen andern, habe ich als ein Weltweiser ihre Richtigkeit erwiesen". Entscheidend ist doch allein, daß er, ein Aufklärer, die Maßregel noch für anwendbar hielt, die der feurige Thomasius sein Lebelang mit nie erlahmendem Eifer bekämpft hatte.⁶⁸ Von diesem, also der frühen deutschen Aufklärung, nicht von Wolff, geht neben ausländischen Einflüssen der Weg zum Fortschritt, zur Humanität der Rechtspflege Friedrichs des Großen. Aber auch Wolff handelte in gewissem Sinne logisch, nämlich als Systematiker des Absolutismus. Der kleine Einschub (Pol. § 365), daß die Tortur anzuwenden sei, „wenn es die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit erfordert“, reiht auch den Inquisitionsprozeß des Mittelalters unter die Mittel ein, die Staatsautorität im Gesetze zu stärken. Der eine Zug, hier wie in der gesamten Handhabung der Justiz, und wiederum zu Landsbergs Behauptung ein Beweis, daß das Recht nur von der Staatsrück-sicht abgeleitet wird.

Staatsgebot ist es auch, daß die Strafen diktiert. Wie die Menschheit nun einmal ist, können Strafen allein die Innehaltung der Gesetze sicherstellen (Pol. §§ 341, 360, 468), kennt Wolff doch andererseits bei Ueberleistungen der Untertanen im Dienste des Staates auch staatliche Belohnungen (Pol. § 342). Er will Strafen für Totschlag und Selbstmord (Pol. §§ 371, 372), wie für Beleidigung und Ehrenkränkung (Pol. §§ 330, 397), wenn er auch aus natürlicher Billigkeit den „Termin zur Güte“ vorschlägt, der viel zu wenig beachtet werde (Pol. § 403). Aber seine wahre Absicht enthüllt er doch erst, wenn er sagt (Pol. § 357), daß Strafen nur Vergehen treffen können, die die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit hindern. Das klingt, als seien Strafen selten, erhält aber seine Schwere, wenn wir dann lesen, daß z. B. jeder Diebstahl solch Vergehen ist. Auch das Privatverbrechen wird als Verletzung des Staatszweckes gedeutet und demnach die Strafe bemessen. Landsberg⁶⁹ faßt dies juristisch, „so richtet sich die Höhe der Strafe nicht nach der Schwere des Unrechtes, sondern lediglich nach dem Repressionsbedürfnis“. Daher lassen sich die grausamsten Strafmittel verteidigen. „Schreckt der Strang nicht mehr, muß man rädern“ (Pol. § 344). Da Wolff einer Strafmilderung im Prinzip abgeneigt ist (Pol.

68. Vgl. Hintze, a. a. O. S. 148 f.

69. Landsberg, a. a. O. S. 204.

§ 345), übrigens ganz ähnlich dem Brauche des älteren deutschen Territorialstaates, dessen grausame Strafgerichtsbarkeit sich auch sonst mit der seinen berührt,⁷⁰ aber viele strafverschärfende Gründe kennt (Pol. §§ 343, 348), will er, daß lieber strenger gestraft wird, als im allgemeinen notwendig wäre (Pol. § 344). Unmenschlich hart geht er vor. Dabei sieht er den Zweck seiner Strafen im Gegensatz wieder zu Thomasius und auch zu Grotius einseitig in der Abschreckung (Pol. §§ 343, 345, 346).⁷¹ Strafen machen nicht tugendhaft, hindern nur den Willen zum Bösen. Der Tugendhafte befolgt das Naturgesetz, ohne daß er durch die Furcht vor Strafe dazu gezwungen wird. Nur eine Möglichkeit, daß die Strafen den Weg zur Tugend anbahnen, sieht er: sie müssen mit sinnreichen Zeremonien vollstreckt werden (Pol. § 355). Sechs ganze lange Paragraphen werden dazu benutzt, um in geradezu widerwärtigster Breite den Vorgang einer Hinrichtung, die in der Oeffentlichkeit stattfinden muß, und alles das zu schildern, was dabei zu besorgen ist, damit sie die nötige Wirkung auf die Zuschauer ausübt (Pol. §§ 349 bis 354). Wir sehen fast leibhaftig vor uns, wie der Sittenprediger Wolff durch die Menge schreitet, wie er sie einen weiten Kreis bilden läßt, damit alle gut sehen können und keiner dem andern die Aussicht versperrt. Keine Einzelheit wird uns erspart. Er deutet auf die Wichtigkeit eines öffentlichen Geständnisses, eines langen Armsünderganges, einer schimpflichen Verbrechergewandung usw. hin. Das ganze Komödienspiel zeigt nur zu deutlich, daß nicht die eine Freveltat bestraft wird, nein, mit Pomp und Trara wird hier der verletzten Staatshoheit Genugthuung verschafft. Doch was erreicht der Staat mit alledem? Derselbe Wolff, der sein Individuum so innerlich mit dem Staat zu verbinden verstand, zuckt hier resigniert die Achseln. Er, der eine Staatsgesinnung kannte, sagt vom Staat, daß er nur Strafen habe, mit denen er höchstens eine „äußerliche Zucht“ hervorrufen könnte, indem er auf die bösen Folgen einer Handlung sehe (Pol. § 356). Die wahre Tugend gibt er damit aus der Hand, schließt sich vom menschlichen Innern wieder aus. Aber hat er nicht selbst die Erreichung der Tugend als einen Staatszweck gesetzt? Er vergißt ihn auch nicht, wie wir sogleich sehen

70. F. Hartung, Aufsatz S. 276.

71. Marchet, a. a. O. S. 261 ff.

werden. Aber dieses Schwächegeständnis der Strafgewalt zeigt doch, daß die Erhebung der Rechtshoheit des Staates von ihm zu einseitig, gewiß nicht modern, vorgenommen ist. Trotz mancher beachtenswerter Einzelerkenntnisse, und obwohl die Rechtshoheit ganz im Geiste des absolutistischen Staates ist, blieb er für die Zukunft unfruchtbar. Die unerbittlich grausame Ausübung der Strafgewalt ist ein uraltes Erbstück, das er dem Absolutismus, geschweige denn dem aufgeklärten, als keinen Edelstein ins Diadem gesetzt hat. Seine Rechtshoheit ist zwar ein eherner „Rocher von Bronze“, aber das Metall nicht rein, sondern es birgt in sich eine Schlacke, die der Aufklärung wesensfremd ist und schließlich ausgestoßen werden konnte.

d) Staat und Religion.

Es ist ein Beweis dafür, wie unsystematisch und inhaltlich zusammenhangslos die „Politik“ aufgebaut ist, wie lediglich durch logische Entwicklung verbunden, die Sätze nebeneinanderstehen, daß Wolff der staatlichen Rechtspflege eine so resignierte Endaussicht eröffnen konnte, ohne auch nur mit einem Worte der Macht zu gedenken, die helfend der Justiz zur Seite tritt, um da einzugreifen, wo die irdische Gerichtsbarkeit enden muß, der Religion, obwohl er auch ihr Verhältnis zum Staat in der „Politik“ zum mindesten streift. Wir dürfen auch die staatliche Sorge um die Religion als eine Seite der Staatstätigkeit auffassen.

Fast mit Gewalt, wenigstens im Kampf mit widersprechenden Meinungen, zwingt Wolff dem Staate diese Pflichten auf. Er soll über die „äußerliche Zucht“ hinaus für „Tugend“ sorgen (Pol. § 316, Inst. § 1024). Wie für den einzelnen muß dies auch für den Staat zwei Betätigungsfelder eröffnen, das religiöse Leben im besonderen und das sittliche Leben schlechthin. Wie steht Wolffs Staat zur Religion? Da ihm in schärferer Weise als sonst von den Staatstheoretikern, z. B. Pufendorf, als Endzweck die Vollkommenheit seiner Glieder gesetzt wird, ist darin die Notwendigkeit der Religion schon mit enthalten. Der Begriff der Tugend hat bei Wolff eine religiöse Note.⁷² Der Staat bedarf geradezu der Religion, da ohne sie seine bürger-

72. Vgl. Marchet, a. a. O. S. 242 ff.

lichen Gesetze unzulänglich bleiben. Was bedeutet nicht in Wolffs ehrenfestem Staate der Eid, und der würde ohne Religion hinfällig (Pol. § 366). Braucht aber der Staat selbst die Religion, muß er sie auch in seine Pflege nehmen und Einrichtungen schaffen, damit jeder die Erkenntnis Gottes erwerben kann (Pol. § 319). Steht dies auch unbestritten fest, so erhebt sich doch die Streitfrage nach der Behandlung der Atheisten, die zu Wolffs Zeit so hoch akut war, die für ihn selbst zum Stein des Anstoßes wurde. Immer hat er sich vom Staate weitgehendste „Freiheit zu philosophieren“ gewahrt und sein Lebelang dafür Lanzen gebrochen. Der Staat dürfe nur die Philosophie verbieten, durch die der Religion, der Tugend und dem Staat Eintrag geschehen könnte. (Ausf. Nachricht. Cap. 4, § 42, S. 134 ff.) Stets hielt er Gedanken für zollfrei und hat das Inquirieren gegen unschädliche Irrtümer als Unrecht gebrandmarkt (Pol. §§ 359—361). Dieselbe Auffassung hat er der Atheisterei gegenüber bewahrt. Daß auch der Atheist durch das Naturgesetz verpflichtet ist, zeigten wir bereits. An sich möchte ihn Wolff schon dulden, dennoch tut er den Schritt zur staatlichen Anerkennung des Atheismus, wie ihn Bayle wagte, nicht, doch wohl, weil er seinen Staat dafür noch nicht gefestigt genug hielt. Widerspruchslos erklärt er immer erneut, der Staat dürfe Atheisterei nicht zulassen, nicht einmal den Ruf davon (Pol. §§ 368, 369, die berühmten, scharf umstrittenen Paragraphen), mit aller Energie warnt er aber vor böswilligen oder unvorsichtigen Verdächtigungen, z. B. daß man Gelehrte als Atheisten verschreit, wenn sie nicht regelmäßig zur Kirche gehen. Die große Gefahr des Atheismus für den Staat sieht Wolff darin, daß seine Anhänger ihre Meinung nicht für sich behalten, öffentlich zu Religionsverächtern werden, also Unfrieden stiften und die Grundlagen des Staates in der Religion untergraben. Er gibt zu, daß auch ein Atheist vernünftig leben kann, wie ja auch heidnische Staaten existieren. Aber in Kulturstaaen, wo die Menschen dicht zusammenleben und „ein jeder in seinen Handlungen nicht allein auf sich, sondern auch andere mit zu sehen hat“, wo ein schlechtes Beispiel unendlichen Schaden stiften kann, wo die meisten Menschen die Stütze der Religion nicht entbehren können, da sie nicht vernünftig genug sind, muß der Staat die Atheisten als einen Gefahrenherd ausschließen. Wolff kommt zu dem Schluß (Pol. § 421) „so weiß doch ein jeder, daß

im bürgerlichen Leben die Heuchelei besser ist, als öffentlich gottlose sein, weil dadurch das Aergernis gehoben und der Wert der Religion erhalten wird". Dem frommen Wolff wird dieser Satz sicher nicht leicht geworden sein, aber er zeugt von wirklichkeitszugewandtem Blick. Der Aufklärer entschließt sich zu einem Zugeständnis an die Macht des Staatsgedankens.

Der Staat hat aber auch positive Aufgaben für das religiöse Leben zu erfüllen. Leider faßt sie Wolff so abstrakt, daß nirgends die Namen bestimmter Bekenntnisse in seinen staats-theoretischen Werken erscheinen. Bei der Behandlung des Majestätsrechtes „circa sacra“ haben wir Wolff dem staatskirchenrechtlichen Gedankenkreis der Hallischen Schule anzugliedern gehabt. Landsberg hat darauf verwiesen, daß die päpstliche Stellung in Wolffs Lehre eine überraschende Berücksichtigung erfährt und führt darauf Wolffs starke Verbreitung in katholischen Ländern zurück. Aber trotzdem schreibt Wolff seine „Politik“ und sein „Naturrecht“ keineswegs nur für katholische Staaten. Er bleibt hier nur wieder dem objektiven Standpunkt des Weltweisen treu. Seine Anweisungen gelten für alle christlichen Staaten. Der Staat soll Prediger anstellen, die die Unterweisung in der Religion erteilen (Pol. §§ 319, 367, Inst. §§ 1025, 1026). Um Zusammenkünfte der Bürger zu religiöser Erbauung zu ermöglichen, errichtet er Kirchen (Pol. §§ 320—23). Da es öffentliche Gebäude sind, legt Wolff wieder Wert darauf, daß sie prächtig, aber auch zweckentsprechend angelegt werden. Der Staat muß ferner Feiertage festsetzen, an denen die religiösen Lehren, auf das Jahr verteilt, zur Auslegung kommen. Jeder Feiertag ist durch bestimmte Zeremonien gekennzeichnet (Pol. §§ 320, 324, 325, 326). Aber sofort meldet sich der merkantilistische Praktiker. Der Staat darf nicht zu viele Feiertage anordnen, sonst wird wertvolle Arbeitszeit versäumt (Pol. § 324). Alle Länder, in denen der Merkantilismus zur Herrschaft gelangte, haben in diesem Geiste dekretiert, haben die Zahl der Mönche beschränkt und Klöster aufgehoben.⁷⁹

Bei der Erörterung der staatlichen Fürsorge für das sittliche Leben beschränkt sich Wolff auf wenige Bemerkungen, die sich aber aus seinen moralischen Schriften noch stark vermehren

79. Vgl. für den Merkantilismus Colberts, Friedrich Wolters, Colbert, Meister der Politik, Bd. II, S. 312/3.

ließen. Immer wieder sind es dieselben Züge, dieselben Mittel, die Wolff dem Staate weist. Unterricht will er in der Moral nicht nur für die Jugend, sondern auch in „öffentlichen Zusammenkünften“ unter „öffentlichen Lehrern“ für die Erwachsenen (Pol. § 317). So, denkt er, könne der Staat die Laster bekämpfen, gegen die er auch mit Strafen vorgeht (Pol. § 318). Vielleicht hat ihn in dieser Beziehung die pietistische Einrichtung der Katechisation, die in Halle üblich war, angeregt. Es erhält dies sonst recht farblose Gebiet einen gewissen Reiz dadurch, daß Wolff zu Erbauungszwecken neben Büchern auch Schauspiele (Pol. §§ 328, 329, Inst. § 1027) und Poesie (Pol. § 391) nennt. Den besonderen Wert der Comödien und Tragödien für die Besserung der Menschen erblickt er darin, daß man in ihnen Lebensschicksale in knapper Zusammendrängung zum lebendigen Miterlebnis vorgeführt erhält und daraus lernen könne. Den Nützlichkeitsstandpunkt darf man ihm nicht verargen, den teilt er noch mit sehr vielen, beinahe allen seinen Zeitgenossen. Erschreckend kraß tritt er aber hervor, wenn er fordert, daß sich der Staat Musiker und Dichter halten soll, die in Versen Tugendlehren verbreiten. „So sind auch Poeten im Gemeinen Wesen nicht unnütze Leute, die mit ihren Versen bei sich ereignenden Gelegenheiten zugleich ergötzen und Nutzen schaffen“ (Pol. § 391). Also „Et prodesse volunt et delectare poetae“, mit dem Ton auf prodesse. Freiheit jedoch wird weder den Staatsschauspielern, noch den Staatspoeten gewährt. Der Staat nimmt sie in Dienst, ihm müssen sie sich fügen. Jenen verbietet er alle Schauspiele, die nicht die Tugend fördern, als Geld- und Zeitverschwendung (Pol. § 329), diesen alle „verliebte und unzüchtige“ Verse (Pol. § 391). Es gemahnt an die Tendenz seines Strafrechts, wenn er einer Zensur das Wort redet, d. h. „besondere Aufseher zu bestellen, die vorher die Arbeit der Poeten durchsehen müssen, ehe sie sich damit an das Tageslicht wagen dürfen“. Diese Zensurbestimmung für poetische Werke ist selbst zur damaligen Zeit nichts Alltägliches.

Obwohl die folgenden Bemerkungen nicht eigentlich in direktem Zusammenhange mit dem eben behandelten Gebiet stehen, so berühren sie sich doch damit soweit, daß wir sie hier anfügen können. Der Staat, der die literarische Produktion derartig kontrolliert, soll auch die Grenzen bestimmen, in denen

sich der damals überall im Schwange befindliche, temperamentvoll geführte Gelehrtenstreit zu bewegen habe. Er soll gegen jede Art von Beschimpfung, vor allem aber gegen anonyme Pasquillanten einschreiten (Pol. §§ 398, 399). Ja, die letzteren gelten Wolff als besonders gefährliche, da vorsätzliche Uebeltäter. Damit verschafft Wolff dem Polizeistaat sogar Eintritt in das sonst durch Privilegien so ängstlich gehütete akademische Leben. Hier äußert sich schon 1721 der der Fehde abgeneigte Gelehrte. Aus dem Wunsch nach Ruhe vergißt er, daß als Konsequenz seiner Forderung auch Eingriffe des Staates in die Lehrfreiheit zulässig werden, wie er sie selbst erlebte. Wir haben es im ersten Teile ausgeführt, daß der Staat, um den Frieden unter den Professoren zu erhalten, einfach jede Polemik verbot. Das war nicht im Sinne Wolffs; denn trotz des Tiefstandes jener Fehden konnten auch wertvolle Anregungen daraus hervorgehen. Aber es zeigt, wie das Schutzbedürfnis ein neues Joch der individuellen Freiheit aufzurichten geeignet war. Teuer ließ sich der Staat seine Hilfe bezahlen. Neue Bevormundung war nur zu oft der Preis. Auf allen Gebieten hat sich uns bisher diese Aussicht eröffnet. Auch dies zuletzt geschilderte trägt die Signatur des Polizeistaates. Er ruht auf einer recht ernsthaften Religion und strengen Moral. Volkserzieher will er sein. Wir gehen ihm in diesem Berufe noch weiter nach, wenn wir ihn bei seinen Bemühungen um die Volksbildung beobachten.

e) Staat und Volksbildung.

Wolff hat seine Gedanken und Wünsche für diese Seite der Tätigkeit seines Staates durch viele Paragraphen (Pol. §§ 284—315) des wichtigen III. Kapitels seiner „Politik“ hindurch in eine Darstellung gebracht, die sich durch eine in diesem Buche seltene Einheitlichkeit auszeichnet, der man es anmerkt, daß er sie mit seiner ganzen Liebe zum Lehrberuf durchdrungen, aus seiner täglichen pädagogischen Erfahrung geschöpft hat. Wir sind geneigt, seinen Ausführungen besonderes Interesse zuzubringen, da Wolff Universitätsprofessor des preußischen Staates war, der nach Ansätzen unter dem ersten König vor allem unter dessen Nachfolger sein Interesse für die Volksbildung oft und laut bekundete. Die Bemühungen Friedrich Wilhelms I. um die Durchsetzung eines pflichtmäßigen Elementarunterrichtes sind

bekannt. Seit dem viel berufenen Generaledikt vom 28. IX. 1717, das bei strenger Strafe den Schulzwang einführen wollte, das aber, wie Vollmer aus den Akten und den Verhältnissen nachgewiesen hat,⁷⁴ fast überall wirkungslos blieb, weisen alle Regierungsjahre zahllose Verfügungen über diesen Gegenstand auf. Ueberschwenglich wurde darum Friedrich Wilhelm I. als der „Vater und Schöpfer der preußischen Volksschule“ gefeiert. In jüngerer Zeit hat man diese seine Tätigkeit einer eingehenden Kritik unterzogen.⁷⁵ Aber mag man die praktischen Erfolge auf ein Minimum einschränken, es läßt sich nicht leugnen, daß ernsthafte Bemühungen des Königs in den Schranken, die seinem Wesen und seiner Regierungsart gesetzt waren, dem Gebiete der Volksbildung galten, und daß er wenigstens theoretisch klar das Prinzip des Volksschulunterrichts in seinen Edikten formuliert hat, mochten sie auch aus einer noch so wenig originellen Ansicht von der Pädagogik diktiert sein. Es ist schwer denkbar, daß einem preußischen Universitätsprofessor diese im besten Sinne aufklärerischen Bestrebungen des eifrigen absolutistischen Staates in Preußen entgehen konnten, auch wenn sie nicht direkt der Vorbildung des akademischen Nachwuchses zugute kamen, da ja die höheren Schulen, die dieser besuchte, scharf von den jetzt allmählich entstehenden Elementarschulen getrennt waren. Gerade das Herzogtum Magdeburg war zudem im Volkswildungswesen allen andern preußischen Ländern voraus. Hier war schon 1652/8, lange bevor es brandenburgisch wurde, die Schulpflicht proklamiert und realisiert worden.⁷⁶ Zu Wolffs Zeit war Halle das wichtige pädagogische Zentrum. Von hier, wo A. H. Francke durch sein Waisenhaus richtunggebend wirkte, erhielt auch, nach Pariset, Friedrich Wilhelm I. seine bestimmenden Anregungen, z. B. zur Begründung seines Potsdamer Militärwaisenhauses, für das am 1. XI. 1724 Statuten erlassen wurden, die zu den „merkwürdigsten pädagogischen Dokumenten der Zeit“⁷⁷ gehören. Wird Wolff sie auch schwerlich gekannt und später wenig von den Maßnahmen in Ostpreußen⁷⁸

74. Ferdinand Vollmer, Friedrich Wilhelm I. und die Volksschule, 1909, S. 31—40.

75. Pariset, a. a. O. S. 436—485 und Vollmer, a. a. O.

76. Vollmer, a. a. O. S. 13—16.

77. Pariset, a. a. O. S. 444.

78. Vollmer, a. a. O. S. 40—62. Pariset, a. a. O. S. 462—480.

erfahren haben, so lebte er doch lange genug in der von Pädagogik erfüllten Hallischen Luft, daß er von den staatlichen Reformversuchen Notiz nehmen mußte. Zwar merkt man es auch seinen Sätzen an, daß sie aus der Praxis stammen, aber wie leer erscheinen sie, wenn man sich dagegen die ganze bunte Mannigfaltigkeit der vielen Anläufe vergegenwärtigt, die der preußische Staat machte, nachdem er einmal die Schule an sich gezogen hatte. Hier besagt auch Wolffs eigene Einschränkung, er schildere keinen bestimmten Staat, nichts. Was hätte er, der Aufklärer, seinem Staate als größere Zierde mitgeben können als die Pflege der Schule? Der Grund ist lediglich, daß Wolff nicht die Fähigkeit besaß, den Staat in der Praxis bei seiner Kleinarbeit richtig zu beobachten.

Alles, was Wolff über Volksbildung an lebensvollen Lehren und Forderungen vorträgt, bezieht sich mit wenigen Ausnahmen auf die Universitätsbildung,⁷⁹ hat Anwendung auf die Professoren und Studenten.⁷⁹ Wir versagen es uns, das in vielem noch heute Beachtenswerte, wie die Warnung vor dem von schlecht gebildeten Studenten erteilten Privatunterricht, hier wiederzugeben, zeigen auch nur an dem einen Beispiel, daß sein Vorschlag, die Zahl der Studierenden zu beschränken, in der Zeit nach dem Weltkriege wieder modern wurde. Wir bemühen uns vielmehr, durch die Aufschüttungen praktischer Beobachtungen und Ratschläge hindurch auch hier wieder die staatliche Wirksamkeit herauszugraben. So dürftig hierfür der Ertrag seiner Angaben ausfällt, das eine ist doch klar herauszustellen: staatliche Schulfürsorge will auch er. Große Leistungen und Opfer muß der Staat für die Volksbildung darbringen. Wenn es auch nicht deutlich wird, so stimmt Wolff doch im Grundprinzip mit der Schulpflege des preußischen Staates überein. Das darf man bei allen Ausstellungen am einzelnen nicht vergessen. Aus der Forderung des Naturgesetzes, daß das Individuum erkennen müsse, was gut und böse und was der seiner Lebensart entsprechende Beruf sei, leitet er die Notwendigkeit der Schulen ab (Pol. § 284). Er verlangt Akademien, Schulen und „gemeine

79. Vgl. hierzu von der preußischen Seite: R. Kosers aufschlußreichen Aufsatz „Friedrich der Große und die preußischen Universitäten“ in „Zur preuß. u. deu. Gesch.“ S. 128 ff.

Schulen“ vom Staat. Die „gemeinen Schulen“ sind die Volksschulen; denn sie sollen dem „gemeinen Mann“ die Fähigkeiten des Lesens, Schreibens und die Grundlehren der Religion vermitteln. Sie dienen also ganz wie die Elementarschulen Friedrich Wilhelms I. mehr der Erziehung als der intellektuellen Ausbildung, fehlt doch unter den Unterrichtsgegenständen das Rechnen, dessen Zugehörigkeit zum Lehrplan auch in Preußen noch auf lange Zeit keineswegs gesichert war.⁸⁰ Von obligatorischem Schulunterricht sagt Wolff nichts, man müßte es denn aus dem für alle verbindlichen Naturgesetze oder noch konkreter aus seinen Wünschen folgern, daß für Kinder, deren Eltern das Schulgeld, das übrigens bei den Schulgründungsversuchen in Preußen heiß umstritten wurde, nicht bezahlen können, Armenschulen eingerichtet werden sollen (Pol. § 385). Erfast so der Unterricht ziemlich weite Kreise, so unterscheidet er sich in einer Beziehung sehr wesentlich vom preußischen. Trotz der Betonung der Erziehungstendenz, trotz dem Festhalten an der Sittenlehre, fehlt ihm bei Wolff völlig der konfessionelle, überhaupt der religiöse Charakter. Der preußische Staat wollte von vornherein nur der Kirche helfend zur Seite treten und vor allem brave, bibelsichere, natürlich protestantische oder reformierte Christen heranbilden. Wolff bewahrt eine größere Freiheit. Abneigung gegen die kirchliche Verbindung könnte möglicherweise sein geringes, wenigstens nie hervortretendes Interesse an der preußischen Reform mitbedingt haben. Viel mehr läßt sich über seine „gemeinen Schulen“ nicht sagen. Seine „Schulen“ sollen junge Leute zu nützlicher Erkenntnis anführen, gehen also direkt auf Bildung aus. Er kennt „Rechenschulen“ für Kaufleute und die, „die weitläufige Landwirtschaft“ treiben (Pol. § 284). Handwerksschulen, die etwa als Fachschulen anzusprechen sind (Pol. § 312), auch die „Maler- und Baumeisterakademien“ gehören hierher. An allen hat der Staat nicht zum geringsten ein merkantilistisches Interesse. Die „Akademien“ schließlich sind die Universitäten. Sie sind die „Oerter, wo man die Wissenschaften lehret und zu nützlichen Künsten und Leibesübungen anführet“ (Pol. § 284). Daß diese letztere Bestimmung ganz besonders auf die aus einer Ritterakademie erwachsene Universität Halle paßte, haben wir schon oben erwähnt.

80. Vgl. Vollmer, a. a. O. S. 143—147.

Aus den Grundsätzen Wolffs in den staats-theoretischen Schriften läßt sich schwerlich eine nur einigermaßen vollständige Pädagogik aufbauen. Schöne, feinsinnige Worte findet er für die „saure und beschwerliche Arbeit“ der Lehrer (Pol. § 286), von denen er, wie Friedrich Wilhelm I. im Edikt vom 30. IX. 1718,⁸¹ einen durch strenge Prüfung erbrachten Befähigungsnachweis und treuen Fleiß verlangt (Pol. § 285/6). Aber er fordert auch für sie ein ausreichendes Gehalt (Pol. § 287); vielleicht dachte er dabei an die Gesuche, die er um Gehaltserhöhung an Friedrich Wilhelm I. hatte richten müssen. Er selbst aber erfüllte schwerlich, was er als Ideal hinstellte, daß ein Lehrer Hochmut, Hoffart und allzugroßen Ehrgeiz ebenso meiden müsse wie den Streit mit Kollegen (Pol. § 289). Die Lehrer werden, da er hier an Dozenten der Universitäten denkt, durchaus als Staatsbeamte behandelt, eine kirchliche Abhängigkeit der niederen Lehrer findet keine Erwähnung. Stets wird betont, welchen großen Nutzen dem Staate gute Lehrer bringen, wie er auf ihre Heranbildung und Ueberwachung bedacht sein müsse (Pol. §§ 285, 286). Berühmte Lehrer locken viele Schüler an (Pol. § 288). Ein enges Verhältnis besteht zwischen beiden, auf die Liebe des Schülers gegründet (Pol. § 291). Wenn es Wolff auch keineswegs entgeht, daß sich an streitende Lehrer Schülerparteien anschließen können (Pol. § 289), er hatte es ja bei seinem Prorektoratswechsel 1721 selbst erlebt, so will er im Gegensatz zu den strengen Verfügungen, die Friedrich der Große später über studentische Disziplin erließ,⁸² den Studierenden doch möglichste Freiheit erhalten (Pol. § 292). „Uebermäßiges Trinken, Lärmen, Schreien, Singen“, den allzu freien „Umgang mit Weibspersonen“ möchte er aber etwas einschränken (Pol. § 297). Kluge Ratschläge gibt er dem Staate für die Erteilung von Stipendien, für die er reichliche Summen ausgesetzt wissen will (Pol. § 294). Allerdings, „es kommt nicht auf die Menge an, die versorget werden“. Versagt man Nichtbefähigten die Unterstützung, so kann man sie vom Studium und damit von den Staatsämtern ausschließen. „Die hingegen befördern gar schlecht die Wohlfahrt des Landes, welche durch kümmerliche Almosen allerhand zum Studieren untüchtige Leute anlocken, damit sie ihrer Faulheit ein Genügen tun und der

81. Koser, im oben zitierten Aufsatz über das Universitätswesen, S. 159.

82. Ebenda, S. 160—173.

Arbeit entgehen können" (Pol. § 295). — Es entspräche etwa der Zeit Friedrichs des Großen, daß die höheren Staatsämter mit studierten Männern besetzt wurden. Wolff sieht dies schon 1721 vor. — In der Unterrichtsmethode schwebt ihm ein ganz moderner Grundsatz als Richtschnur vor. Der Lehrer soll seinen Schüler kennen lernen und danach seinen Vortrag einrichten (Pol. § 292), also Unterricht auf psychologischer Basis! Damit stellt er sich in direkte Parallele zu Friedrich Wilhelm I.,⁸³ der in den Waisenhausstatuten vom 1. XI. 1724 genau dasselbe formulierte. Wie unendlich weit blieb dahinter die auf den tatsächlich bestehenden Volksschulen geübte Lehrweise zurück. Sie war „ein Drill, schlimmer als auf den Exerzierplätzen“.⁸⁴ Jene Urkunde könnte in ihrer Pedanterie, die die Dinge bis ins kleinste Detail regelt und darstellt, geradezu ein Produkt Wolffischen Geistes sein. Manches erfahren wir noch bei Wolff über den Universitätsbetrieb, aber meist sind es Dinge, die den Staat weniger angehen. Zieht man zum Vergleiche die Leistungen des preußischen Staates für seine Universitäten heran, so wird man sowohl unter Friedrich Wilhelm I. als auch unter Friedrich dem Großen die sonst in der Staatsverwaltung gezeigte Rührigkeit vermissen. Zwar hatte der erstere durch seine Beziehung zu den Juristen und A. H. Francke ein gewisses Interesse an Halle, zwar war der geniale Sohn für alle Bildungsfragen aufs lebhafteste interessiert, wie er sich ja auch literarisch öfter mit ihnen beschäftigt hat⁸⁵ und kraft seiner überragenden geistigen Persönlichkeit ein verständnisvoller Schirmer der Wissenschaften gewesen ist, aber wirklich große Fortschritte wurden unter beiden Herrschern auch durch die zahlreich gegebenen Edikte nicht erreicht. Einer der Gründe dafür war es sicher, daß der Staat nur bescheidene Mittel für wissenschaftliche Zwecke aufwendete. Aber der Tiefstand der Universitäten muß doch vor allem aus der Stagnation der deutschen Wissenschaft erklärt werden. Mag darum vieles, was Wolff anführt, frommer Wunsch gewesen sein, was ihm für diesen Zweig der Staatstätigkeit am meisten am Herzen lag, hat eine schöne Entsprechung im Preußen des großen Friedrich gefunden.

83. Vgl. Pariset, a. a. O., S. 448.

84. Vollmer, a. a. O. S. 153.

85. Kosers Aufsatz S. 140 ff., 186 ff., 198, besonders die „Lettre sur l'éducation“ von 1770.

Gekrönt wird die Volksbildung durch eine Einrichtung, von der dem Staate besonders vielseitiger Segen zuströmt, durch die Akademien der Wissenschaften, denen sich die der Künste anreihen (Pol. §§ 299—311). Es wäre eine reizvolle Aufgabe, den Gedanken der Akademie durch die Geschichte zu verfolgen. Dem Leibnizianer Wolff sind sicher die Pläne und die preußische Schöpfung seines großen Meisters gegenwärtig gewesen. Wie Wolff Leibniz' Philosophie nicht lediglich sklavisch übernommen, sondern in seinem eigenen Sinne weitergebildet hat, so hat er auch dessen Auffassung vom Zweck der Akademie gemäß der Tendenz seiner Staatslehre abgewandelt. Seine Ansicht bildet ein Zwischenglied zwischen der von Leibniz und der Friedrichs des Großen. Gewiß lebte in Leibniz die Idee der Akademie so universal, daß selbst die friderizianische Umarbeitung der von ihm geschaffenen Statuten der Preußischen Akademie noch in seinen Bahnen blieb. Gerade aber bei der Begründung der Preußischen Akademie hat er deren Zweck entscheidend unter naturwissenschaftlich-praktische Gesichtspunkte gestellt. Auf den „realen Nutzen“⁸⁶ hat er abgezielt. In einer genaueren Darlegung des Planes hat er das Ziel einmal folgendermaßen erläutert:⁸⁷ „Wäre demnach der Zweck, theoriam cum praxi zu vereinigen, und nicht allein die Künste und Wissenschaften, sondern auch Land und Leute, Feldbau, Manufacturen und Commercien, und mit einem Wort, die Nahrungsmittel zu verbessern, überdies auch solche Entdeckungen zu thun, dadurch die überschwengliche Ehre Gottes mehr ausgebreitet, und dessen Wunder besser als bisher erkannt, mithin die christliche Religion, auch gute Polizei, Ordnung und Sitten theils bei heidnischen, theils noch rohen auch wohl gar barbarischen Völkern gepflanzt oder mehr ausgebreitet würden.“ Anders Friedrich der Große. Er hat den praktischen Zweck zurückgeschnitten. Nach ihm sollte die Akademie vom Boden reiner Wissenschaft Aufklärung verbreiten und den Staatsbürger durch die Wissenschaft zum gemeinnützlichen Staatsgliede ausbilden und erziehen. In die Staatsverwaltung aber hat sie nichts hineinzureden. Die Sphäre des Wissenschafters ist nicht die des Staatsmannes. Harnack kann den Satz schreiben:⁸⁸ „Niemals sind bei einem Könige die

86. Harnack, a. a. O. Bd. I, 1, S. 77.

87. Ebenda, S. 81.

88. Ebenda, S. 308.

Männer der Wissenschaft so angesehen und zugleich so einflußlos auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten gewesen, wie unter Friedrich.“ Zwischen Leibniz und dem Preußenkönig steht Wolff. Er geht von Leibniz' Auffassung aus, nimmt dessen praktische Tendenzen wieder auf, kommt aber insofern über diesen hinaus, als er seine Akademie nicht nur als ein Staatsinstitut ansieht, sondern sie im direkten Gegensatz zu Friedrich dem Großen beinahe als eine Staatsbehörde gestaltet. Staat und Akademie sind aufs engste verbunden. Die Akademie begnügt sich nicht, „Ideale vorzuzeichnen“, sie arbeitet dem Staate vor, nimmt ihm wichtige Aufgaben ab.

Wohl sammelt und verbessert auch Wolffs Akademie gefundene Wahrheiten und bringt sie in ein System, das alle Zweige menschlichen Wissens und Lebens umfaßt. Wissenschaftlich wird stets ihr Ausgangspunkt bleiben, auf „allgemeine Wahrheiten ohne Application auf einen gewissen Staat“ richtet sie ihr Ziel (Pol. § 495), aber praktischen Nutzen muß man aus ihren Arbeiten ziehen können. Sie dient dem Staate; denn sie erwägt alle Staatseinrichtungen, „sie mögen Polizey-, Cammer- oder andere Sachen betreffen“ (Pol. § 306). Sie liefert dadurch dem Staatsmann praktische Hilfsmittel. Durch Experimente ermittelt sie für den Merkantilisten landwirtschaftliche Reformen (Pol. § 479). In schwierigen Rechtsfällen bildet sie die oberste gerichtliche Instanz (Pol. § 412), arbeitet an der Verbesserung der Gesetze, indem sie vergleichende Rechtskunde aller Völker betreibt (Pol. §§ 413, 414). Aber wie dem einzelnen Philosophen muß auch ihr der Staat die Meinungsfreiheit garantieren (Pol. § 304) und gut besoldete, sonst von Aemtern freie Männer (Pol. §§ 299, 301) zu Mitgliedern ernennen. Dann werden die Akademien mit Wucherzins die Aufwendungen vergüten, die er für sie macht. Wie treffend Wolffs Bemerkungen sind, lehrt das preußische Beispiel. In dem von Leibniz entworfenen Stiftungsbrief vom 11. Juli 1700⁸⁹ hatte der Kurfürst von Brandenburg seiner Akademie Toleranz zugesichert. Die Meinungsfreiheit war davon nicht allzu weit entfernt. Unerfüllt aber war Wolffs Forderung nach ausreichenden Mitteln. Immer hat es der Akademie an Geld gefehlt.⁹⁰ Das Kalenderprivileg deckte die Be-

89. Ebenda, S. 93 ff.

90. Ebenda, S. 92, 106, 188.

dürfnisse nicht. Mittellosigkeit ist mit ein Grund dafür gewesen, daß die Preußische Akademie bis auf Friedrich den Großen fast ohne Bedeutung war.

Wolffs Erörterungen über die Akademien sind das Glanzstück der Staatslehre. Wie man in dem Aufgabenkreis gleichsam in einem Mikrokosmos die Summe aller staatlichen Verwaltungstätigkeit sich reflektieren sieht, so schwelgt der selbstbewußte Stolz des Aufklärers, den Staat in letzter Instanz durch die Gelehrten leiten zu lassen. Auf diese Weise geht er ganz sicher, daß der Staat von Philosophen regiert wird, daß die Vernunft die Mutter aller Dinge ist. Die Akademie hebt Wolffs aufgeklärten Polizeistaat in eine vergeistigtere Region. Auf ihren Rat, der wissenschaftlich fundiert ist, übt er sein Regiment aus, greift tausendfach ins Leben des einzelnen ein, manchmal störend, wohl auch ungerecht, stets aber in der Mission der Idee, die das 18. Jahrhundert regierte, in deren Namen alles geschehen durfte, der Vernunft.

f) Staat und Umwelt.

Die bisher behandelten Leistungen des Wolffischen Staates erhalten ein einheitliches Gepräge dadurch, daß sie sämtlich das innere Staatsleben auszugestalten unternehmen. Wolffs Hauptinteresse gilt der Innenpolitik. Diese Neigung trifft zusammen mit dem allgemeinen Zug im europäischen Staatenleben, wo seit dem Niedergange Frankreichs unter Ludwig XIV. eine mattere Zeit begonnen und Könige und Staatsleute von den großen Welt-handeln fort auf die innere Verwaltung gelenkt hatte. Nach einigen völkerrechtlichen Betrachtungen läßt Wolff denn auch die „Politik“ in diesem Sinne schließen und zieht am Ende (Pol. §§ 503/4) noch einmal ein Fazit. Alles im Staate ist wunderbar miteinander verknüpft. Gewaltsame Aenderungen können diesen Einklang, fast möchte man sagen, diesen Organismus, nur stören. Menschliche Kunst vermag nur, ihn sorgsam zu behüten, muß sich beugen vor den Naturgewalten. Entgegenwirken kann sie ihnen, wenn sie die menschlichen variablen Kräfte immer mehr dazu erzieht, daß sie treue Staatsglieder und Staatsdiener werden. Ausbau des inneren Staates also noch in der Schlußzusammenfassung des Ganzen. Das ist auch das Charakteristische, daß Wolff an die Probleme, die das Verhältnis seines Staates zur Umwelt, die Stellung im Staatenleben bringt, vom Stand-

punkt der Innenpolitik herangeht. So tut er der Heeresmacht zum erstenmal Erwähnung (Pol. § 444), als er sie dafür einsetzt, der Obrigkeit zum unbedingten Gehorsam bei ihren Untertanen zu verhelfen. Primat der inneren Politik vor der äußeren scheint uns die Signatur Wolffs wie seines Zeitalters zu sein. Das kommt in der deutschen „Politik“ weit deutlicher zum Ausdruck als im lateinischen Natur- und Völkerrecht, wo die logische Ueberarbeitung, der Rahmen des Theoretischen, das Konkrete allzuleicht verdecken. Aber erkennbar ist es auch in diesen Werken, brauchen wir sie doch um so mehr, als die deutsche „Politik“ nur im letzten Kapitel „Von dem Kriege“ zu unserem Abschnitt über Staat und Umwelt, mit dem wir die Staatstätigkeit beschließen, einige Bemerkungen liefert. Und doch wäre es ein großer Fehler, wenn die obige Feststellung zu der Annahme verleiten würde, daß Wolff keine Außenpolitik im eigentlichen Sinne kennt. Sein „Jus gentium“ belehrt darüber eines besseren. Er hat nicht nur die „civitas maxima“ als großartigsten Ausdruck seiner Auffassung von einer prästabilierten Harmonie im Völkerleben konstruiert, eine theoretische Leistung, die einen erheblichen Fortschritt über Grotius und über Pufendorf hinaus bedeutet und der Wissenschaft vom Völkerrecht neue Wege und Aufgaben gewiesen hat,⁹¹ sondern er hat auch in vielen hundert Paragraphen zahlreiche Fragen der Außenpolitik meist allerdings nur theoretisch, naturrechtlich entschieden. Wir sehen wie bisher wieder nur auf das konkrete Leben. Da ist es von einiger, wenn auch nicht sehr erheblicher Bedeutung, daß achtundzwanzig Jahre zwischen der Abfassung der „Politik“ und der des „Völkerrechts“ liegen. Kleine Verschiebungen hat Wolffs Anschauung erfahren, im Grunde aber ist er sich gleich geblieben. In den Hauptzügen der innenpolitischen Staatstätigkeit hat er sich als ein Mann der Generation und der Anschauung Friedrich Wilhelms I. erwiesen. Als solchen werden wir ihn in der Außenpolitik wiederfinden. Er hatte das Gebäude seiner Theorie schon frühe so fest gezimmert, daß er nicht mehr „aus den weisen und klugen Thaten“ Friedrichs des Großen „seine Begriffe“ hat aufklären und ändern können, wie er es sich noch in dem oben zitierten Brief vom 3. VIII. 1740 an Friedrich vorgenommen hatte.

91. Landsberg, a. a. O. Bd. III, 1, S. 205 f.

Kein Staatsdenker, auch nicht ein Theoretiker vom Schlage Wolffs kann die letzten Wurzelfäden zerschneiden, die seine Anschauung vom Staate mit seiner Zeit verknüpfen. Deckt sich auch die Wolffische Innenpolitik nicht Zug um Zug mit der eines bestimmten einzelnen Staates, so offenbart sich doch darin der wohlbekannte Staatstypus des Polizeistaates. Aus manchen Parallelen sind wir berechtigt, diesen am preußischen Muster zu messen. Die Außenpolitik bestätigt und ergänzt nur die zeitliche und inhaltliche Festlegung dieses Bildes. Seitdem ein Fleury die Geschicke Frankreichs lenkte, die nichtenglische weltliche Dynastie den vollen Sieg des Parlamentarismus in England notwendig herbeigeführt hatte, Karl VI. vergebliche Anläufe zu einer neuen Weltmachtstellung Habsburgs unternahm, seit Friedrich Wilhelm I. im Schlepptau bald dieser, bald jener Macht andauernde außenpolitische Mißerfolge für sein innerlich erstarkendes Preußen sammelte, herrschte Tiefstand in der großen europäischen Politik. Wohl beschwor die ruhelose Beweglichkeit abenteuernder Staatsleute hier und da starke Spannungen herauf, wohl erhob sich die Diplomatie zu ihrer feinsten, geschliffensten Vollkommenheit, aber gerade ihr mit raffinierter Schlaueit getriebenes Ränkespiel kennzeichnet nur zu deutlich die kleinen Maßstäbe, die man an die Dinge legte. Es war eine Politik der Mittelmäßigkeit, unternommen mit kleinen Mitteln. Auf diesem Grunde steht Wolffs Theorie vom Völkerleben. Aus der Zeit ist in sie der Drang nach Koalitionen übergegangen. Sein Ansehen will der Staat benutzen, Bündnisse zu suchen, Feinde dadurch abzuschrecken (Pol. § 460). Ja, Wolff schätzt gute Bundesgenossen wie eigene Macht (Pol. § 502) im direkten Gegensatz zu Machiavelli und auch dem Großen Kurfürsten, der 1667 schrieb:⁹² „Alliancen seindt zwahr gutt, aber eigene Krefte noch besser, darauff kan man Sich sicherer verlassen, undt ist ein herr in keiner consideration, wan er selber nicht mittel undt volk hatt“. Wolff behandelt theoretisch die Bedingungen von Offensiv- und Defensivbündnissen (Inst. § 1180). Alle großen Mächte wollten damals durch Subsidienvverträge die militärischen Kräfte kleinerer Staaten ihrem System angliedern. Die, die Brandenburg-Preußen einging, eingehen mußte, sind bekannt genug. Noch für Friedrich Wilhelm I. spielen sie eine große

92. Polit. Testament von 1667, bei Küntzel und Haß, S. 56.

Rolle.⁹³ Auch bei Wolff bleiben sie nicht unerwähnt (Inst. § 1179). Wie sehr seine Anschauung auf den politischen Verhältnissen der Zeit nach dem Spanischen Erbfolgekrieg beruht, der die französische Hegemonie endgültig brach, zeigt auch die Wertschätzung des Gleichgewichts der Mächte (*aequilibrium inter gentes*). Wenn er auch seine Erhaltung einmal als keine ausreichende Kriegsursache erklärt (Inst. § 1172), so gestattet er doch zu seinen Gunsten die von ihm sonst schroff abgelehnte Einmischung eines Volkes in die Verhältnisse eines anderen (Inst. § 1121) und läßt zu, daß alle Völker gegen einen Störer der öffentlichen Ruhe, d. h. des Friedens, der Völkergesellschaft, des Gleichgewichts, einschreiten dürfen (Inst. § 1218). Wenn auch die Verhältnisse seines Staatenlebens keineswegs schon ganz groß sind, wie er denn die Notwendigkeit beständiger Gesandten ableugnet, „weil die Geschäfte der Völker, weswegen die Gesandtschaften nötig erachtet werden, weder täglich vorkommen, noch beständig sind, und überdem die beständigen Gesandten gleichsam Kundschafter abgeben“ (Inst. § 1239), so sind wir doch weit über die Zeit hinaus, wo die gleiche Konfession natürliche Brücken zwischen den Völkern schlug, wo Intervention zugunsten eines Volkes desselben Glaubens als Selbstverständlichkeit betrachtet wurde. Wir lesen, daß man getrost ein Bündnis mit einem Volke anderer Konfession gegen eines der eigenen abschließen darf (Inst. § 1148). Religionskriege gelten überhaupt als wider das Naturrecht (Inst. §§ 1122, 1173). Ein Zeitmotiv scheint uns schließlich auch die Wertschätzung Wolffs für offizielle Manifeste zu sein, in denen der Staat, der einen Krieg eröffnet, seine rechtmäßigen Ursachen dazu auseinandersetzt und dem Feinde dadurch Gelegenheit gibt, seine Gegenstände vorzutragen (Inst. § 1187). Ihm mag vielleicht schon der publizistische Feldzug vorgeschwebt haben, der parallel mit Friedrichs II, erstem Schlesischen Kriege über die Berechtigung der preußischen Ansprüche geführt wurde. Bezeichnend für Wolff ist es, wenn er dabei anrät: „Man muß sich aller Worte und Redensarten, so einen Haß und Rachbegierde verraten, enthalten“. Hiernach scheint uns die Zeitbedingtheit von Wolffs Theorie der Außenpolitik festzustehen. Welcher Geist waltete in ihr, bestimmte ihre Grundsätze?

93. Vgl. im Polit. Testament von 1722 den Abschnitt über auswärtige Politik, a. a. O. S. 114.

Wolff hat sich der Einsicht nicht verschlossen, daß Macht die Basis einer Weltstellung ist, ja, daß nur sie eine Auslands-geltung verleiht. „Bei Auswärtigen dependiret das Ansehen der Landesobrigkeit nicht davon, ob ihre Macht und Gewalt uneingeschränkt ist oder nicht, sondern vielmehr von der Größe der Macht. Wer viel Geld und Volk zusammenbringen kann, wenn es die Not erfordert, der hat das größte Ansehen“ (Pol. § 449). Machtfaktoren sind die Zahl der Bevölkerung und der Reichtum des Landes, wobei höchstens im Unterschied der Tonart zu Friedrich Wilhelm I.⁹⁴ größerer Wert auf den letzteren gelegt wird (Pol. § 458). Weil der Staat Macht braucht, muß er dafür sorgen, „daß die Untertanen sich mehren, so viel das Land nähren kann, und in dem Lande zugleich so viel Reichtum ist, als nur immer möglich zu erhalten, das ist, daß man viele und reiche Untertanen habe“ (Pol. § 459). Stärkt der Staat seine Macht, dann schützt er sich dadurch zugleich gegen feindliche Staaten; denn „mit Mächtigen waget man es nicht gerne“ (Pol. § 502). Kein Staatsmann der damaligen Zeit hätte Wesen und Bedeutung der Macht besser formulieren können. Diese Einsicht wird aber bei der entscheidenden Schlußfolgerung, die daraus zu ziehen wäre, von wesensfremden Gedanken angekränkt. In die Kleinheit der damaligen Politik passen sie zwar hinein, stammen aber im letzten Grunde doch nicht aus ihr.

Bei Wolff verbindet sich mit der richtigen Erkenntnis der Bedeutung der Macht kein staatlicher Ehrgeiz, der danach begierig wäre, die angesammelte Macht einzusetzen. Die Macht dient nur den Zwecken der Verteidigung. Schon, weil ja Sicherheit zu schaffen einer der Staatszwecke ist, wird unbedingt gefordert, daß der Staat sich auf den Kriegsfall vorbereite (Pol. § 502). Bündnisse muß er abschließen, muß Grenzfestungen anlegen, die wichtigsten Städte befestigen, „die Zeughäuser mit Geschützen und anderem Zugehör versehen, auch einige Soldaten beständig auf den Beinen halten, damit man nicht mit ganz ungeübten sich sogleich ins Feld wagen darf“. Auch Friedrich Wilhelm I. schuf sich seine Macht in erster Linie, um sie überhaupt zu besitzen, dann aber zur Abwehr. Und doch

94. Polit. Testament von 1722, a. a. O. S. 114. „die wohlfahrt ein(es) Regendt ist das wen(n) sein landt gut Peupliret ist das ist der rechte reichthum eines landes.“

stehen die Rüstungen des Wolffischen Staates hinter denen des preußischen zurück. In Preußen gründet sich der Staatsgedanke auf die Staatsmacht. Seit dem Großen Kurfürsten hatte der moderne Staat vor allem das Heer zu seinem Organ geschaffen. Auf die Bedürfnisse des Heeres baute er ein von ihm geregeltes Wirtschaftsleben. An das Heer schlossen sich die Reformen und Fortschritte in der Steuer- und Stadtverwaltung. Sicher war das Heer anfänglich auch in Brandenburg-Preußen dem Volke eine Last, aber da in seinem Gefolge staatliche Wohltaten auftraten, nahm man es allmählich hin, je mehr man in den Staat hineinwuchs.⁹⁵ Bei Wolff aber stehen Machtstaat und Wohlfahrtsstaat unverbunden nebeneinander. Da auf letzterem der Hauptton liegt, werden die zwar als notwendig anerkannten Machtbestrebungen lediglich als unvermeidliche Hemmungen empfunden, die tunlichst einzuschränken seien. Es ist deutlich, wie diese aus dem Naturrecht gewonnene Auffassung des 18. Jahrhunderts in der politischen Theorie des Liberalismus des 19. Jahrhunderts fortlebte.⁹⁶ Auffallend aber ist die enge Verwandtschaft, die zwischen Wolffs Ideen über den Gebrauch der Macht und Friedrich Wilhelms I. Handlungen besteht. Was der Große Kurfürst in seinem „Politischen Testament“ von 1667 als Kardinalfehler für die Politik seines Landes gebrandmarkt hat,⁹⁷ wird von Wolff ausdrücklich als Naturrecht jedem Staate freigestellt, neutral zu bleiben (Inst. § 1181). Gewisse damit verknüpfte Gefahren werden allerdings zugegeben (Inst. § 1182). Hier liegt der Kern von Wolffs politischer Anschauung. Friedrich Wilhelm I. erwartete außenpolitische Erfolge aus den durch Verträge verbürgten Rechten und Zuwachs seines Landes nicht von Eroberung, sondern auf Grund von Erbverträgen.⁹⁸ Wolff bringt diese Anschauung in eine Theorie, geht aber in seinen Folgerungen noch weit über den Preußenkönig hinaus.

95. Georg Küntzel, Die drei großen Hohenzollern, a. a. O. S. 462.

96. Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 3. Aufl., 1924, S. 9 ff.

97. Polit. Testament von 1667, a. a. O. S. 51/52. „Den das ist einmahl gar gewiss, wan Ihr darzu (d. h. zu Kriegshändeln) stille sitzen werdet, und gedencken, Das feuer sei noch ferne von Eweren grensen: Ewere Lande Das theatrum sein wurden, Darauff man die tragedi Spillen“.

98. Polit. Testament von 1722, a. a. O. S. 113 die Bemerkungen über die „Pretensionen“.

Er sieht das ganze Völkerleben in ein System von Pflichten und Rechten hineingestellt, wie sie auch das Leben des einzelnen regeln und leiten. Sein Grundsatz ist, daß in der Politik das Recht walten müsse. Veruneinigungen mit fremden Mächten können nur eintreten, wenn diese ihren Verpflichtungen nicht nachkommen oder unseren Handel hemmen (Pol. § 491). „Streitigkeiten“, heißt es an anderer Stelle (Inst. § 1157), „der Völker und der Regenten sind Mißhelligkeiten, welche sie über ihnen zustehende Rechte, oder ihnen zugefügtes Unrecht haben“. Hauptpflicht eines Staates muß darum sein, die Abwehr vorzubereiten. Dazu hat ein Staat die natürliche Pflicht (Pol. § 498), alle Mittel sind in der Defensive erlaubt (Pol. § 499, Inst. § 1193). Zwar läßt Wolff auch eine Berechtigung zur Expansion gelten. Ein Volk darf seine Macht vermehren (Inst. § 1102), aber „ohne anderen Völkern Unrecht zuzufügen“ (ebenso Inst. § 1136). Wolff will so blindlings dem Recht in jedem Falle zum Siege verhelfen, daß er unfähig wird, der Wirklichkeit Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Er hat es wahrscheinlich gar nicht gemerkt, daß er verlangte: Wasch mir den Pelz, mach mich nicht naß. Er kennt nicht die in jeder Macht naturbedingt ruhende Forderung, sich durchzusetzen und zu erweitern, auch wenn dabei die Rechte anderer angetastet werden. Ja, in Wahrheit leugnet er dies ganz, da es nach ihm kein Handeln gibt, ohne daß Rechte und Pflichten dazu vorhanden wären. So ist er denn auch nur folgerichtig, wenn er den Krieg im Grundsatz verwirft. Bei Streit mit einem anderen Volk sind zuerst immer gelindere Mittel anzuwenden (Pol. § 499), Vorstellungen von Gesandten, Repressalien oder auch ein Schiedsgericht. Immer und immer wieder predigt er (Pol. §§ 480, 491): Nicht ohne dringende Not zum Kriege schreiten. Jeder andere Weg muß vorher versucht sein. Sehen wir eine Beleidigung durch einen Feind voraus und können wir sie verhindern, so sind wir verpflichtet, dies zu tun. Wenn ein Feind an unserem Lande Anlaß zur Beleidigung sucht, „so sind wir verbunden, uns sorgfältig in acht zu nehmen, daß wir ihm keine Ursache dazu geben und ihm in allem, so viel möglich ist, nachgeben“ (Pol. § 499). Er hat wohl selbst das Gefühl, daß er hier in der Menschenpflicht zu weit geht, daß mächtige Staaten dies an Selbstaufgabe grenzende Nachgeben unter ihrer Würde halten könnten, und bemüht sich darum in ziemlich erregten Sätzen, seine Forderung als durch die Vernunft diktiert

nachzuweisen. Stets führt er die Nachteile an, die aus Kriegen erwachsen (Pol. §§ 480, 498, 499, 504). „Es betrügen sich also diejenigen sehr, welche sich überreden, es müßten die Streitigkeiten der Könige oder der Völker mit den Waffen entschieden werden, und der letzte Sieg gelte so viel als ein vom Richter abgefaßter Ausspruch“ (Inst. § 1159). Wolffs außenpolitisches System gipfelt in der Proklamierung der Friedfertigkeit. Ueber alle Staaten, die an sich als Einzelpersonen in der natürlichen Freiheit leben und keinen Richter über sich haben (Pol. § 499), errichtet er die „Civitas maxima“ (Inst. 1090) „So hat die Natur selbst unter den Völkern eine Gesellschaft gestiftet . . . Daraus entspringt ein Recht, welches allen über alle einzelnen Völker zukommt: *imperium universale sive gentium*“. Dieser „durch die demonstrative Methode abstrakt gewonnenen Fiktion“⁹⁹ läßt Wolff von Natur die Bestimmung innewohnen, daß alle Völker der Staatengesellschaft untereinander einig sein sollen (Inst. § 1124). Sein 9. Hauptstück: „Von dem Frieden und dem Friedensvertrag“ leitet er ein (Inst. § 1217): „Weil kein Volk einem andern Unrecht antun und sorgen soll, daß die Streitigkeiten ohne Gewalt der Waffen beigelegt werden mögen, und es folglich keine Ursachen zum Kriege geben muß, so sind die Völker natürlicher Weise verbunden, den Frieden untereinander zu bauen“. Glückselig darum das Land, das Ruhe und Frieden genießt (Pol. § 497).

Wie widerspruchsvoll muß uns Wolff erscheinen, der auch einmal vom Volkskrieg spricht und dennoch glaubt, fordern zu können, daß der Feind den Feind lieben soll (Inst. § 1180). Aber schließlich überstrahlt sein Aufklärertum, mag es sich auch noch so oft von der Staatsautorität überschatten lassen, alle Widersprüche. Der Ruhm eines Volkes, den es im Völkerleben zu erringen hat, muß doch auch mit darin bestehen, als gelehrt und gesittet, d. h. ausgezeichnet durch Verstandestugenden und Vernunft, geachtet zu sein (Inst. § 1097). Im allgemeinen behält Wolffs Theorie des Staatenlebens ihre Einheitlichkeit. Er erkennt zwar die Bedeutung, aber nicht das Wesen der Macht. Darum glaubt er, daß sie sich einem Rechtsstandpunkt unterwerfen läßt, negiert ihren Drang nach Betätigung und träumt von einem Pazifismus.

99. Landsberg, a. a. O. Bd. III, 1, S. 206.

IV. Staat und Staatsräson.

Die hundertfältige, teils treibende und anregende, bevormundende und befehlende, teils fürsorgliche, schützende, moralisch und geistig hebende, teils rechtlich handelnde Tätigkeit des Wolffischen Staates scheint uns, nach jenen oben geschiedenen Richtungen vornehmlich sich zu erstrecken und sich in ihnen zu erschöpfen. Bevor wir in einer Schlußbetrachtung zusammenfassend Wolffs Staatsidee würdigen, wenden wir uns noch einmal zurück zur Außenpolitik. Schon im ersten Teil haben wir verheißen, aus zwei kleinen Schriften Wolffs einen Extrakt zu ziehen, der durch die neuen Perspektiven, die Friedrich Meineckes Buch „Die Idee der Staatsräson“ eröffnet hat, seine zugrunde liegende Fragestellung erhält. Nach seiner Absicht schreitet dies Buch nur von Höhe zu Höhe, immer dahin, wo sich „die Auswirkungen“ der Idee der Staatsräson „jeweilig am stärksten und breitesten“¹⁰⁰ vorfinden. Ein solcher Höhepunkt ist Wolff nicht, auch führen von seiner Lehre zur Staatsmannschaft Friedrichs des Großen keine Beziehungslinien. Aber obwohl er in einem Tal im Wellengange dieser Idee liegt, kann die in jenem Werk begonnene Betrachtungsart ihre große Fruchtbarkeit erst völlig entfalten, wenn auch bei weniger markanten Geistern gezeigt wird, wie sie sich mit dem für alles politische Denken entscheidenden Problem auseinandersetzen. Ohne allerdings den Anspruch zu erheben, die bestehenden literarischen Abhängigkeiten herauszuarbeiten, stellen wir für Wolff die Frage nach seinem Verhältnis zur Staatsräson. Das Material nehmen wir vor allem aus den beiden schon mehrfach zitierten Schriften „De rege philosophante et philosopho regnante“ von 1730 und „Theoria negotiorum publicorum“ von 1731. Das Wichtigste der Darlegung erhält aber seine Bestätigung sowohl aus der „Politik“ wie aus dem „Völkerrecht“.

Wolffs Staatsmann, auf den alles Anwendung hat, was er von seinem Könige sagt, ist Philosoph. Strengste philosophische, d. h. in seinem Sinne logisch-methodische Durchbildung, muß er von Jugend auf erwerben. Die „Geschicklichkeit“, die Wolff von dem verlangt, der seine „Theoria“ anwenden will, läßt sich nur auf dem für die Weltweisheitslehre vorgesehenen Studien-

100. Friedrich Meinecke, Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1924, S. 259.

gang (Theoria § 11) von der Logik und Metaphysik zur Moral, dem Naturrecht und der Politik finden. Ein echter, d. h. philosophischer Fürst hat seinen Ministern stets bei aller Arbeit so viel Zeit zu gönnen, daß sie sich in den nötigen Wahrheiten dieser Gebiete vervollkommen können, für die gerade ihnen besondere Begabung zugesprochen wird (Theoria § 6). Schroff lehnt Wolff den wohlberechtigten, uns allen naheliegenden Einwand ab, Staatsleute könnten zu solchen weitgehenden Spekulationen keine Zeit haben. Erringen sie sich nicht selber die Kenntnisse, müssen sie sich auf Autoritäten verlassen. Das aber ist Wolff, dem Manne der stolzen Aufklärung, stets verhaßt gewesen. Als Beweis für seine Ansicht vom Philosophen als Staatsmann führte er selbst 1731 den preußischen Kronprinzen an (Theoria § 6). Wie gründlich hätte Wolff gerade von ihm die Berücksichtigung der nüchternen Realität lernen können. Von allen jenen Vorbereitungen legt Wolff, der Ethiker strenger Prägung, dem stärksten Ton auf die Lehren der Moral (Theoria § 11). Der Staatsmann soll ein sittlich untadlicher Charakter sein nach Intellekt und Willen hin. An ihm übe die Philosophie alle ihre heilsamen Wirkungen, vor allem mache sie ihn leidenschaftslos (De rege § 12). Wie tief schlägt dies aller Wirklichkeit ins Gesicht. Aber es wird noch gesteigert. Der Philosoph, also auch Wolffs Staatsmann, handelt bedächtig, umsichtig, vorsichtig, nur nach reiflichster Ueberlegung (De rege § 11). Er geht aus, die Wahrheit zu suchen (De rege § 12). Wahrheit betätigt er überall; denn nur der auf sie gegründete Staat blüht und ist vor Revolutionen geschützt (De rege § 13). Brauchen wir noch weitere Zeugnisse dafür, daß das politische Leben für Wolff kommt es nicht auf das an, was der Politiker stets allein seinem Denken und in seinem Handeln den Regeln der Logik unterworfen. Eine Ausnahmestellung unter den Menschen nimmt er nicht ein. Vor allem leuchte über ihm stets die Vernunft, d. h. nach dem Wort der Zeit die Philosophie (vgl. De rege § 9). Nur nie ein tollkühnes Ueberstürzen. Dem Philosophen Wolff kommt es nicht auf das an, was der Politiker stets allein im Auge hat, sich schnell und sicher, ohne viele Umstände und erfolgreich aus der Affäre zu ziehen, sondern, daß er seinen Weg nimmt, wenn auch mit noch so großen Anstrengungen und auf Umwegen, so doch nicht im Dunkeln tastend, sondern klug im Sonnenglanze vernunftvoller Einsicht (vgl. auch De rege § 11).

Wie wird er nun im einzelnen bei der Buntheit des Lebens, die Wolff durchaus anerkennt (Theoria § 10) sein Handeln einrichten? Wir haben nur die Folgerungen aus jenen Sätzen zu ziehen. Stets soll er vor allem, ganz im Geiste der Aufklärungsphilosophie, die Leitung der Geschehnisse in den Händen behalten. Wohl gibt es Fälle, wo die Wahrheit offen zu Tage liegt. Nichts ist aber unwürdiger, als sich vom Schicksal treiben zu lassen oder der Laune und Willkür Herrschaft über sich zu gestatten. Gott hat uns in die Welt gestellt, daß wir uns mit den von ihm verliehenen Gaben mutig durchsetzen. Erst wenn wir alles, was in unseren Kräften liegt, mit Energie geleistet haben, sind wir berechtigt, der Vorsehung unser Geschick anzuvertrauen (Theoria § 10). Es widerstrebt Wolff aber auch, die Entschlüsse durch handwerksmäßiges Probieren zu finden oder gar dem bloßen Zufall Raum zu geben (Theoria § 12). Er sucht eine möglichst vollkommene Behandlung der staatlichen Angelegenheiten, möchte wie stets in seiner Philosophie alle Irrtümer ausschließen. Darum ist oberster Grundsatz, daß man nur nach einer Theorie handle (Theoria § 10). Darin ist für ihn der Stein der Weisen entdeckt. Diese Theorie denkt er sich als eine Art Gesetzbuch, das aus allgemeinen Regeln besteht, die man von früheren politischen Entscheidungen abgezogen hat (Theoria § 9). Wenn der Staatsmann handeln soll, muß er sich zunächst Kenntnis von allen Begleitumständen seines Falles verschaffen (Theoria § 11). Danach muß er ihn aber auf eine allgemeine Formel bringen und für diese aus seiner Theorie das Gesetz ablesen. Also durch eine „unmerkliche Nachahmung“ (Theoria § 12), durch die „Reduktion“ (De rege § 6) staatlicher Vorkommnisse auf allgemeine Begriffe, durch Handeln nach Analogie oder Aehnlichkeit will Wolff es fertig bringen, absolut sicher vorzugehen. Nur weil seine Theorie darüber zuschanden gehen könnte, verpönt er es, die Erfahrung in den Dienst zu nehmen (Theoria § 13). Sie sei nur eine Theorie der Tollkühnen! Er muß es zugeben, daß man aus mangelnder Kenntnis der Umstände sich oft mit der Wahrscheinlichkeit begnügen muß (De rege §§ 10, 11). Dennoch läuft er auch gegen sie, damit eigentlich gegen alle Wirklichkeit, Sturm. Hätte er die Fälle erörtert, wo die Philosophie ratlos vor der Wirklichkeit steht, dann wäre die eigene Theorie kläglich gescheitert. Schon Deschamps hat ihre Schwäche hervorgehoben (Fußnote 8, S. 28),

Wolff verkennt, daß im Staatsleben, wo kein Fall dem andern gleicht, wo nichts so wiederkehrt, wie es einmal sich zutrug, wo die feinste Anpassung an raschen Wechsel oberstes Gebot ist, eine Abstraktion auf allgemeine Begriffe, also eine Negierung der Nebenumstände, denen erst eine so große Beachtung geschenkt werden soll, undurchführbar ist. Wenn er dann eingesteht, daß es auch so schwierige Fälle gibt, daß die Philosophie versagt, so besteht sein grundlegender Denkfehler darin, daß er nicht sieht, daß in der Politik fast nur solche verwickelten Fälle vorkommen, bei denen der Politiker zufrieden sein muß, wenn er nur den Umständen entsprechend so zweckdienlich wie möglich handelt, daß er eigentlich nie einen höheren Grad von Sicherheit hat. Wolffs Reduktionsprinzip ist überhaupt keine eigene diplomatische Methode, sondern die allgemein logische, ein Operieren mit Grundsätzen, die als Syllogismen verwendet werden, wie er es selbst in einem Schema am Ende der Abhandlung über die Theoria (§ 14) Satz für Satz entwirft. Immer kann man nur schon bekannte und evidente Fälle entscheiden, sonst entzieht sich die Lösung der Theorie, und Wahrscheinlichkeit greift Platz. Das gibt Wolff auch zu. Darum sollen sich, wie bei den Chinesen, die Könige Philosophen halten, die plötzliche, neue Situationen entscheiden, also die Theorie bereichern. Wie einst bei der Schilderung der Bedeutung der Akademie malt er hier lebhaft die Wichtigkeit der Philosophen aus (Theoria § 9).

Alle diese uns höchst wunderlich anmutenden Äußerungen tun zur Genüge dar, daß Wolff in die Eigengesetzlichkeit des politischen Lebens nicht eingedrungen ist. Sie sind, was ihre besondere Absicht anlangt, völlig farblos. Ersetzte man den Staatszweck durch irgendeine wissenschaftliche Absicht, so behalten die obigen Sätze abstrichlos ihre Gültigkeit auch für den Gelehrten, so ganz überträgt Wolff dessen Methodik auf den Staatsmann. Wenig Interessantes werden wir erwarten dürfen, wenn wir Wolffs Stellung zu der Frage untersuchen, ob sich der Politiker vom Nutzen oder der Gerechtigkeit leiten lassen muß. Vorübergehen kann auch Wolff an ihr nicht, verlangte doch die Zeitpolitik um ihn herum auch vom Staatsdenker eine Stellungnahme dazu.

Hundert Jahre liegen zwischen dem Erscheinen von Hugo Grotius' bahnbrechendem Werke „De jure belli ac pacis“ und Christian Wolffs „Politik“, noch ein Vierteljahrhundert mehr bis

zu Wolffs Natur- und Völkerrecht. Dennoch ist die mit der Begründung des modernen Völkerrechts aufgestellte, in der Natur des Gegenstandes liegende Tendenz dieselbe geblieben. „Das Völkerrecht will das Walten der Staatsräson einengen und ihm so viel Rechtscharakter geben als möglich ist“.¹⁰¹ Zwar besteht eine starke Abhängigkeit Wolffs von Pufendorf, aber die Lehren von der Staatsräson hat Wolff von ihm, dem einzigen seiner naturrechtlichen Vorgänger, bei dem dies möglich gewesen wäre, nicht übernommen. Er bleibt vielmehr auf der alten naturrechtlichen Basis stehen. Dies nimmt umso weniger Wunder, als viel freiere Denker, als er es war, Hobbes und Spinoza, in ihrem Banne beharrten.¹⁰² Aber es ist doch ein Zeichen dafür, daß er die wahre Natur des Staatenlebens mit seinem Denken nicht durchdrungen hat, wenn er dem Problem der Staatsräson nicht einmal nahe kommt. Zwar will er die Entscheidung, ob Nutzen oder Gerechtigkeit die Triebkräfte des Politikers sein sollen, aus der bürgerlichen Moral herausgehoben haben (Theoria § 12). Das soll aber nur die Möglichkeit gewähren, die staatlichen Angelegenheiten auf einer noch feineren moralischen Wagschale zu wägen, als es etwa der „moralische Feingeschmack“ tun könnte. Nur soviel steht auch ihm fest, daß der Staatsmann, am Scheidewege stehend, seine Wahl treffen muß, ob Nutzen oder Gerechtigkeit seine Göttin und Wegbegleiterin sein soll; denn das Reduktionsprinzip, das er bei der Ausführung seiner Pläne betätigen soll, bietet dafür keine Handhabe, sondern macht eine vorangegangene klare Stellungnahme erforderlich (Theoria § 12). Wolff kennt wohl die Politiker, die allein das Staatsinteresse, d. h. den Nutzen, ausschlaggebend sein lassen. Ihnen setzt er seine Unterscheidung des wahren und des falschen Nutzens entgegen. Letzterer ist ihm das nackte, durch kein Rechtsgefühl beeinflusste Prinzip der Staatsräson. Seinem Grundsatz getreu, daß alle Außenpolitik unter dem Rechtsgedanken stehen muß, lehnt er dies Prinzip entschieden ab (Theoria § 4). Nie könne der „alleinige Nutzen“ eine „rechtmäßige Ursache zum Kriege sein“ (Inst. § 1171). Reiner Nutzen, der nicht durch Gerechtigkeit fundiert ist, rufe auf die Dauer nur Schaden hervor. Jetzt erwartet man einen einzigen kargen Hin-

101. Meinecke, a. a. O. S. 260.

102. Vgl. Meinecke, a. a. O. S. 259—278.

weis auf die Geschichte, um die Behauptung zu stützen. Nichts von dem! Die Philosophie, d. h. die Moral, ist es, die da lehrt, daß Nutzen mit Gerechtigkeit verschwistert sein müsse. Die Philosophie aber ist „zu erhaben, um hier genau erklärt zu werden“ (Theoria § 4). Aber etwas tiefer läßt er sich doch noch in die Seele blicken. Er denkt einmal (Theoria § 6) den Gedanken durch, ein Staat lasse sich lediglich durch Klugheit, d. h. die vom Nutzen abgeleitete moralische Eigenschaft der Politiker, lenken. Zwar gelangt er zu dem Ergebnis, daß dies überwunden werden müsse: bald werde man so vernünftig sein, in „allen staatlichen Angelegenheiten das Recht als ausschlaggebend anzuerkennen. Aber sein Grund ist bemerkenswert: „Ich bin sehr sicher, daß die, die alles auf das große Prinzip des Interesses beziehen, in dem Fall, wenn sie sich gegen die Gewalttätigkeiten einer überlegenen Macht verteidigen müssen, es nicht unterlassen werden, ihre Zuflucht zur Macht des Rechts zu nehmen, weil sie glauben, so auf ihre Rechnung zu kommen“. Selbst der Staat, der in fremden Besitz eingreift, hülle sich in einen Schein von Recht. Fast möchte man annehmen, Wolff habe an Ludwigs XIV. Réunionspolitik gedacht, aber eine andere Stelle deutet viel eher darauf, daß er nicht für den Angreifer, sondern für den schreibt, der im Gefühl seiner Schwäche den Stärkeren mit seinem Rechte abschrecken will. Er wirft die ihm als Aufklärer ungeheuerliche Frage auf: „Kann wirklich das Interesse des Stärkeren ausschlaggebend sein?“ (Theoria § 6). Er stellt sich blind dagegen, daß dies in der Tat nur zu oft der Fall ist, brandmarkt es einfach als pflichtwidriges Handeln und schärft den Grundsatz ein: „Was du nicht willst, daß man dir tue, tue auch keinem andern“ (Theoria § 4). Er bezweifelt nicht, „daß in den staatlichen Angelegenheiten der Nutzen in Betracht gezogen wird“ (Theoria § 8). Aber es kann nur der „wahre Nutzen“ sein. Er ist durch und durch moralisch gefärbt und unterscheidet sich von der Staatsräson, die er einmal die „verderblichen Vorurteile, die gewisse falsche Politiker aufgebracht haben, und die den Untergang der blühendsten Staaten nach sich ziehen“ (Theoria § 8) nennt; denn er ruht auf ewigen, unverrückbaren Gesetzen, auf dem Rechte, das sich im Natur- und Völkerrecht offenbart, und das die Politik in eine Regel faßt (Theoria § 5). Wenn wir es noch nicht wüßten, erführen wir es hier, daß man vor der Politik die Moral und das Naturrecht

studieren müsse, weil man die Wahrheiten, deren Benutzung die Politik erheischt, nur demonstrieren kann durch die Prinzipien, die man aus jenen beiden Disziplinen entlehnt (Theoria § 7). Wieder sehen wir vor uns Wolffs großes Lehrgebäude, geknüpft an metaphysische Prinzipien (Theoria § 11, Pol. § 228). Damit schließt sich der Ring dieser Betrachtung. Der philosophische Staatsmann oder der staatsmännische Philosoph darf die Staatsräson nicht anerkennen, sondern ist, wie schon in den Schnürleib logischer Denkmethoden, nun auch in die engen Schranken von Recht und Moral eingeschlossen, und gerade dem Philosophen als Diener der Vernunft wird die Aufgabe zugewiesen, der von den Interessenspolitikern so schmähschlich irregeleiteten Zeit schnelle und sichere Wegweiser zu diesem politischen Standpunkt zu sein.

Stelle man sich statt weiterer Charakterisierung nur einen Augenblick vor, Friedrich der Große hätte Wolffs Forderungen gemäß seine politischen Entschlüsse gefaßt. Nie hätte er dann Schlesien erobert! Denn bei Wolff handelt der Staatsmann niemals aus souveräner Freiheit, stets aus Notwendigkeit. Jeder, der sich der bedächtigen Ratschlagung nach „leitenden Gesichtspunkten“ entzieht, ist, nach Wolff, ein Hazardspieler. Wichtiger aber als die Kennzeichnung von Wolffs Theorie als eine Theorie der Tatenscheu ist die Feststellung, daß Wolff mit seiner Auffassung sein ganzes Völkerrecht durchtränkt hat. Diesen Rechtscharakter wollen wir noch an einigen markanten Stellen nachweisen.

Wie Grotius¹⁰³ hält er an der alten, gefährlichen Illusion fest, den „gerechten“ Krieg vom unerlaubten unterscheiden zu können (Inst. §§ 1189, 1190). Uebrigens beschwört ja auch Friedrich Wilhelm I. mit flehenden Worten und historischen Exempeln seinen „lieben Successor“, „umb Gottes willen kein ungerechten krihg anzufangen“.¹⁰⁴ Reine Eroberungskriege kennt Wolff überhaupt nicht. Präventivkriege aber läßt er zu (Pol. § 498, Inst. § 1170), wenn man sicher weiß, daß der andere den Krieg beginnen will. Im rechtmäßigen Kriege (Inst. § 1219) heißt er unbedenklich den Gebrauch der Kriegslist und der Spione, im Dienste des Rechtes! gut (Inst. §§ 1203, 1208). Weil

103. Meinecke, a. a. O. S. 262 f.

104. Polit. Testament von 1722, a. a. O. S. 114 f.

er am Kriege die Vernichtung vieler Werte verabscheut, hegt er von seinem Rechtsboden her eigenartige Meinungen über die Pflicht, Schadenersatz nach dem Kriege zu leisten. Nicht die Macht, nicht der Sieg entscheidet, sondern der, der sich im Unrecht befindet, gleichgültig, ob er der Sieger ist, muß dem anderen die Kriegskosten erstatten (Inst. §§ 1190, 1200). Recht, nicht Sieg diktiert die Friedensverträge (Pol. § 501). Daß die Staatsräson für ihn nicht existiert, zeigt er bei der Behandlung aller Verträge. Wie sie in offener Sprache, ohne Hintertüren (Inst. § 798) abgefaßt sein und stillschweigend Treue und Glauben voraussetzen müssen (Inst. § 1154), so sind sie unbedingt heilig, ohne daß dies irgendwie mit einer religiösen Verpflichtung zu verwechseln wäre. Es heißt nur, daß die öffentliche oder gemeine Wohlfahrt befiehlt, daß sie unverletzlich sind (Inst. § 1153). Im ganzen Natur- und Völkerrecht findet sich kein Satz, der etwa erklärte, daß die Verschiebung des Interesses oder ein Wandel der Verhältnisse von dem Innehalten des Vertrages befreien. Vielmehr gilt jede Verletzung als schweres Unrecht (Inst. § 1142). Man muß Verträge halten, darf auch keine sich widersprechenden abschließen (Inst. §§ 1211, 1142). In zahlreichen Paragraphen seines Völkerrechts richtet Wolff die Herrschaft des Rechts auf, schneidet tief in die Wirklichkeit ein, zwingt sie in seinen Bann. Aber schon bei Wolffs Strafrecht sind wir an einen Punkt gelangt, wo er resigniert die Dinge, die er nicht ganz bewältigen kann, aus der Hand gleiten läßt. Im Völkerrecht macht er zweimal ein noch viel weiter gehendes Zugeständnis an die Wirklichkeit, gibt sie aus den Banden seiner Konstruktion frei. Der Friede, erklärt er (Inst. § 1221), sei stets ein Vergleich; denn sollte er auf dem absoluten Recht eines Teiles beruhen, dann käme man, da sich dies nie feststellen läßt, nie zum Frieden. Man müsse sich darüber einigen, daß man Beleidigungen vergessen wolle. Das kann nur eine verhüllte Anerkennung des Rechtes des Siegers bedeuten. In derselben Richtung wirkt sich das „willkürliche Völkerrecht“ (Inst. § 1215) aus. Da die Völker in der natürlichen Freiheit leben, darf jedes seine Meinung für die richtige halten. Bei schwierigen Verhältnissen gibt es in den Fragen der Rechtmäßigkeit des Krieges und der Kriegsmittel kein absolutes Recht. Man vereinbart einen bestimmten Wert in Absicht auf die Wirkungen als gerecht. Man muß es „jedwedes Gewissen überlassen, was ihm zur Erlangung

seines Rechts nötig zu sein scheint“. Diese von Wolff ausdrücklich anerkannten Ausnahmefälle zum Kerne der Ansicht über Außenpolitik gemacht, hätten das ganze Bild gewandelt, beinahe im Sinne Machiavellis. Von hier aus hätte Wolff die Berechtigung der Lehre von der Staatsräson zugestehen müssen. So aber sind es nur Zeugnisse für gelegentliche Konzessionen an die Wirklichkeit, die für den Aufbau des Ganzen bedeutungslos bleiben und den Gesamteindruck eines starr festgehaltenen Rechtscharakters nicht verwischen können.

V. Wolffs Staatsidee.

Auf dem Glatteis der großen Politik kann sich die in strenger Sittlichkeit ruhende schwere Natur Wolffs nicht bewegen, weil ihn seine Lebens- und Weltanschauung die einzig brauchbare Stütze auf diesem Boden, die Staatsräson, nicht finden läßt. Muß darum auch seine hier begründete Idee der „civitas maxima“ in der Theorie stecken bleiben, so ist sie doch geboren aus der Aufklärungsidee von der Solidarität der Nationen,¹⁰⁵ das Abbild und Gegenstück der im Innern des Staates anerkannten Staatsidee. Bei verschiedenen Gelegenheiten führte der Gang unserer Darstellung auf sie hin, als ein Höchstes und Letztes, das in greifbarer Deutlichkeit über dem Zweck des Staates, über den Staatsorganen, schwebt, aber auch in ihnen und in aller Staatstätigkeit als Triebkraft und Richtschnur realen Ausdruck gewinnt. Sie ist der harte, aufrecht starrende Felsen, den der Titelpupferstich der „Politik“, umbrandet von einem sturmbelegten Meere, darstellt, auf sie paßt das Motto über jenem Bildchen „Sese mole tenet“ oder das der „Ausführlichen Nachricht“: „In concussa perennat“. Ja, sie ist der „ruhende Punkt in der Erscheinungen Flucht“. Im Rückblick auf das ganze behandelte Gebiet fassen wir die Staatsidee Wolffs noch einmal besonders ins Auge.

Das Wort „Staat“ ist Wolff nicht geläufig, wenn er auch das lateinische „res publica“ gebraucht. Aber unser Begriff vom Staat wird durch seine Namen der „hohen Landes-Obrigkeit“ und des „Gemeinen Wesens“ voll gedeckt. Besonders den

105. Wilhelm Dilthey, Das 18. Jahrhundert und die geschichtliche Welt. Deu. Rundschau Bd. 108. Der Aufsatz ist auch für das folgende mit herangezogen.

letzteren verwendet er gern. Wir erörtern hier nicht, in welchem Sinne Wolff theoretisch eine Staatspersönlichkeit anerkennt, für die das Naturrecht die Bezeichnung „*persona moralis*“ geprägt hat, nehmen daher hin, was Gierke darüber für Wolff ausführt.¹⁰⁶ Wir fragen vielmehr, wie weit unsere obige Behauptung richtig ist, daß bei Wolff die Staatsidee das ganze von uns durchschrittene Gebiet erfüllt. Die Antwort auf diese Frage wird gleichzeitig die zeitliche Einordnung des deutschen Staatsdenkers Wolff in den Ablauf des historischen Lebens mit vorzunehmen haben. An der Entwicklung der Staatsidee hat man seit jeher feststellen können, auf welcher Stufe ein Staatswesen angelangt ist. Mit der modernen Zeit hat sich die Staatsidee immer reiner ausgeprägt. Wolff nennt sie nie mit Namen, doch sie war ihm bewußt. Das Naturrecht hat ihm dabei einen wesentlichen Dienst geleistet.

Seit dem Aufkommen dieser Doktrin in der Neuzeit hat sie das staatliche Denken befruchtet. Vor allem der Begriff der Souveränität des Staates verdankt ihr seine Ausbildung. Das Naturrecht kam den realen absolutistischen Bestrebungen der Staaten entgegen, brach alle der Staatsmacht widerstrebenden Elemente, beseitigte die alten historischen Ueberlieferungen, um frei von allen fremden Ueberwucherungen die Staatsallgewalt nach innen und außen in imposanter Reinheit erstehen zu lassen. Ganz offensichtlich ist dies in Frankreich, aber auch in England erfolgt. Verborgener geschah es in Deutschland. Die ausländischen Vorbilder erfüllten zu Wolffs Zeiten die Welt. Sie waren ihm bekannt. Aber wir konnten mehrmals zeigen, daß der Staatsdenker in Wolff spezifisch deutsche Züge trägt. Wenn wir die Staatssouveränität in Wolffs Theorie mächtig finden, werden wir gewisse Anregungen auch von deutschen Verhältnissen annehmen dürfen. Näher als das sächsische Beispiel, wo gerade die Souveränität von den ständischen Gegengewalten noch hitzig bestritten wurde, lag sicher das preußische, wo der Sieg der Staatsidee gerade in den Jahren sichergestellt wurde, wo Wolff dem preußischen Staate diente. Einwandfrei nachweisen läßt sich der preußische Einfluß auf Wolff nicht, aber seine Schilderungen und die preußischen Zustände ähneln einander doch so stark, daß ein Vergleich sich

106. Otto Gierke, a. a. O. S. 198, Note 205.

aufdrängt. Die alten ständischen Kräfte sind bei Wolff zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Sie hemmen nirgends mehr den staatlichen Aufbau. Der moderne Staat ist unbedingter Herr, die Staatshoheit schon auf allen Gebieten sicher verankert. Alle Staatsglieder hat sie sich unterworfen. Wolff erkennt sie im Kerne bedingungslos an. Das bedeutet nicht nur einen folgenreichen Entschluß des individualistischen Naturrechtlers, und erfolgt nicht ohne hier und da versuchte Freiheitsvorbehalte, sondern ist auch ein großer Fortschritt gegenüber der deutschen Kleinstaatstheorie, die sich dadurch den Weg zur Zukunft verbaute, daß sie unter dem „Zwang der Ueberlieferung und der begrenzten Verhältnisse“¹⁰⁷ die privilegierte Stellung der Stände sanktionierte.

Ein weiterer Schritt, der damit im engsten Zusammenhang steht und an dem neben dem Naturrecht auch die Aufklärung beteiligt ist, ist das Bekenntnis zur großen Monarchie. Die Aufklärung verfocht die Bedeutung der Kultur, ja lebte in und von dem Kampf für kulturellen Fortschritt, den sie im wachsenden Sieg der Vernunft und später der Humanität sah. Das Naturrecht und mit ihm Wolff entwirft darum das Bild eines Vernunftstaates. Oft genug fordert er in diesem Sinne Reformen, staatliche Einrichtungen, hinter denen sich dann das Reich der ganzen weitgespannten Theorie auftut. Er sieht die Grundlagen der Kultur in der auf Vertrag errichteten, darum gesetzlich fundierten großen Monarchie. Nur an sie knüpft er Industrie und Handel. Sie allein ist so mächtig und fähig, Volksbildung, Recht und Sittlichkeit zu pflegen. In der staatlichen Akademie, die die tausend Stränge im Schoße der Wissenschaft vereinigt, erstrahlt das Ideal des Aufklärers, das hinüberschwingt zu einer erhöhten Gesittung, zu der wieder die große Monarchie mit ihrer Förderung der Volkswohlfahrt verhelfen kann. Endlich weiß er, daß nur eine starke Staatsmacht in der Welt etwas bedeutet, ohne aber dies Wissen fruchtbar zu machen. Was in der Realität die Großmächte sich erkämpft hatten, findet im wesentlichen mit jener Ausnahme bei Wolff seinen Niederschlag in der Theorie. Nicht die verkalkte und innerlich erstarrte deutsche Kleinstaatenwelt, sondern die Welt

107. Horst Krämer, a. a. O. S. 94 ff.

der großen Monarchien ist die seine. Für sie schreibt er seine „Politik“ und sein „Naturrecht“.

Ja, Wolff überwindet sogar den Standpunkt Friedrich Wilhelms I. Fanden wir auch, daß bei der Beurteilung des Regenten noch gewisse privatrechtliche Auffassungen in der Theorie leise mitklingen, der einseitige dynastische Absolutismus ist in der Staatspraxis überwunden. Wohl bleibt das Staatsoberhaupt der unumschränkte Herr, aber gerade über ihm schwebt, unklar noch, aber doch vorhanden, eine Staatsidee, der auch er sich beugt. Er bleibt im Zentrum, aber kein Wort steht bei Wolff, das den übrigens selten in persona auftretenden Herrscher von den Staatspflichten des Individuums ausnimmt. Wie dieses opfert der Monarch dem Staatszwange seine persönliche Freiheit, geht in einer Staatsgesinnung auf. Das steckt alles noch in den Anfängen, ist nur für den Einzelmenschen durchgebildet, hat das Staatsleben noch nicht verinnerlicht. Aber die Gestalt des Herrschers erscheint schon ganz im Sinne Friedrichs des Großen als Staatsdiener, wesentlich über die auf die Persönlichkeit des Monarchen begründete Selbstherrlichkeit erhoben. Der aufgeklärte Despotismus ist hier angebahnt.

Endlich kündigt sich die Staatsidee noch ein andermal in vollendeter Wucht und Größe an. In der Staatsidee verkörpert sich die Einheit des Staatsganzen. Die verschiedenen Zweige der Staatstätigkeit setzen eine Geschlossenheit des Staates voraus. Ohne sie wären sie unmöglich. Mag auch uns der gänzliche Mangel des Sinnes für das natürlich Gewachsene verletzen, die unhistorische rationalistische Konstruktion abstoßen, es ist doch ein großartiges und auf seine Weise imponierendes Werk, das Wolff ganz im Einklang mit dem modernen absolutistischen Staate, der naturrechtlichen Theorie und dem Aufklärungsgeiste geschaffen hat. Unbekümmert darum, berechnete Eigenarten zu vernichten, bunten Reichtum des Vielfältigen zu zertreten, in die Freiheitssphäre des einzelnen einzugreifen, läßt er seine große Monarchie ein Netz gleichmäßiger Gesetzgebung und Verwaltung über das Land breiten. Behörden schier sonder Zahl drängen sich in jede Lebensfunktion, ersetzen die Selbsttätigkeit des Individuums. Vor diesen Beamten und Institutionen, durch die der Staat einheitlich seinen Arm zu jedem Flecken des Landes streckt, verblaßt der Herrscher geradezu. Er gibt seine Persönlichkeit fast auf, um nur

oberstes und letztes Glied des geschlossenen Staatsbaues zu sein. In deutschen Verhältnissen kann Wolff die Erfüllung dieses Ideals von der Einheit des Staatsganzen nicht erschaut haben, auch im Preußen von 1721 nicht. Aber daß er es seiner „Politik“ nicht nur eingefügt, sondern es ihr als Leitendenz zugrunde gelegt hat, zeugt von der richtigen Erkenntnis eines entwicklungsnotwendig dem absoluten Staate gesetzten Zieles.

Wolffs Staat ist der moderne Staat des 18. Jahrhunderts. Darüber kann kein Zweifel sein. Diese Tatsache läßt aber in seiner Theorie, die gewiß kein Meisterwerk ist, um derentwillen er nicht seinen Platz in der deutschen Geistesgeschichte einnehmen würde, die zahlreichen von uns nie geleugneten Mängel verblassen und rückt sie in den Zusammenhang mit der gewaltigsten staatlichen Erscheinung, deren Ausbildung die Neuzeit erlebte, mit dem Absolutismus. War auch Wolff nach seiner Naturanlage nicht so vom Glück begünstigt, daß sich in ihm wie bei Grotius und Pufendorf, Leibniz und Voltaire wissenschaftliches und politisches Interesse zu einem fruchtbaren Bunde vereinigten, bevorzugt er auch die logische Abstraktion vor der Erfahrung und Anschauung und stößt er dabei nur zu oft an die Grenzen seiner Philosophie, so muß es in seiner Zeit immer als Verdienst gelten, daß er es überhaupt unternahm, jenes Phänomen ohnegleichen zu begreifen. Und das Gesamtgemälde ist richtig und klar geblieben und wanderte im Rahmen seiner Weltweisheits- und Naturrechtslehre in die deutsche und die weitere Welt. Kultur und Monarchie werden unter dem Szepter der allwaltenden Staatsidee in Wolffs absolutistischem Staate zur Synthese gebracht und das Staatsgetriebe, das aus diesen drei Mächten fließt, wird dargestellt. Wolff ist der deutsche philosophische Autor und Wortführer dieses Staates. Wenn wir dies deutlich gemacht haben, war es gerechtfertigt, die Staatstheorie des Staatsdenkers Christian Wolff dem Staube entrissen zu haben.

Beilage 1.

Kabinettsorder an die Pfarrer Jablonsky, Noltenius, Roloff vom Werder, Reinbeck und alter Roloff.¹

Reinkonzept.

[Preuß. Geh. Staatsarchiv R. 52. 159. n. 3. d.]

„Sie sollen untersuchen, ob des Professors Wulff zu Halle herausgegebene Schriften so anstößig und schädlich, und darinn solche gefährliche Lehren enthalten, wie die dortige Theologische Fakultät ihn dessen beschuldigt, und demnächst davon gewissenhaftig zu berichten“.

Von Gottesgnaden Friedrich Wilhelm König in Preußen Markgraf zu Brandenburg, des Heyl. R. R. Ertz Cämmerer und Churfürst.

Unsern gnädigen Grus zuvor. Hochgelahrte Rähte, liebe Getreue; Es hat die Theologische Fakultät zu Halle den Hof-Raht und dortigen Professor Wolff irriger und der Religion nachtheiliger Lehren beschuldiget, und vermeinet, dass Er selbige auch in öffentlichen Schrifften und lectionen vorgetragen, und die studirende Jugend dadurch zum spinosismo und gar zum atheismo verleitet werden könnte, weshalb Sie begehten, dass Wir die Sache untersuchen lassen mögten, und weilen Wir diesem Suchen in so weit statt gegeben,

So befehlen Wir Euch hiermit in Gnaden gedachtes Professoris Wulffen seine ausgegebenen Schrifften worinn dergleichen irrige Lehren enthalten seyn sollten, so wohl als auch die von der supplicirenden Theologischen Fakultät und in specie dessen membro dem Professore Langen dagegen publicirte Wiederlegung gründlich zu untersuchen und hernächst ohne alle Neben Absichten gewissenhaftig und pflichtmässig zu berichten ob dergleichen irrige, schädliche und den spinosimum oder gar atheismum in sich haltende und fortpflanzende Lehren in des ersten Schrifften enthalten, dass ihm ohngeachtet des auswärtig erhaltenen Ruhms nach der supplicirenden Theologischen Fakultät zu Halle ihrem Ansuchen, das dociren über seine metaphysic. und die darauf gegründeten Philosophischen disciplinen, deshalb mit Recht untersaget werden könne, umsomehr, da bekand, dass diesem Professor Wolff verschiedene auswärtige. avantageuse vocationes angetragen worden, und zu befürchten, dass bey dem guten Ruf, welchen derselbe in der gelehrten Welt erworben, wann Er solche annehmen oder ihm auch ohne zulängliche und gegründete Ursachen sein bisheriges dociren gehindert und geleet werden sollte, der Universität selber einiger Nachtheil und Abgang der studirenden Jugend leichtlich zugetragen werden könnte. Seyndt Euch mit gnaden gewogen. Gegeben Berlin, den 29ten Octobris 1723.

Friedrich Wilhelm
M. L. von Printzen.

1. Statt Roloff stand ursprünglich Schmid da. Der König hat eigenhändig diesen Namen durchgestrichen und Roloff dafür eingesetzt.

Beilage 2.

Kabinettsorder an den Etatsminister von Printzen.

Kanzleikonzept.¹

[Preuß. Geh. Staatsarchiv R. 52. 159. n. 3. d.]

„Der Universität zu Halle anzubefehlen, daß dem Professor Wulff ferner zu dociren nicht verstattet werden, sondern Er seiner Profession entsetzt seyn, der bemelte Wulff auch binnen 48 Stunden nach Empfang der Ordre die Stadt Halle und alle Königl. Länder beyh Hängen räumen soll.

Demnach Sr. Königl. Maj. in Preussen Unser allergnädigster Herr in Erfahrung gekommen, dass der Professor Wolff zu Halle in öffentlichen Schriften und Lectionen solche Lehren vorträget, welche der natürlichen, und in Gottes Wort geoffenbarten Religion sehr entgegen Stehen, und bey der Studirenden Jugend sehr grossen Schaden thun; Und drum dieselben keinstages gemeinet sind solches ferner zu dulden, sondern resolviret haben, dass derselbe seiner Profession gänzlich entsetzt seyn und Ihm ferner nicht mehr verstattet werden solle zu dociren; dess haben Sie den Obermarschall und würdigen Geheimten Etats-Minister von Printzen solches hierdurch bekannt machen wollen, mit allergnädigsten Befehl sich allergehorsamst darnach zu achten, und der Universität zu Halle anzubefehlen, dass Sie den bemelten Professor Wulff daselbst ferner nicht dulden, und zu dociren nicht verstaten sollen; wie Er denn auch gedachtem Wulff anzudeuten hatt binnen 48 Stunden nach Empfang der Ordre die Stadt Halle, und alle übrigen Königl. Länder bey Strafe des Stranges zu räumen, und darüber zu halten.

Berlin, den 8. November 1723.

Friedrich Wilhelm.

Beilage 3.

Kabinettsorder an den Etatsminister von Printzen.

Kanzleikonzept.²

[Preuß. Geh. Staatsarchiv R. 52. 159. n. 3. d.]

„Daß der Thymming nunmehr nicht Professor Philosophice ordinarius seyn, und also nicht introduciret werden, sondern dasz deshalb ergangene Reskript aufgehoben seyn soll.“

1. Das Kanzleikonzept trägt den Vermerk von der Hand des Kanzlisten von Printzens: „Angekommen den 8. November 1723“. Außerdem befindet sich bei dem Schriftstück ein Zettel von derselben Hand, von von Printzen unterzeichnet:

„Die in den beiliegenden Reskripten allergnädigst anbefohlenen Verordnungen also gehorsamst hiermit zu expedieren seyn.
den 8. November 1723.

M. L. von Printzen.“

2. Das Kanzleikonzept trägt den Vermerk von der Hand des Kanzlisten von Printzens: „Angekommen den 8. November 1723“.

Demnach Sr. Königl. Maj. in Preussen Unserm allergnädigsten Herrn in sichere Erfahrung gekommen, dass der Adjunctus Thymming eben solche irrige Meinungen lehre, wie der Professor Wulff, und Sie dahero resolviret, dass Er nunmehr nicht Professor Philosophice werden, und das wegen Seiner Introduction ergangene Reskript wieder aufgehoben, und cassiret seyn soll; dess haben Sie den Ober-Marschall und würdigen Geheimten Etats-Minister von Printzen solches hierdurch bekant machen wollen, mit allergnädigsten Befehl sich allergehorsamst darnach zu achten, und deshalb gehörige Verfügung zu machen.

Berlin, den 8. November 1723.

Friedrich Wilhelm.

Literatur.

- Acta Borussica*, Denkmäler der Pr. Staatsverwaltg. i. 18. Jhrhdt. herausgeb. von d. Akad. d. Wissenschaften seit 1892. I. Abtlg. Behördenorganisation u. Allgem. Staatsverwaltg., besonders Schmollers Einleitung Band 1.
- Bergsträsser*, Ludwig, Geschichte d. polit. Parteien in Deutschland, 3. Aufl. 1924.
- Biedermann*, Karl, Deutschland im 18. Jhrhdt., 1854—80.
- Bluntschli*, I. C., Gesch. d. Allgem. Staatsrechts u. d. Politik seit dem 16. Jhrhdt. bis zur Gegenwart, 1864.
- Briefe* von Chr. Wolff a. d. Jahren 1719—53. Ein Beitrag zur Gesch. d. kaiserl. Akademie d. Wissensch. zu St. Petersburg. 1860.
- Büsching*, Anton Friedr., Beiträge zu d. Lebensgesch. denkwürdiger Personen. Insonderheit gelehrter Männer, Bd. I, Halle 1783.
- Dilthey*, Wilh., Die dt. Aufklärung i. Staat u. d. Akad. Friedr. d. Gr. Deutsche Rundschau, Bd. 107.
- Das 18. Jhrhdt. und die geschichtl. Welt. Dt. Rundschau, Bd. 108.
- Droysen*, Hans, Friedrich Wilhelm I., Friedrich d. Große und der Philosoph Wolff. FBPrG. Band 23 (1910).
- Zu Bielfelds Lettres familières et autres. FBPrG. Band 29 (1916).
- Erdmann*, I. E., Grundriß d. Gesch. d. Philosophie. 4. Aufl., 1896.
- Erdmannsdörffer*, Benno, Deutsche Gesch. vom Westfäl. Frieden bis zum Regierungsantritt Friedr. d. Gr. 2 Bde. 1892.
- Fischer*, Kuno, Gesch. d. neueren Philosophie. Bd. III. 4. Aufl. 1902.
- Förster*, Friedr., Friedr. Wilh. I., König von Preußen. 1835.
- Friedrich der Große*, Oeuvres, hrsg. von der Preuß. Akademie d. Wissenschaften, 1846—1857.
- Die Politischen Testamente Friedrichs d. Gr. Ergbd. zu Polit. Correspondenz Friedrichs d. Gr., redigiert von G. B. Volz 1920.
- Funk*, F. X., Die Auffassung des Begriffes der Polizei im vorigen Jahrhundert. Z. f. die ges. Staatswiss. Bd. 19 u. 20 (1863/4).
- Gierke*, Otto, Johannes Althusius u. d. Entwickl. d. naturrechtlichen Staatstheorien. 2. Aufl. 1902.
- Gottsched*, Joh. Chr., Histor. Lobsschrift d. weil. hoch- und wohlgeborenen Herrn Christians d. Heil. Röm. Reiches Freyherrn von Wolff. 1755.
- Grünhagen*, Colmar, Geschichte Schlesiens. 2 Bde. 1886.
- Gurlitt*, Cornelius, August der Starke. 2 Bde. 1924.
- Haake*, Paul, König August der Starke. 1902.
- Harnack*, Adolf v., Geschichte der Königl. Preuß. Akademie der Wissenschaften zu Berlin. 1900.

- Hartung*, Fritz, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jhrhdt. bis zur Gegenwart. 2. Aufl. 1922.
- Der deutsche Territorialstaat des 16. und 17. Jhrhdts. nach den fürstlichen Testamenten. Deutsche Geschichtsblätter, Band XIII. (1912).
- Hettner*, Hermann, Geschichte d. deutschen Literatur i. 18. Jhrhdt. Band I. 7. Aufl. 1913—25.
- Hinrichs*, H. F. W., Geschichte der Rechts- und Staatsprinzipien seit der Reformation bis zur Gegenwart in histor.-philos. Entwicklung. 1848/52.
- Hintze*, Otto, Die Hohenzollern und ihr Werk. 1915.
- Staat u. Gesellsch. unter d. ersten König. (Hist. u. pol. Aufs.) Bd. I. 1908.
- Janet*, Paul, Histoire de la science politique dans ses rapports avec la morale. 4. Aufl. 1913.
- Jellinek*, Georg, Allgemeine Staatslehre. 3. Aufl. 1921.
- Hobbes und Rousseau, Ausgew. Schriften und Reden. Bd. 2, 1911.
- Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. 3. Aufl. 1919.
- Kaemmel*, Otto, Deutsche Geschichte. 2 Teile. 1911.
- Kawerau*, Waldemar, Aus Halles Literaturleben. 1888.
- Koser*, Reinhold, Geschichte Friedr. d. Gr. 3 Teile. 4 Bde. 4. u. 5. Aufl. 1912—14.
- Zur preußischen und deutschen Geschichte. Aufsätze u. Vorträge. 1921.
- Krämer*, Horst, Der dt. Kleinstaat d. 17. Jhrhdts. i. Spiegel von Seckendorffs „Teutschem Fürstenstaat“. Zeitschr. für Thür. Gesch. und Altertums-kunde. Bd. 33, Heft 1, 1923.
- Krauske*, Otto, Das Königtum Friedr. Wilh. I. Altpr. Forsch. Heft II, 1924.
- Küntzel*, Georg und *Haß*, Die Pol. Testamente d. Hohenzollern. 2. Aufl. 1919.
- Die drei gr. Hohenzollern i. „Meister d. Politik“ Bd. II, 1923.
- Landsberg*, Ernst, Gesch. d. Wissensch. i. Deutschl. Neuere Zeit, 18. Bd. Gesch. d. dt. Rechtswissensch. III. Abt. 1898.
- Ludovici*, C., Günther, Ausführl. Entwurf einer vollst. Historie der Wolffischen Philosophie. 1736—38.
- Sammlg. u. Auszg. d. sämtl. Streitschriften wegen der Wolffischen Philosophie. Leipzig, 1737—38.
- Marchet*, Gustav, Studien über d. Entwickl. d. Verwaltungslehre in Deutschl. von d. 2. Hälfte d. 17. Jhrhdt. bis zum Ende des 18. Jhrhdt. 1885.
- Meinecke*, Friedr., Das Leben d. Generalfeldmarschalls H. v. Boyen. 1896/99.
- Die Idee der Staatsräson in d. neueren Geschichte. 1924.
- Mylius*, Chr. O., Corpus constitutionum marchicarum. Berlin und Halle. 1726—1755.
- Opel*, Julius, Die Vereinigung des Herzogtums Magdeburg mit Kurbrandenburg. 1880.
- Pariset*, Georges, L'Etat et les Eglises en Prusse sous Frédéric Guillaume Ier. Paris, 1897.
- Pigge*, Heinrich, Die Staatstheorie Friedrichs des Großen in „Festgabe Heinrich Finke gewidmet“. 1904.
- Publicationen* a. d. Pr. Staatsarchiven. Bd. 4. Histoire de mon temps. Herausg. v. Max Posner. Bd. 72 Briefwechsel Friedr. d. Gr. mit Grumbkow

- und Maupertuis. 1731—1759. Herausg. v. R. Koser. 1898. Bd. 81, 82, 86. Briefwechsel Friedr. d. Gr. mit Voltaire. Herausg. v. R. Koser und H. Droysen.
- Pütter*, Joh. Steph., Selbstbiographie. 1798.
- Reimann*, E., Abhandlungen zur Geschichte Friedrichs d. Großen. 1892.
- Roscher*, Wilhelm, Geschichte der Nationalökonomik. 2. Aufl. 1924.
- Die deutsche Volkswirtschaftslehre unter den beiden ersten Königen von Preußen. Preu. Jahrbücher. Bd. 14.
- Runze*, Georg, Leibniz' Gedanke einer natürlichen Interessengemeinschaft zwischen China und Deutschland. Deutsche Rundschau, Jahrg. 51, Heft 1.
- Scherer*, Wilhelm, Geschichte der Deutschen Literatur. 15. Aufl. 1922.
- Schmidt*, Julian, Geschichte des geistigen Lebens in Deutschland von Leibniz bis auf Lessings Tod. Bd. 1. 1862.
- Schmoller*, Gustav, Deutsches Städtewesen in älterer Zeit, Bonner Staatswissenschaftliche Untersuchungen. Heft 5, 1922.
- Die innere Verwaltung d. preuß. Staates unter Friedr. Wilh. I. Pr. Jhrb. Bd. 25 (1869).
- Der preuß. Beamtenstand unter Friedr. Wilh. I. Pr. Jhrb. 26 (1870).
- Das Merkantilssystem in seiner histor. Bedeutung, Umrisse und Untersuchungen. 1898.
- Der volkswirtschaftl. Standpunkt d. Merkantilismus, Grundriß der allgem. Volkswirtschaftslehre. 1. Teil, 4. Aufl. 1919.
- Schrader*, Wilh., A. D. B. Chr. Wolff. Bd. 44.
- Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle. 2 Bde. 1894.
- Sorel*, Albert, L'Europe et la Révolution française. Bd. I. 1885.
- Stölzel*, A., Brandenburg—Preußens Rechtsverwaltung u. Rechtsverfassung. 2 Bde. 1888.
- Troeltsch*, Ernst, Gesammelte Schriften Bd. IV. „Aufsätze zur Geistesgeschichte und Religionssoziologie“, hrsg. von Hans Baron. 1925.
- Vollmer*, Ferdinand, Friedrich Wilhelm I. und die Volksschule. 1909.
- Voltelini*, Hans v., Die naturrechtlichen Lehren und die Reformen des 18. Jhrhds. Histor. Zeitschrift Bd. 105 (1910).
- Volz*, G. B. und F. v. *Oppeln-Bronikowski*, Friedrich d. Gr. und Wilhelmine von Bayreuth, Jugendbriefe. 1728—1740. 1924.
- Winterfeld*, F. A. v., Christian Wolff in seinem Verhältnis zu Friedrich Wilhelm I. und Friedrich d. Gr. „Nord u. Süd“ Bd. 64 (1893).
- Wolters*, Friedrich, Colbert, „Meister der Politik“, Bd. II, 1923.
- Wolzendorff*, Kurt, Staatsrecht und Naturrecht in der Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes gegen rechtswidrige Ausübung der Staatsgewalt. 1916.
- Wuttke*, Heinr., Chr. Wolffs eigene Lebensbeschreibung. 1841.
- Zeller*, Eduard, Gesch. d. Deutschen Philosophie seit Leibniz. 1873.
- Friedr. d. Gr. als Philosoph. 1886.
- Wolffs Vertreibung aus Halle. Vortr. u. Abhandlg. 1865.

Inhalt.

	Seite
Vorwort.	
I. Teil. <i>Wolff und seine Zeit.</i>	
1. Christian Wolff 1679—1706	8
2. Christian Wolff in Halle 1706—1723	17
3. Christian Wolff in Marburg 1723—1740	35
4. Christian Wolff in Halle 1740—1754	61
II. Teil. <i>Wolffs Staatstheorie.</i>	
1. Wolffs Staatsschriften	82
2. Wolffs Stellung zur Staatstheorie	84
3. Wolffs Staatsanschauung.	
I. Entstehung des Staates.	
a) Ursprung des Staates	90
b) Zweck des Staates	95
c) Verfassung des Staates und Staatsformen.	99
II. Organe des Staates.	
a) Der Regent	103
b) Behörden und Beamte	113
c) Das Volk	122
III. Tätigkeit der Staates	128
a) Staat und Merkantilismus	130
b) Staat und Volkswohlfahrt	141
c) Staat und Recht	149
d) Staat und Religion	156
e) Staat und Volksbildung	160
f) Staat und Umwelt	168
IV. Staat und Staatsräson	176
V. Wolffs Staatsidee	184
Beilagen	189
Literaturverzeichnis	192

